This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

STANFORD UNIVERSITY
LIBRARIES

Kossuth.

Die

Ereignisse des Jahres 1848

in ihrer Zeitfolge und ihrem innern Zusammenhange

dargestellt.

Herausgegeben

von

Dr. J. Günther.

Mit Abbildungen, Porträts, Plänen und Charten.

Jena,
Druck und Verlag von Friedrich Mauke.
1850.

Die

Ereigniſſe des Jahres 1848

in ihrer Zeitfolge und ihrem innern Zuſammenhange

dargeſtellt.

Herausgegeben

von

Dr. J. Günther.

Mit Abbildungen, Porträts, Plänen und Charten.

Jena,
Druck und Verlag von Friedrich Mauke.
1850.

Vorwort.

Im Laufe weniger Wochen war das Unglaubliche mit überraſchender Schnelligkeit eingetreten; es war das durch die Julirevolution wenig erſchütterte, aber ſchon in den erſten Regierungsjahren Louis Philipps neu begründete Syſtem der europäiſchen Staatsmänner, den Völkern die lang verheißenen Freiheiten vorzuenthalten oder den Schein von freier Verfaſſung, den man ihnen nicht hatte vorenthalten können, auf alle Weiſe zu verkümmern, umgeſtürzt und in Trümmer begraben worden; Metternich, der von keiner großen Idee erfüllt nur die engherzige Politik der Furcht und der Niederhaltung des freien Bürgerſinnes mit Hülfe des Adels und der Geiſtlichkeit verfolgt, der Jahre lang Oeſterreichs, ja Europa's Intereſſen an den nordiſchen Selbſtherrſcher für Sündenſold verrathen hatte, hatte aus dem Reiche flüchten müſſen, in welchem ſein Wille bisher mehr vermocht und gegolten, als der Herrſcher ſelbſt und irgend ein Glied der Herrſcherfamilie. Erſt nach ſeiner Entfernung durften die Bürger auch der andern deutſchen Staaten freier aufathmen und ſich der Hoffnung hingeben, daß ihnen nicht in Kurzem, was ſie von ihren Fürſten erhalten hatten, durch das Machtgebot von Wien oder durch Congreßbeſchlüſſe wieder entriſſen werden würde. Er, der früher die leiſeſte Regung freien Strebens als Hochverrath gebrandmarkt und nur durch Nährung alten Partei-

und Nationalhasses zwischen den einzelnen Provinzen der Monarchie sein unnatürliches Regiment gestützt hatte, sah es bei dem Andrange der Bevölkerung Wiens zusammenbrechen und steht nun als der wahre Hochverräther da; denn sein System hat die Monarchie an den Rand des Abgrunds gebracht; sein Verfahren in den Jahren der Reaction seit 1833 hat das unselige Mißtrauen erzeugt, welches über so viele Blüthen der Märztage einen eisigen Sturmwind wehen ließ, daß sie nicht zur Frucht reifen konnten! Die vorher vereint gegen den gemeinsamen Feind gekämpft hatten, spalteten sich nun nach schnell errungenem Siege in verschiedene Haufen, weil nicht Alle Eines Sinnes darüber waren, wie weit man gehen, wie viel man noch erstreben solle. An die Stelle derer, die es mit dem Volke wahrhaft wohl meinten, drängten sich bald seine falschen Freunde, welche die unedelsten Elemente der minder gebildeten Classen an sich zogen, sie durch glänzende Verheißungen von einem glücklichen Zustande, den eine Verfassungsänderung ihnen bringen würde, zu offenem Widerstreben gegen das Bestehende aufstachelten und in den Städten in ihren Reden — was das Thörichtste war — die Besitzenden als diejenigen denuncirte, welche seit Jahren ein schreiendes Unrecht an ihnen begangen und endlich zurückgeben müßten, was sie vom Schweiße des Arbeiters erpreßt hätten. Mögen auch unter jenen nicht wenige kurzsichtige Enthusiasten für Erleichterung des armen gedrückten Volks, wie auch einige mit der Welt zerfallene Fanatiker sich befunden haben; ein großer Theil jener Volksführer waren Leute ohne sittlichen Halt, ohne Treu und Glauben, oft selbst in ihrer bürgerlichen Stellung heruntergekommen — und die Persönlichkeit solcher Volksredner trug viel dazu bei, ihre Sache bei dem besonnenen Bürger in Mißcredit, ja selbst den Namen der Demokratie in Verruf zu bringen. Dennoch gelang es ihnen, unterstützt von den Fehlern einzelner Regierungen, deren neue Lenker ihre

Stellung zwiſchen den zahlreichen Anhängern des geſtürzten Syſtems und den Forderungen der Zeit nicht immer ſogleich begriffen, in einem Theile des Volkes ein fortdauerndes Mißtrauen zu nähren, welches alle Maßregeln der Staatsgewalt lähmte; es gelang ihnen, den zaghaftern Theil der Wohlhabenden und Gebildeten durch Furcht vor den kräftigen Armen ihrer fanatiſchen Anhänger einzuſchüchtern und zu einem faſt unbedingten Anſchluſſe an die Regierung, ja ſelbſt an die Anhänger des Alten hinzudrängen. Auf dieſe Weiſe wurden die Regierungen und die Centralgewalt durch einen Theil der Bevölkerung ſelbſt, der Ruhe und geſetzliche Ordnung um jeden Preis wiederhergeſtellt ſehen wollte, gedrängt, bewaffnete Macht in Anſpruch zu nehmen; leider aber traten nun, im Bunde mit ſolchen Fanatikern der Ruhe, auch viele heimliche Anhänger der alten Ordnung der Dinge wieder hervor, und die Gefahr iſt nicht fern, daß es dieſen gelingen könne, größeren Einfluß auf die Leitung der Staaten zu gewinnen und die Männer, welche von dem Vertrauen des Volks getragen in den Märztagen an das Ruder gebracht worden waren, allmählig von demſelben wieder wegzudrängen. Ein Blick auf die Bewegung in Wien und auf die etwas Aehnliches drohende Lage der Dinge in Berlin lehrt es deutlich, wie Noth es thut, daß endlich die beſonnenen und vaterlandsliebenden Männer aller Parteien, die es ehrlich meinen und denen es nicht um Befriedigung ihrer Eitelkeit, nicht um eine glänzende Stellung in der neuen Ordnung der Dinge, ſondern einzig um das Glück und die Stärke des deutſchen Volks zu thun iſt, ſich zuſammenſchaaren, um einen mächtigen Damm gegen die freiheitsfeindlichen Gelüſte der Rückſchrittsmänner, wie der Männer des Umſturzes zu bilden, die ſich beide provociren, einander in die Hände arbeiten und in ihrem Zuſammenſtoße die Freiheit, wie das wahre Wohl der Völker zertrümmern werden.

Was die nächſte Zukunft bringen wird, iſt uns verborgen; aber wie trübe auch die Ausſichten ſind, was auch auf die ereignißvollen Tage des vergangenen Frühjahrs und Sommers folgen möge, der Geiſt wird ſich nicht unterdrücken laſſen und die Erinnerung an die heldenmüthigen Kämpfe der Februar- und Märztage darf uns durch einzelne Ausartungen und Auswüchſe der folgenden Monate nicht getrübt werden. Die nachfolgenden Blätter haben den Zweck, die bedeutendſten Ereigniſſe jener Tage und ihren Zuſammenhang mit den gegenwärtigen Zuſtänden dem deutſchen Staatsbürger vor das Auge zu führen; wenige Andeutungen über ihren Zuſammenhang mit den vorhergehenden Zuſtänden und Stimmungen der Völker Europa's ſeit 1830 werden genügen, das in die Erinnerung zurückzurufen und klar zu machen, was wir vor wenig Monaten ſelbſt erlebt oder mit größter Spannung vernommen haben.

Die Februarrevolution in Paris.

Nachdem im Julius 1830 die Verblendung der altadligen durch Polignac repräsentirten Partei und der pfäffischen Rathgeber Carl's X. diesen zur offenen Verfassungsverletzung durch Erlaß der berüchtigten Ordonnanzen getrieben hatte, durch welche die Preßfreiheit beschränkt, die Deputirtenkammer aufgelöst und eigenmächtig eine neue Wahlart vorgeschrieben wurde, welche den königlichen Beamten mehr Einfluß auf dieselbe gestattete: hatte die Erhebung des Volks binnen drei Tagen die geringe in Paris versammelte Streitmacht unter Marmont, welche keine Unterstützung, ja nicht einmal die nöthigen Lebensmittel erhielt, überwältigt und aus der Stadt gedrängt; der übel berathene König in St. Cloud, welcher zu spät sein Ministerium ändern, zu spät zu Gunsten seines Enkels, des Herzogs von Bordeaux, entsagen wollte, mußte nach dem entfernteren Schlosse Rambouillet und von da nach Cherbourg flüchten, von wo er sich nach England einschiffte. Die in Paris anwesenden Deputirten vereinigten sich zu dem Beschlusse, den Herzog von Orleans, der auf seinem nahen Schlosse in Neuilly war, zum Statthalter des Königreichs zu ernennen und wenige Tage nachher (den 9ten August) wurde er König der Franzosen, von Lafayette selbst, dem Commandanten der Nationalgarde, dem Volke als „die beste der Republiken" bezeichnet. Wenn auch schon

damals die Partei derer, die das Königthum abgeſchafft wiſſen wollten, nicht gering war, und namentlich unter den jungen Leuten viele Anhänger zählte, ſo wirkte doch die Erinnerung an die Schreckenszeit unter Danton und Robespierre, die Liebe zur Ruhe und der Wunſch, daß die Stockung des Handels und der Gewerbe wieder aufhören möchte, bei der Nationalgarde am meiſten dahin, daß ſie mit Freuden den Bürgerkönig anerkannte und ſeinen Thron gegen die Anhänger des geſtürzten älteren Zweigs der bourboniſchen Familie, wie auf der andern Seite gegen alle diejenigen beharrlich und nachdrücklich unterſtützte, welche das Princip der Julirevolution anerkannt und die damals gegebenen Verheißungen „die Charte ſollte von nun an eine Wahrheit ſeyn", „der Thron ſolle von republikaniſchen Inſtitutionen umgeben ſeyn" erfüllt ſehen wollten. Einen großen Fehler hatte man in jenen Tagen dadurch begangen, daß man nicht das Wahlgeſetz in mehr demokratiſchem Sinne umgeſtaltet, ſondern nur eine geringe Ermäßigung des hohen Steuerſatzes für die Wahlberechtigten (240 ſtatt 300 Francs) und des noch höheren für die Wählbaren (750 ſtatt 1000) bewilligt hatte; denn dadurch wurden die zu Miniſtern ernannten Männer des vorſichtigen Liberalismus und der politiſchen Theorie (Doctrinärs) in der Kammer in eine üble Stellung zwiſchen jene wahrhaft freiſinnige Minderheit (Lafayette, Odilon Barrot, Mauguin, die ſich aber auf die Wünſche des Volks und namentlich der muthigen und ſiegesfreudigen Jugend von Paris ſtützen konnte) und die beim Volke nicht beliebte Mehrheit von Männern des Stillſtands, der Geldariſtokratie, eingezwängt. Außerdem wurden ſie aber auch durch die Verlegenheiten, welche ihnen der Trotz der Carliſten und Pfaffen und die Aufläufe der Republikaner bereiteten, und durch allzuängſtliche Rückſicht für die fremden Mächte zu jenem verderblichen Schaukelſyſtem genöthigt, dem erſt der Banquier Caſimir Perier (unter dem Namen des Sy-

ſtems der gerechten Mitte, Juſtemilieu) einen feſteren Halt, aber eben im Widerſtand gegen die Bewegung, in der Verleugnung des Princips der Julirevolution gab. Seine Stützen waren die Geldmänner in der Kammer und außer jener Mehrheit der Spießbürger (Epiciers) in der Nationalgarde, deren Zuneigung der König ſich zu erhalten wußte, die Vereinigung aller Fäden der Staatsgewalt in ſeiner Hand, ſo daß alle Beamten von ihm abhängig waren (Bureaukratie), endlich das Militär, das durch den Kriegsminiſter Soult beſſer organiſirt wurde und in dem noch unter Carl X. eroberten Algier, in Ancona, das beim Einmarſch der Oeſterreicher in den Kirchenſtaat beſetzt ward, und in Belgien (Aug. 1831 und December 1832) theilweiſe Beſchäftigung fand; doch waren dieſe Züge nur erbärmliche Zugeſtändniſſe, die man der öffentlichen Meinung machen zu dürfen glaubte, ohne es deßhalb offen mit den Mächten der heiligen Allianz zu verderben. Die Republikaner, welche ihre Unzufriedenheit mit dem Schaukelſyſtem, mit dieſer Politik des Friedens um jeden Preis (ſelbſt um den Preis der Ehre) mit der Nachſicht gegen die Carliſten offen an den Tag legten und auf Umſturz der Verträge von 1815, auf offene Unterſtützung aller für die Freiheit ſich erhebenden Völker und auf Wiedereroberung des linken Rheinufers drangen, verſuchten ſchon in den erſten Jahren verſchiedene Schilderhebungen, ſo am 21. und 22. December 1830 bei Gelegenheit des Urtheilsſpruchs über die Miniſter Carls X., am 14. Februar 1831 bei der von dem Erzbiſchof von Paris angeſtellten Todtenfeier zu Ehren des Herzogs von Berry in der Kirche St. Germain l'Auxerrais, im April bei Gelegenheit des Proceſſes der in den Decemberunruhen Verhafteten, am 14. September wegen des Falles von Warſchau und am 21. November in Lyon, wo die unbeſchäftigten Seidenarbeiter einen Aufſtand erregten.

Ein heftigerer Kampf entſpann ſich im folgenden Jahre, in wel-

chem auch die Anhänger des Herzogs von Bordeaux (Henriquinquisten) einen Aufstand in der Vendée erregt hatten, in Folge des Rechenschaftsberichts von 40 Deputirten der Opposition, bei dem Leichenbegängnisse des Generals Lamarque, wo die jungen Republikaner noch zuletzt das Kloster Méry mit Heldenmuth vertheidigten. Ein nicht minder hartnäckiger Kampf brach aus im April 1834 in Lyon (vom 9. — 14.) und in der Straße Transnonain in Paris (am 13. und 14.), in Folge dessen die Gesellschaft der Menschenrechte aufgelöst und viele ihrer Mitglieder in Untersuchung gezogen wurden (unter diesen der später 1835 entflohene Journalist Godefroy Cavaignac, der Bruder des jetzigen Präsidenten des Ministerraths). Aber alle diese Aufstände, von denen manche durch die Polizei selbst erregt wurden, wie die späteren Mordversuche auf Louis Philipp, schienen mehr seinen Thron zu befestigen, zumal da auch seine Friedenspolitik ihm im Ausland Stützen gab. Dagegen benutzten die Männer des Stillstands, die sich um seinen Thron schaarten, jede solche Gelegenheit, die wenigen Volksmänner von allem Einflusse an der Leitung des Staats wegzudrängen und die beschränkendsten Gesetze über Versammlungs- und Associationsrecht, sowie über Preßvergehen durchzubringen. Um die Mehrheit in der Deputirkammer zu behalten, suchte man die Deputirten wie ihre Wähler durch Beförderungen, durch Begünstigungen aller Art, besonders der Banquiers, Capitalisten und großen Fabrikbesitzer, sowie der Actionärs auf Kohlengruben und Eisenbahnen zu gewinnen. Hinter den verantwortlichen (?) Ministern, die häufig wechselten, stand der schlaue, auch den Geldspeculationen ergebene König, der nach der Verfassung nur die Staatseinheit vorstellen, nicht mitregieren und verwalten sollte; von Kurzsichtigen gefeiert als der Schlauste der Schlauen, der die unruhigen Franzosen in Ruhe zu erhalten wisse, nachdem er ihnen ihre Freiheiten entrissen, und dem es 1840

durch das von dem zweideutigen Thiers erhobene Kriegsgeschrei gelungen war, Paris, den Herd jeder Revolution, mit einer Kette von kleinen Festungen zu umgeben, die jede neue Revolution unmöglich machen mußten! Aber freilich änderten selbst viele Anhänger des Bestehenden und die Friedliebendsten ihr Urtheil über seine Rechtlichkeit, an die sie bisher geglaubt hatten, als sein Streben immer mehr hervortrat, seine zahlreiche Familie möglichst gut zu versorgen und seine Dynastie durch Verbindungen mit auswärtigen Herrscherfamilien zu befestigen; als der Herzog von Nemours durch seine Heirath mit Victoria von Coburg-Cohary mit der englischen und portugiesischen Regentenfamilie in Verwandtschaft trat, als der Herzog von Joinville die Schwester des Kaisers von Brasilien und — was den größten Sturm von Seiten der auswärtigen Diplomatie hervorrief, und den letzten Faden des Zusammenhalts zwischen England und Frankreich zerriß — der Herzog von Montpensier die Schwester der Königin von Spanien heirathete. Auch hielten Viele es für die Aufrechthaltung der Verantwortlichkeit der Minister bedenklich, daß die Prinzen fast alle zu den höchsten Stellen in der Armee befördert wurden, der Herzog von Joinville sogar zum Admiral der Flotte, der Herzog von Aumale zum Generalgouverneur von Algier, wo ihm gleich bei dem Antritt seines Amts das Glück zu Theil ward, daß Abdel Kader, von den Maroccanern über die Grenze gedrängt, sich den Franzosen ergab. Aber wie die Eroberung Algiers dem Sturze Carls X. nur wenige Wochen vorherging und mittelbar dazu beigetragen haben mag, indem sie seinen Ministern ein zu großes Vertrauen auf das Gelingen ihres beabsichtigten Staatsstreichs einflößte: so folgte 1848 auf jenes wichtige Ereigniß, das den Besitz Algeriens und die ruhige Colonisation erst sicherte, nach wenigen Wochen der Sturz Louis Philipps.

Durch die engherzige freiheitsfeindliche Politik des Miniſteriums Guizot (zu welcher es beſonders ſeit dem Abſchluſſe der ſpaniſchen Heirath in Folge der dadurch herbeigeführten Spannung mit Englands Miniſter des Auswärtigen, Palmerſton, und durch ſein hierdurch nothwendig gewordenes engeres Anſchließen an Metternich gedrängt worden war), beſonders durch die Niederhaltung der Freiheitsbeſtrebungen in den italieniſchen Staaten, wie durch die geheime Unterſtützung der ſonderbündleriſchen Cantone gegen die radicale Mehrheit der eidgenöſſiſchen Cantone, wobei das Journal des Debats (das Organ Guizots) offen für die Jeſuiten in Freiburg und Luzern Partei nahm und der franzöſiſche Geſandte, Bois le Comte, ſogar den Briefwechſel der von einander getrennten Bundesgenoſſen vermittelte; durch dieſes alles war der letzte Reſt von Sympathie für die Herrſchaft Louis Philipps bei der großen Mehrzahl der Franzoſen untergraben worden, die es nicht ertragen mochten, daß ſie, bisher immer die Vorkämpfer der Freiheit, jetzt im Auslande als Unterdrücker derſelben und als Helfershelfer des Despotismus verſchrieen wurden. Im Innern hatte nicht nur die wiederholte Bewilligung von Zwangsgeſetzen gegen die Freiheit der Meinungsäußerung und gegen die Geſellſchaften, ſowie die übermäßige Bevorzugung der großen Capitaliſten und der Actiengeſellſchaften bei allen Unternehmungen, ſondern auch der hartnäckige Widerſtand des Miniſteriums Guizot und der von ihm abhängigen Majorität der Geldmänner in der Kammer gegen die oft beantragte Wahlreform auch die Deputirtenkammer unpopulär gemacht, bei deren Erwählung geſetzlich nur etwa 200,000 der höchſtbeſteuerten Franzoſen mitzuwirken berechtigt waren. Dazu waren die im Jahre 1847 beſonders zahlreichen Scandale von Beſtechung der Beamten und Wähler, der Erkaufung von Stellen und Conceſſionen, ja ſelbſt die Ermordung der Herzogin von

Praslin durch ihren Gatten, von den Gegnern des Miniſteriums, ſelbſt von ſeinen früheren Anhängern, die früher hinter den Vorhang geſchaut hatten, wie dem Redacteur der Preſſe, Girardin, reichlich ausgebeutet worden. Hierzu kam die ſchlechte Finanzverwaltung, durch die das jährliche Budjet auf 1800 Millionen Francs geſteigert worden war; die großen Opfer, welche die Theurung in der erſten Hälfte des Jahres 1847 erfordert hatte, hatten überdieß eine neue Anleihe von 350 Millionen nöthig gemacht; endlich lagen Handel und Gewerbe ſehr darnieder und viele Arbeiter waren brodlos. Während die Kammer geſchloſſen war, hatten die Mitglieder der dynaſtiſchen Oppoſition (Duvergier de Hauranne, Odilon Barrot) in verſchiedenen Städten Frankreichs Reformbankets gehalten (ſeit Nov. 1847), in denen ſich das Verlangen des Volks nach Wahlreform laut und energiſch ausſprach. Ja, bei den Banketten in Lille, Dijon und an anderen Orten hatten ſogar in republikaniſchem Sinne gehaltene Reden von Ledru-Rollin und Gleichgeſinnten vielen Anklang gefunden. — Freilich hatten bei ſolchen Aeußerungen jene Mitglieder der Kammer, die auf Miniſterpoſten ſpeculirten, ſich entweder nicht betheiligt oder ihre Anhänglichkeit an das Julikönigthum offen ausgeſprochen; und es entſpann ſich daher zwiſchen ihrem Organe, dem „Siècle", und den republikaniſchen Blättern „Réforme" und „National" ein heftiger Kampf, über den das miniſterielle „Journal des Debats" frohlockte. Vielleicht beſtärkte dieſe Uneinigkeit ſeiner Gegner Guizot in ſeiner Hartnäckigkeit, im Miniſterium zu bleiben und der in den erſten Tagen des Januar 1848 neu zuſammentretenden Kammer keinen Entwurf eines Geſetzes über Wahlreform vorzulegen. Da überdieß Louis Philipp bei jenen Banketten perſönlich verletzt worden war, indem ſein Name entweder gar nicht genannt, oder ein Toaſt auf ihn mit tiefem Schweigen aufgenommen worden war, brachte ihn Guizot dahin, daß

er trotz der Warnung seiner sterbenden Schwester Adelaide in der Thronrede bei Eröffnung der Kammern jene Kundgebungen als das Werk „verblendeter und feindlicher Leidenschaften" brandmarkte, obgleich sich über hundert Deputirte und sogar einige Pairs bei jenen Banketts betheiligt hatten. In der Debatte über die Antwortsadresse der Kammer, deren Entwurf ein Echo der Thronrede war, wurde tagelang gestritten, ob jener Ausdruck auch aufzunehmen sei; trotz der Warnungen aller Besonnenen bestand doch Guizot darauf und setzte es mit Hülfe der ihm ergebenen Deputirten am 24. Jan. durch, von denen freilich die Wahl Einzelner, z. B. von Richond de Bruys im Loiredepartement, durch den schnödesten Mißbrauch der für Unterstützung von Gutsbesitzern verwilligten Summen erlangt worden war, welche bei der Ueberschwemmung Schaden gelitten hatten. Es ergab sich nämlich aus den eingegangenen Protesten, daß die Ländereien manches hierbei durch die Regierung bedachten Wählers mehrere hundert Fuß über dem Wasserspiegel der Loire lagen. — Schon während der Verhandlungen in der Kammer über Aufnahme jenes die Theilnehmer an den Reformbanketten beschimpfenden Ausdrucks in die Adresse hatten die Wähler des zwölften Bezirks von Paris (auf dem südlichen Ufer der Seine, wo die dicht bevölkerte Vorstadt St. Jacques und der Mont Parnasse stehn) ein Reformbankett für 1500 Personen angekündigt, zu welchem der von ihnen gebildete Ausschuß 90 Deputirte und drei Pairs (de Boissy, d'Harcourt und d'Alton-Shee) einlud, die es auch in Folge jenes Kammerbeschlusses und der Erklärung des Ministers des Innern, Duchatel, annahmen, wonach kraft eines Gesetzes von 1791 hierzu die Erlaubniß der Polizeibehörde nachgesucht werden müsse und er in diesem Falle wegen der herrschenden Aufregung von dem Rechte der Verweigerung Gebrauch machen wollte. Aber nun zeigte sich die Zaghaftigkeit und Halbheit Odilon Barrot's und seiner Collegen, die

zwar das Miniſterium Guizot ſtürzen, aber es mit dem Könige nicht verderben wollten. Zuerſt unterhandelte ein aus ihrer Mitte gewählter Ausſchuß mit dem Miniſterium und dieſes verhieß nun den Zug, an dem Nationalgarden ohne Waffen und Studenten, ſowie Zöglinge der polytechniſchen Schule ſich zu betheiligen verſprochen, nicht durch Polizei oder bewaffnete Macht ſtören zu wollen, ſondern erſt, nachdem ſie in dem Pavillon auf der Beſitzung des Generals Thiars in den Elyſäiſchen Feldern*) ſich niedergeſetzt hätten, ſie durch Polizeibeamte zum Auseinandergehen auffordern zu laſſen, worauf ſie hinwiederum verſprachen, nach Aufnahme ihres Proteſtes durch einen Beamten ſich zu entfernen und ſpäter in der Kammer ihre Beſchwerden gegen die Miniſter anzubringen. Als nun aber der Bankettausſchuß der Wähler am 21. Februar die reformiſtiſche Kundgebung in den Oppoſitionsblättern ankündigte und die Nationalgarden, welche, „um die Freiheit zu beſchützen und durch ihre Gegenwart die Ordnung aufrecht zu erhalten", an dem Bankett Theil nehmen wollten, aufforderte, ſich an der Kirche Madeleine zu verſammeln und zu beiden Seiten der Eingeladenen Spalier zu bilden: da ließ das Miniſterium dennoch das Geſetz gegen Zuſammenrottungen an den Straßenecken anſchlagen, und in der Kammer erklärte Duchatel, dieſe Aufforderung an Nationalgarden könne nur von der geſetzlichen Behörde ausgehen, und darum habe der Polizeipräfect den Zug verboten. Aehnlich ſprach ſich in einem Anſchlag General Jacqueminot an die unter ſeinem Commando ſtehende Nationalgarde aus und mahnte ſie von der Theilnahme am Zuge ab. Vor-

*) Denn auch dieſes Zugeſtändniß hatten ſie gemacht, daß das Bankett nicht in jenem von Arbeitern bewohnten Bezirk jenſeits der Seine, ſondern in den weit von den Arbeitervierteln entlegenen Elyſäiſchen Feldern im Nordweſten der Stadt gehalten werden ſollte.

ſichtsmaßregeln gegen Aufläufe waren ſchon in den vorhergehenden Tagen getroffen und ein Theil der umliegenden Forts mit Kanonen und Schießvorrath verſehen worden. Die Deputirten der Linken hielten nun Rath, wie ſie ſich zu verhalten hätten; 18 derſelben (darunter Lamartine, Ledru-Rollin) und die drei Pairs ſtimmten dafür, dem Miniſterium Trotz zu bieten und an dem Bankette Theil zu nehmen. Die Mehrzahl zog ſich feig zurück; die Geſammtheit machte ihren Entſchluß noch am 21. öffentlich bekannt und kündigte nur eine Anklage des Miniſteriums an; abermals eine eitle Drohung, von der ſie vorausſehen mußten, daß ſie mit derſelben nicht durchdringen würden. Sie waren früher nicht, wie die Ehre ihnen gebot, in Maſſe aus der Kammer getreten; ſie hatten jetzt auf's Neue ihre Unfähigkeit, Zaghaftigkeit und Haltungsloſigkeit klar an den Tag gelegt: an ſie konnte das Volk ferner nicht vertrauensvoll ſich anſchließen, das ja auch längſt insgeheim von den Männern der blauen und der rothen Republik (den Männern des „National" und „Réforme", Marraſt und Ledru-Rollin) bearbeitet worden war und dort ſeine Sympathieen fand. Doch ſollen die Deputirten noch am Abend des Tages in einer abermaligen Verſammlung ihren Entſchluß geändert und ſich dahin vereinigt haben, dennoch an dem Zuge und an dem Bankette Theil zu nehmen; da kam die Nachricht, daß der Ausſchuß der Feſtordner ſelbſt das Bankett aufgegeben und das dafür beſtimmte Local habe ſchließen laſſen.

So ſtanden die Sachen am Vorabend des erſten Tages. Es war von Seiten der Liberalen Alles verſucht worden, um einen Zuſammenſtoß mit der beträchtlichen Truppenmacht zu vermeiden, die in Paris und in deſſen nächſter Umgegend vereinigt worden war, und die binnen wenigen Stunden mit Hülfe der Eiſenbahnen bis auf 80,000 Mann vermehrt werden konnte, da die Eiſenbahnbeamten die Anweiſung er-

halten hatten, in den entfernteren Garnisonstädten zahlreiche Wagen zum Transport von Truppen nach Paris bereit zu halten. Mit dieser Hülfe mochte das Ministerium, das seine Gegner in der Kammer verachtete, hoffen, leicht jeder Bewegung Herr zu werden, zumal da die Nationalgarde bei allen früheren Aufständen an Louis Philipp festgehalten und selbst mit Aufopferung die Ruhe hergestellt hatte. Daß es dieß Mal auf diese nicht werde bauen dürfen, sagte die „Réforme" schon mehrere Tage vorher voraus; und nicht gering durfte es geachtet werden, daß die Compagnieen der Nationalgarde, welche die Wache in den Tuilerieen beziehen sollten, schon mehrere Tage hinter einander unter dem Rufe: „es lebe die Reform" vor den Fenstern des königlichen Schlosses aufmarschirt waren. Aber verlangte auch die Mehrheit der Nationalgarde die Wahlreform und ein anderes Regierungssystem, so wollte sie doch das Königthum erhalten wissen; hätte also jetzt das Ministerium abgedankt, so würde sie das neue aus den Reihen der Linken genommene gegen die Schilderhebungen der Republikaner unterstützt und vereinigt mit den Linientruppen jeden ernstlichen Versuch, die Republik zu proklamiren, unterdrückt haben. Die Hartnäckigkeit Guizot's, oder — wenn man dem Gerüchte glauben darf, daß er schon mehrere Tage vorher vergeblich seine Entlassung angeboten habe — die Unbeugsamkeit des hochbejahrten Königs wollten es auf's Aeußerste ankommen lassen, und Niemand, selbst wohl die Republikaner nicht, mochte damals im Ernst an die Möglichkeit denken, daß binnen dreimal vierundzwanzig Stunden auch der jüngere Zweig der bourbonischen Königsfamilie gestürzt seyn würde!

Dienstag den 22. Februar. Am frühen Morgen zogen zahlreiche Scharen von Arbeitern und Jungen aus dem Volke nach den Boulevards*) und dem Platze der Kirche Madeleine, auf welchem

*) Den ehemaligen Wällen, welche die innere Stadt Paris umgeben und an denen sich die elegantesten Kaufläden befinden.

nach der früheren Beſtimmung der Zug ſich hatte aufſtellen ſollen. Um 10 Uhr verſammelten ſich auf dem Platze des Pantheon im gelehrten Viertel (Quartier latin) die Studirenden der mediciniſchen und der Rechtsſchule, im Ganzen gegen 1500, und zogen paarweiſe nach der Seine, an deren Ufer ſie mit einem Haufen von 2000 Arbeitern zuſammentrafen, ſich mit dieſen vereinigten und gemeinſchaftlich nach jenem Verſammlungspuncte auf den Boulevards begaben. Dort und in den benachbarten Straßen drängten ſich um die zwölfte Stunde dichte Volkshaufen zuſammen und bekundeten ihre Geſinnung durch die Rufe „Es lebe die Reform", „nieder mit Guizot"; machten aber auch ihrem Unwillen gegen die Deputirten der Oppoſition Luft. Ein Theil zog nach dem Hotel des auswärtigen Miniſters (Guizot) am benachbarten Boulevard des Capucines, warf dort einige Fenſter ein, wurde aber durch die im Hofe aufgeſtellten Municipalgarden vertrieben. Ein anderer Theil drängte nach dem Platze de la Concorde und nach der gleichbenannten Brücke (ehemals Brücke Ludwigs XV. genannt), welche zu dem Sitze der Deputirtenkammer, dem Palaſt Bourbon, führt, und deren Zugang durch Dragoner vertheidigt ward. Einige drangen jedoch durch und gelangten bis an den Palaſt, die meiſten aber wurden nach den Elyſäiſchen Feldern zurückgeworfen, welche während des Nachmittags der Schauplatz von Unruhen ohne ernſten Charakter blieben. Ueberall, wo die Truppen erſchienen, wurden ſie mit dem Ruf „es lebe die Linie" freundlich begrüßt. Bedenklichere Kämpfe fanden in der Vorſtadt St. Marceau und an dem Thore Statt, welches den Eingang zur Vorſtadt St. Martin bildet; und dieſe ſchien, wie die ſpäteren Kämpfe beweiſen, von den Republikanern zum Mittelpuncte ihrer Schilderhebung auserſehen zu ſeyn. An einigen Puncten, ſo auf dem Hauptwege der Elyſäiſchen Felder, auf dem Markt St. Honoré und in der Straße Rivoli wurden Barrikaden errichtet, aber

meiſt ohne Schwierigkeit durch die Truppen oder durch die Municipalgarden genommen. Mehrere Waffenläden wurden vom Volke geplündert.

Um 2 Uhr begann die Sitzung der Deputirtenkammer in gedrückter Stimmung; Odilon Barrot mit Duvergier de Hauranne und ſeinen übrigen Meinungsgenoſſen trat ein und legte den Anklageact gegen die Miniſter auf den Schreibtiſch der Kammer nieder, den indeß der Präſident Sauzet nicht vorlas. Ohne über die Vorgänge des Tages zu verhandeln, lieh man doch der Berathung über die Privilegien der Banken, welche auf der Tagesordnung war, keine ernſte Aufmerkſamkeit; Guizot und der Marſchall Bugeaud unterhielten ſich mit einander und verheimlichten ſich nicht, daß es einen heißen Kampf wenigſtens in der Nacht geben könne. In der Pairskammer ſtellte de Boiſſy eine Anfrage wegen der Maßregel des Miniſteriums in der Bankettangelegenheit; doch ging die Verſammlung über ſeinen Antrag, wie ſie ſchon oft gethan, zur Tagesordnung über.

Erſt um 5 Uhr wurde die Nationalgarde, der man nicht viel guten Willen zutrauen mochte, zuſammengetrommelt, auch erſchien ſie nicht in allen Bezirken mit gleichem Eifer und in der entſprechenden Zahl; manchen wurden auf dem Wege zu ihren Allarmplätzen die Waffen von Aufſtändiſchen abgenommen. Manche Legion aber wurde, als ſie rief „es lebe die Reform!" von dem Volkshaufen freudig begrüßt. — In den Abendſtunden nahm die Aufregung in den Elyſäiſchen Feldern zu; aus den Stühlen an den Spaziergängen errichtete man einen großen Scheiterhaufen, warf die Laternen ein und ſteckte die Stationshäuſer der Acciſebeamten und der Omnibus, ſowie ein Wachhaus der Municipalgarden in Brand. Die ganze innere Stadt wurde von Patrouillen durchzogen; die Zöglinge der polytechniſchen Schule wurden von ihren Oberen zurückgehalten, als ein Trupp Studenten ſich vor

dem Gebäude aufſtellte und patriotiſche Lieder ſang. Gegen 8 Uhr Abends hielt der König mit zweien ſeiner Söhne Revue über 10,000 Mann Truppen und eine Abtheilung Nationalgarde auf dem Carrouſelplatze; ſpäter vernahm man gegen Batignolles zu einzelne Schüſſe, abgefeuert von kleineren Trupps, welche in der Vorſtadt von einzelnen Hausbeſitzern die Gewehre erpreßt hatten und mit denſelben die Patrouillen und die Acciſeſtationen angriffen. Gegen Mitternacht war die Ruhe überall hergeſtellt. Die Theatervorſtellungen waren an dieſem Tage ausgeſetzt worden.

Mittwoch den 23. Februar. Am folgenden Morgen wurden in verſchiedenen dicht bevölkerten Stadttheilen, namentlich in dem Bezirke Poiſſonnière, dem Quartier der Hallen, in den Vorſtädten St. Denys, St. Martin und du Temple, Barrikaden errichtet und von kleinen Trupps vertheidigt; beſonders viele gab es in den Straßen Aumaire, Transnonain, Phelipeaux und Beaubourg; die ſtärkſten und künſtlichſt gebauten in dem engen Stadttheile zwiſchen den Straßen du Temple und St. Martin.

Auch heute griff die Nationalgarde, die um 9 Uhr zuſammengerufen wurde, faſt nirgends die Volkshaufen an, ſondern wetteiferte mit ihnen in Vivatrufen auf die Reform. An manchen Puncten nahm ſie ſogar Partei für das Volk und die Studenten gegen die Municipalgarde, dieſe eifrige und erbitterte, aber auch dem Volke beſonders verhaßte Truppe der Polizeigewalt. Einſichtsvolle erkannten ſchon jetzt, daß durch dieſe Stimmung der Nationalgarde, gegen welche die Linientruppen ſchwerlich gekämpft haben würden, Guizot's Fall entſchieden ſei. Eine große Zahl Nationalgarden von der vierten Legion ſammelte ſich auf der Mairie der Straße du Chevalier-du-Guet und entwarf hier eine Petition an die Deputirtenkammer um Wahlreform und Entlaſſung der Miniſter, welche gleich nach der Abfaſſung

zahlreiche Unterſchriften erhielt. Mit derſelben zogen ſie in die Wohnung des Deputirten Cremieux, und als ſie ihn nicht zu Haus fanden, um 3 Uhr nach der Deputirtenkammer. Hier erhielt man die Nachricht von der Annäherung eines Zugs von 3—400 reformiſtiſchen Nationalgardiſten nach der Brücke de la Concorde, welche von einer Abtheilung Militär beſetzt war, fürchtete ein gewaltſames Eindringen derſelben in den Saal und verweigerte daher der Deputation den Zutritt; Cremieux ging deßhalb dem Zuge entgegen, nahm ihre Vorſtellung an, verſprach ſie zu bevorworten, forderte aber auch die Männer auf, vor Allem zur Herſtellung der Ruhe und Ordnung mitzuwirken, was ſie mit allgemeinem Beifall aufnahmen. Nachdem Guizot, der um 2 Uhr zum König gerufen worden war, in der Deputirtenkammer ſich eingefunden hatte, verlangte der Deputirte Vavin von ihm eine Erklärung über das am geſtrigen Tage gegen die Nationalgarde bewieſene Mißtrauen, da man ſie erſt ſo ſpät zuſammengerufen habe, während ein zeitigeres Auftreten derſelben den beklagenswerthen Colliſionen vorgebeugt haben würde. Guizot erwiederte:

„Ich glaube, daß es weder den öffentlichen Intereſſen entſprechen, noch zeitgemäß ſeyn würde, in dieſem Augenblicke auf die eben erfolgte Interpellation einzugehen. — Der König hat ſoeben den Grafen Molé zu ſich berufen, um ihn zu beauftragen“ ..... Bei dieſen Worten unterbrach ihn anhaltendes Bravorufen von der Linken und Beifallklatſchen von den Tribünen herab, — doch fuhr er fort: „Die Unterbrechung, welche eben eingetreten iſt, wird mich nicht veranlaſſen, meinen Worten etwas hinzuzufügen oder etwas davon hinwegzulaſſen. (Allgemeiner Beifall.) Der König hat in dieſem Augenblicke den Grafen Molé berufen, um ihn mit der Bildung eines Cabinets zu beauftragen. So lange das gegenwärtige Cabinet mit den Geſchäf-

ten betraut iſt, wird es die Ordnung aufrecht zu halten oder herzuſtellen und ſeinem Gewiſſen gemäß, wie es dies bis jetzt gethan, durchzuſetzen wiſſen, daß die Geſetze geachtet werden." In der hierauf angeregten Verhandlung über die eingereichten Beſchwerden und Geſuche um Reform, für deren Dringlichkeit Odilon Barrot und Peyramont ſprachen, während der Präſident ſie dem Bittſchriftsausſchuſſe überweiſen, Dupin dagegen bei der gegenwärtigen Lage der Dinge und im Intereſſe der Herſtellung der Ordnung vertagt wiſſen wollte, erklärte Guizot, er ſehe keinen Grund zur Unterbrechung der Arbeiten der Kammer und zur Vertagung der Fragen, die in ihrer Mitte angeregt werden möchten. Bei der Abſtimmung wurde die Vertagung verworfen.

Die Nachricht von der Abdankung des Miniſteriums Guizot, welche durch Graf Montalivet der unter ſeinem Befehl ſtehenden reitenden Nationalgarde mitgetheilt und durch Adjutanten nach verſchiedenen Seiten der Stadt verbreitet werde, machte überall dem Kampfe ein Ende und erregte die größte Freude; die Nationalgarden riefen: „es lebe der König, nieder mit Guizot!" und in vielen Theilen der Stadt wurde illuminirt, ſodaß die Boulevards am Abend einen feenhaften Anblick gewährten; auch wurden viele Läden wieder geöffnet.

Dennoch war das Vertrauen noch nicht ganz wieder hergeſtellt; auch waren die trotzigen Worte Guizot's in der Kammer nicht geeignet, von der Gewißheit ſeiner Abdankung zu überzeugen. Darum dauerte, beſonders in den Quartieren St. Denis und du Temple, die Aufregung fort und es fehlte ſelbſt noch in den ſpäten Abendſtunden nicht an herumziehenden Haufen. Einer derſelben zog mit höhniſchem Geſchrei vor das Hotel des bisherigen Juſtizminiſters Hebert und nöthigte die Bewohner zu illuminiren; an der Straße de la Paix traf er mit einem andern Haufen zuſammen, vor welchem Fahnen- und Fackelträger ein-

hergingen, und zog mit dieſem die Boulevards entlang, patriotiſche Lieder ſingend, nach Guizot's Hotel, um 10 Uhr, um dort einige Fenſter einzuwerfen; denn es hatte ſich um 9½ Uhr das Gerücht verbreitet, er habe doch nicht abgedankt. An dem Hotel aber fanden ſie eine beträchtliche Abtheilung des 14ten Regiments quer über den Boulevard aufgeſtellt, welche ihnen das Weiterziehen wehrte. Der Anführer des Zugs unterhandelte mit dem commandirenden Oberſt, der, weil der Zug immer näher heran drängte, das Bajonnet fällen ließ. Dabei entſtand eine Lücke in ſeiner Front, durch welche einige Jungen hindurchſchlüpften. Als dieß der Oberſt bemerkte, und überdieß ein Schuß losging*), der das Pferd des Oberſtlieutenants verwundete, ließ er ohne vorhergegangene Aufforderung Feuer geben — und ſogleich ſtürzten 40 aus dem Zuge der Arbeiter todt oder verwundet nieder. Küraſſiere ſprengten herbei und räumten den Platz.

Dieſe blutige That kann man als den Anfang der Revolution bezeichnen. Schnell brachte man die Verwundeten in benachbarten Apotheken unter; die Todten aber lud das Volk auf einen Karren und durchzog mit dieſem unter Fackelſchein und dem Rufe: „man verräth uns, zu den Waffen!" die Straßen, um überallhin die Kunde von dem mörderiſchen Anfall zu bringen. Vor dem Redactionsbureau des National hielten ſie an; der Redacteur Marraſt, ſowie die Herren Flocon und Garnier-Pagès traten auf den Altan und ſprachen ihren Unwillen darüber und die Nothwendigkeit, daß dem Volke Vergeltung werden müſſe, aus. Noch in der Nacht wurden in allen Theilen der inneren Stadt und längs der Boulevards hohe und feſte

*) Doch war derſelbe, wie der Oberſt ſpäter dem herbeieilenden Deputirten Courtais berichtete, aus dem Garten des Hotels gekommen, alſo nicht aus dem Volkshaufen!

Barrikaden aufgeworfen und Alles rüſtete ſich für den kommenden Morgen zum heftigen Kampfe. Um Mitternacht brach ein Haufe die Thüren der Kirche Notredame auf und läutete Sturm.

Donnerſtag, den 24. Febr. Schon die zweite Hälfte der Nacht begann mit heftigen Kämpfen des Volks gegen die ermüdeten Truppen in verſchiedenen Theilen der Stadt, und am Morgen wurden dieſelben fortgeſetzt. Aber faſt überall nahm nun die Nationalgarde, entrüſtet über das Attentat der vergangenen Nacht, Partei für das Volk, und ſelbſt einzelne Abtheilungen der Linientruppen zeigten ſich dem Volke gegenüber unſchlüſſig; ja manche Abtheilungen lieferten ihm ihre Waffen aus oder gingen zu demſelben über. Die Gefahr für den Julithron wurde immer größer; denn man erinnerte ſich, daß er auf Barrikaden errichtet worden und daß faſt keine der damals gegebenen Verheißungen erfüllt worden ſei. Schon in der Nacht hatte der König ſich überzeugt, daß das Miniſterium Molé dem Willen des Volkes nicht genügen werde und deßhalb Herrn Thiers zur Bildung eines Miniſteriums zu ſich rufen laſſen, und dieſem bewilligt, daß Odilon Barrot, Lamoricière, Duvergier de Hauranne und Remuſat in daſſelbe treten ſollten. An die Stelle des Generals Jacqueminot, der ſeine Entlaſſung gab, ernannte er den Marſchall Bugeaud zum Oberbefehlshaber der Nationalgarde, der ſogleich (um 9 Uhr) den Truppen den Befehl zum Einſtellen der Feindſeligkeiten und zum Zurückziehen gab, durch Adjutanten mit weißen Tüchern dem Volke dieß verkünden ließ und es zur Niederlegung der Waffen aufforderte, da er ſein Amt nicht mit Blutvergießen beginnen wollte. Nach 10 Uhr verkündete eine Proclamation von Thiers und Odilon Barrot Einſtellung der Feindſeligkeiten, Ernennung Lamoricière's zum Oberbefehlshaber, verhieß Reform und Auflöſung der Kammer, und die Generale Lamoricière und Bedeau durchritten die Boulevards, um den Natio-

nalgarden, den Studenten und den Volkshaufen die Bewilligung ihrer Forderungen mitzutheilen. Aber zum zweiten Male erregte es Mißtrauen, daß das officielle Regierungsblatt, der „Moniteur", von Allem nur die Ernennung Bugeaud's enthielt, eines Mannes von ſtreng militäriſchem Sinne, der einſt (1834) in der Straße Transnonain das Volk bekämpft und in der letzten Zeit als treuer Anhänger des volksfeindlichen Regierungsſyſtems Louis Philipps gegolten hatte. Abermals glaubte das Volk getäuſcht zu ſeyn, und man vernahm nun die Rufe: „Nieder mit den Bourbonen! nieder mit Louis Philipp!" man ſprach es aus, daß man dem Könige nur bis 12 Uhr Friſt zur Abdankung geſtatte. Währenddem befanden ſich Thiers, Rémuſat, Duvergier de Hauranne, Malleville und Girardin im Schloſſe der Tuilerieen und machten, als von der Seite des Palais Royal her, wo das demſelben gegenüberliegende Wachhaus Chateau d'Eau vom Volk geſtürmt wurde, Gewehrfeuer und Geſchrei ſich vernehmen ließ, dem Könige ſeine Lage begreiflich, riethen ihm zur Niederlegung der Krone — und ungeachtet der Bitten ſeiner Gemahlin ſchrieb Louis Philipp die Entſagungsurkunde zu Gunſten ſeines Enkels, des Grafen von Paris, nieder; und da der geſetzlich zum Regenten beſtimmte Herzog von Nemours zu wenig beliebt war, forderte er die Herzogin von Orleans auf, mit ihrem Sohne in die Deputirtenkammer zu gehen und ſich als Regentin beſtätigen zu laſſen. Er ſelbſt aber entfernte ſich durch den Garten der Tuilerieen, beſtieg am Obelisken von Luxor, wo eine große Volksmaſſe ihn umdrängte, mit der Königin einen einſpännigen Wagen und fuhr, von einem zweiten gefolgt, in welchem die Prinzeſſinnen ſaßen, und von 200 Mann Cavallerie geleitet, längs dem Fluſſe nach Neuilly, von wo er ſich nach ſeinem Schloſſe Eu, im nördlichen Theile Frankreichs, wandte und mehrere Tage nachher nach der engliſchen Küſte überſchiffte. Er hatte noch nicht lange die Tuile-

rieen verlaſſen, als das ſiegreiche Volk mit der Nationalgarde, nachdem es in zweiſtündigem blutigem Kampfe die Compagnie des 14ten Regiments zur Uebergabe des Chateau d'Eau genöthigt, den Bataillonschef niedergeſchoſſen und das Gebäude hierauf in Brand geſteckt hatte*), in das Palais Royal (eine Beſitzung der Orleans'ſchen Familie) eindrang, dort in den Zimmern des Königs hauſte und nicht nur ſeine Equipagen auf einen Haufen zuſammenbrachte und verbrannte, ſondern auch die koſtbaren Meubles und die werthvollen Gemälde in das Feuer warf; vergebens ſuchten Kunſtliebhaber einige derſelben zu retten. Von einer ſtarken Abtheilung Nationalgarde unterſtützt, zog hierauf das Volk durch die Chartresſtraße nach dem Carrouſelplatze vor das Gitter des Tuilerieenhofes, gegen welches auch die fünfte Legion der Nationalgarde heranrückte. Ein Lieutenant derſelben, Aubert-Roche, bewirkte es, daß die bedeutenden innerhalb des Hofes ſtehenden Streitkräfte, 3000 Mann Infanterie, 2 Schwadronen Dragoner, eine Batterie von 6 Kanonen und eine Abtheilung Municipalgarde ohne Widerſtand abzogen. Denn nachdem er zuerſt dem Oberbefehlshaber dieſer ganzen Streitkräfte zugerufen hatte, der Pallaſt ſei umzingelt und die Truppen würden verloren ſeyn, wenn ſie nicht das Schloß räumten und der Nationalgarde,

*) Bei dieſer Gelegenheit hörten ſie ein furchtbares Wimmern, welches nach der Meinung der Belagerer von hartnäckigen Soldaten der Beſatzung herrühren ſollte. Erſt als es zu ſpät war, erfuhr man, daß hier 40 bis 50 Leute aus dem Volke, die Tags vorher verhaftet worden waren, eingeſperrt worden ſeien. — Nach andern Berichten vertheidigten Municipalgardiſten das Wachhaus Chateau d'Eau; vielleicht war eine Abtheilung derſelben, welche dieſen wichtigen Poſten vertheidigen ſollte, nur durch Linientruppen verſtärkt worden.

übergaben, worauf dieſer die Truppen nur in einer Linie vor dem Schloſſe aufſtellte, ohne abzuziehen; begab ſich Roche mit einem Bataillonschef Leſueur zum Herzoge von Nemours und erlangte von dieſem, dem er die Gefahr des neuen Blutvergießens vorſtellte, den Befehl zum Abzuge der Truppen, von denen die Artillerie nach der nördlichen Seite des Schloſſes in der Richtung des Palais Royal, die übrigen aber mit dem Herzoge und ſeinem Stabe durch den Pavillon de l'Horloge nach dem Seineufer ſich wandten. War dieſes in der That der Verlauf der Unterhandlungen, wie es ein Berichterſtatter der Zeitſchrift Réforme erzählt, ſo folgte der Herzog von Nemours erſt jetzt ſeiner Schwägerin, die bald nach des Königs Abreiſe mit ihren beiden Söhnen und mehreren Deputirten, Lacroſſe, Dupin u. a. in die Deputirtenkammer ſich begab, dorthin nach; nachdem aber das Schloß der Tuilerien von ſeinen Vertheidigern entblößt und der Nationalgarde preis gegeben worden war, drangen mit derſelben zahlreiche bewaffnete Volkshaufen in die königlichen Zimmer, riſſen die Vorhänge und Tapeten herunter, verwüſteten die Meubles, zertrümmerten die Luxusgegenſtände, und ſchleppten aus dem Thronſaale den Lehnſeſſel des Königs herunter, den ſie dann bis zur Juliſäule trugen und unter dem Jauchzen der Umſtehenden verbrannten. Dennoch wurde nichts entwendet; und durch eine aus ordnungsliebenden Bürgern freiwillig gebildete Sicherheitswache wurden auch die Kunſtgegenſtände und Meiſterwerke geſchützt. Es erzählt der Berichterſtatter der Kölniſchen Zeitung, als er eine kleine Zeichnung zum Andenken an dieſen Tag habe mitnehmen wollen, ſei ihm durch einen Blouſenmann dieß verweigert worden. Die Krondiamanten wurden nach der Staatsſchatzkammer gebracht; andere Koſtbarkeiten, Juwelen, Gold- und Silberzeug wurden in ein beſonderes Zimmer getragen und ſpäter von den es bewachenden Officieren der Nationalgarde einem Regierungsbeamten

übergeben; die Kaſſe aber mit 331,000 Franken in der Bank niedergelegt.

Der letzte Act in dem Trauerſpiele, welches mit der Vertreibung der ganzen königlichen Familie und der Abſchaffung des Königthums überhaupt enden ſollte, wurde in der Deputirtenkammer aufgeführt, deren Mitglieder ſchon um 12 Uhr ſich in ihren Bureau's eingefunden hatten, jedoch vom Präſidenten ſogleich in Betracht der ernſten Lage der Hauptſtadt zu einer allgemeinen Berathung zuſammengerufen wurden. In derſelben ſtellte Lafitte den Antrag, die Kammer ſolle ſich permanent erklären, worin ihn Cambacères unterſtützte; doch wurde der Beſchluß darüber ausgeſetzt und die Kammerſitzung nur unterbrochen, bis halb 2 Uhr die Herzogin von Orleans mit ihren Söhnen, dem Grafen von Paris und dem Herzoge von Chartres erſchien, von den Deputirten mit Beifallrufen empfangen ward, und ſich auf einem Seſſel nahe der Rednerbühne niederließ, worauf der mit ihr erſchienene Dupin die Abdankung Louis Philipps zu Gunſten ſeines Enkels unter Regentſchaft der Herzogin von Orleans verkündete, wornach wiederum der Ruf: „Es lebe der König! es lebe der Graf von Paris! es lebe die Regentin!" ſcholl; doch wurden ſchon jetzt von den Legitimiſten auf der äußerſten Rechten (den Anhängern des im Juli 1830 geſtürzten älteren bourboniſchen Zweiges, Benoude und Larochejaquelein) und von den Republikanern auf der äußerſten Linken (Ledru-Rollin, Crémieux und Lamartine) Einwendungen gemacht und verlangt, daß man erſt Odilon Barrot's Erſcheinen abwarten ſolle. Dieſer erſchien endlich, nachdem ſchon einmal vom Präſidenten der Wunſch ausgeſprochen worden war, daß Alle, die nicht Mitglieder der Kammer ſeien, den Saal verlaſſen möchten und die Herzogin ſelbſt nach einigem Widerſtreben ſich bereit gezeigt hatte, dieſer Aufforderung Folge zu leiſten. Ehe er indeſſen

ſelbſt das Wort nahm, erinnerte der Deputirte Marie an die Nothwendigkeit, ſo ſchnell als möglich Maßregeln zur Beruhigung der Bevölkerung zu treffen, während die Regentſchaft der Herzogin mit dem früher gegebenen Regentſchaftsgeſetze in Widerſpruch ſtehe; an die Spitze der Hauptſtadt und des Landes müſſe vielmehr ſogleich eine kräftige proviſoriſche Regierung treten; ein Vorſchlag, den Crémieux unterſtützte. Odilon Barrot legte zwar nun den Deputirten die Pflicht an's Herz, im Namen der politiſchen Freiheit des Landes und des Bedürfniſſes der Ordnung die Juliinſtitutionen zu wahren; er verhieß in der Regentſchaft der Herzogin mit einem aus den erprobteſten Meinungen gezogenen Miniſterium die beſte Gewähr für die Freiheit. Während hierauf Larochejaquelein, wie vorher Genoude, der Deputirtenkammer die Bedeutung und das Recht, einen gültigen Beſchluß hierüber zu faſſen, beſtritten, und das ganze Land darüber befragt wiſſen wollten, füllte ſich der Saal mit Bewaffneten, Nationalgardiſten, Studenten und Arbeitern; ſie drangen bis in den Halbkreis vor und verlangten mit ſtürmiſchem Geſchrei Entſetzung des Königs. Einer aus ihrer Mitte, Chevalier, warnte die Deputirten vor einem einſeitigen Beſchluß und rieth, die Herzogin ſolle mit ihrem Sohne auf den Boulevards ſich zeigen und ihre Herrſchaft vom Volke anerkennen laſſen. Da dringt ein Blouſenmann auf den Grafen von Paris ein und will ihn tödten; die Herzogin wirft ſich ihm entgegen, und bittet, ſie ſtatt des Sohnes niederzuſtoßen; der Deputirte Oudinot ſchützt beide mit eigener Lebensgefahr vor dem wüthenden Angriffe, und umgeben von mehreren Deputirten gelingt es endlich der Herzogin mit dem Grafen von Paris, auf welche ſchon Männer von den Tribünen herab ihre Flinten anlegen, durch einen dunkeln Gang zu entkommen, von wo der Graf in den Garten hinab gelaſſen wird; von dort

werden sie nach dem Hotel der Invaliden geleitet *), während der Herzog von Nemours unter dem Paletot, den er von einem Deputirten erhalten, seine Uniform verbirgt und entkommt. Währenddem steigt der Lärm im Sitzungssaale; man vernimmt die Rufe: „Keine Bourbonen mehr! es lebe die Republik!" Endlich verschafft sich Ledru-Rollin Gehör; er protestirt gegen die Gültigkeit des neuen Beschlusses über die Regentschaft, zu dem es erst der Einwilligung des Landes bedürfe, die in ähnlichen Fällen schon versagt worden sei, so 1815, als Napoleon **) zu Gunsten seines Sohnes unter Regentschaft der Kaiserin, so 1830, als Karl X. zu Gunsten seines Enkels habe entsagen wollen. Er schließt mit dem Antrage auf Einsetzung einer provisorischen Regierung und unmittelbare Einberufung eines Nationalconvents zur Feststellung der Volksrechte. Mit ergreifenden Worten spricht hierauf Lamartine seine Theilnahme an dem rührenden Schauspiele aus, welches das Erscheinen der erlauchten Prinzessin und ihres Sohnes in dem Sitzungssaale gewährt habe, aber zugleich bekennt er sich auch zu der dem Volke gebührenden Ehrfurcht, welches seit drei Tagen gekämpft habe, um eine eidbrüchige Regierung wieder in die rechte Bahn zurückzuweisen und auf einer für die Zukunft unerschütterlichen Grundlage die Herrschaft der Ordnung und der Freiheit wieder herzu-

---

*) Ihr jüngerer Sohn, der Herzog von Chartres, wurde eine Zeit lang vermißt; später ergab es sich, daß er durch Anhänger des Königshauses in Mädchenkleidern fortgebracht worden war.

**) Hierbei bedachte er wohl im Feuer der Rede nicht, daß damals das Land nicht frei war, sondern unter dem Einflusse einer feindlichen Armee und dreier fremder Herrscher stand, die erforderlichen Falls selbst gegen den Willen des Landes die Rechte der österreichischen Kaisertochter hätten vertheidigen können.

ſtellen. Er ſpricht ſodann die Ueberzeugung aus, daß eine der Rührung und dem natürlichen Gefühle entlockte Acclamation, wie die vorhin vernommene, nicht ein feſtes unabänderliches Recht der Herrſchaft über 35 Millionen Menſchen begründen könne. Er verlangt Einſetzung einer Regierung, die dem Bürgerkriege Einhalt thue, die das ſeit Jahren beſtandene Mißverhältniß zwiſchen den Bürgerklaſſen aufhebe, aber weder in Bezug auf die Rechte der Franzoſen, noch in Bezug auf ihre gegenſeitigen Beſchuldigungen, ihre Sympathieen und Abneigungen der definitiven Regierung, die ſich das Land durch ſeine zu wählenden Berather geben möge, vorgreife*). In dieſem Augenblicke dringen neue Schaaren auf die Gallerieen, deren Thüren ſie mit Flintenkolben einſchlagen, mit dem Rufe: „Keine Deputirten mehr, weg mit der Kammer"; einer der Ankommenden legt auf den Redner an, wird aber von Andern bedeutet, nicht zu ſchießen, da es Lamartine ſei. Da der bisherige Präſident, Sauzet, trotz fortdauernden Klingelns nicht die Ruhe herſtellen kann, erklärt er die Sitzung für geſchloſſen, und verläßt den Präſidentenſtuhl, den bald nachher Dupont de l'Eure einnimmt. Einzelne Stimmen verlangen nun die Namen der Mitglieder der proviſoriſchen Regierung zu wiſſen; nach langem Lärmen, während Viele die Republik ausgerufen haben wollen, gelingt es endlich dem Präſidenten Dupont, und nachdem dieſer unterbrochen worden, Hrn. Ledru-Rollin, die Namen Lamartine, Ledru-Rollin, Arago, Dupont, Garnier-Pagès, Marie, Crémieux zu verleſen und ihre Ernennung durch Zuruf genehmigen zu laſſen; und

*) In dem Briefe, den er an ſeine Wähler nach ſeiner Abdankung in den Juniustagen ſchrieb, erzählt Lamartine, daß er nur von ſeinen Freunden und von Männern aus dem Volke gedrängt worden ſei, die Rednerbühne zu beſteigen.

nun verfügen sich (nach vier Uhr) die ernannten Mitglieder nach dem Stadthause (Hôtel de ville), um sich dort zu constituiren.

In diesem, welches in den Julitagen 1830 der Gegenstand eines heftigen Kampfes gewesen war, hatte dieß Mal am Dienstag nur eine mäßige Truppenabtheilung gestanden, wie ein Unterbeamter in demselben als Augenzeuge berichtet*); am Mittwoch war eine stärkere Truppenmasse von allen Waffengattungen in demselben und auf dem Platze vor dem Hause vereinigt worden, und der General Tiburce Sebastiani hatte sein Hauptquartier darin aufgeschlagen; aber an diesem Tage so wenig, als am vorhergehenden, wurde in seiner Nähe gekämpft. Erst vom Mittag an vernahm man in größerer Nähe das Schießen, namentlich von der Straße Mortorgueuil her, einer Fortsetzung der Straße St. Martin, wo eine Barrikade hartnäckig vertheidigt wurde; das Gefecht kam immer näher und viele verwundete Soldaten wurden hierher in ein eiligst hergerichtetes Lazareth im Saale der Huissiers gebracht. Um vier ein halb Uhr Nachmittags war sogar eine Kanonenkugel gegen eine Säule des Stadthauses geflogen. Am Morgen des 24sten endlich wurde der Kampf auch in der innern Stadt heftiger; von der Straße des Coquilles her war eine Compagnie der siebenten Legion der Nationalgarde mit 20 Arbeitern im Verein mit Linientruppen herangerückt und dieser hatte die Besatzung das Stadthaus übergeben. Aber weder der Präfect des Seinedepartements, der in demselben seine Bureau's hat, noch der General Sebastiani waren in diesem Augenblick aufzufinden, um eine geregelte Besetzung desselben durch Nationalgarden zum Schutze der Archive zu bewirken. Während im Inneren eine große Verwirrung und Rathlosigkeit unter den Beamten herrschte, war eine andere Abtheilung von

*) In Bran's Miscellen, Maiheft 1848, S. 252 ff.

50 Nationalgardiſten und 2—300 Arbeitern eingedrungen und hatte die Municipalgardiſten im Saale St. Jean aufgeſucht, aber auf das Zureden eines Beamten verſchont und herausbegleitet. In den obern Sälen wurde aber inzwiſchen das Gedränge und die Verwirrung immer größer. Im Thronſaale erklärte ſich ein Hauptmann der Nationalgarde, der von 15 bis 20 Zöglingen der polytechniſchen Schule umgeben war, zum Gouverneur des Stadthauſes, weil er daſſelbe erobert habe, und conſtituirte ſich mit den jungen Leuten zur Regierung. Zwar wurde er durch den Municipalrath Thierry und Hrn. Flotard zum Rückzuge genöthigt, welche nun die Mitglieder des Stadtraths zuſammenriefen; aber gleich darauf nahm er im Salon der Stadträthe, wohin er ſich mit den Polytechnikern zurückgezogen, Beſitz vom Präſidentenſtuhl und beſtand nach dem Eindringen der Volksmaſſen und der genannten Herrn in dieſem Salon einen hartnäckigen Kampf mit den Letzteren um den Vorſitz mit abwechſelndem Glücke, bis endlich mit Hülfe eines ſtattlichen bärtigen Nationalgardiſten Thierry Sieger blieb und nun unter den verſammelten Stadträthen den Vorſitz führte. Ein Vorſchlag, ſich als außerordentliche allgemeine ſtadträthliche Sitzung zu conſtituiren, erregte bei dieſen großes Bedenken; das Gedränge im Saale nahm immer mehr zu und der Lärm wurde immer größer, als gegen 3 Uhr von den Galerieen her der Ruf: „Garnier-Pagès" den Tumult beſchwichtigte. Erſchöpft von vielen Reden, die er unterwegs hatte halten müſſen, bat dieſer um ein Glas Waſſer; nach einiger Zeit las er eine ihm eben erſt aus der Deputirtenkammer zugekommene Botſchaft über die Regentſchaft der Herzogin von Orleans vor, welche einen allgemeinen Sturm hervorrief; Viele ſpannten ſogar ihre Hähne — als Pferdegetrappel und Kleingewehrfeuer auf der Straße Allen einen Schreck einjagte und ſie aus dem Saale trieb. Bald erfuhr man, es ſeien flüchtige und vom Volke

verfolgte Municipalgardiſten, welche im Stadthauſe, nach welchem ſie ſich hatten zurückziehen wollen, mit Flintenſchüſſen empfangen ſich in benachbarte Häuſer zu retten ſuchten. Bald nachher hatte ſich im Thronſaale eine bunte Menſchenmaſſe und mit ihr die neue proviſoriſche Regierung eingefunden, darunter der Redacteur der Réforme, Flocon, und Ledru-Rollin, ein Mann von athletiſcher Geſtalt und mit ſtolzem Geſichte, welcher mit den übrigen Mitgliedern der in der Deputirtenkammer ernannten proviſoriſchen Regierung hierher gekommen war und jetzt auf das Verlangen aller Anweſenden die Republik ausrief, während ſich ſeine Collegen in das Zimmer des Präfecten zurückgezogen hatten (im nördlichen Flügel des Stadthauſes), um eine Proclamation an das Volk zu entwerfen. In der Mitte des Gebäudes, im Thronſaal, ſowie auf den Treppen dauerte das Gedränge und der Lärm fort; nach einiger Zeit drängte ſich durch daſſelbe Lamartine, gegen deſſen Perſönlichkeit Einzelne aus dem Volke ſich ausſprachen, und während er eine begeiſternde Rede an das Volk hielt, ſchoß einer der Wüthendſten ſeine Flinte nach ihm ab, ohne ihn indeß zu treffen.

Als Ergänzung zu dieſem ſchlichten Berichte eines Hausbeamten des Stadthauſes kann hinzugefügt werden, daß, nachdem die in der Deputirtenkammer gewählten Mitglieder der proviſoriſchen Regierung in das Stadthaus gekommen waren, eine große Maſſe bewaffneten Volks mit ihnen hineinſtrömte und verlangte, es ſolle die Republik proclamirt werden. Die Regierung verlangte, ſich in ein Berathungszimmer zurückzuziehen, um ſich über dieß Verlangen zu berathen; das Volk aber rief: Es bedarf dazu keiner Berathung, wir wollen die Republik und keine andere Form der Regierung! Dennoch gelang es den Vorſtellungen Lamartine's und Ledru-Rollin's, daß die ſo eben gewählten Mitglieder ſich erſt über eine ſo wichtige Frage verſtändi-

gen und einen Beſchluß faſſen müßten, das Volk zu beſchwichtigen, ſodaß es erklärte, die Berathung abwarten zu wollen. Nach einer halben Stunde kehrten ſie in die Volksverſammlung zurück, und Dupont de l'Eure erklärte dem verſammelte Volke, die proviſoriſche Regierung halte ſich nicht für berechtigt, irgend eine beſtimmte Form anzunehmen und wolle die Nation durch Urwahlen entſcheiden laſſen; übrigens wolle ſie, wie das hier verſammelte Volk, die Republik. Dieſe Erklärung rief aber einen furchtbaren Sturm hervor und Viele richteten ihre geladenen Gewehre auf die Mitglieder der Regierung. Dennoch hatten Lamartine, Ledru-Rollin und Crémieux eine Zeit lang den Muth, dieſen Drohungen die Stirn zu bieten und in eindringlichen Reden dem Volke begreiflich zu machen, daß ihnen kein Recht zuſtehe, eine beſtimmte Regierungsform zu proclamiren; doch hörte das Volk nicht auf zu rufen: „es lebe die Republik!" und ſeine Gewehre auf ſie zu richten, bis ſie verſprachen, die Republik zu proclamiren. Um 5 Uhr Abends wurde ſie auch in den Straßen der Stadt ausgerufen, doch ohne daß dieſe Proclamation einen officiellen Charakter hatte, da auch noch am folgenden Morgen die Zeitungen nur die Erklärung mittheilten: „die proviſoriſche Regierung wolle die Republik." Erſt am Nachmittag des folgenden Tages (den 25ſten Februar) um 4½ Uhr ließ die Regierung in allen Straßen eine Proclamation anſchlagen, worin ſie verkündigte, daß ſie ſich für die Republik entſchieden habe und dieſelbe der Nation zur Beſtätigung vorlegen wolle. Von da an wurden alle Bekanntmachungen und Decrete im Namen der franzöſiſchen Republik erlaſſen.

Einen traurigen Anblick bot Paris am Abend des 24ſten dar: auf den Boulevards waren alle Bäume umgehauen, alle 100 Schritte

weit verſperrte oder erſchwerte auf denſelben und in den übrigen Straßen der Stadt eine Barrikade den Verkehr; in den Straßen lagen Leichname, oder große Blutflecken und Trümmer bezeichneten die Stellen, an denen der Kampf am heftigſten gewüthet hatte; die Laternen waren eingeſchlagen, ja ſelbſt die Gasleitungen zerſtört, ſodaß die Einwohner Licht an die Fenſter ſtellen mußten. Viele Häuſer waren durch Kugeln beſchädigt, Wach- und Zollhäuſer niedergebrannt, die königlichen Paläſte verwüſtet*). Durch die Straßen zogen bewaffnete Haufen, die erſt, nachdem ihr Verlangen erfüllt und die Republik proclamirt war, ſich etwas befriedigt fühlten, ihre Freude darüber kund gaben und Vertrauen zu der neuen Regierung faßten, ohne doch den Argwohn gegen die Anhänger des geſtürzten Königthums ganz abzulegen, als könnten dieſelben einen Verſuch zur Herſtellung der orleansſchen Königsfamilie wagen. Zwar ging die Nacht vom 24ſten ruhig vorüber, aber am Morgen des 25ſten verbreitete ſich das Gerücht, es werde eine Gegenrevolution zu Gunſten des Grafen von Paris beabſichtigt, und ſogleich ſammelten ſich Tauſende bewaffneter Arbeiter vor dem Stadthauſe und verlangten nach Vincennes geführt zu werden, deſſen Beſatzung, reich mit Schießvorrath verſehen, ſich noch nicht ergeben hatte. Auch hierbei gelang es wieder der beredten und begeiſterten Anſprache Lamartine's, die Aufregung zu beſchwichtigen; noch im Laufe des Vormittags kam überdieß die Kunde, daß die Beſatzung der kleinen Feſtung ſich der proviſoriſchen Regierung unterworfen habe und ſogleich wurde Flocon mit einer Abtheilung Natio-

*) Am 25ſten traf ein noch härteres Schickſal auch das Schloß auf Louis Philipps Privatbeſitzung Neuilly; eine Bande drang dorthin und brannte es nieder, wobei über 100 Menſchen, die ſich in den Kellern berauſcht hatten, in den Flammen umkamen.

nalgarde hinausgesandt, sie zu besetzen und die Waffenvorräthe in Empfang zu nehmen, welche sodann unter die Arbeiter vertheilt wurden. Erst seit dem Mittag des 25sten kehrte das Vertrauen wieder; die Läden wurden wieder geöffnet und zahlreiche Spaziergänger, mit rothen Bändchen im Knopfloche, ja selbst viele Damen, durchzogen die Straßen, nahmen die Schauplätze der lebhaftesten Kämpfe in Augenschein und besprachen die erlebten Ereignisse. Auch die Wohlhabendern, welche am meisten von dem zahlreichen Anhange der communistischen Führer fürchten durften — da diese in ihren Vereinen hauptsächlich gegen die „Ausbeutung des Menschen durch die Männer des Capitals" geeifert und das Eigenthum für Diebstahl erklärt hatten — auch die Männer der Börse wagten es, sich zu zeigen, da das hungernde Volk seinen Sieg nicht mißbrauchte, sondern nur der errungenen Freiheit sich erfreute. Denn auch während der Tage des Kampfes, wo es oft Herr ganzer Straßen gewesen war, hatte es kein Gewölbe geplündert, als Waffenläden; und in den folgenden Tagen hielten Patrouillen bewaffneter Arbeiter strenges Gericht über solche Banden, welche die Verwirrung benutzend Häuser plünderten. Denjenigen, welche dabei ertappt und getödtet worden waren, hing man einen Zettel mit großer Aufschrift: „Dieb" an und ließ sie als abschreckendes Beispiel liegen. Die ersten Maßregeln der provisorischen Regierung am Abend des 24sten bezweckten Sicherung der Ruhe der Hauptstadt, deren Bewachung der Nationalgarde unter dem Oberbefehle des Generals Courtais anvertraut wurde; zum Chef seines Generalstabs wurde Guinard, zum Polizeipräsidenten Marc Caussidière, zum Maire (Oberbürgermeister) Garnier-Pagès ernannt. Die Municipalgarde wurde aufgelöst; das Militär, an welches eine beruhigende und anerkennende Ansprache erlassen ward (nur das 14te Regiment und die Jäger von Vincennes hatten ernstlichen Widerstand geleistet) sollte aus

der Stadt entfernt werden und die Grenzen des Vaterlands gegen feindliche Angriffe ſchützen. Um der Laſt der ſich drängenden Geſchäfte gewachſen zu ſeyn, nahmen die Mitglieder der Regierung vier Secretaire, welche das Vertrauen der Volksmaſſen beſaßen, hinzu: Armand Marraſt, den Redacteur des National, Flocon, den Redacteur der Réforme, den Mechaniker*) Albert, den Herausgeber der Arbeiterzeitung Atelier, und Louis Blanc, den Verfaſſer der Geſchichte der 10 Jahre (1830—1840) und der Revolutionsgeſchichte. Die Miniſterien vertheilten ſie unter ſich und an ihre Geſinnungsgenoſſen in der Weiſe, daß Dupont Präſident des Miniſterraths, Lamartine Miniſter des Auswärtigen, Ledru-Rollin des Innern, Goudchaux der Finanzen, Marie der öffentlichen Arbeiten, Crémieux der Juſtiz, Arago der Marine, Carnot des öffentlichen Unterrichts, Bethmont des Handels und Subervic Kriegsminiſter wurde. Zu dem letztgenannten Miniſterium war auf der erſten Liſte General Bedeau beſtimmt worden; doch enthielt ſchon die erſte telegraphiſche Depeſche, welche am Nachmittag des 25ſten an alle Diviſionen und Unter-Diviſionen der Armee abging, und die Generallieutenants aufforderte, „auf ihren Poſten zu bleiben, ihre Truppen zu inſpiciren und unter denſelben Disciplin und Ordnung aufrecht zu erhalten", die Unterſchrift des Generals Subervic. General Cavaignac (der ſpäter Kriegsminiſter wurde und in den Junitagen als Präſident des Miniſterraths an die Spitze der proviſo-

*) Obgleich ein wohlhabender und ſelbſtſtändiger Mann, der Studien gemacht hatte, nannte er ſich doch Arbeiter, Ouvrier; dieß die allgemeine Bezeichnung der Gehülfen aller Gewerke im Gegenſatze zu den Arbeit gebenden Meiſtern (patrons), welche bald zum allgemeinen Ehrentitel wurde, den ſich ſpäter Mancher anmaßte, um in die conſtituirende Verſammlung gewählt zu werden.

rischen Regierung gekommen ist) wurde zum Generalgouverneur von Algier ernannt, wo er seit 1832 mit Auszeichnung gedient hatte. An die Stelle des der gestürzten Regierung blind ergebenen Generalprocurators Delangle wurde Herr Portalis ernannt und noch am 25sten von dem Appellationshofe vereidigt. Gleich darauf stellte er den Antrag, das Ministerium Guizot wegen seiner Attentate gegen das Volk in Anklagestand zu versetzen. Alle politischen Gefangenen wurden freigelassen, unter diesen der verantwortliche Geschäftsführer der Réforme, Léoutre. Noch am Donnerstag Abend faßten sie den Beschluß, welcher im Moniteur vom 25sten veröffentlicht ward, „daß die Deputirtenkammer aufgelöst und daß der Pairskammer untersagt seyn solle, sich zu versammeln; eine Nationalversammlung solle sofort berufen werden, wenn die Regierung die in Bezug auf Ordnung und Polizei nöthigen Maßregeln für das Votum aller Bürger getroffen haben werde."

Die erste Aufgabe für die Regierung war es, die vielen jungen Leute aus dem Volke (Gamins) unschädlich zu machen, welche den wesentlichsten Antheil am Kampfe genommen und sich Waffen erobert hatten; welche daher jederzeit von Unzufriedenen zur Störung der Ruhe und Lähmung der Staatsgewalt benutzt werden konnten. Darum wurde schon am Morgen des 25sten beschlossen, dieselben zu einer mobilen Stadtgarde zu vereinigen und 24 Bataillone derselben gebildet; jeder derselben erhielt Kleidung und einen täglichen Sold von 1½ Franken (12 Sgr.); auf diese Weise wurden dieselben bei der Erhaltung der bestehenden Ordnung selbst betheiligt, und die so verhaßt gewordene Municipalgarde ersetzt. Von nicht geringerer Wichtigkeit war die Herbeischaffung der hinreichenden Nahrungsmittel für die volkreiche Stadt; es wurde daher zur Beruhigung der Bevölkerung bekannt gemacht, daß die Bäcker mit Mehlvorrath auf 35 Tage versc-

hen seien, und der Nationalgarde aufgegeben, für fortdauernde Zufuhr zu sorgen.

Aber obgleich die neue Ordnung der Dinge nicht nur von den Gesandten der amerikanischen Republiken anerkannt wurde*), sondern auch von den meisten Anhängern des gestürzten Königshauses, Bugeaud, Lamoricière und vielen Mitgliedern der Pairskammer und selbst von den letzten Ministern, Thiers, Odilon Barrot und ihren Anhängern mit befremdender Eilfertigkeit Erklärungen des Anschlusses an die provisorische Regierung auf dem Stadthause eingingen (Viele kamen selbst, fanden indeß theilweise bei den Mitgliedern der provisorischen Regierung eine kühle Aufnahme); obgleich die Versuche kleiner Haufen von Legitimisten, welche am 25sten mit weißen Fahnen die Straße durchzogen und „Heinrich V., den Urenkel des guten Königs Heinrich IV.", leben ließen, nur Spott bei dem Volke erregten: so drohte doch von Seiten der zahlreichen Massen unbeschäftigter Arbeiter die größte Gefahr für die Erhaltung der kaum wiederhergestellten gesellschaftlichen Ordnung. Denn wenn schon jeder gewaltsame Umsturz das Vertrauen in die Zukunft benimmt, eine Stockung der Geschäfte und dadurch Arbeitslosigkeit herbeiführt; so war diese Revolution ja durch Männer des vierten Standes, des „Volkes" im Sinne Louis

*) Am 28sten Februar erschienen die Gesandten der vereinigten Staaten, der argentinischen Republik und des Staats Uruguay auf dem Stadthause und drückten ihre Freude über die Umgestaltung aus; die Gesandten der europäischen Staaten beschlossen in einer Zusammenkunft bei dem englischen, Lord Normanby, vorläufig in Paris zu bleiben und die Befehle ihrer Kabinette abzuwarten; auch kam schon am 28sten Lord Normanby zu Lamartine, um ihn der friedlichsten Gesinnungen des englischen Ministeriums zu versichern, welches sicher die Republik officiell anerkennen würde, sobald sie sich eine definitive Verfassung gegeben haben würde.

Blanc's und seiner Gleichgesinnten, gegen den König der „Bourgeoisie" für das Volk begonnen und (vielleicht über die eigene Erwartung) glücklich durchgeführt worden; das Volk hatte die Republik gewollt und gegründet, in welcher allein, wie seine Führer ihm so oft gesagt hatten, seine Wohlfahrt gedeihen konnte; das Volk hatte einen Theil dieser Führer, die in Wort und Schrift für eine gründliche Verbesserung seiner Lage gekämpft hatten, an das Ruder des Staats gebracht; es war also wohl nicht zu verwundern, daß es jetzt auch die Ausführung ihrer Glück verheißenden Lehren und Systeme verlangte. Denn schon in den ersten Jahren nach der Julirevolution war ein Theil der Saint Simonistischen Lehren der Väter Bazard und Enfantin von der allgemeinen Verbrüderung der Menschen und der Verpflichtung, sich gegenseitig mitzutheilen, von einem Theile der Republikaner als Grundlagen ihres Glaubensbekenntnisses mit aufgenommen worden, auch nachdem die halbklösterliche Vereinigung der Anhänger Enfantin's in Ménilmontant bei Paris durch die Polizei aufgelöst worden war. Aber während die St. Simonisten die Politik bei Seite ließen und mehr eine religiöse Brüderschaft zu bilden beabsichtigten, welche zusammen wohnen, und Alles gemeinsam besitzen sollte, hatte ein Theil der Republikaner in den dreißiger Jahren die von Robespierre aufgestellten „Menschenrechte" angenommen und die sociale Frage in das Gebiet der Politik gezogen; sie bezeichneten als die Aufgabe einer staatlichen Umgestaltung im Sinne der Neuzeit nicht etwa bloß volkswirthschaftliche Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen, sondern eine gänzliche Umänderung ihrer bisherigen Stellung zur Gesellschaft, welche auf ganz neuen Grundlagen zu errichten sei. In seiner „Geschichte der zehn Jahre (1830—1840)" wies Louis Blanc nach, daß die Julirevolution nur im Interesse des besitzenden Bürgerstandes (der Bourgeoisie) unternommen worden und diesem allein zu Gute gekom-

men ſei; denn dieſe Revolution habe den Einfluß des Adels und der Geiſtlichkeit, den beide unter den Bourbons wieder gewonnen hatten, für immer geſtürzt. Aber nun ſei der beſitzende Bürgerſtand (namentlich der höchſtbegüterte Theil deſſelben, der allein zur Wahl der Volksvertreter und zum Eintritt in die Deputirtenkammer berechtigt geblieben ſei) an die Stelle jener privilegirten Kaſten getreten und das „Volk" ſei leer ausgegangen (ſo nennen ſie alle die, welche nicht die Mittel haben, ſich ſelbſt Werkzeuge anzuſchaffen und für eigne Rechnung zu arbeiten, ſondern um Lohn bei Männern der Bourgeoiſie arbeiten müſſen und dadurch in Abhängigkeit von denſelben kommen). Es ſei aber jeder aus dem Volke berechtigt, vom Staate die Mittel zur Erreichung desjenigen Grades von Wohlſtand und Bildung zu verlangen, ohne welchen er der ihm geſetzlich zuerkannten Freiheit nicht ſich erfreuen könnte. Seine Arbeitskraft ſei ſein Eigenthum, welches aber nicht, wie bisher geſchehen und durch das Regierungsſyſtem Louis Philipps begünſtigt worden ſei, durch die Allgewalt des Capitals und durch Concurrenz herabgedrückt und ſo verkümmert werden dürfe, daß er durch daſſelbe nicht mehr die Mittel zu ſeinem und der Seinigen Unterhalt ſich beſchaffen könne: die Ausbeutung der Menſchen durch ſeine Mitmenſchen müſſe aufhören. Der reiche Müſſiggänger, der, ohne ſich anzuſtrengen, alle Genüſſe ſich verſchaffen könne, begehe einen Frevel an der Geſellſchaft — und beſtehle ſeine ärmeren Mitmenſchen um das, worauf ſie auch ein Recht hätten und woran ſie müßten Theil nehmen können. „Der Eigenthümer", ſagt Proudhon, „iſt eine Maſchine, die gar nicht arbeitet oder die, wenn ſie aus Vergnügen oder Caprice arbeitet, gar nicht producirt. Als Eigenthümer verzehren heißt, verzehren ohne zu arbeiten, ohne zu produciren. Es verſteht ſich, daß ein Eigenthümer auch zugleich noch wirklicher Arbeiter ſein kann. Hier haben wir es nur mit ſeiner Eigenſchaft als Eigenthümer zu thun.

„In Rom bezogen Cicero, Brutus, Seneca noch 66—80 Prct. von ihren Kapitalien; dann fielen die Intereſſen auf 14—8, jetzt ſind ſie geſetzlich auf 5 fixirt und die Nothwendigkeit des Fortſchrittes wird ſie auf 0 bringen. Das nenne ich, vielleicht unpaſſend, das Eigenthum abſchaffen. Verſtehen ſie auch recht, keine Vertreibung aus dem Beſitz, keine Expropriation, kein Bankerott, kein Agrargeſetz, keine Gütergemeinſchaft, kein Attentat auf Erbe und Familie: ſondern die Vernichtung des Nettoeinkommens durch die Concurrenz einer Nationalbank, d. h. die Freiheit, nichts als die Freiheit." In dieſem Sinne erklärten die Socialiſten das Eigenthum für Diebſtahl. Sie wirkten aber auch auf Bildung von Vereinen (Aſſociationen) der Arbeiter deſſelben Gewerks, welche mit vereinten Kräften den übermüthigen Anforderungen und Bedrückungen ihrer Arbeitgeber Widerſtand leiſten ſollten; und durch ſolche Aſſociationen, welche freilich die Regierung oft zu beſchränken und zu unterdrücken ſuchte, waren ſchon öfters, indem ſie ſämmtlich die Arbeit einſtellten*), den Meiſtern große Zugeſtändniſſe abgedrungen worden. Nach den Lehren der Socialiſten ſoll aber auch Jeder, der Geſchickte, wie der Unfähige, der Fleißige, wie der Läſſige gleichmäßigen Lohn erhalten, ſelbſt für außerordentliche der menſchlichen Geſellſchaft geleiſtete Dienſte nichts vergütet werden, da der, welcher von der Vorſehung größere Fähigkeiten erhalten hat, dieß als einen Wink anſehen müſſe, was er für die Geſellſchaft zu leiſten habe; während die mangelhafte Begabung eines Andern ein Wink für die Geſellſchaft ſei,

*) Ein ſolcher Stillſtand (grève) wurde auf längere Zeit nur dadurch möglich, daß ſie eine gemeinſchaftliche Kaſſe hatten, aus welcher die Feiernden für ſich und die Ihrigen eine kleine Unterſtützung erhielten.

was ſie für dieſen thun ſolle. So wollen ſie überall an die Stelle der freien Concurrenz die gleiche Verpflichtung gegen den Staat treten laſſen, der die obere Leitung der ganzen Arbeitsvertheilung in die Hand nehmen ſoll, während die Kaufleute und Fabrikanten nur im Dienſte des Staats oder der Aſſociationen ſtehende Commis ſind. Damit aber übernimmt der Staat auch die Verpflichtung, dem „Volke" Gelegenheit zur Anwendung ſeiner Kräfte zu geben: es hat ein Recht auf Arbeit.

„Wollen wir", ſagt ein Schüler Proudhon's, „das Recht auf Arbeit, dieſe Forderung der Februarrevolution, verwirklichen, ſo ſtellen wir uns damit die Forderung, den Producten der Arbeit auch wirklich Abſatz zu verſchaffen. Wollen wir dieſes thun, wollen wir wirklich der Arbeit mehr und beſſere Abſatzwege eröffnen, ſo müſſen wir vor Allem die Kaufkraft jedes Einzelnen ſteigern. Conſumtions- oder Verzehrungsfähigkeit hat, wie Proudhon richtig bemerkt, Jeder genug. Hätte die franzöſiſche Nation auch 100 Milliarden ſtatt 10 auszugeben, ſie würden ſicherlich mit der Comſumtion der Producte fertig werden. Wenn wir alſo neben den glänzenden, überfüllten Magazinen die größte Armuth, den größten Mangel erblicken, ſo liegt dies nicht daran, daß die Hungernden und Leidenden der Lebensmittel nicht bedürften, ſondern blos daran, daß ſie kein Geld haben, die Lebensmittel zu kaufen. Das zu löſende Problem iſt alſo nicht, wie die Nationalökonomen und ganz beſonders jetzt Herr Chevalier in Frankreich behaupten, eine unendliche Steigerung der Production, ſondern eine allſeitige Steigerung der Kaufkraft."

„Das Recht auf Arbeit garantiren" kann vernünftiger Weiſe nichts anderes bedeuten als, der Arbeit oder ihren Producten eine eben ſo geregelte ſichere Kaufkraft verſchaffen, wie ſie jetzt blos das Geld beſitzt. Wer jetzt Geld beſitzt, kann in der einſeitigſten Weiſe den ganzen Markt

beherrschen; für Geld Arbeit zu kaufen, das ist ungemein leicht; aber für Arbeit Geld zu kaufen, das ist entsetzlich schwer." Darum war bei so vielen Aufläufen der Ruf der Arbeiter: „Arbeitend leben oder fechtend sterben", wie später in den Juniustagen; darum hatten sie auch dieß Mal den Fehdehandschuh aufgehoben, den die Regierung den Deputirten der Opposition hingeworfen, den aber diese aus Zaghaftigkeit nicht aufgehoben hatten; darum hatten sie in der Nacht zum 24sten Februar wie Ein Mann sich erhoben, um dem Systeme, das die Tyrannei der Bourgeoisie stützte, ein Ende zu machen. Jetzt hatten sie gesiegt — und sie wollten die Früchte des Sieges ernten; sie durften es von den jetzt zur Gewalt gelangten Männern verlangen, die ihnen früher solchen Kampfpreis verheißen hatten. In diesen Forderungen lag die große Gefahr für die nächste Zukunft, indem die übrigen Lehrer und Führer des Volks, welche nicht Mitglieder der Regierung waren, namentlich Cabet, Sobrier u. A., dieser ihre fernere Unterstützung durch die ihnen blindlings folgenden Haufen nur unter der Bedingung zusagten, daß „dem gerechten Verlangen des Volks" Genüge geschehe. Auf der andern Seite gefährdete der materielle Sieg solcher Lehren in hohem Grade den Besitzstand der vermögenden Klassen, drohte eine Auswanderung der Wohlhabenden mit ihren Kapitalien in andere Länder und als natürliche Folge derselben noch größeres Stocken der Geschäfte und noch allgemeinere Arbeitslosigkeit, wenn es nicht den Männern der blaurothweißen Republik (welche auch die tricolore oder auch bloß die blaue genannt wird und deren Organ der „National" gewesen war), welche nur das allgemeine Stimmrecht wollten, durch die Verbindung mit der dynastischen (d. h. an dem Königthum haltenden) Opposition in der früheren Kammer gelang, jene Elemente des Umsturzes niederzuhalten.

Dennoch fehlte es auch jetzt nicht an Stimmen, welche zur Mäßi-

gung riethen. So erinnerte Cabet in einem Aufrufe die Arbeiter daran, daß ſeinen Lehren nurch geiſtige Mittel, nicht durch Gewaltmaßregeln der Sieg verſchafft werden müſſe; ſo ermahnten einige Arbeiter in Albert's Journal „l'Atelier" ihre Mitbrüder, nicht die Maſchinen zu zerſtören und ſo den Ruhm der Revolution durch Ausſchweifungen zu ſchänden; „die Dampfpreſſen zerſtören, würde ſo viel ſeyn, als die Stimme der Revolution erſticken und in der ernſten Lage, in der wir uns befinden, als ſchlechte Bürger handeln.

Gleich am Abend des erſten Tages nach dem Siege (am 25ſten) bedurfte es der ganzen hinreißenden Beredtſamkeit Lamartine's, der an dieſem Tage ſchon mehrere Male von den Stufen des Stadthauſes herab zu den aufgeregten Maſſen hatte reden müſſen, um an der Stelle der von zahlreichen Arbeiterhaufen getragenen rothen Fahne (welche an die Schreckenstage von 1793 erinnerte) wiederum die dreifarbige einzuführen. „Man führte Euch", ſo rief er dem Volke zu, „von Verleumdung zu Verleumdung gegen die Männer, welche ſich mit Kopf, Herz und Bruſt hingegeben haben, um Euch die wahre Republik zu geben, die Republik aller Rechte, aller Intereſſen, aller Legitimitäten des Volks. Geſtern fordertet Ihr von uns im Namen des Volkes von Paris, in die Rechte von 35 Millionen Menſchen uſurpirend einzugreifen und ihnen eine abſolute Republik, anſtatt einer mit der Kraft ihrer Einwilligung bekleideten zu votiren, d. h. aus dieſer auferlegten und nicht genehmigten Republik den Willen eines Theils des Volks ſtatt des Willens der ganzen Nation zu machen; heute begehrt Ihr von uns die rothe Fahne anſtatt der dreifarbigen. Bürger! Ich meines Theils werde die rothe Fahne nie annehmen, und ich will Euch mit einem einzigen Worte ſagen, weßhalb ich mich ihr aus aller Kraft meines Patriotismus widerſetze. Ich thue es, ihr Bürger, weil die dreifarbige Fahne mit der Republik und dem Kaiſerthum die Runde durch

die Welt gemacht hat, während die rothe Fahne bloß, in Fluthen von Volksblut hingeſchleift, die Runde um das Marsfeld gemacht hat!

Bei dieſen Worten des Hrn. Lamartine wurde die Menge endlich weich; man klatſchte mit den Händen, man vergoß Thränen, man umarmte zuletzt den Redner, man ergriff ſeine Hände und trug ihn im Triumphe. Einen Augenblick ſpäter kamen neue Volkshaufen an, bewaffnet mit Säbeln und Bajonetten. Sie pochen an die Thüren und füllen die Säle. Man ſchreit, daß Alles verloren iſt, daß das Volk ſchießen will oder die Mitglieder der proviſoriſchen Regierung erſticken wird. Man verlangt nach Hrn. Lamartine. Man fleht ihn an, noch ein Mal, das letzte Mal, das Wort an die wüthende Menge zu richten. Man hebt ihn auf die Treppe. Die Menge tobt eine halbe Stunde lang, ohne ihn hören zu wollen, und Waffen werden über ſeinem Kopfe geſchwungen. Hr. Lamartine kreuzt die Arme, kommt endlich zu Wort und rührt und bändigt zuletzt dieſes gefühlvolle und verſtändige Volk, er bringt es dahin, daß es ſich zurückzieht oder bleibt, um ſelber der Regierung als Schutzwache zu dienen.

Die Wirkung ſeiner Reden war ſo groß, daß ſeitdem die rothen Fahnen und Cocarden immer mehr verſchwanden; ſchon am Morgen des 26ſten wehte vom Stadthauſe die dreifarbige Fahne, nur ſtanden die Streifen derſelben wieder ſenkrecht, wie in der Zeit der früheren Republik, ſo daß der blaue an dem Stabe zunächſt lag, hierauf der rothe folgte, und am äußerſten Ende der weiße flatterte. Auch erließ die Regierung ſchon am 25ſten eine Bekanntmachung, worin ſie ausſprach: „ſie verpflichte ſich, das Beſtehen des Arbeiters durch die Arbeit zu verbürgen, allen Bürgern Arbeit zu gewährleiſten; ſie erkenne an, daß die Arbeiter ſich unter einander verbünden müſſen, um den gerechten Lohn ihrer Arbeit zu genießen. Sie gebe die vnn der Civilliſte fällige Million Franken den Arbeitern, welchen ſie gehöre.“ Es

wurde ferner bekannt gemacht, das Schloß der Tuilerieen ſolle fortan den unfähig gewordenen Arbeitern als Wohnung dienen, und die Aufſchrift: Hôtel des Invalides civils, wurde an die Mauern deſſelben geſetzt. Um ferner den Arbeitsloſen Beſchäftigung zu verſchaffen, machte der Miniſter der öffentlichen Arbeiten, Marie, am 27ſten bekannt, daß alle auf Staatskoſten an öffentlichen Gebäuden unternommenen Arbeiten, mit Ausnahme der Arbeiten an den die Stadt Paris umgebenden Forts, ſogleich fortgeſetzt werden und die Unternehmer derſelben die verſchiedenen Arbeitskräfte organiſiren ſollten. In einem Aufrufe an die Arbeiter verhieß er dieſen, alle Beſtrebungen der proviſoriſchen Regierung würden darauf gerichtet ſeyn, dem Wunſche der Arbeiter, ehrenvoll durch Arbeit zu leben, zur Erfüllung zu verhelfen. Vom erſten März an werde man auf mehreren Puncten wichtige Arbeiten organiſiren; alle Arbeiter, welche daran Theil nehmen wollten, ſollten ſich bei einem der 12 Maire's (Vorſteher eines Stadtbezirks) melden, der ſie nach einem der verſchiedenen Arbeitshöfe (Nationalwerkſtätten) weiſen werde. Bald darauf wurde ein Decret veröffentlicht, dem zu Folge eine permanente Commiſſion der Regierung für die Arbeiter im Palaſte des Luxembourg (dem bisherigen Verſammlungsorte der Pairskammer) Berathungen über Verbeſſerung der Lage der Arbeiter halten ſollte, damit den langen und ungerechten Leiden derſelben ein Ziel geſetzt werde. Präſident derſelben ſollte das Regierungsmitglied Louis Blanc, Vicepräſident der Ouvrier Albert ſeyn; Arbeiter würden berufen werden, um an der Commiſſion Theil zu nehmen. Am 3ten März wurde eine Verfügung der proviſoriſchen Regierung bekannt gemacht, wonach die Zahl der täglichen Arbeitsſtunden für Paris von 11 auf 10, für die Provinzen von 12 auf 11 herabgeſetzt und die Beeinträchtigung der Arbeiter durch Unter-Uebernehmer (Marchandeurs) abgeſchafft wurde. Doch waren alle dieſe Einrichtun-

gen und Verordnungen mehr nur als Nothbehelf anzusehen, durch die Vertreter der rothen Republik in der provisorischen Regierung ihren Collegen abgedrungen; sie führten auch bald schwere Verwicklungen herbei und wurden nach dem Juniaufstand fast alle abgeschafft.

Am 27sten herrschte wieder die größte Ordnung auf den Straßen von Paris, daß es Vielen unbegreiflich dünkte, wie sie so schnell nach den gewaltigen Stürmen der vorhergehenden Tage hergestellt werden konnte, ohne daß Ein Mann Polizei in der Stadt sich befand. An diesem Tage, Nachmittag 2 Uhr, verließen die Mitglieder der provischen Regierung das Stadthaus, auf welchem sie 60 Stunden lang ohne Unterbrechung zugebracht hatten, und proclamirten unter der Juliussäule die Republik; Arago und nach ihm Crémieux hielten begeisternde Reden an das Volk, in denen sie das Verhältniß der neuen Revolution zu den Kämpfen des Julius nachwiesen: „damals hätten die Franzosen das Gefühl ihrer Rechte gehabt, nach dieser Revolution würden sie auch die Erkenntniß derselben haben; dieser Kampf würde zur Eroberung der wahren, der republikanischen Freiheit führen." Nachdem diese Redner, welche oft durch lauten Beifall unterbrochen worden waren, geendet hatten, zog die Nationalgarde, welche fast auf der ganzen Linie der Boulevards von der Kirche Madeleine bis zum Bastilleplatze aufgestellt war, an ihnen vorüber; von jeder der 12 Legionen je zwei Bataillone, hierauf die berittene dreizehnte, und die vier Legionen des Weichbildes von Paris. Am Abend hielt General Courtais auf den Boulevards und dem Vendômeplatze Revue über mehrere Bataillone der Nationalgarde. An diesem Tage wurden wurden auch energische Maßregeln ergriffen, um den Plünderungen und Verheerungen von Privatwohnungen und Schlössern in der nächsten Umgegend von Paris ein Ziel zu setzen, welche bisher von einzelnen Banden und den durch sie aufgehetzten Bauern verübt worden wa-

ren; die Masse der Arbeiten und die Sorge für die Ruhe der innern Stadt hatte bis dahin die Aufmerksamkeit der Behörden so in Anspruch genommen, daß sie für den Schutz der Umgegend nicht sorgen konnten. Dabei kam es in Maisons-Lafitte zu einem hartnäckigen Kampfe zwischen Nationalgarden, welchen ihre Kameraden aus St. Germain zu Hülfe gekommen waren, und einem Pöbelhaufen, welcher die Brücke vernichten wollte, aber mit großem Verluste zerstreut wurde.

Am folgenden Morgen (den 28sten) wollten viele Werkmeister, trotz des Stillstands der Geschäfte und obgleich sie keine Bestellungen hatten, ihre Werkstätten wieder eröffnen, damit die Zahl der unbeschäftigt umherziehenden Arbeiter verringert würde. Sie forderten deßhalb die, welche früher bei ihnen gearbeitet hatten, auf, sich einzufinden; aber nun erklärten diese, sie würden nicht eher wieder arbeiten, als bis ihnen eine mehr geregelte Organisation der Arbeit und Verminderung der täglichen Arbeitsstunden bewilligt worden sei. Die Folge davon war, daß die Meister, da sie sich außer Stand sahen, bei der vorhandenen Stockung größere Zugeständnisse zu machen, lieber nicht weiter arbeiten ließen. Am 29sten erschienen 4—5000 Arbeiter vor dem Stadthause, wo die provisorische Regierung ihre Sitzungen hielt und begehrten, daß ein Ministerium der Arbeit und des Fortschritts eingesetzt werde; nur mit Mühe konnten sie durch Louis Blancs Zureden und Verheißungen beschwichtigt werden.

Am 2ten begann die Sitzung der Regierungscommission für die Arbeiter im Luxembourg und L. Blanc hielt vor einer zahlreichen Versammlung von Abgeordneten derselben und ihrer Meister eine lange glänzende Rede, in welcher er sein System entwickelte. Dennoch konnten Einsichtsvolle es schon jetzt sich nicht verhehlen, daß durch alles dieß Frankreich, ja Europa, mit einer Socialrevolution bedroht werde, und daß auch durch die übrigen Decrete der Regierung der fort-

währenden Krieg der Armen gegen die Beſitzloſen und Reichen erklärt worden ſei. Dahin rechnete man die Einkleidung und Unterhaltung der Blouſen- und Pikenmänner auf Staatskoſten*), dahin die Anordnung, durch welche das arbeitende und mit Waffen verſehene Volk daran gewöhnt werden ſollte, ſich vom Staate ernähren zu laſſen, ohne Arbeit zu ſuchen; daß ihm verkündet wurde, der Staat werde fortan für Arbeit und genügenden Arbeitslohn ſorgen; daß ſie endlich ſelbſt aufgefordert wurden, Vereine zu bilden und einen unbeſtimmt gelaſſenen Antheil am Gewinne der Induſtrie für ſich ſelbſt in Anſpruch zu nehmen. Auch fehlte es bald nicht an Klagen von den entgegengeſetzteſten Seiten her. Die Decrete der Regierung, durch welche ſie ſchon am 26ſten die Todesſtrafe in politiſchen Dingen, am 1ſten März den Adel und am 2ten den politiſchen Eid für neu anzuſtellende Beamte aufhob, konnten als dankenswerthe Zugeſtändniſſe gegen die Forderungen der Zeit angeſehen werden; die Wiedereinführung des ſtädtiſchen Zolls (Octroi) an den Barrièren, ſo verhaßt dieſer beim Volke war und deßhalb auch die Zerſtörung mehrerer Zollhäuſer in den Tagen des Kampfes herbeigeführt hatte, fand keinen Widerſtand, da er zu den bedeutendſten Einnahmen der Stadt Paris gehörte. Mehr Unzufriedenheit bezeigten die Herausgeber der Zeitungen über die Herſtellung des Zeitungsſtempels am 5ten (Manche hatten deßhalb ſchon den Preis ihrer Blätter herabgeſetzt, weil ſie auf gänzliches Aufhören dieſer drückenden Abgabe gehofft hatten) und als eine ärmliche Bewilligung war es anzuſehen, daß in den 10 Tagen,

*) Auch konnte man damals kaum vorausſehen, daß in den furchtbaren Kämpfen der Arbeits- und Beſitzloſen vom 23ſten bis 26ſten Junius gerade dieſe mobile Garde, auf deren Beiſtand die Anarchiſten gerechnet hatten, am tapferſten für Erhaltung des geſetzlich Beſtehenden kämpfen würden.

welche der Wahl vorhergingen, kein Zeitungsſtempel erhoben werden ſollte, damit in dieſer wichtigen Zeit die Einwirkung aufs Volk möglichſt ausgedehnt ſei. Zu bedauern war es nur, daß die Zeit der Regierungsmitglieder beſtändig durch beglückwünſchende Beſuche von Deputationen der verſchiedenſten Corporationen (ſo am 2ten März von 3—400 Studenten) und von den in Paris anweſenden Vertretern fremder Nationen in Anſpruch genommen wurde; ja es ging ſo weit, daß, obgleich kein Ungar in Paris anweſend war, ein Comité der ungariſchen Nation aus Pariſern ſich bildete, die ſich die ſchönſten ungariſchen Trachten machen ließen, Victor Hugo zu ihrem Wortführer erwählten und im Namen des ungariſchen Volks der franzöſiſchen Republik ihre Huldigung darbrachten.

Am 6ten erſchien die erſte Verordnung über die Form der Wahlen zu der Nationalverſammlung. Sie ſollten in der Hauptſtadt jedes Bezirks vorgenommen werden mittelſt eines Stimmzettels, der ſo viel Namen enthielt als das ganze Departement Vertreter zu ernennen hätte. Niemand ſollte Volksvertreter ſeyn, der nicht wenigſtens 2000 Stimmen hätte. Jeder Abgeordnete, deren 900 im Ganzen, darunter aus Algerien 15 zu wählen ſeien, ſollte 25 Francs Taggelder erhalten. Von dieſer Zeit an beginnt die Thätigkeit des Miniſters des Innern, Ledru-Rollin, welcher den nach verſchiedenen Hauptſtädten der Departements geſandten Regierungscommiſſären in ihren Inſtructionen die Pflicht ans Herz legte, vorzüglich auf die Wahl von aufrichtigen Anhängern der Republik hinzuwirken; dabei führte er in ſeinen Rundſchreiben eine Sprache, die bei den Gemäßigten Anſtoß erregte.

Schon am vorhergehenden Tage (5. März) hatte der Miniſter des Auswärtigen, Lamartine, der gleich in den erſten Tagen den fremden Geſandten die Proclamirung der franzöſiſchen Republik angezeigt und ihnen eine Schutzwache angeboten hatte (welche indeß nur von den

Gesandten Preußens und Oesterreichs angenommen worden war), ein Rundschreiben an sämmtliche Gesandten und Agenten Frankreichs im Auslande erlassen, worin er ihnen die Grundsätze und Tendenzen kund machte, welche fortan die äußere Politik der französischen Regierung bestimmen würden; damit sie dieselben der Regierung, bei welcher sie accreditirt seien, schleunigst mittheilten. Die Republik bedürfe der Anerkennung nicht, um zu existiren, sie sei der Wille eines großen Volks, welches nur sich seine Berechtigung abverlange; aber sie wolle als eine geregelte Macht und nicht als eine die Ruhe Europa's störende Erscheinung in die Familie der bestehenden Staatsregierungen eintreten. Die Proclamirung der Republik sei durchaus kein Angriff gegen irgend eine Regierungsform in der Welt; eine jede derselben habe ihre natürliche Verschiedenheit, wie es Verschiedenheiten der geographischen Lage und der geistigen, sittlichen und materiellen Entwickelung der Völker gebe. Der Krieg sei nicht Grundsatz der französischen Republik, wie er 1792 ihre verhängnißvolle und glorreiche Nothwendigkeit gewesen sei. Nachdem er ausführlich die Verschiedenheit der Verhältnisse und Stellung Frankreichs in jener Zeit zu der jetzigen nachgewiesen, fügt er hinzu: „Aber abgesehen von diesen uneigennützigen Betrachtungen sollte das alleinige Interesse der Befestigung und der Dauer der Republik schon den Staatsmännern von Frankreich Friedensgedanken einflößen. Nicht das Vaterland ist es, welches im Kriege die meiste Gefahr läuft; die Freiheit ist es. Der Krieg ist fast immer eine Dictatur. Die Soldaten vergessen die Institutionen über den Männern. Der Ruhm blendet die Vaterlandsliebe. Der Zauber eines siegreichen Namens umschleiert das Attentat auf die National-Souveränität. Die Republik will Ruhm, ohne Zweifel, aber sie will ihn für sich selbst und nicht für Cäsare oder Napoleone." —

„Die französische Republik wird den Krieg gegen Niemand beabsichtigen. Sie hat nicht zu sagen nöthig, daß sie ihn annehmen wird, wenn man dem französischen Volke Kriegsbedingungen stellt. Der Gedanke der Männer, welche in diesem Augenblicke Frankreich regieren, ist folgender: Glücklich Frankreich, wenn man ihm den Krieg erklärt und wenn man es auf solche Weise zwingt, an Stärke und Ruhm, trotz seiner Mäßigung, größer zu werden! Schreckliche Verantwortlichkeit über Frankreich, wenn die Republik selbst den Krieg erklärt, ohne dazu herausgefordert zu seyn! In dem ersteren Falle würden ihr kriegerischer Geist, ihre Ungeduld, ihre während so vieler Friedensjahre angesammelte Kraft sie daheim unbesiegbar und vielleicht jenseits ihrer Grenzen furchtbar machen. Im zweiten Falle würde sie die Erinnerungen an ihre Eroberungen, welche die Nationalitäten abgeneigt machen, gegen sich wenden, und sie würde ihr erstes und ihr allgemeinstes Bündniß compromittiren: den Geist der Völker und den Genius der Civilisation." —

„Die Verträge von 1815 bestehen nicht mehr von Rechtswegen in den Augen der französischen Republik; die territorialen Umgrenzungen dieser Verträge jedoch sind eine Thatsache, welche sie als Grundlage und als Ausgangspunkt in ihren Beziehungen mit den anderen Mächten zuläßt." —

„Wenn die Stunde der Wiederaufrichtung einiger in Europa oder anderswo unterdrückten Nationalitäten uns in den Verfügungen der Vorsehung geschlagen zu haben schiene, wenn die Schweiz, unsere treue Verbündete seit Franz I., in der Bewegung des Wachsthums, welche sie bei sich bewerkstelligt, um dem Bunde der demokratischen Regierungen eine Kraft mehr zu leihen, beschränkt und bedroht würde, wenn die unabhängigen Staaten Italiens angegriffen würden, wenn man ihren inneren Umbildungen Grenzen oder Hindernisse auferlegen

würde, wenn man ihnen mit bewaffneter Hand das Recht beſtritte, ſich zu verbünden, um ein italieniſches Vaterland zu befeſtigen — würde die franzöſiſche Republik ſich berechtigt glauben, ſelbſt zu waffnen, um dieſe legitimen Bewegungen des Wachsthums und der Nationalität der Völker zu beſchützen." —

„Die Republik hat in der Geburt und inmitten eines nicht vom Volke veranlaßten Kampfes drei Worte ausgeſprochen, welche ihre Seele enthüllt haben und welche auf ihre Wiege die Segnungen Gottes und der Menſchen herabrufen werden: Freiheit, Gleichheit, Brüderſchaft. Sie hat am andern Tage durch die Abſchaffung der Todesſtrafe in politiſchen Dingen den wahrhaften Commentar zu dieſen drei Worten im Innern geliefert: geben Sie ihnen auch ihren wahren Commentar im Auslande. Der Sinn dieſer drei Worte, auf unſere auswärtigen Beziehungen angewendet, iſt folgender: Freimachung Frankreichs von den Ketten, welche auf ſeinen Grundſätzen und auf ſeiner Würde laſteten; Wiedererlangung des Ranges, den es im Niveau der großen europäiſchen Mächte einnehmen muß; endlich Erklärung von Bündniß und Freundſchaft an alle Völker. Wenn Frankreich ſeinerſeits das Bewußtſeyn des liberalen und civiliſirenden Berufes im Jahrhundert hat, ſo liegt darin nicht eines jener Worte, welche Krieg andeuten. Wenn Europa klug und gerecht iſt, ſo liegt darin nicht eines jener Worte, welche nicht Frieden andeuten."

Durch dieſes Circular hatte Lamartine, wie er im Herbſt 1840 dem Rheinliederſturme eine Friedenshymne an Deutſchland entgegengeſetzt hatte, ſeine friedliche Geſinnung als Staatsmann ausgeſprochen und durch eine officielle Erklärung beſtätigt, was von dem Organe mehrerer Regierungsmitglieder, dem „National", gleich in den erſten Tagen nach dem Siege in ſeinen leitenden Artikeln ausgeſprochen worden war: die Ueberzeugung der Beſonnenſten unter den gegenwärtigen

Machthabern, daß die Republik zu ihrer Gestaltung und Entwickelung, zur Heilung der Wunden, welche das gestürzte System und dessen gewaltsamer Sturz dem Lande geschlagen, vor Allem des Friedens bedürfe. Ja, sie verhehlten es sich nicht, daß ein langwieriger Krieg das Grab der Republik werden könnte, wie ja schon die erste Republik nur durch einen glücklichen Feldherrn vor den zahlreichen äußern Feinden gerettet, aber auch, indem derselbe die allgemeine Erschlaffung, die Sehnsucht Aller nach Ruhe im Innern und nach gesetzlicher Ordnung klug benutzte, vernichtet worden war. An die Stelle der Selbstherrschaft des Volkes durch seine Vertreter war dann Militärdespotismus des Gewaltigen getreten, und der im Auslande erworbene Kriegsruhm und die Ausdehnung der Grenzen Frankreichs gewährten keinen hinreichenden Trost für die verlorne Freiheit; um so mehr, da durch den Uebermuth des Siegers, der den Volksgeist nicht achten mochte, jener Besitz ein unsicherer ward, und der Sturz des mächtigen Herrschers Frankreich mehr nahm, als er seit dem Beginne seiner Laufbahn zu dem vorher Erkämpften hinzu erobert hatte. — Gleichzeitig aber fühlten die edelsten Geister der Nation, daß die französische Republik ohne feindlichen Einfall geistige Eroberungen in den Nachbarstaaten machen werde; da der Anstoß im Westen, wie ein elektrischer Schlag, nach allen Seiten, namentlich aber nach dem in geistigen Banden gehaltenen Deutschland sich fortpflanzen und in ihm, dem neuen Freistaate, einen zuverlässigeren Bundesgenossen erwecken werde, als ihn Waffengewalt erzwingen kann.

Hierdurch sind wir aber zunächst darauf geführt, die rasch erfolgten Erhebungen und Umgestaltungen in Folge der pariser Revolution in den angrenzenden Staaten ins Auge zu fassen. Ehe wir jedoch zu denselben übergehen, müssen noch einige Bemerkungen über die Aufnahme, welche die neue Ordnung der Dinge zunächst in den Pro-

vinzen Frankreichs fand, und über die Schickſale der königlichen Familie hier ihren Platz finden.

Da das Verlangen nach Wahlreform ſich faſt in allen bedeutenden Städten des Reiches kund gegeben hatte, ſo konnte es nicht fehlen, daß faſt überall die erſten Nachrichten von dem Sturze des hartnäckigen Miniſters die größte Freude erregten; auch die Abdankung Louis Philipps und die Regentſchaft der Herzogin von Orleans fand wohl in den meiſten Städten Anklang, wenn auch in den volkreichſten die republikaniſche Partei, geſtützt auf die Arbeiter, hierbei ſich nicht begnügen mochte und hier und da Schilderhebungen verſuchte; ſo namentlich in Lyon, wo das Militär gegen die Arbeiter aufgeboten werden mußte, und wo ſelbſt noch in den folgenden Tagen einige Fabrikgebäude und ein Kloſter zerſtört wurden, in welchem, wie auch anderswo von geiſtlichen Korporationen geſchehen war, Seidenarbeit getrieben wurde. Auch in Straßburg, wo man Anfangs die Verkündigung der Regentſchaft freudig aufgenommen hatte, zeigten ſich bald nach der Bekanntwerdung der folgenden Ereigniſſe unruhige Bewegungen; die ſtädtiſche Municipalcommiſſion fand es der Klugheit gemäß, ſich durch eine Anzahl Bürger, welche das Vertrauen der Bevölkerung beſaßen, zu verſtärken und an der Stelle des Präfecten, welcher ſein Amt niederlegte, eine Departementalbehörde einzuſetzen, an deren Spitze der Advocat Liechtenberger geſtellt ward. So ſehr aber auch in andern Theilen Frankreichs die Nachricht von der Proclamirung der Republik (in den bedeutendſten Städten durch den Telegraphen, in den kleineren durch die hierzu beauftragten Conducteure der mit Fahnen geſchmückten Malleposten ſchnell verbreitet) die Anhänger des geſtürzten Syſtems erſchreckte und ſelbſt die Mehrzahl der die Ruhe liebenden Kleinbürger beſorgt machte, während der vierte Stand dadurch mit Freude erfüllt ward: ſo wurde doch die Republik an den meiſten Or-

ten ohne Aeußerungen des Widerwillens und ohne Ausbrüche der Rache gegen die zum Rückzuge genöthigte Partei der Geldmänner aufgenommen. In Lille fanden die Commissäre der provisorischen Regierung, Louis Blanc und Thouret, am 27sten nicht die freundlichste Aufnahme, noch die bereitwilligste Folgeleistung von Seiten des Maire Bigo, als sie ihn aufforderten, die Republik ausrufen zu lassen; indem er ihnen entgegnete, es sei ja doch ausgesprochen worden, das ganze Land solle durch seine Vertreter über die Verfassungsform entscheiden, welche Frankreich von nun an haben solle. Doch bald gab er nach und die ihm Gleichgesinnten fügten sich gleichfalls aus Besorgniß vor einer Erhebung der zahlreichen Arbeiterbevölkerung zu Gunsten der Commissäre; denn gerade in Lille war bei dem Reformbankett im December des vorigen Jahres der Rede Ledru-Rollin's zu Gunsten der republikanischen Staatsform der rauschendste Beifall und die größte Zustimmung zu Theil geworden, während Odilon Barrot und seine Anhänger schon vor Beginn des Banketts sich wieder zurückgezogen hatten, weil ihnen vom Comité keine Rede auf die Juliinstitutionen bewilligt worden war.

Die ersten nach Paris und nach Deutschland gelangten Nachrichten über die Flucht der königlichen Familie waren sehr widersprechend. Von Louis Philipp hieß es sogar, er sei auf der Fahrt umgekommen — nach einem anderen Gerüchte sollte er nach seiner Ankunft in England an einem Schlaganfalle gestorben seyn, was sich bald als unwahr herausstellte. Von dem Obelisken von Luxor auf dem Platze de la Concorde*), wo er noch die vergessene Unterschrift unter seine Abdankungsurkunde gesetzt haben soll, war er von 200 Mann be-

*) An derselben Stelle war Ludwig XVI. am 21sten Sept. 1793 enthauptet worden.

rittener Nationalgarde und Liniencavallerie bis St. Cloud geleitet worden, wo dieſelben, da er in der Eile ohne alles Reiſegeld abgefahren war, eine Sammlung (200 Franken) unter ſich veranſtalteten und dann nach Paris zurückkehrten. Auf dem Schloſſe in St. Cloud*) hatte er nur kurze Zeit verweilt, und war von da auf einem Miethwagen, den ihm der Beigeordnete (Adjoint) des Maire beſorgte, nach Dreux gefahren, wo er um 10 Uhr Abends eintraf und die Kunde von dem Sturze ſeiner Dynaſtie erhielt. In Dreux empfing er den Beſuch des Unterpräfecten, der ihn verſicherte, daß die Nationalgarde bereit ſei, ihn zu ſchützen. Bald nachdem er die Stadt verlaſſen hatte, traf eine Bande ein, welche ihn ſuchte. Von da fuhr er nach dem Schloſſe Trianon und gelangte endlich nach Treport an der Nordküſte Frankreichs. Am 1ſten März fuhr er mit ſeiner Gemahlin auf einer Barke von Honfleur nach Havre und ſchiffte ſich dort auf dem Dampfſchiffe Expreß nach England ein, wo die übrigen Glieder der Familie ſchon vor ihm eingetroffen waren. — Der Herzog von Montpenſier und die Herzogin von Nemours (geborne Prinzeſſin von Coburg-Cohary) mit ihren jüngeren Kindern entkamen nach der Inſel Jerſey und fuhren von da nach England. Erſt hier trafen ſie mit dem Herzoge von Nemours und ſeinem älteſten Sohne zuſammen, welcher am 24ſten aus der Deputirtenkammer geflüchtet war, und mit ſeiner Schweſter Clementine und dem Gemahl derſelben, Herzog Auguſt von Coburg, am 26ſten nach Boulogne entkommen, am 27ſten nach Dover übergefahren und am Abend deſſelben Tages auf der Eiſenbahn in London eingetroffen war. Hier ſtieg er zuerſt bei dem franzöſiſchen Geſandten

*) Hiernach iſt die obige Angabe S. 23 z. E., daß er nach dem Schloſſe Neuilly gefahren ſei, zu berichtigen; er fuhr nur auf der Straße (Avenue) nach Neuilly hinaus.

Grafen von Jarnac ab; als er aber erfuhr, daß dieſer Depeſchen von Lamartine erhalten, begab er ſich zu dem belgiſchen Geſandten van de Weyer, der ihm ſein Landhaus in East Steen in der Nähe von London zur Verfügung ſtellte. Gegenwärtig wohnt die ganze königliche Familie zurückgezogen in Claremont, dem Schloſſe des Königs der Belgier (eines Schwiegerſohns Louis Philipp's); auch der Herzog von Aumale, bisher Generalgouverneur von Algier, und der Herzog von Joinville fanden ſich dort ein.

Von der Herzogin von Orleans verlautete Anfangs, ſie ſei in dem traurigſten Zuſtande mit ihren Kindern und Guizot auf der Inſel Jerſey angekommen, aber bald ergab ſich, daß man ſie mit der Herzogin von Nemours verwechſelt haben mußte. Denn nachdem ſie aus dem Invalidenhotel, wo ſie am 24ſten Schutz gefunden hatte, in Begleitung eines preußiſchen Geſandtsſchaftsſecretärs, der ſie für ſeine Gemahlin ausgegeben, nach Belgien entkommen war, erſchien ſie ſchon am 1ſten März in Coblenz und verweilte dann kurze Zeit in Ems, von wo ſie ſich nach Eiſenach begab, wo ſie noch jetzt in dem Schloſſe, das ihr Oheim, der Großherzog von Sachſen Weimar, ihr eingeräumt hat, in größter Einfachheit und Zurückgezogenheit lebt. — —

Kaum Erwähnung verdiente das Schreiben, welches Louis Napoleon, der Bruderſohn des Kaiſers*), an die proviſoriſche Regierung richtete: „In dem Augenblicke des Volksſieges ging ich nach dem Stadthauſe. Es iſt die Pflicht jedes guten Bürgers, ſich um die Regierung der Republik zu ſchaaren; ich erachte dieß für die zuerſt zu

*) Er war der Sohn des Königs Ludwig von Holland, der ſchon 1809 reſignirte, und der Hortenſe Beauharnais, der Tochter Joſephinens aus ihrer erſten Ehe, welche zuletzt den Namen Herzogin von St. Leu führte.

erfüllende Pflicht und ich werde glücklich seyn, wenn mein Patriotismus nützlich verwendet werden kann." Denn nachdem dieser unter der vorigen Regierung zwei verunglückte und lächerliche Versuche gemacht hatte, das eine Mal in Straßburg, das andere Mal von Boulogne*) aus, hätte man nicht zu fürchten brauchen, daß er jetzt der jungen Freiheit gefährlich werden könnte — und dennoch dient der Prinz, der sich bis jetzt nur als einen unfähigen und stotternden Redner in der Nationalversammlung gezeigt hat, seit Monaten einer zahlreichen Partei in Frankreich als Aushängeschild; und seine Bewerbung um die Präsidentschaft der neu constituirten Republik wird von verschiedenen Seiten unterstützt, sicher aus keinem anderen Grunde, als weil man ihn als Brücke zur wiederherzustellenden Königsherrschaft ansieht! — Denn wäre dieß nicht der Fall, so könnte man nicht begreifen, wie es möglich war, daß 33 Jahre nach der letzten Abdankung Napoleons, wo der bei weitem größte Theil seiner Soldaten nicht mehr lebt, eine starke bonapartistische Partei sich bilden konnte — während 1830, also nur 15 Jahre nach den letzten Kriegsthaten des Kaisers, als sein Sohn (der Herzog von Reichsstadt) noch lebte, als die republikanische Partei in Paris noch schwach war, die damals viel zahlreicheren Anhänger der napoleonischen Herrschaft keinen Einfluß gewinnen konnten! Jetzt aber wenden sich manche Anhänger der gestürzten Königsfamilie, weil sie die Hoffnung für Herstellung derselben in der Person des noch am meisten beliebten Herzogs von Joinville aufgeben mußten,

*) Bei der Landung in der Nähe von Boulogne hatte er einen Adler mitgebracht, den er gewöhnt hatte, auf seinem Hute das Futter zu holen, um bei den Franzosen die Erinnerung an die Adler der kaiserlichen Legionen zu erwecken; ein französisches Blatt bemerkte daher, dieß Mal hätte der Prinz seinen Adler von Boulogne nicht mitgebracht, weil derselbe ausgestopft sei.

dem Helden von Boulogne zu und geben ihm dadurch eine Wichtigkeit, die seiner Persönlichkeit nicht gebührte.

Sein Oheim, Hieronymus, der ehemalige König von Westphalen, der einzige noch lebende Bruder des Kaisers Napoleon, hatte in den ersten Tagen ein Schreiben an die provisorische Regierung gesendet, dessen Berechtigung wohl zugestanden werden kann:

„Die Nation hat soeben die Verträge von 1815 zerrissen. Der alte Soldat von Waterloo, der letzte Bruder Napoleons, kehrt von diesem Augenblicke an in den Schoß der großen Familie zurück. Die Zeit der Dynastieen ist für Frankreich vorbei. Das Verbannungsgesetz, welches auf mir lastete, ist mit dem letzten der Bourbonen gefallen. Ich verlange, daß die Regierung der Republik ein Decret erlasse, welches erkläre, daß meine Verbannung eine Beleidigung für Frankreich war, und daß dieselbe mit Allem, was uns von den fremden Mächten auferlegt worden war, verschwunden ist."

Dennoch wurde das Gesetz, welches die Verbannung der Napoleoniden ausspricht, nicht aufgehoben, aber auch bis jetzt noch in keinem Falle angewendet; während die Ausschließung der Familien Karls X. und Louis Philipps durch ein Gesetz von der im Mai zusammentretenden constituirenden Versammlung ausgesprochen wurde.

Die ersten Einwirkungen der Februartage auf die Nachbarstaaten; die Erhebung Wiens.

Die ersten Nachrichten von dem Aufstande in Paris fanden in allen Theilen Deutschlands die größte Theilnahme, und dieß um so mehr, je weniger man nach dem bisherigen Erfolge, mit welchem Louis Philipp jede Schilderhebung gegen seine Herrschaft unterdrückt hatte, und nach den gewaltigen Vorkehrungen gegen die friedliche Demonstration eines Festessens an die Möglichkeit geglaubt hatte, daß ihm auch nur das geringste Zugeständniß abgenöthigt werden würde. Konnte man aber auch, als die erste nach Straßburg gelangte telegraphische Depesche die Abdankung des Königs und die Regentschaft der Herzogin von Orleans berichtete, denken, daß hiermit die Bewegung nicht zu Ende sei, sondern daß noch größere Stürme in der aufgeregten Stadt und bei der schroffen Stellung der Parteien gegen einander erfolgen würden, denen die Herrschaft eines Kindes und die Hand einer Frau nicht gewachsen seyn würde; so hatte doch sicher Niemand an eine so schnelle Umgestaltung schon in den nächsten Stunden gedacht. Trotz der in Deutschland fast allgemeinen Abneigung gegen das System Louis Philipps und seine engherzige Politik — welche durch das Interesse für die gute Versorgung der Seinigen sich mehr hatte bestimmen lassen, als durch die Rücksicht auf das wahre Wohl Frankreichs und durch eine freisinnige großartige Weltanschauung — hatte man doch seine Herrschaft und die seiner Dynastie für zu fest in der Stimmung des Bürgerstandes (also der Nationalgarde) begründet geglaubt, als daß

man eine Erſchütterung bei ſeinen Lebzeiten für möglich gehalten hätte. Aber wie freudig auch die Mehrheit des deutſchen Volks die gerechte und wohlverdiente Demüthigung des Starkgeglaubten begrüßte und — nach den Erfahrungen des Jahres 1830 — eine heilſame Rückwirkung auf die deutſchen Verhältniſſe hoffen durfte; ſo verhehlte man ſich auf der andern Seite nicht, daß die Ausrufung der Republik Frankreich in eine ſchroffere Stellung zu den Regenten der Nachbarſtaaten bringen, die Wiederkehr der Ruhe und eines friedlichen Einverſtändniſſes länger hinausſchieben, ja einen offenen Kampf leichter herbeiführen würde, als dieß im Jahre 1830 der Fall geweſen war. Denn damals hatte die Herſtellung eines Königsthrons, welche ſchon am 12ten Tage nach dem Beginn des Kampfes gelungen war, zu einer ſchnelleren Beruhigung der feindlichen Elemente beigetragen und auch die benachbarten Fürſten beruhigt; dieß Mal hatte die von Louis Philipp 1830 niedergehaltene und gelähmte Partei, welche den Verträgen von 1815 feind war, den Sieg davongetragen — und ſelbſt nach den friedlichen Verſicherungen der franzöſiſchen Zeitungen in den erſten Tagen nach dem Kampfe, ja ſelbſt nach Lamartine's Rundſchreiben durfte man ſich nicht dem Glauben an eine Erhaltung des Friedens hingeben, da es ſich noch ſehr fragte, ob es auch den jetzigen Machthabern gelingen werde, die Kriegsgelüſte der Jüngeren ganz zu bezwingen, ob ſie nicht wider ihren Willen genöthigt werden würden, die überſprudelnde Maſſe über die Grenzen zu ſenden, um nur im Innern einen geordneten Zuſtand leichter herbeiführen zu können. Auch konnten ja die Ereigniſſe in Italien, wo die Erbitterung gegen Oeſterreich aufs Höchſte geſtiegen war, da man eben (am 22ſten Februar) in Mailand das Standrecht verkündigt hatte, oder eine Erhebung der Polen, im Einverſtändniß mit der Erklärung Lamartine's ein Einſchreiten der neuen Republik herbeiführen — und das Verlangen nach

dem linken Rheinufer war unter den Franzoſen auch noch nicht ganz verſtummt. Ebenſo konnte aber auch das Beiſpiel der Einführung einer Republik in Frankreich für die Nachbarn drohend werden, wenn bei ihnen gleiche Elemente vorhanden waren und es dieſen in der erſten Verwirrung mit Hülfe des niederen Volkes gelang, die in der öffentlichen Meinung ſo ſehr erſchütterten Throne einzelner Fürſten umzuſtürzen, welche durch ihr Benehmen in den letzten Jahren durch ſo manche Schritte gegen die Volksfreiheit, namentlich ſelbſt gegen Glaubensfreiheit (und manche ſelbſt durch ihre Lebensweiſe) ihre Nichtachtung gegen die Geſinnung ihres ganzen Volks an den Tag gelegt hatten.

Der erſte Stoß hätte Belgien treffen müſſen, deſſen Parteien ja auch 1830, wenige Wochen nach der Julirevolution, durch zahlreiche Zuzüge aus Frankreich verſtärkt, die Losreißung von Holland bewirkt hatten, indem ſich die ſehr mächtige Geiſtlichkeit mit der ultraliberalen Partei verband; nach der Losreißung aber und der Anerkennung Belgiens von den fünf Großmächten hatte es ſich eine freiſinnige Verfaſſung gegeben und der zum Könige der Belgier erwählte Leopold von Sachſen-Coburg hatte ſeitdem in gemeſſener Haltung und ſeinen Verſprechungen treu fortregiert, ſo daß er ſich die Achtung aller Parteien erworben hatte. Durch ſeine Verwandtſchaft mit der Königin Victoria von England (er war Wittwer der Tochter Georgs IV.) und mit Louis Philipp (deſſen Tochter Louiſe er geheirathet) hatte er öfters Einfluß auf Vermittelung der Mißhelligkeiten zwiſchen beiden Königshäuſern äußern können; aber mit richtigem Blicke erkannte er, daß jetzt vor der Sorge für das Wohl ſeines Landes und ſelbſt vor der Rückſicht auf ſeine eigene Erhaltung jede verwandtſchaftliche Rückſicht in den Hintergrund treten müſſe. Auch war es ein großes Glück, daß er kurz vorher ſein Miniſterium aus Männern zuſammengeſetzt hatte, welche das Vertrauen und die Liebe des Volkes (Rogier), wie des Hee-

res (Chazal) besaßen und den Wahlcensus für die Wahlfähigkeit der Abgeordneten auf den niedrigsten Satz herabsetzten, den die Verfassung bestimmte; sodaß es sich bald herausstellte, wie alle Parteien (selbst die Demokraten) darin übereinstimmten, man müsse den bestehenden Zustand erhalten. Der König erschien sogar am 27sten Februar, umgeben von seinem ganzen Hofstaate, in der Abgeordnetenkammer und erklärte, er stelle sich der Nation zur Verfügung und sei bereit, auf den Thron zu verzichten, wenn es dem Willen des Volkes entspreche. Ein einstimmiges Lebehoch antwortete ihm und drückte ihm die Gesinnung der Volksvertreter aus. Der Kriegsminister traf eiligst Vorkehrungen zur Besetzung der Grenzen, um das Ueberfluthen französischer Abenteurer zu verhüten und stellte Boten an verschiedenen Plätzen der Straße nach Paris auf, um von allen Ereignissen schnell Kunde zu erhalten, während die Nordbahn zwischen Amiens und Paris zerstört oder unterbrochen war. Leopold beauftragte seinen Gesandten in Paris, baldigst wieder in Verhandlung mit der französischen Regierung zu treten und sie von seiner Seite der friedlichsten Gesinnungen zu versichern. So ging der erste Sturm glücklich vorüber; und auch der Einzug großer Massen von belgischen Arbeitern, welche in den nächsten Wochen aus Frankreich entlassen wurden, und denen viele Franzosen und Polen bewaffnet sich anschlossen, um die Republik einführen zu helfen, hatte keinen Erfolg, da man, durch französische Grenzbeamten vorher benachrichtigt, die nöthigen Vorkehrungen hatte treffen können. Der ganze Wagenzug, der die Freiheitsbringer enthielt, wurde gleich an der Grenze von Soldaten umstellt, die Waffen ihnen abgenommen, uud diejenigen, welche ihre belgische Abkunft nachweisen konnten, einzeln in ihre Heimath entlassen, die Fremden aber wieder zurückgewiesen. In Brüssel selbst fanden in den ersten Tagen mehrere Verhaftungen und Ausweisungen, besonders von deutschen Arbeitern, Statt, welche einem demokratisch-socialistischen Vereine angehörten.

Schneller wirkten die Februarereigniſſe in der Schweiz. In dem Kanton Neuenburg (Neufchatel), welcher bisher den König von Preußen als Fürſten anerkannt, hatte ſich der ariſtokratiſche Staatsrath durch Unterdrückung jeder freieren Richtung, namentlich in der letzten Zeit durch ſeine Theilnahmloſigkeit an dem von der Tagſatzung beſchloſſenen Kriege gegen den Sonderbund ſehr verhaßt gemacht. Denn mit Zuſtimmung des Königs von Preußen hatte er die Stellung des bundesmäßigen Contingents zum eidgenöſſiſchen Heere verweigert, weil er ſich neutral halten wollte; wofür er ſpäter von der Tagſatzung zu einer Geldbuße von 300,000 Schweizerfranken verurtheilt wurde. Jetzt ſchien der eidgenöſſiſchen Partei im Kanton der Zeitpunct gekommen, wo ſie eine Aenderung jener Sonderpolitik und einen noch engeren Anſchluß an die übrigen Schweizer-Kantone durchſetzen könnte. Die Führer beſchloſſen einen großen Zug nach Neuenburg, dem Sitze der Regierung, zu veranſtalten; aber ſchneller, als ſie ſelbſt gedacht, erhoben ihre eifrigen Anhänger in Lachaux de fonds, Locle und Travers in der Mittagsſtunde des 29ſten Februars die Fahne des Aufſtandes, ſetzten die Municipalbehörden ab, und ein Regierungscomité ein, welches der alten Regierung in Neuenburg 24 Stunden Bedenkzeit gab, der Gewalt zu entſagen und die Truppen zu entlaſſen; ſonſt würden die liberalen Bergbewohner in Maſſe nach der Stadt ziehen. Die Regierung antwortete, ſie wolle ſich nicht vertheidigen; eine kleine Abtheilung Soldaten ſolle indeß unter den Waffen bleiben, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten und das Eigenthum der Bürger zu ſchützen. Um 4 Uhr Morgens wurden die Söldner entwaffnet und entlaſſen. Der Staatsſchreiber Favarger reiſte mit ſeiner Familie ab und kam ſchon um 1 Uhr Mittags durch Solothurn; aber erſt am Abend des 1ſten März gegen 6 Uhr zogen 1400 bewaffnete Bergbewohner mit zwei Kanonen unter dem Jubel des Volks in die Stadt.

Die Regierung dankte ab (unter Vorbehalt der Genehmigung des Königs von Preußen) und übergab die Geschäfte der provisorischen Regierung, zu deren Vorsitzenden der Advocat Piaget gewählt worden war, und welche in Proclamationen erklärte, daß Neuenburg von der Fremdherrschaft befreit sei und fortan sich selbst regieren werde. Sie zeigte noch an demselben Tage ihre Constituirung dem Vororte Bern an, bei welchem schon vorher der preußische Gesandte, v. Sydow, Verwahrung eingelegt hatte. Derselbe reiste am 3ten März von Neuenburg ab, nachdem er auch hier im Namen des Königs eine Protestation dagegen erlassen, daß die Absetzung der fürstenthümlichen Regierung ausgesprochen, Neuenburg als Republik erklärt und selbst die Mitglieder der alten Regierung verhaftet worden seien, nachdem sie sich geweigert, die Abdankungsurkunde zu unterzeichnen, indem sie, wie sie erklärten, nur der Gewalt wichen. Auch der König von Preußen begnügte sich später nur damit, eine Protestation gegen die Losreißung der Neuenburger von seiner Herrschaft zu erlassen. — Daß aber noch manche Neigung und Vorliebe für die königliche Herrschaft, besonders unter den Wohlhabenden herrscht, bewies im Anfange des J. 1849 die Ergebenheitsadresse einiger Neuenburger Damen an die die Königin von Preußen und die in der Stadt erregten Unruhen zur Herstellung des Fürstenthums, welche indeß schnell unterdrückt wurden.

In Deutschland, namentlich in den an Frankreich zunächst grenzenden Staaten, erregten die ersten Nachrichten von dem Sturze des immer mehr in der Achtung gesunkenen Julikönigs große Freude; zugleich aber verhehlte man sich nicht, daß diesem unerwarteten Schlage schwere Stürme und Kämpfe auch auf deutschem Boden folgen würden. Dachte man aber an die Möglichkeit eines Ueberfluthens der

aufgeregten Maſſen über die Grenzen Frankreichs, ſo erkannte man zugleich, daß ein inniges Zuſammenhalten aller deutſchen Stämme gegen einen ländergierigen Feind vor Allem Noth thue; man wollte die Freiheit nicht mit der Abtretung des kleinſten Stücks deutſcher Lande oder gar mit gänzlicher Abhängigkeit von dem gefährlichen Nachbar erkauft wiſſen. Um ſo dringender ſtellte ſich aber dann auch die Forderung heraus, daß die lang verheißenen, in einzelnen Staaten ſpärlich gewährten, aber immer wieder verkümmerten Freiheiten dem deutſchen Volke endlich unverkürzt bewilligt werden müßten, wenn es mit Hingebung den Kampf gegen fremde Eindringlinge führen ſolle; man hegte die Ueberzeugung, daß Deutſchland nicht einmüthig ſich erheben würde, wenn es, in den Banden Metternich'ſchen Preß- und Gewiſſenzwanges und der Bureaukratie erhalten, für dieſes Syſtem gegen ein freies Volk aufgerufen würde. Darum war der allgemeine Gedanke in den verſchiedenſten Gegenden, beſonders des ſüdlichen und weſtlichen Deutſchlands: nur die ſchleunige Bewilligung jener Freiheiten könne Deutſchland von den ſchwerſten Erſchütterungen, von den Gefahren einer neuen Spaltung in einen an Frankreich ſich anklammernden Rheinbund und in eine von Rußland abhängige heilige Allianz — nur die Erfüllung des Langerbetenen die Throne der Fürſten von dem Umſturze retten. Zu jenen Forderungen gehörte vor Allem Entfeſſelung der Preſſe von den Banden der Cenſur; da zu hoffen ſtand, daß die freie Preſſe die beſte Wächterin über Handhabung des Rechts und über freiſinnige Verwaltung im Staate, die furchtbarſte Geißel der Beamtenwillkühr ſeyn werde. Dahin rechnete man Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens mit Geſchwornen, was in den Ländern, in denen es ſchon beſteht, immer als ſichere Schutzwehr der Freiheit und als Bürgſchaft einer Handhabung der Rechtspflege nach dem im Volke herrſchenden Rechtsgefühl angeſehen

wurde; denn noch in frischem Andenken waren die Schändlichkeiten, welche sich die feilen Schergen und selbst höhere Beamte der Policei, ja leider! auch der Gerichte in den schweren Zeiten der wiederhereinbrechenden Reaction seit 1833 gegen Freisinnige erlaubt hatten. Zu jenen Forderungen rechnete man aber auch allgemeine Volksbewaffnung, eine Schutzwehr für die Freiheit gegen ein volksfeindliches, auf einen abgeschloßnen Kriegerstand sich stützendes Regierungssystem, zugleich eine Vorbereitung zur Minderung der stehenden Heeresmacht und damit der schweren Lasten, welche sie bisher den Steuerpflichtigen der einzelnen Länder verursacht hatte. Endlich wollte man aber auch die bisherige Polizeiwillkühr in Betreff des Versammlungs- und Vereinigungsrechts beseitigt haben, welche jeder gemeinsamen Besprechung und Belehrung über die wichtigsten Angelegenheiten hemmend in den Weg getreten war, an die sich ja, nach einer Aeußerung des vormaligen preußischen Ministers von Rochow, der „beschränkte Unterthanenverstand" nicht wagen durfte.

Ein Gedanke aber erfüllte seit Jahren schon die Herzen der für die Freiheit und das gemeinsame Vaterland begeisterten Männer in allen Gegenden Deutschlands: das Verlangen nach einem engeren Anschlusse aller deutschen Staaten an einander zu Einem Ganzen und nach Vertretung des Volkes bei der Oberleitung desselben. Zu sehr hatte sich der kraftlose Bundestag, bisher immer ein von Metternich abhängiger Zuchtmeister zur Niederhaltung freieren Strebens in den kleineren Staaten, während er bei offenen Verfassungsverletzungen von Seiten der Fürsten zum Einschreiten nicht berechtigt zu seyn vorgab, in der Meinung des deutschen Volks, wie des Auslandes herabgesetzt, als daß er in seiner bisherigen Verfassung den drohenden Stürmen hätte begegnen können. Auch war es ein glückliches Zusammentreffen, daß gerade die Volksvertreter des freisinnigsten Landes, Baden, ver-

ſammelt waren, in welchem ſchon 1831 Preßfreiheit erkämpft, aber nach wenigen Monaten vom Bundestage wieder unterdrückt worden war; und wo dieß Mal Baſſermann wenige Wochen vorher den Antrag auf Vertretung des deutſchen Volks beim Bundestage geſtellt hatte. Dorthin waren daher auch zuerſt die Augen aller Freunde des Vaterlands gerichtet; Badens Stände und Regierung ſollten den Anſtoß zur Gewährung der lange vergebens erſtrebten Freiheiten geben, und die übrigen deutſchen Stämme waren hinreichend vorbereitet, um auch ihrerſeits auf derſelben Bahn vorwärts zu gehen.

Schon am 27ſten Februar wurde auf Veranlaſſung des Buchhändlers Hoff in Mannheim eine Verſammlung gehalten, in welcher, unter Vorſitz des greiſen Itzſtein, und nach Anhörung der Reden von Hecker, Struve, Baſſermann, Mathy (die beiden letztern mahnten ſchon jetzt zum vorſichtigen Weiterſchreiten, damit Baden nicht wieder, wie 1831 und 1832, von den übrigen deutſchen Stämmen im Stich gelaſſen werde), eine Adreſſe an die Ständeverſammlung beſchloſſen wurde, in welcher Preßfreiheit, Schwurgerichte, Volksbewaffnung und deutſches Parlament als dringende Forderungen der Zeit bezeichnet wurden.

Am 28ſten wurde unter Mittermaier's Vorſitz in Heidelberg eine Verſammlung in der Aula zu gleichem Zwecke gehalten, und die von derſelben beſchloſſene Adreſſe mit zahlreichen Unterſchriften bedeckt; gleichzeitig unterzeichneten die Lehrer der Univerſität eine entſchiedene Erklärung über das, was jetzt Noth thue, an die Regierung. Jene beiden Adreſſen wurden am 1ſten März durch zahlreiche Deputationen der Bürger von Mannheim und Heidelberg nach der Hauptſtadt des Landes, Carlsruhe, gebracht und der Kammer übergeben, in welche ſelbſt durch Vermittelung des Abgeordneten Hecker ein Theil der Deputirten (Struve) zugelaſſen wurde. An

dieſem Tage waren aus Mannheim, Heidelberg und andern Städten des Großherzogthums, ja ſelbſt aus dem badiſchen Oberlande, gegen 2000 Menſchen in Carlsruhe anweſend. Auch in der Hauptſtadt ſelbſt hatte ſchon am 28ſten Februar eine Verſammlung von Bürgern unter Vorſitz des Bürgermeiſters Statt gefunden, in welcher beſchloſſen worden war, die Regierung um Preßfreiheit, deutſches Parlament und Geſchwornengerichte, ſowie um Einführung einer allgemeinen Volksbewaffnung zu bitten; zu der letzteren, welche die Ereigniſſe in Frankreich für Baden beſonders dringend erſcheinen ließen, wurden an dieſem Tage ſchon die vorbereitenden Schritte gethan. In der Ständeverſammlung hatte der Miniſter Bekk (nachdem ſchon auf die erſte Kunde von den Ereigniſſen in Paris Welcker am 26ſten einen Antrag angekündigt hatte, „die Regierung zu bitten, daß ſie ſich von dem Syſteme der Reaction losſage") am 29ſten die Zuſicherung gegeben, daß Geſetzentwürfe über Preßfreiheit, Geſchwornengerichte und Volksbewaffnung in den nächſten Tagen vorgelegt werden ſollten. Am 1ſten März erfuhren aus ſeinem Munde die Volksvertreter und die eben erſchienenen Deputationen der andern Städte, daß durch einen Erlaß des Großherzogs das (vom Bundestage 1832 unterdrückte) Geſetz über Preßfreiheit vom 28ſten December 1831 wieder in Wirkſamkeit geſetzt worden ſei; eine Nachricht, die vielleicht noch größere Freude erregt haben würde, wenn ſie gleichzeitig von einer Zuſicherung in Betreff der Volksbewaffnung begleitet geweſen wäre *).

---

*) Denn trotz der Forderungen Hecker's, Itzſtein's, Brentano's, Metz' und Peters, die beantragten Volkswünſche ſogleich in Ueberlegung zu ziehen, ſiegten die Vorſtellungen Mathy's, Stößer's, Welcker's und Baſſermann's, daß dieß der Geſchäftsordnung zuwider ſei; und die Kam-

An diesem Tage wurde die Ruhe nicht gestört, obgleich zahlreiche Haufen auf den öffentlichen Plätzen waren; auch in Betreff der Gefangenen, welche wegen einiger Lebehochs auf die Republik im Laufe des 28sten verhaftet worden waren, ertheilte der Minister beruhigende Zusicherungen. Auch hatten die Bürger, gewarnt durch das Geschrei eines betrunkenen Haufens am Abend des 28sten: „Es lebe die Republik!" „wir wollen Blut saufen!" Vorsichtsmaßregeln getroffen und bewaffnete Rundgänge angeordnet; die Feuerwehr hatte sich auf dem Schloßplatze aufgestellt.

Noch in der Nacht gerieth das Gebäude des Ministeriums des Auswärtigen (der Präsident desselben v. Dusch galt für einen dem Metternich'schen System besonders ergebenen Mann) in Brand; und dieß, wie der Versuch der Brandstiftung in einem Keller des Schlosses am 3ten März, legte Zeugniß für die Absichten einer kleinen Anzahl Uebelthäter ab, welche sich zum Glück in der Stimmung der zahlreichen Arbeiter in der Keßler'schen Fabrik arg verrechnet hatten. Denn diese bewiesen gerade bei dem Brande des Ministeriums die größte Aufopferung und Thätigkeit, sodaß er in 1½ Stunden gedämpft war und nur der Dachstuhl ein Raub des Feuers wurde. Am 4ten überreichte eine Deputation der Kammer dem Großherzoge eine Adresse, in welcher ihm für die bewilligte Preßfreiheit und die verheißenen Gesetzentwürfe gedankt, die Hoffnung auf eine schnelle Verwirklichung derselben und eine gedeihliche Durchführung des verfassungsmäßigen Lebens ausgesprochen und zugleich die Versicherungen der Treue und Anhänglichkeit im Namen des ganzen Landes erneuert wurden. Hierauf überreichte ihm der Präsident Mittermayer einen Protokollaus-

---

mer schloß sich dem vermittelnden Antrage v. Soiron's an, den Antrag zu schleunigster Berathung in die Abtheilungen zu verweisen.

zug ihrer Verhandlungen, in welchem nach dem von Welcker über die Anträge mehrerer Abgeordneter abgeſtatteten Berichte noch folgende Puncte erbeten wurden: 1) Aufhebung der Carlsbader Beſchlüſſe und der übrigen Ausnahmegeſetze für das Großherzogthum, 2) Verpflichtung aller Staatsbürger und des Militärs auf die Verfaſſung, 3) gleiche politiſche Berechtigung der Bürger aller Confeſſionen, 4) Verantwortlichkeit der Miniſter und Abtheilung derſelben vor einem Staatsgerichtshofe; 5) Berechtigung jedes Bürgers, einen niedern Beamten anzuklagen, ohne Einholung der Genehmigung des Miniſteriums, 6) Beſeitigung der letzten Reſte des Feudalweſens (Jagdregal, Abzugsgelder u. a.), 7) gerechtere Vertheilung der Staats- und Gemeindelaſten, 8) Aufhebung der privilegirten Gerichtsſtände, 9) volksthümliche Kreisverwaltung mit Betheiligung der Bürger, 10) Vertretung des deutſchen Volks beim Bunde, 11) unabhängige Stellung der Richter, 12) Beſetzung der Miniſterſtellung und des Geſandtſchaftspoſtens beim Bundestage mit Männern, welche das Vertrauen des Volks genießen. Der Großherzog verſprach, dieſe Puncte ſogleich mit dem Miniſterium zu berathen und baldigſt Antwort zu ertheilen. Auch meldete der Miniſter Bekk noch an demſelben Tage dem Präſidenten der zweiten Kammer ſchriftlich die Zuſtimmung der Regierung zu allen Puncten und ihre Bereitwilligkeit, die erforderlichen Schritte vorzubereiten und die gewünſchten Geſetzentwürfe demnächſt den Kammern vorzulegen.

An demſelben Tage wurde von der Regierung beſchloſſen, den Bundestagsgeſandten v. Blittersdorf (früher Chef eines volksfeindlichen Miniſteriums) an eine andere Stelle zu verſetzen; und die von der Kammer bezeichneten Staatsräthe Regenauer und Trefurt, die Vorſtände des Finanz- und des Juſtizminiſteriums, reichten ihre Entlaſſung ein.

Schon am 7ten ertheilte die badiſche Regierung ihrer Geſandtſchaft beim Bundestage den Auftrag, den Antrag auf eine Vertretung des deutſchen Volks beim Bunde zu ſtellen; am 10ten brachte der Miniſter Bekk einen Geſetzentwurf über unverzügliche Aufhebung aller noch beſtehenden Feudalrechte ein; eine billige Entſchädigung der Berechtigten ſollte durch Geſetze nachträglich beſtimmt werden, und zwar ſollte dieſelbe, ſo weit die Berechtigung nicht einen privatrechtlichen Entſtehungsgrund habe, aus Staatsmitteln erfolgen. Und dieſe Erleichterung der Landbewohner war von großer Wichtigkeit; denn ſchon erhoben ſich, wie im heſſiſchen Odenwalde und im würtembergiſchen Jaxtkreiſe (den alten Heerden des Bauernkriegs), auch im Schwarzwalde die von Zinſen und Frohnen gedrückten Bauern gegen ihre Herren, welche es verſäumt hatten, in ruhiger Zeit abzulöſen, und verlangten ſchnelle Befreiung von den drückenden Laſten; und, was ebenſo zu beklagen war, die einmal aufgeregte Stimmung der untern Klaſſen machte ſich in einzelnen Gegenden, wie ſchon vorher im Elſaß, ſo namentlich in der Stadt Bruchſal und im Sundgau auch in Judenverfolgungen Luft, gegen welche zunächſt acht in Mannheim wohnende Deputirte, Hecker, Helmreich, Itzſtein, Mathy, Baſſermann, Soiron, Weller und Sachs am 8ten einen Aufruf erließen, in dem ſie ihren tiefen Schmerz über ſolch frevelhaftes Beginnen ausſprachen, und Alle aufforderten, „durch Belehrung, Wort und That mit aller Kraft und Energie dahin zu wirken, daß ſolche Entweihungen der Tage der Freiheit unterblieben und nicht des Volkes Ehre und Name geſchändet würden durch Frevel und Unthaten.“ In gleichem Sinne ſprach ſich am 9ten die ganze zweite Kammer aus.

Am 14ten wurde der bisherige Deputirte der Oppoſition, Welcker, zum Vertreter Badens beim Bundestage, am 26ſten Mathy zum Staatsrath ernannt; beide Erhebungen bezeichneten am beſten,

in welchem Geiſte die Regierung ferner herrſchen und im Rathe der Fürſten vertreten ſeyn wollte. — —

In Darmſtadt, wo die Kammern ebenfalls verſammelt waren, ſtellten ſchon am 27ſten Februar die Abgeordneten der Oppoſition Heinrich von Gagern, Wilhelm Wernher, Lehne und Frank im Sinne der Baſſermann'ſchen Motion den Antrag, „die Kammer ſolle in einer Adreſſe den Großherzog erſuchen, in der Bundesverſammlung und außer derſelben in geeigneter Weiſe dahin zu wirken, daß die Sorge für den Schutz der äußern und innern Sicherheit Deutſchlands, insbeſondere die Leitung des Auswärtigen, des Heerweſens und der Volksbewaffnung, in die Hand Eines Cabinets gelegt werde, deſſen Miniſter dem interimiſtiſchen Haupte Deutſchlands und der Nation verantwortlich ſeien; daß dieß Haupt Geſetzgebung und Beſteuerung in Uebereinſtimmung mit dem Rathe der Fürſten und einem Rathe des Volks ausübe, und daß die Berufung der Nationalvertretung gleichzeitig mit der Ernennung des Bundeshauptes erfolge." Am 2ten März, an welchem der Abgeordnete Eigenbrodt den Ausſchußbericht über dieſen Antrag abſtattete, ſtellten von Rabenau einen Antrag auf Einführung eines allgemeinen deutſchen Geſetzbuchs in ganz Deutſchland, Frank und Lehne auf Einräumung des Petitionsrechts, Reh einen Antrag auf freie Preſſe, Schwurgericht und Volksbewaffnung und einen zweiten auf Aenderung des bisherigen Regierungsſyſtems, „das in allen Verzweigungen, mit denen es in das Staatsleben eingreife, die geſetzliche Freiheit des Volks und die Entwickelung ſeiner Inſtitutionen gelähmt, die Preſſe in Feſſeln geſchlagen und das Verlangen nach dem natürlichen Rechte der Verſammlung und Beſprechung gemeinſamer Angelegenheiten zum Verbrechen geſtempelt habe." Endlich beantragte noch Lehne die Bitte an die Regierung um unverzügliche Einbringung eines Geſetzvorſchlags, „welcher

dem Rechte des Volks auf Bildung öffentlicher Verſammlungen und Vereine zur Berathung allgemeiner politiſchen Intereſſen und Einreichung von entſprechenden Petitionen unbeſchränkte Anerkennung zu Theil werden laſſe." An demſelben Tage erſchien aus Mainz, wo man ſchon mehrere Bürgerſammlungen gehalten und am 1ſten beſchloſſen hatte: „kein Carneval, ſondern Preßfreiheit und Nationalbewaffnung!" eine Deputation von 300 Bürgern mit einer Adreſſe der Bürgerſchaft, welche außer den bekannten Puncten auf die Zurücknahme des neuen Civilgeſetzbuchs und Beibehaltung der (aus der franzöſiſchen Zeit her noch geltenden, aber in der letzten Zeit durch einen Kammerbeſchluß abgeſchafften) öffentlichen Gerichtsverfaſſung drang. Auch die Städte Worms und Offenbach ſandten Adreſſen in gleichem Sinne; Gießen richtete eine Dankſagung an die Abgeordneten Gagern, Wernher, Lehne und Franck für ihren Antrag vom 27ſten, in welchen die dringend gebotenen Forderungen der Zeit bezeichnet waren. Mißſtimmung erregten die militäriſchen Maßregeln an dieſem Tage, indem man das Reiterregiment und die reitende Artillerie zum Ausrücken bereit gehalten hatte; und wenig Glauben fand das abſichtlich verbreitete Gerücht, es ſeien dieß nur militäriſche Uebungen geweſen, wie ſie von Zeit zu Zeit Statt finden müßten. Der Erbgroßherzog, der das Vertrauen in höherem Grade beſaß, war zum Unglück gerade mit ſeiner Gemahlin in München, wohin ihm ein Eilbote geſandt wurde, der ihn zur ſchleunigen Rückkehr mahnte; große Freude erregte daher ſeine Wiederkehr und durch die am 5ten erlaſſene Bekanntmachung, er ſei von ſeinem Vater zum Mitregenten angenommen worden, mit Uebertragung aller Regierungsgeſchäfte*), wurde nur ein von den

*) Die Prinzen Georg und Karl ſollen den Großherzog gebeten haben, er möge ſich von den Regierungsgeſchäften zurückziehen.

Meisten gehegter Wunsch erfüllt. Schon Tags zuvor war der Kammer ein Rescript der Staatsregierung mitgetheilt worden, welches die von der öffentlichen Stimme verlangten Reformen, namentlich Preßfreiheit bewilligte, und auch außerhalb der Kammer die größte Freude erregte. An diesem Tage hatte schon eine Deputation der Bürger dem Erbgroßherzoge ihre Wünsche vorgetragen und ein Mitglied der städtischen Behörde ihn mit der Lage des Landes bekannt gemacht. Am 5ten Morgens waren die Mitglieder der zweiter Kammer Eigenbrodt und Emmerling von ihm und dann auch von den andern Prinzen empfangen worden. Um 1 Uhr war seine Ernennung erfolgt und in einer um 4 Uhr gehaltenen Volksversammlung verkündet worden, daß der Abg. Gagern von ihm bestimmt worden sei, an die Spitze der neuen Verwaltung zu treten. Gagern wurde gerade von Heidelberg zurückerwartet, wo die erste Besprechung von 51 Männern über die künftige Gestaltung der deutschen Gesammtverfassung Statt fand; darum strömten zahlreiche Haufen nach dem Bahnhofe, um ihn zu empfangen. Denn noch durfte man nicht auf eine dauernde Beruhigung der Gemüther hoffen, so lange du Thil an der Spitze des Ministeriums stand; am 6ten erfolgte endlich die Ernennung Heinrichs von Gagern zum Chef des Ministeriums des Innern, in welches die Abgeordneten Eigenbrodt und Emmerling eintraten, während Zimmermann Finanzminister wurde; an demselben Tage verkündigte eine Verfügung des Mitregenten Freiheit der Presse und freie Ausübung der religiösen Culte, sowie die sofort vorzunehmende Beeidigung des Militärs auf die Verfassung, und verhieß Vorlage von Gesetzesentwürfen über allgemeine Volksbewaffnung, Petitions- und Versammlungsrecht, über ein auf Oeffentlichkeit und Mündlichkeit gegründetes Rechtsverfahren und Zurücknahme des Polizeistrafgesetzes; endlich versprach der Mitregent auch für Nationalvertretung beim Bunde und Einführung

eines Civil- und Strafgeſetzbuchs für ganz Deutſchland und gleicher Formen des Verfahrens wirken zu wollen. Der Rheinprovinz wurde die Beibehaltung ihrer Rechtsinſtitute, bis zur Einführung einer allgemeinen deutſchen Geſetzgebung, gewährleiſtet. Noch wurden am 13. zwei Männer des allgemeinen Vertrauens, Kilian als Juſtizminiſter und Jaupp als Präſident des Staatsraths in den in wahrhaft volksthümlicher Weiſe umgeſtalteten Kreis der Berather aufgenommen, mit welchen ſich der Mitregent umgeben hatte; und nichts trübte die allgemeine Freude, als die Nachrichten von den ſchon erwähnten Aufſtänden der Bauern gegen die Standesherrn im Odenwalde, zu deren Beruhigung Gagern ſelbſt dorthin reiſte.

Auch im Naſſauiſchen war durch die Nachrichten aus Frankreich und daneben durch die Einwirkung des nahen Mainz eine große politiſche Regſamkeit geweckt worden. Am 2ten März trat in Wiesbaden eine Verſammlung von gegen 3000 Bürgern und Einwohnern der Umgegend vor dem Schauſpielhauſe zuſammen und nahm in einer dreiſtündigen Berathung unter dem Vorſitz des Abg. Herchenhahn ein Programm an, welches neun „Forderungen der Naſſauer" enthielt und durch eine Deputation dem Miniſter von Dungern überbracht wurde. Dieſer bewilligte ſogleich die erſte (allgemeine Volksbewaffnung und Abgabe von 2000 Flinten an die Stadtbehörde) und zweite Forderung (Preßfreiheit); die übrigen machte er von der Genehmigung des von Berlin noch nicht zurückgekehrten Herzogs abhängig. Die Landſtände wurden auf den 4ten durch Eilboten einberufen; an demſelben Tage ſollte ſich das Volk von ganz Naſſau in Wiesbaden verſammeln, um die Antwort des Herzogs zu vernehmen. Am folgenden Tage (den 3ten) erregte die Nachricht von der Einberufung des Militärs (welche durch einen früheren Bundesbeſchluß veranlaßt war) und von dem Anrücken von 3000 Oeſterreichern große Unruhe; eine Deputation von

Volksfreunden, welche ſich zu dem Miniſter begab, erhielt die beruhigendſten Verſicherungen und das Verſprechen, daß die nur auf Anordnung des Bundestags verfügte Einberufung der Soldaten unterbleiben ſolle, um allen Argwohn zu entfernen. Am 4ten Vormittags gewährte der Miniſter, obgleich der Herzog noch nicht zurückgekommen war, auch ſämmtliche übrige Forderungen unter Verbürgung der Herzogin Wittwe und des Prinzen Nicolaus, des muthmaßlichen Thronerben: Vereidung des Heeres auf die Verfaſſung, Recht der freien Vereinigung, Oeffentlichkeit mit Schwurgerichten, Erklärung der Domänen zu Staatseigenthum, Einberufung der zweiten Kammer zur Berathung eines Wahlgeſetzes ohne Cenſus, unbeſchränkte Religionsfreiheit und das Verſprechen der Mitwirkung zur Einberufung eines deutſchen Parlaments. Am Nachmittag ſtrömten 20—30,000 Bewohner aus allen Theilen des Herzogthums zuſammen; um 4½ Uhr kam endlich der Herzog ohne alle Begleitung auf dem Bahnhofe von Frankfurt her an, wurde von Bürgerwache nach dem Schloſſe geleitet, wo ſein Bruder und ſeine Mutter ängſtlich ſeiner harrten; und vom Balcon herab verkündete er die Beſtätigung aller in ſeinem Namen bewilligten Zugeſtändniſſe, rief dem Anführer der Truppen zu, er ſolle ſeine Leute in die Caſerne führen — und in kurzer Zeit zerſtreuten ſich die dichten Volksmaſſen nach allen Seiten und die Auswärtigen verließen Wiesbaden. Am folgenden Tage trat die Ständeverſammlung zuſammen und berieth das verheißene Wahlgeſetz. Bald nachher beruhigte die Ernennung des Abg. Herchenhahn zum Miniſter die Freunde der Freiheit auch für die Zukunft, indem ſie eine Bürgſchaft dafür gewährte, daß ferner auch im Geiſte der Freiheit und des Fortſchritts gewaltet werden ſollte.

Während die Kunde von den Vorgängen in Frankreich auch in der preußiſchen Rheinprovinz lebhafte Aufregung hervorgeru-

fen hatte und zahlreiche Petitionen in den bedeutenderen Städten vorbereitet wurden, beſonders auch gegen Einführung des eben von den ſtändiſchen Ausſchüſſen in Berlin berathenen Strafgeſetzbuchs*); während in Kurheſſen die langgeübte Policeiwillkür eine Erbitterung erzeugt hatte, deren Losbrechen man jeden Tag fürchten mußte, und die ſich zunächſt in dem an Frankfurt ſo nahe gelegenen Hanau ausſprach; während in Frankfurt ſelbſt Bürgerverſammlungen gehalten wurden und Bewegungen Statt fanden, weil man Erleichterung von geiſtigem Druck und zeitgemäße Reformen der ſtädtiſchen Verfaſſung anſtrebte — am 4ten März drangen ſogar Haufen meiſt fremden Geſindels der niederſten Klaſſe in die Senatsverſammlung im Römer und wurden nur durch das kräftige Einſchreiten der Metzger überwältigt — fanden auch die beſſern Elemente der **Bundesverſammlung** bei ihren engherzigen Collegen Gehör und veranlaßten eine Anſprache derſelben an das deutſche Volk, welche am Abend des 1. März den Frankfurter Zeitungen beigelegt wurde. In einer Sprache, wie ſie noch nie vom Bundestage vernommen worden war, wendete ſich die Verſammlung „vertrauensvoll an die deutſchen Regierungen und das deutſche Volk", mahnte beide zur Eintracht und zum Zuſammen-

*) Man erinnerte ſich, daß auch im Jahre 1830 den Rheinprovinzen das preußiſche Landrecht hatte aufgedrungen werden ſollen, als die Julirevolution eintrat und die Verwirklichung dieſes Vorhabens zu gefährlich erſcheinen ließ. In Cöln vereinigte ſich eine Bürgerverſammlung am 3ten zur Abfaſſung einer Petition an den König, worin ſie 1) um Repräſentativverfaſſung mit Verantwortlichkeit der Miniſter, allgemeinem Wahlrechte und allgemeiner Wählbarkeit, 2) unbedingte Freiheit der Rede und der Preſſe, 3) freies Vereinigungsrecht, 4) Verminderung des Heeres, 5) Gleichheit vor dem Geſetze ohne Unterſchied der Culte, Errichtung eines Parlaments — baten.

Volkszahl gewählten Nationalvertretung ſei unaufſchiebbar, ſowohl zur Beſeitigung der nächſten innern und äußern Gefahren, wie zur Entwickelung der Kraft und Blüthe deutſchen Nationallebens. Darum hätten ſie beſchloſſen, ihre Regierungen auf das Dringendſte anzugehen, ſo bald als möglich das deutſche Vaterland und die Throne mit dieſem kräftigen Schutzwalle zu umgeben, zugleich aber ſeien auch ſieben aus ihrer Mitte beauftragt worden, welche die Einladung zu einer vollſtändigeren Verſammlung von Männern des Vertrauens aller deutſchen Volksſtämme beſorgen und denſelben Vorſchläge über die Wahl und die Einrichtungen einer angemeſſenen Nationalvertretung vorlegen ſolle. Ueber den folgenreichen Zuſammentritt dieſes deutſchen Vorparlaments am 31. März wird ſpäter berichtet werden.

Nicht bloß in den Ländern am Rheine hinab, ſondern auch in den von Baden oſtwärts gelegenen Staaten hatte ſich der Stoß weiter verbreitet und eine raſche Umgeſtaltung des bisherigen Syſtems herbeigeführt.

In **Würtemberg**, deſſen Ständekammern erſt wenig Wochen vorher aus einander gegangen waren, gewährte der König, dem eine Adreſſe des ſtändiſchen Ausſchuſſes die Wünſche des Volks ausſprach, ſchon am 1ſten März volle Preßfreiheit nach innen und außen nach den Beſtimmungen des Geſetzes vom 30. Januar 1817 *); einzige Schranke, an die ſie gebunden wäre, ſollte das Strafgeſetz ſeyn, über Preßvergehen in raſchem mündlichen und öffentlichen Verfahren entſchieden werden. In Betreff der übrigen von dem Ausſchuſſe erbetenen Puncte

*) Doch mit dem unwillkommenen Beiſatze: „bis ein die Verhältniſſe der Preſſe regelnder Beſchluß der Bundesverſammlung erfolge"; zum Glück wurde dieſes Bedenken bald durch den Erlaß derſelben vom 3ten erledigt.

verſprach er, der wärmſte Vertheidiger aller Maßregeln ſeyn zu wollen, welche die Einigkeit, das Wohl und die Kräftigung Deutſchlands beträfen; auch ſollte die Frage von Errichtung der Bürgerwachen ungeſäumt in Erwägung gezogen werden, einſtweilen ſolle die Verordnung vom 13ten Mai 1847 über Errichtung von Sicherheitswachen in Anwendung kommen. Auch von Tübingen und Ulm kamen Adreſſen an den König; die erſtere, von Uhland verfaßt, verlangte außer den oft genannten Puncten auch Aufhebung der Beſchränkungen des Vereins- und Verſammlungsrechts, Selbſtſtändigkeit und Unabhängigkeit der Gemeinden und Kreiskörperſchaften und Reviſion der Verfaſſungsurkunde. Auch in Stuttgart unterzeichneten über 1200 Bürger in einer Verſammlung am 2ten eine in kräftigem Tone von dem Abg. Römer entworfene Adreſſe, welche ein Bürger, Kaufmann Müller, auf das Schloß trug, wo er die freundlichſte Aufnahme fand; bald nachher antwortete das Miniſterium den Bittſtellern in demſelben Sinne. In einem Manifeſte vom 2ten mahnte der König ſein Volk, ſeinen echt deutſchen Charakter zu bewähren, feſt im Vertrauen gegen die Vorſehung, treu gegen die Regierung. „Reichen wir", heißt es darin, „unſern deutſchen Brüdern die Hand; wo unſerem Vaterlande Gefahr droht, werdet Ihr mich an Eurer Spitze ſehen. Segen unſerem Vaterlande, Heil und Ruhm für ganz Deutſchland!" Während auch in andern Städten des Landes, in Balingen, Calw, Crailsheim, Eßlingen, Heilbronn, Rottweil, Waiblingen, Göppingen, Reutlingen, Adreſſen unterzeichnet und dem Könige übergeben wurden, und die Kunde von der nahe bevorſtehenden Einberufung der Stände (auf den 13ten), um welche eine Deputation der Stuttgarter am 5ten gebeten hatte*), ſich verbreitete, wurden die Mitglieder des Stadt-

*) Es hieß, der König habe befohlen, denſelben unge

raths und des Bürgerausschusses auf den 6ten berufen, um die Antwort auf die Adresse vom 2ten zu vernehmen; und große Freude erregte bald nachher die schnell durch die Stadt getragene Nachricht von der Gewährung aller Wünsche, Schwurgerichte, Volksbewaffnung, Recht der Bürgervereine u. s. w. Alles gab sich der frohesten Stimmung hin, die städtischen Collegien beschlossen schon eine Dankadresse an den König — als man plötzlich erfuhr, daß eine Ministerveränderung in einem den gewährten Freiheiten und den Wünschen des Volks ganz entgegengesetzten Sinne Statt gefunden habe, indem an die Stelle des Ministers des Innern von Schlayer der ritterschaftliche Abgeordnete Freiherr von Linden berufen worden, der in der Kammer bisher die Censur, die heimlichen Gerichte, die Politik des Bundestags vertheidigt und für die „wohlerworbenen" Feudalrechte gekämpft hatte. Daneben nannte man den Director von Bezzenberger als Justizminister, außerdem Varnbüler und Hefele als Chefs der andern Ministerien, und den ehemaligen Oberpolicecommissär Lehmann, jetzt Oberamtmann auf dem Lande in Welzheim, als Ersatz für den geachteten Stadtdirector von Stuttgart, Gärttner. Sogleich wurde beschlossen, die Dankadresse einstweilen noch zurückzuhalten; sämmtliche Mitglieder des Regierungscollegiums erklärten, ihre Stellen unter Linden nicht behalten zu wollen; auf den Straßen sammelten sich Gruppen, von allen Seiten wurde den neuen Ministern, wie andern bei Hofe einflußreichen Personen vorgestellt, wie gefährlich solche Ernennungen in diesem Augenblicke seyn müßten, wo das Volk eine Umgestaltung des Ministeriums in liberalem Sinne erwarte. Auch er-

---

setzentwürfe über Volksbewaffnung und Volksversammlungen vorzulegen, sowie das revidirte Strafgesetz und die Strafproceßordnung mit Schwurgerichten.

ſchienen die Miniſter ſchon um 4 Uhr beim König und erklärten, die ihnen zugedachten Stellen nicht annehmen zu können, weil ſie fürchten müßten, dadurch der Sache des Throns und des Vaterlandes eher zu ſchaden. Es erſchien noch am Abend im Schwäbiſchen Merkur eine offitielle Erklärung, daß vor dem Zuſammentreten der Ständeverſammlung ein Miniſterwechſel nicht eintreten werde. An demſelben Abend wurde nun die beabſichtigte Dankadreſſe von den ſtädtiſchen Collegien abgeſandt, und eine ſchon auf dem Bürgermuſeum entworfene Petition an die demnächſt zuſammentretende Kammer, ſie möchte gegen das Miniſterium ein Mißtrauensvotum ausſprechen, unterdrückt; doch fehlte es nicht an Stimmen in der Bürgerverſammlung, daß dieß Mißtrauen auch dem alten Miniſterium gebühre. In den nächſten Tagen erfolgte auch ſchon die Abdankung des Präſidenten des geheimen Raths von Maucler, deſſen Einfluß jene Unheil drohenden Ernennungen beſonders zugeſchrieben wurden; und am 10. wurde die Hauptſtadt durch die Kunde vollkommen beruhigt und erfreut, daß das ganze Miniſterium Schlayer ſeine Entlaſſung genommen, daß die freiſinnigen Abgeordneten Paul Pfitzer und Duvernoy vom Könige mit der Bildung eines neuen Miniſteriums beauftragt worden ſeien, in welches nach einer Berathung mit den in Stuttgart anweſenden Mitgliedern der Oppoſition der Führer derſelben, Römer, als Miniſter der Juſtiz und der Abg. Kaufmann Goppelt aus Heilbronn für die Finanzen eintreten ſollten. Dieſelben wurden bereits am Morgen des 9ten vom König im Schloſſe empfangen, welchem der ſtändiſche Ausſchuß alle an ihn und an die Ständeverſammlung gerichteten Eingaben mitgetheilt und ihn gebeten hatte, wo möglich noch vor dem Zuſammentritt der Stände diejenigen von ihm beabſichtigten Aenderungen, welche ohne Mitwirkung der Stände geſchehen konnten, in Ausführung bringen zu laſſen.

Auch in Stuttgart wurden, wie in Eßlingen und anderen Städ-

ten, Droh-, Brand- und Aufruhrbriefe gefunden; doch wurde die Ruhe nirgends gestört; Erscheinungen, wie sie in schlimmerer Weise in Carlsruhe schon am 1sten Statt gefunden und in den nächsten Tagen sich wiederholt hatten.

Duvernoy übernahm das Ministerium des Innern, Pfitzer das des Cultus und des Schulwesens; das Ministerium des Auswärtigen behielt Graf von Beroldingen, das des Kriegs Graf von Sontheim. Am 11ten erschien ihr von Pfizer ausgearbeitetes Programm, in welchem die Wiederherstellung der Preßfreiheit als erste Bürgschaft einer neuen Zeit für die Entwickelung der staatlichen Verhältnisse bezeichnet wurde; als weitere Bürgschaften wurden baldige Beeidigung des Heeres auf die Verfassung, Gesetzentwürfe über Versammlungsrecht und Volksbewaffnung versprochen; nach Erledigung der dringendsten Vorlagen sollten neue Wahlen angeordnet werden und der neuen Kammer die Einführung von Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in der Rechtspflege mit Schwurgerichten, Revision des Strafgesetzbuchs und der Strafproceßordnung, Entlastung des Grundeigenthums, Hebung der Gewerbe und der Arbeit, größere Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Gemeinden, sowie die weitere Entwickelung der Verfassung vorbehalten bleiben. Zugleich wurde im Programm erklärt, „daß der König sich dem Rufe nach Vertretung der deutschen Nation am Bundestage anzuschließen fest entschlossen sei, und das Volk aufgefordert, mitzuwirken, daß Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten und der heilsame Umschwung nicht in das Gegentheil verkehrt und zu verbrecherischen Zwecken ausgebeutet werde. Jeder solle aber auch beitragen, daß die günstige Stunde, welche jetzt für die Sache der Menschheit und die Ehre des deutschen Volks geschlagen habe, nicht ungenützt verstreiche, und daß nach dem Ziele einer gesicherten und freien Nationalität jetzt ein entscheidender Vorschritt geschehe.“ An diesem Tage zogen die

Bürger, viele mit ſchwarzgoldrothnen Kokarden geſchmückt, vor das Schloß, um dem Könige den Dank des Landes für ſeine freieigenen großherzigen Entſchlüſſe auszuſprechen; und die in Stuttgart anweſenden Standesherrn (Mitglieder der erſten Kammer) verſprachen in einer veröffentlichten Zuſchrift dem Miniſterium, welches neben der Entwickelung des Volkslebens und der Einführung zeitgemäßer Einrichtungen auch die Handhabung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, ſowie den Schutz des Eigenthums und die Achtung des Rechts an die Spitze ſeines Programms ſtelle, ihre aufrichtige Mitwirkung. Sie erklärten außerdem, in Gemeinſchaft mit dem übrigen Adel, ihre Bereitwilligkeit, die alten Realrechte abzulöſen und auch auf das Jagdrecht auf fremdem Boden zu verzichten. Am 14ten wurden die Ständekammern von Römer eröffnet und ihnen ein Geſetzentwurf über Volksbewaffnung vorgelegt.

Es war hohe Zeit geweſen, daß nach dem Mißgriffe am 6ten die Forderungen des Volks in ausgedehnter Weiſe bewilligt wurden; denn an demſelben Tage hatte die Erhebung der Bauern in den ſtandesherrſchaftlichen Bezirken gegen ihre Herren mit dem Niederbrennen des Schloſſes und des Rentamtgebäudes zu Niederſtetten, dem Hauptſitze eines jüngern Zweigs der katholiſchen Linie Hohenlohe-Bartenſtein, begonnen; und der Aufruhr, hauptſächlich auf Vertreibung der Rentbeamten und Vernichtung der Zins- und Lehnbücher gerichtet, hatte ſich im Thale der Kocher und der Jart bis zur Tauber fortgepflanzt; die Schlöſſer der Herren von Ellrichshauſen zu Aſſumſtadt, der Herren von Berlichingen zu Jarthauſen (der alten Burg des Ritters Götz mit der eiſernen Hand) waren von wilden Haufen niedergebrannt oder nur durch bedeutende Zugeſtändniſſe ihrer Herrn gerettet worden. Von Heilbronn wurden ſogleich 2000 Mann Soldaten in dieſe Gegend geſandt, und in einer energiſchen Erklärung vom 11ten März erklärte die

Regierung ihren festen Willen, solchen Frevelthaten und der ungesetzlichen Erzwingung vermeintlicher Rechte kräftig entgegenzutreten. Denn auch aus dem südwestlichen Theile des Landes, aus dem Schwarzwalde, kamen ähnliche Schreckensbotschaften und Hülferufe. —

In München hatte kaum drei Wochen vorher der immer gesteigerte Unwille des Volks gegen das übermüthige Treiben der spanischen Tänzerin Lola Montez (von König Ludwig zur Gräfin Landsfeld erhoben) im Verein mit der Erbitterung der Studirenden gegen die von Lola und dem Minister Berks begünstigte Studentenverbindung Allemannia einen Sturm herbeigeführt, bei welchem es nur der entschiedenen, aber gesetzlichen Haltung der Bürgerschaft und der Studirenden, sowie der Mäßigung des Militärs (dessen adelige Führer schon durch die Erhebung der Favoritin und ihren großen Einfluß erbittert worden waren) zuzuschreiben war, daß er fast ohne alles Blutvergießen endete. Der König hatte die übereilte Verordnung, daß die Universität bis Ostern geschlossen seyn sollte (weil ein Allemanne von einigen andern Studenten verhöhnt und Lola vom Volke gemißhandelt worden war), am 11ten Februar zurückgenommen, und gleichzeitig die Ausweisung sämmtlicher Allemannen und die Abreise der Gräfin Landsfeld zugestanden; am Hause der Letztern, kurz nachdem sie weggefahren war, war er selbst, indem er den Conditor Mayerhofer *) in Schutz nahm, von Einzelnen aus dem Volke mit den Kothwürfen getroffen worden, welche jenem zugedacht waren. Noch mehrere Tage nachher war er auf der Straße gesehen worden, wie er die Stelle sei-

*) Der vom Volke beschuldigt wurde, er sei von der Lola gedungen worden, die Königin Therese durch eigens dazu bereitete Chocolade zu vergiften. Lola soll selbst geäußert haben, es ständen nur zwei Augen zwischen ihr und dem Throne von Baiern!

nes Arms, an welcher er damals getroffen worden, abzuwiſchen ſich bemühte, gleich als wollte er die ſeiner Krone dadurch zugefügte Befleckung abwiſchen. In den nächſten Tagen war er unklug genug, einzelnen Studirenden ſeinen Unwillen über die Mitwirkung ihrer akademiſchen Mitbürger, ſowie den Officieren ſeine Erbitterung über die von ihnen bei den Aufläufen bewieſene Nachſicht und Schonung fühlen zu laſſen, während die zurückgebliebenen Anhänger der Lola mehrfach belohnt und begünſtigt wurden. Hatten nun auch bei dieſer Bewegung Einflüſſe des Adels und der von Lola ein Jahr vorher geſtürzten Pfaffenpartei mitgewirkt und derſelben zum Siege verholfen, ſo war doch das königliche Anſehen (durch die Lolawirthſchaft allmählich untergraben) mächtig erſchüttert worden und die Münchner hatten gezeigt, daß ſie nicht bloß wegen Erhöhung der Bierpreiſe, ſondern auch um geiſtiger und ſittlicher Güter willen ſich mannhaft erheben könnten.

Kein Wunder, daß auch hier die Kunde von den Pariſer Ereigniſſen und von den erſten Schritten der badiſchen Kammer große Aufregung hervorbrachte; dieſe wandte ſich zunächſt gegen den Miniſterverweſer von Bercks, deſſen Verbleiben in ſeinem Poſten nach dem Sturze ſeiner Gönnerin längſt gemißbilligt worden war. Während ſich am Abend des 2ten März eine Anzahl Bürger zur Berathung einer die Volkswünſche ausſprechenden Adreſſe an den König verſammelten, zogen gegen halb 8 Uhr große Haufen nach der Ludwigsſtraße, riefen: Nieder mit Bercks, nieder mit dem H....-Miniſter! warfen die Fenſter in ſeiner Wohnung und die Laternen in der Umgegend ein, verſuchten ſogar die verrammelte Hausthür zu öffnen, und zogen nach dreiviertel Stunden nach der innern Stadt zurück, wo ſie einige Fenſter am Miniſterium des Innern und im Policeigebäude einwarfen und ſich dann allmählich zerſtreuten. Das

Militär war anfangs in kleinern Abtheilungen eingeschritten, später hatten mehrere Compagnieen und eine Schwadron Cüraſſiere die Ludwigsſtraße geſäubert; immer aber waren ſie mit lautem Jubel begrüßt worden. Später bildeten ſich Zuſammenrottungen in entlegneren Stadtheilen, man warf ſelbſt im Neubau des Reſidenzſchloſſes, am Ständehauſe und am Regierungsgebäude die Fenſter ein, ſperrte die Straßen durch Laſtwagen und Barrikaden gegen den Andrang der Cavallerie, ſo daß gegen 11 Uhr Generalmarſch geſchlagen werden mußte. Bis 2 Uhr war Alles zerſtreut. Am andern Morgen verbreitete ſich die Kunde, der Miniſterverweſer von Bercks habe Urlaub auf 4 Wochen erhalten (eine ſchonende Form des Abſchieds) und ſolle durch Volß interimiſtiſch erſetzt werden; gleichzeitig verſammelten ſich mehrere Hundert Bürger auf dem Rathhausſaale zur Berathung der Adreſſe, welche mit zahlreichen Unterſchriften bedeckt (auch die anweſenden Reichsräthe unterzeichneten ſie) am Nachmittag um 3 Uhr durch eine Deputation des Magiſtrats, den Bürgermeiſter an der Spitze, und zwei vom Volke gewählte Bürger dem Könige übergeben wurde; ſie erbat Preßfreiheit, Geſchwornengerichte, ein zeitgemäßes Polizeigeſetz, eine ausgedehntere Wahlordnung, Verantwortlichkeit der Miniſter, endlich ſchleunige Berufung des Landtags. Noch vor dem Erſcheinen der Deputation beim Könige richtete ein Mitglied der Kammer der Reichsräthe, der Fürſt von Leiningen*) ein würdiges

*) Ein naher Verwandter der Königin von England, der ſchon im Sommer 1847 den Entwurf zu einer Nationalvertretung beim Bundestage verfaßt und am 20ſten Febr. 1848 eine Denkſchrift herausgegeben hatte, in welcher er die Gefahren nachwies, welche den Thronen von dem bisher befolgten Syſteme des Abſolutismus und des Scheinconſtitutionalismus drohten.

Schreiben an den König Ludwig, in welchem er das Dringliche des Augenblicks und die Nothwendigkeit ans Herz legte, die gestellten Bitten in Erwägung zu ziehen, und zu diesem Zwecke die schleunige Einberufung der Stände zu befehlen. „Die Adresse enthält nichts," schrieb er, „was das Königthum in den jetzigen Zeitverhältnissen nicht annehmen könnte; ich habe sie deßhalb mit unterschrieben. Der feste Wille eines Königs ist groß und edel; bleibt er aber unbeugsam gegen die Anforderungen der von der Vorsehung beschlossenen Richtung der Zeit, dann zerfällt er in Staub und wird zu einem Fluch für Königthum und Volk. Ew. Majestät werden mich nicht zeihen können, jemals ein Wort der Unwahrheit zu Ihnen gesprochen zu haben; empfangen E. M. daher jetzt die feierlichste Versicherung, daß wenn E. M. unabänderlich auf Ihrer Willensmeinung bestehen, Sie, nachdem vielleicht Ströme von Blut geflossen sind, Sich in Kurzem werden genöthigt sehen, von dem Throne Ihrer Väter herabzusteigen. Ich bin Ihr treuester Unterthan, allein ich bin auch ein deutscher Fürst, ich würde als solcher nicht zur Nachgiebigkeit rathen, wenn es mit der Ehre eines Fürsten unverträglich wäre. Um Eines aber beschwöre ich E. M. noch: Nur keine halben Maßregeln! Gott erleuchte und schütze Ew. Majestät!" Dennoch erwiederte der König der Deputation nur, er werde die Adresse dem Ministerrathe zur Berathung vorlegen und in einigen Tagen Antwort ertheilen. Eine Deputation der Studirenden, welche ebenfalls eine Adresse überreichte, empfing er nicht einmal selbst. Noch am Abend zeigte der Minister Fürst Wallerstein der auf dem Rathhaussaale versammelten Bürgerwache an, daß die zweite Kammer aufgelöst und neue Wahlen veranstaltet werden sollten, wobei die Regierung auf das (früher so arg gemißbrauchte) Recht der Urlaubsbewilligung an Staatsdiener verzichten wolle. Dasselbe verkündete am Morgen des 4ten März ein An-

ſchlag, doch befriedigte ſchon die Verſchiebung dieſer nothwendigſten Bedingung zur geſetzlichen Feſtſtellung der verlangten Freiheiten auf vier Wochen hinaus das Volk keineswegs. Von Morgens neun Uhr an fanden Beſprechungen der Bürger auf dem Rathhauſe Statt; zwei Mal wurden Deputationen an die Miniſter um Beſchleunigung des Termins geſchickt, aber ohne Erfolg; da beſchloß um 1 Uhr eine zahlreiche Bürgerverſammlung, nochmals eine Deputation an den König zu ſenden, aber um dieſelbe Zeit wurde Generalmarſch geſchlagen und die ganze Garniſon trat unter die Waffen, Kanonen wurden vor der Reſidenz aufgefahren, und es hieß, man wolle die Verſammlung mit Gewalt aus einander ſprengen. Während die Bürger und Studenten noch verſammelt und hierüber ergrimmt waren, verbreitete ſich die Kunde, Leute aus dem niedern Volke der Vorſtadt Au wollten das Zeughaus am Anger plündern. Da beſchloß man, lieber ſelbſt hinauszuziehen, um die Waffen nicht in ſchlimmere Hände kommen zu laſſen. Dem ſtarken Andrange der Bürger konnte oder mochte die kleine Truppenabtheilung am Zeughauſe keinen Widerſtand leiſten; ſie drangen ins Zeughaus und zogen, mit allerhand alterthümlichen und modernen Waffen ausgerüſtet, durch die Sendlingerſtraße über den Karlsplatz nach der Pfandhausſtraße am Promenadeplatze, wo mit einem Male (gegen 4 Uhr) Truppenabtheilungen von zwei Seiten her gegen ſie anrückten. Aber zum Glück erſchien der Bruder des Königs, Prinz Carl, der noch während der Anweſenheit der Deputation im Schloſſe von der Erſtürmung des Zeughauſes benachrichtigt, ſogleich dem Könige die ſchleunige Berufung der Kammern abgedrungen hatte, und brachte nun mit dieſer Botſchaft, deren Erfüllung er mit ſeinem fürſtlichen Worte verbürgte, den aufgeregten Gemüthern Beruhigung; ja es gelang ihm ſelbſt, die Meiſten der Bewaffneten ſo umzuſtimmen, daß ſie die Gewehre an die Soldaten ablieferten oder ins Zeughaus

zurückbrachten. Groß war aber der Unwille gegen den Fürſten Wrede, den man beſchuldigte, gegen die Anſicht der Miniſter Wallerſtein, v. Beisler und v. Heres dem Könige zu gewaltſamen Maßregeln gerathen zu haben; es verlautete ſogar, als jene ihre Zuſtimmung verweigert hätten, ſei er anderthalb Stunden lang Miniſter geweſen, was der Volkswitz (der ihn den Kartätſchenminiſter nannte) und die Witzblätter*) ſpäter ausbeuteten. Bei der dadurch erzeugten Stimmung konnte der jüngere Theil der Verſammlung auf dem Rathhauſe nur durch vieles Zureden der Beſonnenern von einem ernſtlichen Angriffe auf Wrede's Haus abgehalten werden. Der 5te März ging ruhig vorüber, weil die Regierung einſichtsvoll genug war, durch keine neue Entwicklung von bewaffneter Macht das Volk zu reizen, und weil das Volk den Miniſtern vertraute; der Fürſt Wallerſtein war ja ſelbſt während der Rückgabe der Waffen am Zeughauſe zugegen geweſen und hatte verſprochen, daß gegen die Theilnehmer an dieſer bewaffneten Demonſtration keiner Angeberei Gehör werde gegeben werden und daß keiner

*) In den Münchner „Fliegenden Blättern" erſchien ein Bild mit der Ueberſchrift: ein anderthalb Stunden langer Miniſter, darſtellend einen ſchmächtigen Mann auf der ganzen Länge einer Chauſſee hingeſtreckt, deren Stundenlänge durch die aufgeſtellten Wegſäulen (mit den Aufſchriften 1/8 Stunde, 2/8 u. ſ. w. bis 14/8 Stunde) angegeben war. Später beſtritt der Fürſt öffentlich die Thatſache, daß er Miniſter geweſen ſei, und erklärte, daß er nur, in der Reſidenz zufällig anweſend, von dem Miniſter Fürſt Wallerſtein erfahren habe, gegen 3000 Menſchen würden in Waffen gegen dieſelbe anrücken, um vom Könige verſchiedene Zugeſtändniſſe zu erzwingen. Darum habe er es für ſeine Pflicht gehalten, dieß dem Stadtcommandanten zu melden und denſelben aufzufordern, ſogleich die Garniſon ausrücken, den Reſidenzplatz beſetzen und alle Zugänge zu demſelben ſperren zu laſſen.

von ihnen die Gefahr einer Unterſuchung zu fürchten habe. Am 6ten erſchien endlich eine königliche Proclamation, welche die Stände des Reichs auf den 16ten berief, Geſetzesvorlagen über Verantwortlichkeit der Miniſter, vollſtändige Preßfreiheit, Verbeſſerung des Wahlgeſetzes, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege mit Schwurgerichten, über Fürſorge für die Staatsdiener und deren Hinterlaſſenen und über Verbeſſerung der Verhältniſſe der Iſraeliten verhieß, ſogleich aber Abfaſſung eines Policeigeſetzbuchs, Beeidigung des Heeres auf die Verfaſſung (welche auch ſchon am folgenden Tage Statt fand) und Aufhebung der Cenſur anordnete. Dabei erklärte der König, „daß es Ziel ſeines Strebens ſein werde, Deutſchlands Einheit durch wirkſame Maßnahmen zu ſtärken, dem Mittelpuncte des vereinten Vaterlands neue Kraft und nationale Bedeutſamkeit mit einer Vertretung der deutſchen Nation am Bunde zu ſichern und zu dem Ende die ſchleunige Reviſion der Bundesverfaſſung in Gemäßheit der gerechten Erwartungen Deutſchlands herbeizuführen.“ Die Freude über dieſe Erklärung wurde durch die an demſelben Tage verbreitete Kunde erhöht, daß der Bürgermeiſter von Regensburg, v. Thon-Dittmer, durch eine Staffette nach München berufen und zum Miniſter des Innern ernannt worden ſei. Zahlreiche Menſchenmaſſen, mit blau und weißen Cocarden geſchmückt, durchzogen fröhlich die Straßen; überall wurde der Fürſt Leiningen, deſſen Einwirkung auf die Geſinnung des Königs man hauptſächlich den glänzenden Erfolg zuſchrieb, mit lauten Freudenrufen begrüßt. Auch von den Thürmen flatterten Fahnen. Gleichzeitig wurde die Bewaffnung der Studirenden genehmigt und ins Werk geſetzt, ein Theil des Univerſitätsgebäudes zur akademiſchen Hauptwache umgewandelt und die Beeidigung derſelben am Morgen des 7ten durch den Fürſten Wallerſtein vorgenommen. Die Studirenden wurden, etwa 1000 an der Zahl, in 17 Compagnieen eingetheilt und der ſchon

seit Jahren unter dem Namen Landwehr bestehenden Bürgerbewaffnung angereiht; eine ähnliche Bewaffnung und Organisation erhielten die in München anwesenden Künstler. Am 8ten begannen die Studirenden ihre Exercirübungen und zogen dann, ihren selbstgewählten Major Rechtspraktikant Wagner und den Rector der Universität Hofrath Thiersch an der Spitze, nach dem ehemaligen (mit der Akademie zusammenhängenden) Universitätsgebäude, wo ihnen Wachlocal, Sammel- und Exercierräume eingeräumt wurden, und wo sie in den folgenden Tagen vom Könige und von den Prinzen besucht wurden. Am 7ten zog sich der König nach Nymphenburg zurück; am Abend desselben Tags wurde zur Feier der errungenen Umgestaltung zum Bessern die Stadt beleuchtet.

Wenige Tage nachher, am 11ten, erfolgte die Abdankung des Fursten Wallerstein, des bisherigen Ministers des Aeußeren und des Cultus, der zwar seit 1837 seinen Nachfolger Abel bekämpft und sich in den Tagen des Lolasturmes, sowie am 4ten einige Popularität erworben hatte, dessen Verwaltung aber in den Jahren 1832 bis 1836, der Zeit der wiederhereinbrechenden Reaction und der Policeiwillkühr, in zu übelm Andenken stand, als daß man ihm ein aufrichtiges Fortschreiten im Geiste der neugewonnenen Freiheiten hätte zutrauen können. Seine Geschäfte übernahm der bisherige Verweser des Justizministeriums, von Beisler. Das Ministerium des königlichen Hauses und des Aeußeren übernahm am 15ten Graf Waldkirch provisorisch.

Indeß legte sich die Aufregung in andern Gegenden Baierns auch nach Kundwerdung der königlichen Proclamation und des gänzlichen Systemwechsels nicht so bald; — denn wie schon früher, am 6ten, in Aschaffenburg ein Tumult Statt gefunden hatte, so zeigten auch in andern Städten Excesse, wie die Judenverfolgung im Bambergischen am 13ten, welche gemeinen Leidenschaften und verjährten Vorurtheile zu-

gleich mit wach geworden waren und ſich berechtigt hielten, kleinliche Sonderintereſſen geltend zu machen; in der Gegend von Lichtenfels aber machten fortdauernde Exceſſe der Landbewohner gegen die Edelleute Abſendung von Truppen nöthig. Auf der andern Seite fehlte es auch nicht an Beiſpielen von geſetzlichem Verfahren zur Abhülfe drükkender Laſten, wie in Nürnberg, wo am 9ten eine große Anzahl Bauern aus der Umgegend der Stadt vor dem Hauſe des oberſten Forſtbeamten erſchien, durch eine Deputation demſelben eine Petition um Erleichterung der drückendſten mit der Jagd und dem Forſtregal verbundenen Laſten überreichen und ihn um Bevorwortung derſelben bei der höchſten Behörde bitten ließ. An andern Orten wurden einzelne Landrichter, welche in ruſſiſcher und türkiſcher Weiſe geſchaltet hatten, von ihren Sitzen vertrieben; ſo die von Landsberg, Mießbach, Mindelheim und Rain. In München ſelbſt erregte am 16ten das Gerücht von dem Wiedererſcheinen der Gräfin Landsfeld einen neuen Sturm. Da man wußte, daß ſie 6 Tage vorher im Policeigebäude geweſen war und ſich dort 3 Stunden lang mit dem König Ludwig unterhalten hatte, darauf aber fortgebracht worden war, ſo erkundigten ſich auch jetzt ſtarke Haufen (meiſt aus der unterſten Volksklaſſe) wiederum hier nach ihr; und als ſie von den Policeibeamten die Antwort erhielten, man wiſſe nichts von ihr, zertrümmerten ſie ſämmtliche Fenſter des Gebäudes, zogen ſich dann vor dem anrückenden Militär zurück und wandten ſich nach dem Zeughauſe, um dort wiederum Waffen zu holen, in der Hoffnung, die dort aufgeſtellten Cüraſſiere würden, wie am 2ten und und 4ten, keinen ernſtlichen Widerſtand leiſten. Aber auch hier mußten ſie abziehen, als die Cüraſſiere einhieben und Linientruppen, Bürger und Studenten gleichfalls mit abwehren halfen, und mit argen Schimpfworten auf die Soldaten, weil ſie die Lola vertheidigten, fingen die Unruhſtifter an, Barrikaden zu errichten. Auch auf dem

Schrannenplatze (dem Marktplatze der innern Stadt) kam es zu Reibungen mit den dort aufgestellten Freisinger Cürassieren, welche auch verhöhnt wurden. Selbst vor der Residenz waren Haufen erschienen und hatten gerufen: „Heraus mit der Lola"! Nach 11 Uhr wurde es indeß ruhiger; das Volk zertheilte und verlief sich allmählig, und auch der folgende Tag ging ohne ernstliche Ruhestörung vorüber. An demselben wurde eine Petition um Absetzung des bisherigen Policeidirectors und Unschädlichmachung der Lola mit zahlreichen Unterschriften bedeckt und dem Könige durch eine Deputation überbracht; und schon am Nachmittag erfolgte die Gewährung. Der frühere durch die Lola verdrängte Policeidirector, von Pechmann, wurde wieder angestellt, Lola selbst aber des Indigenats für verlustig und innerhalb der Grenzen Baierns für vogelfrei erklärt. Durch einen Erlaß der Ministerien der Justiz und des Innern wurden sogar alle Gerichts- und Policeibehörden angewiesen, auf sie zu fahnden, und sie überall, wo man sie finden möge, zur Haft zu bringen, um sie der richterlichen Untersuchung zu überweisen. So groß die Freude über diese abermalige Gewährung der Volkswünsche (in der freilich eine unbegreifliche und nicht gerechtfertigte Härte und Ungerechtigkeit gegen die Lola lag) sein mochte, war doch das kaum erwachte Vertrauen zum König und seinem Hause aufs Neue tief erschüttert und geschwächt; und die Abneigung des Königs, sein Ministerium durch Männer des allgemeinen Vertrauens zu vervollständigen, die Annäherung der Adelspartei an ihn und die Machinationen derselben (denen man sogar den letzten Lolakrawall zuschrieb) die ängstlichen Maßregeln der Militärbehörden und die strengen Erlasse des neuen Policeidirectors gegen jeden Versuch einer neuen Ruhestörung am 18ten und 19ten nährten die Mißstimmung. Da verbreitete sich in der Nacht vom 20sten auf den 21sten die Kunde, der König Ludwig habe zu Gunsten seines Sohnes Maximilian ab-

gedankt und erregte keine Freude, da man dieſes unerwartete Ereigniß einer Hofintrigue, namentlich den Umtrieben des Fürſten Wallerſtein zuſchrieb, der wieder als Miniſter eintreten wolle. Am Morgen des 21ſten um 7 Uhr wurde Militär und Landwehr auf den Maximiliansplatz berufen, um dem neuen Könige Maximilian II. den Eid zu leiſten, der in ſeiner Anſprache an die Baiern erklärte, „er fühle tief ergriffen das Gewicht der Verpflichtungen, das ihm auferlegt worden ſei; er vertraue auf Gottes allmächtigen Schutz und auf ſeinen redlichen Willen, die Forderungen der Zeit zu verſtehen und zu vollbringen. Wahrheit fordere er in Allem; Recht und geſetzmäßige Freiheit im Gebiete der Kirche wie des Staates. Er hoffe auf der Baiern Treue und ſeit Jahrhunderten bewährte Liebe zu ihren Fürſten und fordere ſie auf, ihm beizuſtehen in ſeinem Vorhaben, ſie auf die Stufe zu erheben, zu der ſie als freies Volk berufen ſeien, ein Achtung gebietender Staat im einigen deutſchen Vaterlande!" Die in der Proclamation ſeines Vaters vom 6ten März gegebene Verſicherung in Betreff einer freiern Richtung, in welcher die Verfaſſung fortgebaut werden ſollte, wurde in ſeinen gedruckten Begrüßungsworten vielfach vermißt; mündlich ſoll er ſie am Morgen des 21ſten bei der Eidesleiſtung der bewaffneten Macht ausgeſprochen haben. Doch beruhigte einigermaßen die Ernennung des Freiherrn von Lerchenfeld zum Finanzminiſter und des Appellationsgerichtsraths Heintz zum Miniſter der Juſtiz, während Herrn von Beisler das Cultusminiſterium übertragen wurde, in den nächſten Tagen wurde der freiſinnige Abgeordnete aus der Rheinpfalz Willich zum Bundestagsgeſandten ernannt. Auch König Ludwig erließ bei ſeiner Abdankung eine Anſprache an die Baiern, in welcher er ſagte: „Eine neue Richtung hat begonnen, eine andere als die in der Verfaſſungsurkunde enthaltene, in welcher ich nun im 23ſten Jahre regiere. — Treu der Verfaſſung regierte ich, dem Wohle des Volkes

war mein Leben geweiht; als wenn ich eines Freistaats Beamter gewesen, so gewissenhaft ging ich mit dem Staatsgute, mit den Staatsgeldern um. Ich kann Jedem offen in die Augen sehen. Und nun meinen tief gefühlten Dank Allen, die mir anhingen. Auch vom Throne herabgestiegen, schlägt glühend mein Herz für Baiern, für Deutschland." Es bedurfte nur der Erinnerung an die Jahre lang dem Volke wider seinen und seiner Vertreter Willen aufgedrungene Verwaltung des Jesuitenfreundes Abel, dem selbst der verderblichste Einfluß auf die Leitung der Angelegenheiten der protestantischen Kirche gelassen worden war (so in der Kniebeugungsfrage, bei dem Verbote der Gustav-Adolphsvereine in Baiern), an die unverhältnißmäßige Verschwendung für Bauten und andere Werke der Kunst in München (zu denen die Stände oft nur nachträglich die Zustimmung geben mußten, mitunter wurde auch gegen ihren Willen aus andern Kassen das Geld dazu gegen vom Könige unterzeichnete Empfangsscheine genommen), an die Unterdrückung des freien Wortes und jeder freisinnigen Regung, und endlich an die erst jüngst beseitigte Mätressenwirthschaft, um eine solche Ansprache mindestens lächerlich zu finden. —

Am 22sten eröffnete König Maximilian II. die Sitzung der zusammengetretenen Kammern mit einer Thronrede. —

In keinem Lande hatte aber das Metternichsche System gelehrigere Schüler und eifrigere Anhänger unter den Staatslenkern gefunden, als in **Kurhessen**, dessen freisinnige im Jahr 1831 gegebene Verfassung, wie alle andern Bürgschaften eines freieren Staatslebens, Unabhängigkeit der Gerichte, persönliche Freiheit der Staatsbürger, Freiheit des Glaubens und der Rede, und dadurch der ganze Rechtszustand 17 Jahre lang methodisch untergraben worden waren. Fortdauernde Uebergriffe der Beamten- und Policeigewalt, zahlreiche politische Verfolgungen freisinniger Abgeordneter durch Tendenzprocesse

und Anklagen wegen Majeſtätsbeleidigung, Ausſchließung derſelben aus der Kammer, wiederholte Vertagungen und Auflöſungen derſelben, Mißhandlung des Verdienſtes und der Geſinnung auf der einen, Belohnung des Abfalls von der Sache des Volks auf der andern Seite, hatten jede Möglichkeit geſetzlichen Widerſtands gegen die Willkührherrſchaft der Regierung beſeitigt. Aber den letzten Reſt des Vertrauens mußte wenige Monate vorher nach dem Tode des Kurfürſten Wilhelm die ziemlich unverholen an den Tag gelegte Abſicht des bisherigen Regenten, des Kurprinzen, verwiſchen, die Verfaſſung umzuſtoßen oder auf ungeſetzlichem Wege zu ändern; ein Plan, deſſen Ausführung durch die Feſtigkeit der Officiere bei der Eidesleiſtung der Soldaten, indem ſie dabei an den auf die Verfaſſung geleiſteten Eid erinnerten, vielleicht auch durch geheime Abmahnung von Seiten der Höfe von Berlin und Wien, hintertrieben worden war. Doch wurden mehrere Officiere zur Strafe verſetzt und die Feier des Verfaſſungstags verboten, ſo daß die Hanauer dieſelbe auf darmſtädtiſchem Boden begehen mußten!

Kein Wunder alſo, daß man gerade in dieſem Lande eine gewaltſame Löſung erwarten konnte, und daß ſchon in den erſten Tagen des März in den angrenzenden Ländern Gerüchte von einer Flucht des Kurprinzen, ja ſelbſt von ſeiner Ermordung Glauben fanden, welche jedoch bald als unwahr ſich erwieſen. Die erſten energiſchen Schritte der Heſſen zur Wiedererlangung ihrer verfaſſungsmäßigen Rechte gingen von Hanau aus, wo ſchon am 29ſten Februar eine Petition um Verabſchiedung der Miniſter und durchgreifende Aenderung des bisherigen Syſtems, Auflöſung der gegenwärtig vertagten Kammer, welche das Vertrauen des Landes nicht beſitze, und Ausſchreibung neuer Wahlen ohne alle Beſchränkung der Wahlbewegung, um Preßfreiheit, Amneſtie für politiſche Vergehen und Aufhebung der Verordnungen

gegen die Deutſchkatholiken, am 1ſten März mit zahlreichen Unterſchriften bedeckt und durch eine Deputation nach Caſſel geſandt ward, welcher am 2ten auf ihrem Wege durch Marburg eine Abendmuſik gebracht wurde. Denn auch hier, wo der im Jordan'ſchen Proceſſe beſonders berüchtigt gewordene Policeichef Wangemann und ſein Wachtmeiſter Schmitt arge Willkühr geübt hatten, war am Abende des 29ſten, wo die Studenten dem zurückgekehrten Abgeordneten der Univerſität, Prof. Bergk, ein Ständchen brachten und hierauf unter Abſingung des Liedes: „Das Volk ſteht auf, der Sturm bricht los" zu dem Abgeordneten der Stadt, Lederer, zogen, in dem Bierſaale deſſelben eine von Prof. Bayrhoffer entworfene Adreſſe um Entlaſſung des Miniſteriums an den Kurfürſten angenommen und mit zahlreichen Unterſchriften bedeckt, jedoch nicht abgeſchickt worden, da am folgenden Tage der Bürgerausſchuß eine andere verfaßte, welche um Gewährung mehrerer anderen Puncte bat und am 3ten durch den Bierbrauer Lederer, den Obergerichtsprocurator Schanz und den Kaufmann Möller nach Caſſel gebracht wurde. Wie der Kurfürſt und ſein Miniſter Scheffer die Zeitumſtände zu würdigen wußten, bewies die dieſer Deputation gegebene kurze Antwort des Erſteren: „Kein Bierbrauer regieren, Univerſität verlegen, Audienz beendigt!" und der noch am 3ten gegebene Befehl, Verſtärkung an Reiterei und Artillerie nach Marburg und Hanau rücken zu laſſen. Die ſchriftliche Antwort des Kurfürſten, welche der Miniſter von Dörnberg den Deputirten zuſtellte, lautete freundlicher, forderte ſie aber auf, zu Haus ſeine Entſchließungen abzuwarten. Nur die Ernennung des früheren Präſidenten der Ständeverſammlung, Moritz von Baumbach, zum Juſtizminiſter an die Stelle des verſtorbenen Bickell, welche noch wenige Wochen vorher nicht möglich geweſen wäre, konnte als ein Zugeſtändniß betrachtet werden, das den Wünſchen des Landes gemacht wurde;

auch ertheilte die Regierung jetzt die lange zurückgehaltene Genehmigung der Wahl Dr. Hartwig's zum Oberbürgermeister der Stadt Cassel. Von Marburg sandten am 5ten auch die Studenten eine Deputation mit der Bitte um Wiederherstellung ihrer früheren Rechtsverhältnisse und Wiedereinsetzung der suspendirten Professoren nach Cassel, am 7ten wurde eine zweite Deputation von 24 Männern ebendahin geschickt, welche nicht zurückkehren sollte, ohne umfassende Bewilligungen erlangt zu haben. Von Hanau ward der ersten Deputation am 6ten eine zweite nachgesandt und durch dieselbe angekündigt, man könne für längere Aufrechthaltung der Ruhe nicht stehen, wenn die Bewilligungen nicht schleunig erfolgten; sie solle daher rasch zurückkehren. Auch die Staatsdiener in Hanau sandten als Deputirte an den Kurfürsten den früheren Justizminister Mackeldey und einen Forstbeamten Baron Schenk von Schweinsberg, welche ihre Uebereinstimmung mit den Gesinnungen und Erklärungen der Bürgerschaft aussprechen sollten. Ebenso schloß sich die Bürgerschaft von Cassel selbst, welche noch am 4ten nur um Abhülfe des großen Nothstands durch größere Beschäftigung der Handwerker und Arbeiter petitionirt und als Mittel dazu die Entlassung der Minister bezeichnet hatte, jetzt den Reformbestrebungen der andern Städte an; in einer energischen Erklärung sprach sie offen aus, „daß der Kurfürst seit Hassenpflug fast lauter Männer zu Rathgebern gehabt habe, welche den Völkern keine Rechte, sondern nur soviel zugestanden wissen wollten, als die Gnade der Fürsten einzuräumen für gut fände; welche darum die Verfassung gehaßt, das freie Wort unterdrückt und ein hassenswürdiges Spionir- und Angebersystem organisirt, die Staatsdiener eingeschüchtert, die Ständeversammlung auf unwürdige Art behandelt hätten u. s. f." Große Aufregung herrschte am 5ten in der Stadt; die beurlaubten Soldaten waren einberufen und die Bürgergarde bedeu-

ket worden, ſich am 6ten bereit zu halten — noch in der Nacht verließ die Familie des Kurfürſten und der noch kranke Miniſter des Innern Scheffer die Stadt; an ſeine Stelle ſollte der Regierungsdirector Lotze von Marburg treten. Am 6ten empfing der Kurfürſt, vor deſſen Palais nur Bürgergarde aufgeſtellt war, die Abgeordneten und verhieß ihnen Vorlage eines Preßgeſetzes an die baldigſt zu berufenden Stände und Zurücknahme der Verfügungen gegen die Deutſchkatholiken; am Abend des 7ten, an welchem Tage die beiden Deputationen von Hanau angekommen waren, verkündete eine durch Trommelſchlag bekanntgemachte Proclamation der Regierung Aufhebung der Cenſur für Beſprechung innerer Landesangelegenheiten, Einberufung der Stände auf den 11ten insbeſondere zur Berathung von Geſetzentwürfen über die Preſſe und andere allgemeine Landesangelegenheiten, namentlich über die Rechtsverhältniſſe der Diſſidenten, öffentliches Gerichtsverfahren mit Geſchwornen, Mitwirkung der Landſtände bei Beſetzung des Oberappellationsgerichts und andere zur Beförderung der allgemeinen Landeswohlfahrt gereichende Gegenſtände. Als dieſe Kundmachung am 8ten Nachmittags nach Hanau gelangte, fand man begreiflicherweiſe die Bewilligungen nicht genügend und ſogleich wurde durch Acclamation eine Art proviſoriſche Regierung unter dem Namen Volkscommiſſion, aus 24 Mitgliedern beſtehend, erwählt, welche die Leitung der gegenwärtigen Angelegenheiten übernehmen ſollte; dieſe verlangte in einer neuen Zuſchrift an den Kurfürſten, gegen deſſen Perſönlichkeit ſie ganz offen ihr Mißtrauen ausſprach: Beſetzung aller Miniſterien mit Männern des Vertrauens; Auflöſung der Stände und baldige Einberufung neu zu wählender; vollſtändige Preß- und Religionsfreiheit, vollſtändige Amneſtie für politiſche Vergehen ſeit 1830; Hinwirkung beim Bunde auf Bildung einer deutſchen Volkskammer, alsbaldige Vorlage der verheißenen Geſetzentwürfe an die Ständever-

ſammlung; endlich Antwort binnen drei Tagen, deren Verſtreichen ohne Entſcheid als abſchlägige Antwort angeſehen werden und den Anſchluß Hanau's an Darmſtadt nach ſich ziehen würde. Auch der Stadtcommandant von Hanau, General Schirmer, erklärte ſeine Zuſtimmung zu den Schritten der Bürger, und verließ bald darauf mit ſeinen Truppen die Stadt; Alles bewaffnete ſich und zahlreiche Turnerhaufen*) mit Waffen zogen aus den Nachbarſtädten herbei, den Hanauern beizuſtehen; aus dem Städtchen Bockenheim allein erſchienen 5—600 Mann. Auch aus Steinau, Schlüchtern, Gelnhauſen, Salmünſter und Soden kamen Deputationen, welche ihre Zuſtimmung und ihre Bereitwilligkeit, die Hanauer mit Gut und Blut zu unterſtützen, ausſprachen; ebenſo ſchloß ſich am 11ten die Stadt Fulda den in Hanau getroffenen Maßregeln an. Vielleicht trug auch die Anweſenheit des Erbgroßherzogs von Darmſtadt in Caſſel, den die Hanauer von ihrer Geneigtheit, ſich an das Großherzogthum anzuſchließen, Mittheilung gemacht hatten, und deſſen Zureden, nachdem ſchon Tags vorher alle Miniſter abgedankt hatten, dazu bei, daß endlich am 11ten eine Verfügung erlaſſen wurde, welche die verlangten Puncte, mit Ausnahme der Auflöſung der bisherigen Ständeverſammlung, genehmigte und außerdem alle Beſchlüſſe aufhob, durch welche der Genuß verfaſſungsmäßiger Rechte, insbeſondere das Petitions-, Einigungs- und Verſammlungsrecht beſchränkt worden waren. Denn ſchon hatte die Deputation nach Hanau zurückreiſen wollen, als das Volk von Caſſel ſie zurückhielt, das Palais des Kurfürſten umſtellte und die Fenſter einwarf, während zahlreiche Haufen von Landvolk durch

*) Denn im Darmſtädtiſchen waren die früher aufgelöſten Turnvereine und Turngemeinden in Folge der Gewährung des allgemeinen Vereinsrechts von dem neuen Miniſterium wieder geſtattet worden.

die Sturmglocke gerufen herbeizogen und das Militär ſich unthätig verhielt, ſo daß die Deputirten endlich vorgelaſſen wurden und die Genehmigung der Forderungen, welche der Kurfürſt nach langer Unterredung ertheilte, noch vernehmen und ihren Mitbürgern mitbringen konnten. Große Freude verurſachte am Nachmittag des 12ten die Verleſung dieſer Proklamation vom Balkon des Rathhauſes in Hanau, deſſen Straßen und Zugänge noch immer verbarrikadirt waren; die bewaffnete Bürgerſchaft und die Schaaren aus den benachbarten Orten durchzogen darauf die Straßen; zwei Officiere der Bürgerwehr ritten ſogleich ab, um die Truppen in die Stadt zurückzuholen, in welcher ein Freudenſchießen und ununterbrochenes Straßen- und Wirthshausleben begann. In der bald darauf gedruckten Proclamation vermißte man nur die Zuſage der Beeidigung des Heeres auf die Verfaſſung; eine Bürgſchaft, welche man bei der ſo wenig Vertrauen erweckenden Perſönlichkeit des Fürſten für dringend nothwendig hielt. Noch an demſelben Tage erhielt Bürgermeiſter Eberhard von Hanau das Decret der Ernennung zum Miniſter des Innern. Die Freiſchaaren aus den Nachbarſtädten zogen am 13ten nach Hauſe zurück. — Am 13ten wurde auch in Caſſel die Ständeverſammlung eröffnet, von deren Mitgliedern mehrere, die ſich bewußt ſeyn mochten, daß ſie das Vertrauen des Volks nicht beſäßen, um Einberufung ihrer Stellvertreter gebeten oder andere Wahlen veranlaßt hatten; mehrere bisher ausgeſchloſſene freiſinnige Deputirte, wie Wippermann, der in den letzten Tagen von einer Anklage wegen eines Preßvergehens freigeſprochen worden war, waren als legitimirt erachtet, die Stellvertreter der Prinzen und Standesherrn durch andere Männer erſetzt worden. Durch alles dieß erhielt die Kammer eine liberalere Färbung, als ſie wenige Wochen vorher gehabt hatte. Auch erklärte ihr bisheriger Vorſitzender von Trott, ſeine Stelle unter den veränderten Verhältniſſen nur ſo

lange verwalten zu können, bis die Kammer über die Beſetzung derſelben ſich ausgeſprochen habe.

Länger noch, als der Kurfürſt, leiſtete der viel menſchlichere und aufrichtiger für das Wohl ſeines Landes fühlende König Friedrich Auguſt von Sachſen Widerſtand gegen die Forderungen, welche am meiſten von Leipzig ausgingen. Hier war der 12te Auguſt 1845 und die unterlaſſene Sühnung des damals vergoſſenen Blutes ſo vieler Unſchuldigen noch nicht vergeſſen, und die mehrfachen Beſchränkungen der Deutſchkatholiſchen, wie der freien kirchlichen Beſtrebungen unter den Proteſtanten (Lichtfreunde und freie Gemeinden) im Geiſte des Pfaffenthums und des altkirchlichen Orthodoxismus hatten dazu beigetragen, das Miniſterium verhaßt zu machen, deſſen oft bewieſene Nachgiebigkeit und Fügſamkeit (beſonders des Miniſters des Innern v. Falkenſtein) gegen die Anforderungen der öſtreichiſchen und preußiſchen Regierung*) es ſehr unpopulär gemacht hatten. Schon am 29ſten Februar vereinigten ſich 18 Buchhändler zu einer Adreſſe an das Miniſterium um Erleichterung des drückenden Preßzwangs, auf deſſen Gefahren für Leipzigs Stellung als Mittelpunct des deutſchen Buchhandels ſie oft ſchon hingewieſen hatten und jetzt aufs Neue, im Hinblick auf die dem Staatengebäude von 1815 drohenden Stürme, die geiſtesmörderiſche Cenſur für eine Schande und Schmach, die Ausdehnung derſelben auf Beſprechung innerer Angelegenheiten für eine Handlung der Willkür und Gewalt erklärten; ſie möchten ferner nicht mehr

*) Wenn die preußiſche Regierung ein mißliebiges Buch verboten oder ſeinen Verfaſſer gerichtlich verfolgt haben wollte und doch deßwegen nicht den Tadel der öffentlichen Meinung auf ſich laden mochte, wendete ſie ſich in der Regel an das ſächſiſche Miniſterium und fand bei demſelben die größte Bereitwilligkeit zur Requiſition gegen den Gegenſtand ſeines Zornes.

um ihr gutes Recht bitten, wälzten aber die unausbleiblichen Folgen fernerer Rechtsverweigerung öffentlich und feierlich auf diejenigen, welche für Bitten und Mahnungen bisher kein Gehör gehabt hätten. Auch die Censoren in Leipzig unterzeichneten eine Eingabe an das Gesammtministerium, in der sie sich auf das Entschiedenste gegen die Censur und ihre verderblichen Wirkungen aussprachen und das Bedenkliche ihres Fortbestehens ernstlich vorstellten.

Am 1sten März unterzeichneten die Stadtverordneten eine von Prof. Biedermann entworfene Adresse, welche hinwies auf die drohenden Störungen der Ruhe durch Eindringen der Franzosen oder Russen und die Nothwendigkeit, dagegen auch eine moralische Macht zu schaffen, welche nur aus der Begeisterung der Nation für die Sache des Vaterlands und seiner Einrichtungen entspringe; denn auch in Sachsen werde eine innige Eintracht und Wechselwirkung zwischen dem Geiste der Verwaltung und dem Geiste des Volks vermißt. Als solche Institutionen, von deren Herbeiführung man sich die wohlthätigsten Folgen für Erhaltung der innern und äußern Sicherheit Deutschlands verspreche, wurden Preßfreiheit und Vertretung aller deutschen Völker am Bundestage bezeichnet. Am 2ten überbrachte eine Deputation (Biedermann, Robert Blum u. A.) diese in sehr gemäßigtem Tone gehaltene Adresse nach Dresden, und wurde dort vom Könige persönlich wohlwollend empfangen, auch ließ er am Schlusse seine Leipziger grüßen, doch erklärte er ihnen, „sie hätten wohl erwartet, daß er eine sofortige bestimmte Antwort nicht ertheilen könne, er wolle daher auch auf den Inhalt der Adresse nicht weiter eingehen. Seit 18 Jahren habe er in Sachsen regiert und sein Gewissen gebe ihm das Zeugniß, daß seine Regierung stets mit den Grundsätzen der Verfassung in Uebereinstimmung gestanden habe, denen er auch ferner treu bleiben werde; das in der Adresse ausgesprochene Mißtrauen habe ihn tief geschmerzt."

Hierauf zog er ſich, ſichtlich erſchüttert, raſch zurück, ohne der Deputation Zeit zu einer zweiten Anſprache zu laſſen. Bei ihrer Rückkehr nach Leipzig am Abend des 3ten wurde ſie auf dem dortigen Bahnhofe von einer zahlreichen Menſchenmenge erwartet, welche die Entſcheidung wiſſen wollte. Die Antwort, welche die Deputirten vom Balcon des Rathhauſes herab mittheilten, war wenig geeignet, die Aufregung zu mindern. Doch beſchwichtigte Robert Blum den Sturm dadurch, daß er die Schuld auf die Miniſter ſchob, welche den König über die Stimmung des Landes täuſchten, und daß er verhieß, in der morgenden Sitzung der Stadtverordneten eine Petition um Entlaſſung derſelben zu beantragen. Am Morgen des 4ten reiſte eine zweite Deputation nach Dresden (wo inzwiſchen am 3ten*) die Stadtverordneten einen Antrag Köchly's auf eine Petition um Freiheit der Preſſe, des religiöſen Bekenntniſſes, der Aſſociationen, Wahlreform, Vertretung beim Bunde und baldige Berufung des Landtags abgelehnt, aber eine Adreſſe von Hietzſchold, in welcher wegen Unzufriedenheit und Mißtrauen gegen das Miniſterium auf ſchleunige Einberufung des Landtags angetragen wurde, mit 17 gegen 9 Stimmen angenommen hatten), ſchilderte dem Könige den Eindruck, welchen ſeine Antwort hervorgebracht hätte und ſprach das dringende Verlangen des Volkes nach Miniſterwechſel aus. Nach deren Rückkehr nach Leipzig verſammelten ſich um 11 Uhr die Stadtverordneten und nahmen einſtimmig eine Erwiederung auf die ihr vom Könige ertheilte Antwort**) an (welcher

*) An demſelben Tage hatten die beiden freiſinnigen Landtagsabgeordneten Joſeph und Schaffrath eine Vorſtellung an den König gerichtet, in welcher ſie Preßfreiheit, Gewiſſensfreiheit, Schwurgerichte, erweitertes Wahlrecht u. ſ. w. auf das dringendſte und offenſte bevorworteten.

**) In derſelben beſtritt er den ſtädtiſchen Behörden die Befugniß zu

Erklärung auch der Stadtrath beitrat), wornach sie sich nicht nur für befugt, sondern auch für verpflichtet hielten, in solchen Zeiten die Wünsche und Gesinnungen der Bürgerschaft auch über allgemeine Angelegenheiten dem Könige vorzutragen; die Adresse sei nicht der Ausdruck und die Stimme einer Partei, noch seien sie verleitet, sondern es sei ihre und der Bürgerschaft einstimmige Ueberzeugung. Auch hätten sie kein Mißtrauen gegen die Person des Königs, sondern nur gegen das System seiner Rathgeber ausgesprochen, und die Ruhe des Landes könne nur erhalten werden, wenn er sich mit neuen Rathgebern umgebe. Auch der akademische Senat richtete eine Adresse in gleichem Sinne an den König; in Crimmitzschau unterzeichneten 200 Bürger am 4ten, in Werdau, Glauchau und Borna die Gemeindevertreter am 5ten Petitionen mit ausgedehnteren Forderungen an den König; auch Chemnitz sprach sich in gleichem Sinne aus. Obgleich auch die Deputationen dieser Städte keine günstigere Aufnahme fanden, manche selbst

---

einem solchen Schritte, bedauerte, daß seine Worte nicht die Aufnahme gefunden, welche er von dem väterlichen Geiste, in dem er sie gesprochen, zu erwarten berechtigt gewesen sei. Nichts werde ihn bewegen, von dem klaren Wege abzugehen, den ihm seine Verbindlichkeit als Bundesglied und seine Pflicht gegen die Verfassung vorschrieben. In Bezug auf Reform der Preßgesetzgebung, wie der vorige Landtag sie gewünscht, habe er seinen Gesandten beim Bundestage beauftragt; er werde sich aber in dieser wichtigen Angelegenheit nicht von Zeitereignissen, sondern nur von der gewissenhaften Rücksicht auf das Wohl seines Volks und den durch die Bundes- und Landesverfassung übernommenen Pflichten bestimmen lassen. Er vertraue, daß durch das Ansehn der Behörden, durch den guten Geist der Communalgarde und den ernsten Willen aller guten Bürger Recht und Gesetz werde gewahrt werden, und mache dafür die Stadt Leipzig verantwortlich.

vom Könige mit Unwillen abgefertigt ward*), legte doch der Miniſter von Falkenſtein am 5ten ſein Amt nieder, was große Freude verurſachte, aber erſt als der Anfang der Zugeſtändniſſe angeſehen wurde. Denn auch in Dresden unterzeichnete am 8ten eine Bürgerverſammlung eine Petition um 10 Puncte als ſolche, deren Erfüllung von der Zeit dringend geboten ſei (darunter geſetzliche Sicherſtellung der Perſon gegen Polizeiwillkühr, Wahlreform, Verminderung der ſtehenden Heere und Bürgerbewaffnung, Losſagung der Regierung von den Karlsbader und Wiener Beſchlüſſen); in Leipzig aber erklärten die Stadtverordneten am 7ten, daß die Preſſe zufolge der Verfaſſung und des Bundesbeſchluſſes vom 3ten d. geſetzlich frei ſei, und daß der Rücktritt auch der übrigen Miniſter und Erſetzung derſelben durch Männer des allgemeinen Vertrauens zur Wiederherſtellung eines friedlichen Verhältniſſes zwiſchen Thron und Volk nöthig ſei. Dennoch geſchah nichts, als daß die Eröffnung des Landtags, der erſt im Herbſte zuſammentreten ſollte, auf die Mitte des Mai angeſetzt wurde. Als indeß die Aufregung überhand nahm, machten die Miniſter am 9ten bekannt, ſie hätten dem Könige ihre Entlaſſung angeboten, welche er aber nicht angenommen habe; ſie hätten darum einen außerordentlichen

*) Der König verwies am 8ten die Deputirten von 6 Städten (Zwickau, Werdau u. A.) auf ſeine (weiter unten erwähnte) Bekanntmachung und verſprach, die Verlangen, welche billigen beſcheidenen Wünſchen entſprächen, dem nächſten Landtage vorzulegen. Den Bürgermeiſter Schwedler von Merane, welcher begann: „Majeſtät, Sie erlauben —“ unterbrach er mit den Worten: „Nein! nein! nein! nein! unbillige Wünſche werde ich nicht berückſichtigen. Ich kann mich nicht mit Ihnen in Discuſſion einlaſſen, ich habe Ihnen nichts zu ſagen als: Leben Sie wohl!“ und als Jener entgegnete: „Majeſtät, entlaſſen Sie uns nicht ohne alle Zuſagen“, wiederholte er ſeine letzten Worte und entließ ſie.

Landtag auf den 20ſten März einberufen, um zu erfahren, ob die Stimmung gegen die Miniſter die des ganzen Landes ſei. Dieſem ſolle auch ein Geſetz über Preßfreiheit vorgelegt werden.

In einer an demſelben Tage erlaſſenen Verordnung an die Kreisdirectionen hob das Miniſterium die Cenſur vorläufig bis zum 15ten April auf, dafern nicht ſchon früher eine Vereinbarung mit dem Landtage wegen des zu erlaſſenden Preßgeſetzes eintreten ſollte. Da indeß die Aufregung in Leipzig und den kleinern Städten durch ſo geringe Zugeſtändniſſe nicht beſchwichtigt werden konnte, und da ſogar ein Zug von mehreren Tauſend Bewohnern auf der Eiſenbahn nach Dresden auf den 12ten angekündigt wurde, zog das Miniſterium größere Truppenmaſſen in der Nähe der Stadt zuſammen; vielleicht ordnete auch auf ſeinen Wunſch oder wenigſtens mit Rückſicht auf die in Sachſen herrſchende Aufregung die preußiſche Regierung die Anhäufung bedeutender Heeresabtheilungen in Halle und deſſen nächſter Umgegend an. Am 10ten erſchien der Miniſter von Carlowitz als königlicher Commiſſär in Leipzig und ſtellte vier Forderungen an Stadtrath und Stadtverordnete: 1) Unterlaſſung aufregender politiſcher Reden in den Stadtverordnetenſitzungen; 2) Enthaltung von politiſcher Aufregung in den Verſammlungen im Schützenhauſe; 3) Aufhören des nächtlichen Herumziehens zahlreicher Haufen in den Straßen; 4) Unterlaſſung des Zugs nach Dresden. Das Kollegium erwiderte ihm: 1) geſetzlich ſtrafbare Reden ſeien nicht vorgekommen; in ſolchen Zeiten müſſe man das Recht der freien Meinungsäußerung wahren; die Ausführung von 2) liege außer dem Bereiche der Stadtverordneten; 3) ſei ſeit Abmahnung des Raths nicht wieder vorgekommen und werde nicht ſtattfinden, wenn die Truppen von Leipzig weggezogen würden, worauf man energiſch dringen müſſe; von 4) ſei abgemahnt worden — eine Bürgſchaft deshalb könne aber nicht verlangt, noch gegeben werden.

Am 12ten fand eine zahlreiche Zuſammenkunft von Männern aus den verſchiedenen Theilen Sachſens Statt, in welcher ein von Schaffrath entworfenes Programm der Volkswünſche mit geringen Abänderungen angenommen und Deputirte zur Frankfurter Zuſammenkunft am 31ſten gewählt wurden: Robert Blum (der Anfangs ablehnte), Biedermann und Todt. Am 13ten wurde endlich die Entlaſſung der Miniſter Könneritz, von Zeſchau, von Wietersheim, von Carlowitz und von Oppeln angezeigt. Der Miniſter von Carlowitz hatte bei ſeinem Aufenthalt in Leipzig die Ueberzeugung gewonnen, daß der Ruin der Stadt (dieſer Perle in der Krone Sachſens) bevorſtände, wenn man mit Waffengewalt das Bleiben des Miniſteriums erzwingen wolle; und auch die Haltung der kleinern Städte, namentlich im Erzgebirge, ſowie die immer entſchiedener auftretende Oppoſition in Dresden ſelbſt*) hatten das Ihrige gethan. Schon am 15ten wurde das neue Miniſterium gebildet, Braun, von der Pfordten und Georgi (zu denen ſpäter noch Oberländer für das Innere und Graf Holzendorff für den Krieg hinzutraten), welches in ſeinem Programm am 16ten verhieß: Beeidigung des Militärs auf die Verfaſſung, Aufhebung der Cenſur für immer, Preßgeſetz ohne Conceſſionen und Cautionen, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege, Reform des Wahlgeſetzes, Anerkennung des Vereinsrechts, geſetzliche Ordnung der kirchlichen Verhältniſſe im Geiſte der Duldung und Parität, Antrag auf Reviſion des Vereinszolltarifs; endlich kräftige Mitwirkung zu zeit-

*) Selbſt nachdem bekannt worden war, daß die Miniſter abgetreten ſeien, erſchien eine meiſt aus jüngern Leuten beſtehende Maſſe vor dem Schloſſe, brachte denſelben ein Pereat, dem Könige ein Hoch, zog dann nach der Moritzſtraße und brachte Herrn v. Könneritz noch ein Pereat, worauf ſie ſich endlich vor dem Stadthauſe auf Anſprache des Prof. Wigard trennte.

gemäßer Gestaltung des deutschen Bundes mit Vertretung des Volkes bei demselben. Der König habe diesen Maßregeln und Grundsätzen seine Zustimmung ertheilt. Gleichzeitig machten sie bekannt, da durch Entlassung der Minister und Wiederbesetzung ihrer Functionen der Zweck der Einberufung eines außerordentlichen Landtags sich erledigt habe, Bestimmungen über die Presse u. a. dgl. dringenden Gegenständen auf andere Weise abgeholfen werden könne, auch die Kürze der Zeit den neuen Ministern nicht die erforderliche Vorbereitung zur Abhaltung eines Landtags gestatte, so habe der König beschlossen, den auf den 20sten berufenen außerordentlichen Landtag nicht abhalten zu lassen.

In **Hannover** — dessen König vor 10½ Jahren beim Regierungsantritte die von seinem Bruder gegebene und beschworene Verfassung aus eigener Machtvollkommenheit umgestoßen und die wenigen freimüthigen Männer, welche gegen diesen ungesetzlichen Schritt protestirten, aus ihrer Stellung verdrängt hatte, seitdem aber bedacht gewesen war, durch Sorge für das materielle Wohl der Landesbewohner die Zufriedenheit derselben mit den bestehenden Zuständen zu erzielen — bewies die Staatsbehörde noch wenige Tage vor der ersten Kunde von den Pariser Ereignissen (am 23sten Febr.) ihren engherzigen freiheitsfeindlichen Sinn durch den Befehl an die Landdrosteien und Localbehörden, die Liedertafeln, sowie die Sing- und Lesevereine zu überwachen. Doch blieb auch hier der von den Nachbarstaaten gegebene Anstoß nicht ohne Wirkung. Am 3ten März beschlossen die Bürgervorsteher der Hauptstadt, die Vertreter der Bürgerschaft, welche bisher schon manche zweckmäßige Anträge gestellt, und größere Theilnahme der Bürgerschaft erweckt hatten, den Magistrat zu einer gemeinschaftlichen Sitzung aufzufordern, um in derselben eine Petition an den König zu berathen; in dieser Sitzung (am 6ten) vereinigten sie sich über folgende Puncte: Vertretung des deutschen Volks am Bunde,

Preßfreiheit, baldigſte Einberufung der Ständeverſammlung; einige andere Anträge ſollten von einer gemeinſchaftlichen Commiſſion weiter geprüft und an die Stände gebracht werden. Die Deputation, welche die Petition am 7ten überbringen ſollte, und in abendlicher Stille, um keine Aufregung zu verurſachen, im Schloſſe erſchien, wurde vom Könige nicht angenommen; und die Petition ſpäter vom Miniſter von Falcke im Namen des Königs ſchriftlich dahin erwiedert, daß 1) der König den von der Mehrheit ſeiner Bundesgenoſſen zu faſſenden Beſchlüſſen in Betreff der im Bundesbeſchluſſe vorgeſehenen nöthigen Garantieen gegen Mißbrauch der Preſſe nicht entgegen ſeyn werde, daß aber vor Feſtſtellung derſelben die Cenſur nicht beſeitigt werden könne; 2) daß eine Theilnahme deutſcher landſtändiſcher Deputirten an den Berathungen und Beſchlüſſen des deutſchen Bundes mit der monarchiſchen Regierungsform nicht vereinbar ſei; 3) in Betreff der Berufung der Stände ſei der König dem ausgeſprochenen Wunſche bereits zuvorgekommen. Wie ſehr auch dieſe ablehnende Erklärung und die künſtliche Auslegung des Bundesbeſchluſſes vom 3ten März über Preßfreiheit die Mißbilligung der Mehrzahl fand und vorausſehen ließ, daß hierdurch bald die Stellung des Miniſters unhaltbar werden würde, ſo triumphirten doch die Bureaukraten über die Abweiſung der zaghaften Bittſteller zu früh; denn jene Petition war nur der Anfang einer Reihe von Erklärungen, welche von den Städten Hameln, Stade, Harburg, Hildesheim und Minden an den König geſandt wurden. Zwar wurde auch die Deputation von Hameln weder beim Könige, noch bei dem Miniſter von Falcke „wegen überhäufter Geſchäfte" vorgelaſſen und mußte ihre Eingabe einem Hofbeamten übergeben; aber die Aufregung im Lande ſtieg und in Göttingen, unter deſſen Bürgerſchaft man erſt verſucht hatte, eine Ergebenheitsadreſſe an den König zu Stande zu bringen, brachte die Härte des längſt verhaßten Polizei-

directors Heintze, der am Abend des 11ten auf die vom Abſchiedscommers munter heimkehrenden Studenten von Gensdarmen einhauen ließ, einen gewaltigen Umſchwung hervor, zumal da die Studenten erklärten, insgeſammt die Univerſität verlaſſen zu wollen, falls ihnen keine Genugthuung würde. Deputationen von den Profeſſoren und von der Bürgerſchaft, welche ſich durch den am 12ten erfolgten Rücktritt Heintze's noch nicht befriedigt fand, gingen nach Hannover und verlangten Genugthuung; als beide Deputationen nicht einmal beim König und beim Miniſter vorgelaſſen wurden, verließen die Studirenden am 17ten insgeſammt die Stadt*). Eine Proclamation des Königs vom 14ten, als Antwort auf die verſchiedenen Petitionen, „da er, von früh bis ſpät Abends oft bis zur Erſchöpfung von Geſchäften überhäuft, nicht Alle ſehen oder einzeln antworten könne", ſprach die Freude über die aus den Petitionen ſprechende alte Liebe und das Zutrauen ſeiner Unterthanen aus. „Wo andere Wünſche darin laut würden, ſeien ſie ſicher durch Fremde eingeflößt, welche überall Unordnungen und Verwirrungen zu ſäen bemüht ſeien. Er werde Alles thun, um ihre Wünſche zu erfüllen, ohne ihr wahres Glück zu zerſtören; dieß würde das Ergebniß ſeiner Erwägungen und die von ihm im verfaſſungsmäßigen Wege vorbereiteten Maßregeln beweiſen. Zu dem Antrage auf Volksvertretung beim deutſchen Bunde könne er ſeine Zuſtimmung nicht geben, doch werde er, wie bisher, mit allen Kräften dahin wirken, daß die Bundesverſammlung mit mehr Fleiß und grö-

*) Nachdem ſpäter die verlangte Genugthuung bewilligt worden war, kehrten die Meiſten nach den Ferien zurück und wurden von den Bürgern feierlich empfangen. Der hartnäckige Ernſt Auguſt, der 1838 an der Berliner königlichen Tafel erklärt hatte, „Profeſſoren, H.... und Soldaten könne man allemal für Geld bekommen", ſcheint alſo in Betreff der Studenten anderer Meinung geweſen zu ſeyn.

ßerer Energie in den deutſchen Angelegenheiten handle, als bisher geſchehen ſei. Er mahne ſein Volk zum Feſthalten an der geſetzlichen Ordnung und zur Erhaltung des Vertrauens an ihn, welches er nicht täuſchen, ſondern ſeinen letzten Blutstropfen für ſie opfern werde." Zugleich meldete die halboffizielle Hannoverſche Zeitung, daß ein Preßgeſetz mit Beſeitigung der Cenſur zur Vorlage für die am 28ſten zuſammentretende Ständeverſammlung bearbeitet werde.

Die Sprache einer patriarchaliſchen Politik, welche das Volk nur als eine unmündige Heerde anſah, konnte bei der großen Mehrheit wenig Eingang und Vertrauen finden; die bisherige Staatsweisheit der Bevormundung und der Verſprechungen, der Verſicherungen von unaufhörlicher angeſtrengter Sorge für das Wohl der geliebten „Unterthanen" ſtand in zu enger Verbindung mit dem Eigenwillen und dem Souveränetätsdünkel, der vom „monarchiſchen Princip" nichts ablaſſen kann, als daß ſie nicht, wie auch in andern Staaten, an dem Unglauben und an dem Ungehorſam der entwöhnten Kinder hätte Schiffbruch leiden ſollen. Dazu kam, daß nach Hildesheim auf die erſte Kunde von der dort beſchloſſenen Adreſſe, Soldaten auf der Eiſenbahn geſandt worden waren: ſtatt Conceſſionen — Kanonen! Am 17ten (an welchem auch die Studenten Göttingen mit der Erklärung verließen, nicht wiederzukehren, ſo lange Hannoveriſche Polizeigeſetze das Leben harmloſer Menſchen gefährden könnten) beſchloß eine zahlreiche Bürgerverſammlung in der Hauptſtadt eine tüchtige Adreſſe, welche unter Vortritt des Magiſtrats und der Bürgervorſteher ins Schloß gebracht wurde; da der König bettlägerig war, wartete das Volk, bis die Antwort von dem Cabinetsrath von Münchhauſen herausgebracht ward. Dieſe bewilligte ſogleich Aufhebung der Cenſur vom 18ten an, Oeffentlichkeit der Ständeverſammlungen, Anerkennung des Vereinsrechts, Amneſtie und Wiedereinſetzung der poli-

tisch-Verurtheilten; über die andern Puncte wurden noch weitere Erwägungen und Verhandlungen vorbehalten. Dieß reichte nicht hin, die aufgeregten Gemüther zu beruhigen; am Abend wurden Herrn von Falcke und andern verhaßten Männern die Fenster eingeworfen. In den folgenden Tagen, in welchen auch in andern Städten Excesse gegen übermüthige und verhaßte Beamte vorfielen, erbat daher Falcke, sowie die andern Minister, vom Könige die Entlassung von ihren Posten, und am 20sten verkündigte eine Proclamation an die Hannoveraner die gemachten Bewilligungen und verhieß nach Eröffnung des Landtags die übrigen Puncte zu erledigen, namentlich Anträge an denselben über Verantwortlichkeit der Minister und über Vereinigung der königlichen und der Landescasse zu stellen. Ein Rescript an den Magistrat der Hauptstadt verkündigte, daß die früher dem Stadtdirector entzogenen Befugnisse als Chefs der städtischen Policei demselben wieder übertragen werden sollten. Bei der Ankunft der preußischen Proclamation vom 18ten hatte der König Ernst August sich überzeugt, daß das bisherige System sich nicht aufrecht erhalten lasse; er hatte daher seinen Ministern die Entlassung am 19ten und 20sten ertheilt und den bisherigen wackern Kämpfer für das Grundgesetz, den ihm so sehr verhaßten Bürgermeister Stüve von Osnabrück, zur Bildung eines Ministeriums berufen.

Außer Stüve, dem der König ganz freie Hand und unbeschränkte Vollmacht zu Allem gegeben hatte, was mit seiner (des Königs) Ehre verträglich sei, waren die Schatzräthe Bennigsen und Lehzen (für die Finanzen) und der Justizrath Düring (für Justiz) zum Könige berufen worden; am 22sten kam Stüve von Osnabrück in der Hauptstadt an, welcher der König Tags zuvor auch das nach dem Staatsgrundgesetze gebührende Recht, durch zwei Abgeordnete in der Ständeversammlung vertreten zu werden, zurückgegeben hatte. Indeß fand

Stäve, der ſeit dem Regierungsantritte des Königs von der Hauptſtadt und von der Ständeverſammlung fern gehalten worden war und auf den jetzt das ganze Land ſein Vertrauen ſetzte, unter den ſchon vorher ernannten Collegen mehrere, die dieß Vertrauen ſchmälern mußten; ſo namentlich an dem Oberappellationsgerichtsrath Düring, einem an ſich zwar ehrenhaften, aber dem Syſtem der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit entſchieden widerſtrebenden Manne; noch mehr aber an dem bisherigen Cabinetsrath Braun, der zum Cultusminiſter ernannt worden war, einem von Falcke viel gebrauchten Lieblinge dieſes Miniſters, welcher ſeine jetzige Stellung vielleicht nur darum erhalten hatte, weil er der Schwager des Finanzminiſters Lehzen war! Das Kriegsminiſterium übernahm deſſen bisheriger proviſoriſcher Vorſtand, der 70jährige Gen. Prott; das des Auswärtigen der Sohn des ruſſiſchen Generals Graf Bennigſen, der als Miniſterpräſident am 28ſten im Namen des noch kränkelnden Königs die Ständeverſammlung mit einer Rede eröffnete, in welcher er ausſprach, „daß es dem Könige zur Beruhigung gereiche, in der Zeit ſo ungeheurer Umwälzungen, wo die Gefahr eines Bundesſtaats (Schleswig-Holſteins) die Nothwendigkeit militäriſcher Hülfe raſch herbeiführen könne, ſchon der ordentliche Lauf der Geſchäfte die Vertreter des Landes um den Thron verſammelt zu ſehen. Denn der König, mit Sicherheit erkennend, daß die bisherigen Zuſtände des Landes unter den völlig veränderten Umſtänden weder dem königlichen Hauſe, noch dem Lande Genüge leiſten können, habe nicht angeſtanden, aus freiem (!) Entſchluſſe, ohne Zögern (?) alles zu gewähren, was zu Begründung eines neuen kräftigeren Lebens nöthig ſcheinen könne. Er habe Maßregeln getroffen, daß auf Ausbildung der deutſchen Bundesverfaſſung zu größerer Feſtigkeit und auf Entwickelung derſelben durch Vertretung des deutſchen Volks hingewirkt werde; gleichzeitig aber auch zu raſcherer Hebung

des Geiſtes und der Wohlfahrt ſeines Volks durch Freiheit der Preſſe und des Verſammlungsrechts, durch Selbſtſtändigkeit und Oeffentlichkeit in der Verwaltung der Stadt- und Landgemeinden, durch Beſeitigung aller Exemtionen, durch Herſtellung der urſprünglichen Kraft der Gerichte, durch Vereinfachung des Staatshaushalts und durch Verantwortlichkeit ſeiner Diener. An den Ständen ſei es nun, auf der ihnen vom Könige eröffneten Bahn zu rühmlichem und heilbringendem Wirken fortzuſchreiten; in ihre Hand ſei die Zukunft des Landes gelegt." —

So war endlich in allen deutſchen Staaten von mittlerer Größe der Umſchwung des politiſchen Syſtems erfolgt, und von der Perſönlichkeit der Männer, welche an die Spitze der Geſchäfte geſtellt worden waren, glaubte man ſich eine Dauer dieſer Richtung und ein aufrichtiges Fortſchreiten auf dieſer Bahn verſprechen zu dürfen. Auch in den **kleineren deutſchen Staaten** war durch den von den größeren Nachbarn gegebenen Anſtoß eine Umgeſtaltung, in der Regel mit größerer Raſchheit, herbeigeführt worden; hier war das Verlangen, einem größeren Volksganzen auch ſtaatlich anzugehören, lebhafter empfunden, der Unwille über die Fügſamkeit der ſchwachen Regierungen in die Gebote des Berliner und Wiener Hofes heftiger und die Widerſtandskraft der Regierungen, welche in dieſer Zeit nicht einmal auf Hülfe der mächtigeren Nachbarn rechnen konnten, geringer, zumal da faſt überall die Bauern ſich erhoben und Erleichterung der drükkenden Laſten erzwingen wollten. Dazu kam in den meiſten kleineren Fürſtenthümern als Folge der patriarchaliſchen (?) Herrſchaft der überwiegende Einfluß weniger, meiſt adeliger Familien, welche im Beſitze faſt aller höheren Stellen waren und im Wahne, daß ſie allein zum Heile des Volkes zu regieren verſtänden, dem beſchränkten Unterthanenverſtande keine Berechtigung zur Theilnahme daran zugeſtanden

wiſſen wollten; dazu kam die für den Landbeſitzer drückend gewordene Jagdliebhaberei der meiſten Fürſten und die mit den Kräften des Landes nicht im Verhältniß ſtehenden Einkünfte des Fürſten von den Kammergütern, unter denen viele nicht von Anfang Erbgut des regierenden Hauſes geweſen waren, ſondern als eingezogene Kirchengüter, heimgefallene Lehen u. dergl. eigentlich Staatsgut waren. Daher wendete ſich auch der Zorn der aufgereizten Maſſen hauptſächlich gegen die Forſt- und Kammerbeamten, denen man das Drückende der beſtehenden Verhältniſſe zur Laſt legte. Die einzelnen Vorgänge ſind zu unbedeutend für die Geſchichte des ganzen Vaterlandes, als daß ſie ausführlicher berichtet zu werden verdienten. In **Sigmaringen** folgte der Fürſt ſchon am 3ten März dem von dem Könige von Würtemberg gegebenen Beiſpiele in Bewilligung der von dem gebildeten Theile ausgeſprochen Wünſche; in **Hechingen** dagegen erſchien am 11ten eine zahlreichere aufgeregte Volksmaſſe, beſonders aus den umliegenden Ortſchaften, rückte vor das Schloß und erpreßte ſo wichtige Verzichtleiſtungen *) von dem Fürſten, daß dieſer ſich genöthigt ſah, nach Stuttgart zu flüchten, von wo aus er den Landtag berief und dieſen, nachdem eine Volksverſammlung am 18ten ihre Mißbilligung über das Verfahren der Maſſe am 11ten ausgeſprochen, nach ſeiner Rückkehr am 10ten April in Perſon eröffnete. Auch in **Homburg**, wo noch immer die bundesgeſetzliche Verheißung einer landſtändiſchen Vertretung unerfüllt geblieben war, bewilligte der Landgraf ſchon nach den erſten Erlaſſen des Bundestags am 6ten Preßfreiheit und verhieß eine Verfaſſung zu geben.

---

*) Selbſt die augenblickliche Entlaſſung aller nicht im Lande (!) gebornen Beamten, unter denen viele redliche waren, fand am 20ſten Statt.

Von den Bewilligungen des **Frankfurter** Senats, der ſpäter auch eine conſtituirende Verſammlung berief, um dem Freiſtaate eine wahrhaft demokratiſche Verfaſſung zu geben, ſowie von dem Einbruche der Volksmaſſen in den Sitzungsſaal des geſetzgebenden Körpers am 4ten wurde ſchon oben geredet; an demſelben Tage beſchleunigte ein Auflauf in **Hamburg** vor dem Hauſe des erſten Bürgermeiſters Kellinghuſen den Rücktritt dieſes Mannes, des Einzigen im ganzen Rathe, welcher der Abſtellung verjährter Gebrechen und der Einführung einer zeitgemäßen Reform beharrlichen Widerſtand entgegengeſetzt hatte; worauf eine Bewilligung der allgemeinen Volkswünſche bald erfolgte, und ſpäter ebenfalls eine conſtituirende Verſammlung zur Umgeſtaltung der Verfaſſung berufen ward. In friedlicherer und würdigerer Weiſe ging die Umgeſtaltung in **Bremen** am 8ten vor ſich, wo am Morgen ein noch ſchwankend abgefaßtes Geſetz über Preßfreiheit unbefriedigt gelaſſen hatte. Um Mittag aber begab ſich eine Deputation der Bürgerſchaft, von Tauſenden der Bürger auf den Markt begleitet, in die Senatsſitzung und unterhandelte vier Stunden lang mit demſelben über umfaſſendere Bewilligungen (Verfaſſungsreform, Oeffentlichkeit der Sitzungen des Convents, unbeſchränkte Preßfreiheit, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit, namentlich des Criminalgerichts, Trennung der Juſtiz von der Verwaltung, Geſchwornengerichte bei politiſchen, kriminellen und Preßvergehen). Lange wollte der Senat die Bürgerſchaft nur durch einzelne Conceſſionen zufrieden ſtellen; er gab vor, er könne ohne Zuſtimmung des Convents nichts entſcheiden. Der Convent, ſo wandten die Abgeordneten ein, ſei nur eine unvollſtändige Vertretung der Bürgerſchaft; dieſe erkläre ja aber durch ihre Anweſenheit auf dem Markte ihre Zuſtimmung. Endlich erinnerte einer der Redner, als einzelne unruhige Bewegungen auf dem Markte bemerkbar wurden, daran, daß es höchſte Zeit ſei, die Gemüther durch eine

offene genügende Entſcheidung zufrieden zu ſtellen und der Senat ertheilte ſie nun in folgender Faſſung: „er genehmige ſeinerſeits die ihm vorgetragenen Wünſche der Bürgerſchaft alle und werde zu ihrer ſofortigen Ausführung die nöthigen Einleitungen treffen.“ Große Freude erfüllte Aller Gemüther und die Stadt gewann ein feſtliches Anſehen.

In **Braunſchweig** hatten in den erſten Tagen des März mehrere Bürgerverſammlungen zur Beſprechung Statt gefunden; eine in denſelben berathene Adreſſe war mit mehr als 1200 Unterſchriften bedeckt worden und ſelbſt die ſtädtiſchen Behörden hatten ſich derſelben angeſchloſſen und außerdem eine beſondere Adreſſe beigefügt. Der Deputation, welche beide überbrachte, ertheilte der Herzog im Ganzen befriedigende Antworten, namentlich verhieß er ſofortige Reorganiſirung der Bürgerwehr. Dennoch erfolgte in den erſten Tagen wenig, nur 480 abgenutzte Gewehre wurden angeboten und ein Miniſter äußerte auf die Frage wegen Berufung der Stände: „Im Laufe des Jahres kämen ſie ſicher noch zuſammen!“

Am 14ten endlich erſchien ein proviſoriſches Preßgeſetz und eine Verordnung, durch welche ein außerordentlicher Landtag auf den 27ſten April einberufen und für denſelben Vorlagen über Wechſelordnung, Preßfreiheit, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit mit Geſchwornengerichten, allgemeine Landesbewaffnung verheißen wurden; auch erklärte der Herzog ſeine Bereitwilligkeit, dahin zu wirken, daß die Einheit und Macht des geſammten deutſchen Vaterlandes durch neue Belebung der Bundesverfaſſung belebt und gewahrt würde. Doch kamen in den folgenden Abenden einzelne Ruheſtörungen vor. Am 16ten nahm der Staatsminiſter Graf Veltheim ſeine Entlaſſung und wurde durch den Finanzdirector von Geyſo erſetzt; am 18ten berief der Herzog die Ständeverſammlung ſchon auf den 31ſten März.

In den **Sächsischen Herzogthümern** und den angrenzenden Fürstenthümern wurden die Volkswünsche rasch und meist ohne bedeutendere Störungen erfüllt. In **Weimar** war gerade der Landtag versammelt, welcher auf den Antrag des Abg. von Wydenbrugk (am 4ten), unterstützt durch Petitionen von Weimar und Jena (am 7ten), vom Großherzoge die Wiederherstellung des freisinnigen, von Carl August 1818 gegebenen, von dem Bundestage bald nachher unterdrückten Preßgesetzes, Bewilligung des Rechts zu Versammlungen, der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege und die Verheißung der Mitwirkung zu einem deutschen Parlament erlangte. Einer Masse von Bauern, welche am 8ten nach Weimar kam und in den Schloßhof drang, aber durch das Zureden des Abg. von Wydenbrugk und durch eine Ansprache des Großherzogs selbst sich zum Abzuge bewegen ließ und beim Weggange die Fenster einiger hohen Staatsbeamten zertrümmerte, folgten am 11ten — obgleich inzwischen am 9ten eine Deputation aus Jena die Vereinigung des Kammervermögens mit dem landschaftlichen erlangt hatte — größere Massen selbst aus entfernteren Gegenden des Großherzogthums, welche verschiedene Forderungen aussprachen, aber zuletzt auf Zureden einzelner Agitatoren, unter denen einige Studirende waren, sich dahin vereinigten, daß sie die Abdankung des Staatsminister Schweitzer und des Kammerpräsidenten Thon und den Eintritt von Wydenbrugks in das Ministerium verlangten; nachdem Beides bewilligt war, zogen sie ohne weitere Excesse davon. Am folgenden Tage nahm auch der Minister von Gersdorf seine Entlassung und der allein zurückgebliebene von Watzdorf übernahm mit Wydenbrugk die Leitung der Angelegenheiten.

In **Gotha** bewilligte der Herzog, welcher am 6ten von Ber-

lin zurückgekommen war*), am Morgen des 7ten einer Deputation von Bürgern, welche von einer zahlreichen Menschenmasse bis zum Palais begleitet worden war, die ausgesprochenen Wünsche; namentlich verhieß er auch an der Stelle der bisherigen Feudalstände eine wahrhafte Volksvertretung zu gewähren; im Herbste des Jahres trat der constituirende Landtag zusammen, welcher die Verfassung ausarbeitete. Der Ministerialrath Heß schied aus dem Ministerium, und ein kleiner Auflauf, bei welchem Frauen aus der niederen Klasse die Hauptrolle spielten, hatte auch die Abdankung des tüchtigen, aber wenig beliebten Polizeiraths Eberhard zur Folge. — In **Meiningen** kam der Herzog den Ständen mit Bewilligungen entgegen; selbst die Domänen, welche sie wenige Jahre vorher seinem Hause wieder überlassen hatten, trat er dem Lande gegen eine Civilliste ab. — In **Altenburg** bewilligte der Herzog zwar auch bald die an ihn gestellten Forderungen, auch zogen sich die Minister von Braun und von Wüstemann zurück, aber die Bewegung wurde durch die Advocaten Erbe und Dölitzsch und den Director einer Unterrichtsanstalt Douay unterhalten, welche offen das Hinarbeiten zur republikanischen Form als ihren Zweck aussprachen. — Auch in den **Reußischen** Herzogthümern hatte der anfängliche Widerwille des Fürsten Heinrich XLII. von Ebersdorf, drückenden Lasten abzuhelfen (besonders den hohen Wildstand zu verringern) größere Aufregung hervorgerufen, so daß ihm bald nachher viel größere Zugeständnisse abgepreßt wurden und in seinem Erbfürstenthume ein wüstes Treiben anbrach, welches auch die Schleizer ansteckte; diese kamen in ihrer Stadt zusammen und erzwangen die Ent-

*) Wo er noch vom Könige von Preußen ermahnt worden, nichts sich abdringen zu lassen, was die süddeutschen Fürsten schon einige Tage zuvor ihren Ländern ertheilt hatten!

laſſung des Geheimenraths von Geldern und einiger andern Beamten, ſowie die Verzichtleiſtung des Fürſten auf verſchiedene Zinſen und Ermäßigung der Ablöſungsſummen. Auch in **Gera**, wo der Wohlſtand unter Bürgern und Bauern bei weitem größer, die Steuern nicht bedeutend waren, wurde erſt durch einige nach Stellen lüſterne Männer*) Aufregung künſtlich hervorgerufen, welche im Laufe des Sommers noch zu ſchmachvollen Auftritten führte. — Aehnliche Scenen gab es in **Rudolſtadt**, wo 13 Puncte dem Fürſten abgedrungen wurden; der Deputation, welche bei ihm erſchien, ſoll er, nachdem er ſeine Zuſtimmung ertheilt, ein Paar Piſtolen überreicht haben, mit der Aufforderung, nun ſollten ſie ihm auch das Leben nehmen!

In **Oldenburg** war ſchon 1847 auf die Bitte der Bezirke Jever und Delmenhorſt um eine landſtändiſche Verfaſſung eine Commiſſion von 34 Männern zur Ausarbeitung derſelben niedergeſetzt worden, welche ihr Werk in den Märztagen noch nicht beendet hatte; jetzt ſicherte der Großherzog einer Deputation am 7ten März die Einberufung von Landſtänden zu und verſprach am 10ten eine Verfaſſung mit ausgedehnter Wahlfähigkeit und Wählbarkeit, Verantwortlichkeit der Miniſter, Oeffentlichkeit der Verhandlungen und dem Rechte der Stände, Anträge zu machen. Schon am 13ten Mai war dieſe ausgearbei-

*) Hierzu gehörten ein Ablöſungscommiſſär Krauſe, welcher den Bauern erklärte, ſie ſeien bei der Ablöſung übervortheilt worden (wobei er ſelbſt mitgewirkt hatte!) und müßten etwas wieder herausbekommen, und ein nicht untüchtiger, aber ſehr nachläſſiger Advocat Dinger, der deßhalb ſchon viele Strafe hatte zahlen müſſen, mehrere Gerichtshaltereien verloren hatte, und noch wenige Monate vorher von der Regierungsbehörde verwarnt worden war, es werde ihm die advocatoriſche Praxis entzogen werden, wenn ähnliche Vernachläſſigungen wieder vorkämen. Dennoch gelang es ihm jetzt, eine Stelle in der oberſten Verwaltungsbehörde zu erhalten!

tet; es wurde ein Ausschuß zur Prüfung derselben ernannt und diesem am 26sten Juni ein freisinniges Wahlgesetz vorgelegt.

Mehr Schwierigkeiten stellten sich den Bestrebungen des freisinnigern Theils der Bevölkerung in **Mecklenburg** entgegen, wo bisher höchstens zwischen den adeligen und bürgerlichen Gutsbesitzern um ihre Vorrechte gestritten worden war. Noch am 12ten März wies der Großherzog die von einzelnen Städten an ihn gebrachten Volkswünsche ohne Nachgiebigkeit zurück und verhieß nur auf Verbesserungen im verfassungsmäßigen Wege eingehen zu wollen. Doch hob er am 12ten die Censur auf, gab am 23sten ausgedehntere Zusicherungeen und verhieß sogar am 27sten den Landtag auf den 20sten April einzuberufen. —

So war in allen deutschen Staaten in kürzerer oder längerer Frist mehr gewonnen und zugestanden worden, als die Fürsten seit 1815 von den Verheißungen der Bundesacte erfüllt hatten. Aber auch in den ersten Jahren nach dem französischen Kriege bis 1818 war von Einzelnen Manches bewilligt worden, was sie auf das Verlangen der Theilnehmer am Carlsbader Congreß — nach der Juliusrevolution war in den süddeutschen Staaten Manches erlangt worden, was die Regierungen nach den Bundesbeschlüssen von 1832 und den Wiener Ministerconferenzen 1834 wieder zurücknehmen mußten. Darum waren auch jetzt von Anfang der Bewegung Aller Augen nach den Hauptstädten der beiden Mächte gerichtet, welche bisher, im Bunde mit Rußland, als Vorsitzende der Bundesversammlung jede freiere Regung im eigenen Lande, wie in den übrigen Staaten niedergehalten und die volksfeindlichen Ministerien gestützt hatten. Trat dort kein Systemswechsel ein, so durfte man auch im übrigen Deutschland nicht auf ungetrübten Bestand der freisinnigern Richtung hoffen.

Metternich, der überall thätig gewesen war, wo es galt, die absolute Herrschaft der Könige gegen die gerechten Ansprüche ihrer Völker zu schützen, sie selbst zum Bruch ihrer gegebenen Verheißungen zu ermuthigen und nie seine Schützlinge, wenn sie in blinder Wuth die Sprecher für Freiheit und Recht marterten und hinrichten ließen, zur Mäßigung und Menschlichkeit mahnte — Metternich, der im eigenen Lande nur durch unerträglichen Preßzwang, durch geheime Polizei und durch Erregung der Eifersucht und des Nationalhasses unter den verschiedenen Stämmen des Kaiserreichs scheinbar Rechtszustand und Ruhe zu erhalten wußte — Metternich, der seit Jahren mit Kaiser Alexander für einen jährlichen Sündensold von 50,000 und mit Nicolaus für 75,000 Ducaten correspondirte und ihnen die Interessen Oesterreichs und Deutschlands Preis gab — Metternich, dem der überkluge Louis Philipp sich immer mehr genähert und ihm zu Liebe in den Angelegenheiten Italiens, wie des Schweizer Sonderbunds die Ehre Frankreichs Preis gegeben und dadurch seinen eigenen Thron untergraben hatte — Metternich zitterte und erbleichte, als er hörte, in Paris sei die Republik proklamirt! Zwar zeigte ein halbofficieller Artikel der Wiener Zeitung, wie sehr man sich über den innern Zusammenhang der Begebenheiten täuschte. „In den gewöhnlichen Verlauf des dortigen constitutionellen Systems, welche Viele als Muster eines wohlgeordneten Staatslebens zu preisen pflegten, habe plötzlich eine Macht gegriffen, welcher es in einem unheilvollen Momente gelungen sei, die Fiction der Volkssouveränetät in furchtbaren Ernst umzusetzen. Wir können diese Macht als eine in weiten Kreisen verbreitete, tief verderbte öffentliche Meinung ganzer Klassen der Gesellschaft, theils als förmliche, ihres Zwecks bewußte Verschwörung bezeichnen. Heute habe jene Partei (welche schon unter dem Directorium während der ersten Revolution in Baboeuf das Eigenthum zu bekämpfen ver-

ſucht habe) die Zügel der Gewalt in den Händen. Unter dieſen Umſtänden gebe es nur ein Mittel des Heils: feſtes Anſchließen der Regierten an ihre Regierungen und treue und ehrliche Pflichterfüllung in der Stunde der Gefahr. Auf dieſe gewohnten Tugenden der Völker Oeſterreichs könne auch heute der Monarch, ſtark im Vertrauen zu ſeinen Völkern und eingedenk deſſen, daß dieſes Reich ſchon ſchwerere Stürme überſtanden, getroſt den kommenden Zeiten entgegengehen."

Aber ſchon in den erſten Tagen nach der Nachricht von der Umwälzung in Paris zeigte ſich die Wirkung derſelben auf die Regierung und die kaiſerliche Familie; beſonders mußte man für Italiens ſchon ſo ſehr bedrohte Ruhe fürchten, wenn die durch die Revolution an's Ruder gekommene Kriegspartei, ſtatt der bisherigen Politik Louis Philipps, welche dem öſterreichiſchen Syſteme ſo nachſichtig geweſen war, eine offene Unterſtützung der erbitterten Italiener erzwang. In der großen Finanznoth gewährte eine ruſſiſche Anleihe von 30 Mill. einige Hülfe; auch ging das Gerücht, die Herzöge und die Mitglieder des kaiſerlichen Hauſes hätten ſich zu bedeutenden Vorſchüſſen für den Staat, im Ganzen 100 Millionen, bereit erklärt. Der Miniſter Graf Ficquelmont wurde zum Präſidenten des Hofkriegsraths, der Generaladjutant Graf Wratislav zum Commandeur des erſten Corps der italiſchen Armee, Graf Montecuculi zum Chef der Kanzlei ernannt, welche dem Vicekönige von Italien, Erzherzog Rainer, beigegeben werden ſollte. Graf Walmoden wurde dem Feldmarſchall Radetzky beigegeben, der bei der immer ſchwieriger werdenden Stimmung in der Lombardei und der feindlichen Stellung, welche die italieniſchen Staaten, namentlich Sardinien, gegen Oeſterreich einnehmen zu wollen ſchienen, unaufhörlich Verſtärkungen verlangte und dieſelben, wie der Erfolg bewies, auch ſehr nöthig hatte. Auf der andern Seite traten die in früheren Jahrhunderten oft unterdrückten und ihrer Rechte be-

raubten Ungarn auf ihrem gerade zu Preßburg verſammelten Reichstage immer entſchiedener auf und am 3ten März wurde der Antrag des Mitglieds Ludwig Koſſuth*) „auf Entwickelung des conſtitutionellen Lebens in wahrhafter Repräſentativrichtung, auf Einſetzung einer von fremdem Einfluſſe unabhängigen Regierung, welche ein Reſultat der wahren Volksmehrheit ſeyn ſolle, angenommen. Zu dieſem Zwecke betrachteten ſie die Umgeſtaltung des bisherigen Collegialregierungsſyſtems in ein verantwortliches ungariſches Miniſterium als Hauptbedingung und weſentlichſte Bürgſchaft aller Reform; aber zu der hierfür ſo nothwendigen friedlichen Entwickelung und Stärkung aller Kräfte der Geſammtmonarchie gehöre auch die Beſeitigung aller Ruheſtörungen in einzelnen Theilen derſelben, und als einziges Mittel hierzu, als Stütze für den Thron und die Dynaſtie, ſei die Umgebung deſſelben mit den von dem Zeitbedürfniſſe geforderten conſtitutionellen Einrichtungen in allen herrſchenden Verhältniſſen dringend nothwendig. Damit jene geforderten nothwendigen Verfaſſungsreformen noch im Laufe dieſer Reichstagsſitzung gelöſt und hierbei die übrigen langwierigen Unterhandlungen mit der Regierung vermieden werden könnten, möge der Kaiſer als machteigene Organe ſeines königlichen Willens und Mitglieder des höchſten Regierungsamtes Männer ſeines Vertrauens ſenden, welche die verfaſſungsmäßigen Organe der vollziehenden Gewalt abgäben und die Vollſtreckung der Geſetze unter perſönlicher Verantwortlichkeit handhabten."

Um dieſelbe Zeit ſtellten 20 Mitglieder der Böhmiſchen Stän-

*) Dieſer, ein talentvoller und beredter Advocat und glühender Patriot, war erſt vor einem halben Jahre aus dem Gefängniſſe entlaſſen worden, in welchem er wegen eines Preßvergehens längere Zeit hatt ſitzen müſſen.

de, unter denen ſich ebenfalls in den letzten Jahren auch ein ſelbſtſtändigerer und freierer Geiſt geregt hatte, bei dem permanenten Landesausſchuſſe den Antrag auf möglichſt ſchleunige Berufung der Stände, damit dieſen Gelegenheit gegeben werde, ſich in dem jetzigen ernſten Zeitpuncte um den Thron zu ſchaaren und zu jeder dem Nutzen und Frommen des Vaterlandes entſprechenden Erweiterung der ſtändiſchen Landesrepräſentation freudig und bereitwillig die Hand zu bieten.

In Wien ſelbſt, das man ſonſt das Capua*) der Geiſter zu nennen pflegte, zeigte nicht nur eine große Entmuthigung der Börſenmänner, wie ſehr man auch in Oeſterreich die beſtehenden Zuſtände gefährdet glaubte, ſondern die Theilnahme, mit welcher die Nachrichten vom Weſten aufgenommen wurden, ließ erwarten, und die Aufregung aller Gemüther ließ vorausſehen, daß die alten Künſte Metternich's dieß Mal dem kräftigen von den Nachbarſtaaten her gegebenen Anſtoß nicht würden widerſtehen können. Ein Beweis, daß man darauf dachte, ſich mit populären Elementen zu umgeben, war die Berufung des mit Metternich ſtets geſpannten Erzherzogs Johann von Grätz nach Wien zu den Staatsconferenzen. Auch verlautete, daß zur bevorſtehenden Eröffnung der niederöſterreichiſchen Stände am 22ſten, deren Ausſchuß Anträge auf Befreiung der Preſſe und Zuziehung des vierten Standes zu ihren Berathungen ſtellen wollte, der Kaiſer aus eigner Bewegung mit den Ständen eine neue Gewähr ihrer allmählig außer Uebung gekommenen Rechte in zeitgemäßer Ausübung ertheilen würde.

---

*) Die Stadt Italiens, in welcher Hannibals Soldaten im Kampfe gegen die Römer durch weichliches Leben und Ueppigkeit entkräftet und unfähig zur Ertragung der Kriegsſtrapazen gemacht wurden.

Die erſte Kundgebung des Volks ging vom niederöſterreichiſchen Gewerbevereine aus, welcher in einer in der Sitzung am 6ten angenommenen Adreſſe an den Kaiſer die Ueberzeugung ausſprach, „daß in der drohenden Gefahr nur ein feſtes inniges Anſchließen Oeſterreichs an die Intereſſen des gemeinſamen deutſchen Vaterlands und Offenheit das alte Vertrauen wieder gewinnen könne. In der Ueberzeugung, daß der Kaiſer die weiſeſten und zweckmäßigſten Mittel wählen werde, das drohende Uebel abzuwenden, ſpreche der Verein die Bereitwilligkeit aller ſeiner Mitglieder aus, Gut und Blut für das angeſtammte Kaiſerhaus zu opfern." Der in der Sitzung anweſende Erzherzog Franz Karl dankte im Namen des Kaiſers für dieſen Ausdruck der Anhänglichkeit, welchen er ſogleich dem Kaiſer mittheilen werde. „Wir haben, fügte er hinzu, nie in die Treue Zweifel geſetzt, welche Sie neuerdings an den Tag legen. Ja, es iſt nun an uns, feſtzuhalten, denn nur dann können wir zum gewünſchten Ziele gelangen." Eine zweite, mit zahlreichen Unterſchriften bedeckte Adreſſe an die Stände wurde am 9ten dem Ausſchuſſe übergeben; ſie ſprach die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit aus, daß auch Oeſterreich den Weg friedlichen und gediegenen Fortſchritts betrete. Als die Maßregeln, welche allein geeignet ſeien, der Dynaſtie und dem Geſammtvaterlande neue Kraft und neuen Halt zu verleihen, wurden bezeichnet: 1) Veröffentlichung des Staatshaushalts, 2) regelmäßig wiederkehrende Berufung einer Geſammtvertretung aller Länder der Monarchie und Theilnahme an der Geſetzgebung, 3) Preßgeſetz ohne Cenſur, 4) Oeffentlichkeit in der Rechtspflege und der ganzen Verwaltung, 5) eine zeitgemäße Municipal- und Gemeindeverfaſſung, 6) Aufnahme der bisher noch nicht oder unvollkommen vertretenen Klaſſen der Bevölkerung in die gegenwärtige ſtändiſche Verfaſſung. Die Stände, als verfaſſungsmäßiges Organ für die Bedürfniſſe des Volks, möchten in

der bevorſtehenden Landtagsſitzung dieſe Bitten bei dem Kaiſer vermitteln, die vorgeſchlagenen Maßregeln in Berathung nehmen und die geeigneten Anträge zu deren baldiger Verwirklichung an den Thron gelangen laſſen.

In einer Anſprache in der Wiener Zeitung vom 10ten erklärte der Kaiſer, er betrachte die Regierungsveränderung in Frankreich als eine innere Angelegenheit jenes Landes und wolle weder mittelbar noch unmittelbar auf die dortigen innern Verhältniſſe einwirken; Verletzungen der beſtehenden Verträge aber oder der Grenzen Oeſterreichs und des deutſchen Bundes werde er mit allen Mitteln zurückweiſen. Er werde kräftigſt dafür ſorgen, daß Oeſterreich ſich nach Innen ſtark, nach Außen geſichert und geachtet fühle; er werde aber auch darüber wachen, daß keine Beſtrebungen zum Umſturze der rechtlichen Ordnung Statt finden, und zähle hierbei auf das Vertrauen und die kräftige Mitwirkung der Stände, ſowie aller Klaſſen ſeiner Unterthanen, denen die Aufrechthaltung der geſetzlichen Ordnung am Herzen liege.

Inzwiſchen ſtieg die Kreditloſigkeit in Wien von Tag zu Tage; der Mangel an Vertrauen in der Mittelklaſſe bekundete ſich durch die ängſtliche Eile, mit welcher Alle ſich der Banknoten zu entledigen und klingende Münze dafür einzutauſchen bemüht waren; ſo daß eine Verordnung an die Gewerbe erlaſſen werden mußte, ſie ſollten im Kleinhandel die Banknoten annehmen und gegen Scheidemünze auswechſeln, da ſie jederzeit in der Nationalbank für dieſelben wieder Silber erhalten könnten. Auch veröffentlichten die Bankdirectoren zum erſten Male den Caſſenbeſtand des vergangenen Monats, um das Publikum zu beruhigen. Immer mehr ſtieg die Aufregung und von verſchiedenen Körperſchaften wurden Petitionen um Preßfreiheit und andere Reformen (repräſentative Verfaſſung, Municipalverfaſſung, ein einziges gemeinſames öſterreichiſches Parlament, engerer Anſchluß an Deutſchland,

Umgeſtaltung des Militärweſens und Bürgergarde) an die Stände unterzeichnet, welche ſchon am 13ten zuſammentreten ſollten; auf die Verhandlungen derſelben war man im höchſten Grade geſpannt. Am 12ten verſammelten ſich die Studirenden der juriſtiſchen und mediciniſchen Facultät und die Zöglinge der polytechniſchen Schule (gegen 2000) in der Aula, um eine Adreſſe an den Kaiſer um Preßfreiheit und Oeffentlichkeit der Verhandlungen in Maſſe zu überreichen. Nur auf die Verſicherung der Profeſſoren Hye und Endlicher, die Adreſſe dem Kaiſer im Namen der Studenten übergeben zu wollen, ſtanden ſie von ihrem Vorhaben ab und ſprachen nur den Wunſch aus, am folgenden Tage Antwort zu erhalten.

Am Morgen des 13ten waren die Straßen und Plätze zunächſt dem Landhauſe und dieſes ſelbſt mit Leuten angefüllt, von denen nicht die wenigſten den gebildeteren Klaſſen angehörten. Die erwähnten Petitionen der verſchiedenen Körperſchaften wurden durch Deputationen den eben zuſammentretenden Ständen überreicht; ſo auch die der Studirenden, während in den Höfen einzelne derſelben und andere junge Leute Reden über die Forderungen des Volks und die Nothwendigkeit, ſie bald verwirklicht zu ſehen, von dem Brunnen herab zum Volke hielten, das ſie begeiſtert aufnahm und die Redner im Triumph umhertrug. Ein Mitglied der Ständeverſammlung erſchien, und verkündete, die Stände ſeien mit den Wünſchen des Volks einverſtanden. Der Entwurf der ſtändiſchen Adreſſe an den Kaiſer wurde vorgeleſen, aber zu gemäßigt und ihrem Inhalte nach ungenügend befunden; einer der wortführenden Studenten zerriß ſie unter dem Jubel des Volks. Der Lärm ſtieg; die Maſſen drangen in alle Säle des Ständehauſes ein; man verlangte eine augenblickliche Erklärung der Stände und einen Zug derſelben in Maſſe zum Kaiſer. Eine zweite Deputation von Studenten wurde im Hofe ge-

wählt und drang unter Lärmen bis zum Eingange des Sitzungssaales, wo ihr einzelne Stände den Zutritt wehren wollten. Als 5 der Deputirten im Vorzimmer verschwunden waren, glaubte man sie verhaftet; das Volk rannte sogleich mit Bänken die Thüren ein, zertrümmerte Tische, Stühle, Uhren und Fenster des Vorzimmers — so daß die Stände sogar für ihr Leben fürchteten. Ein Mitglied der Deputation schlug als Bürgschaft für Herstellung der Ruhe Absetzung des Fürsten Metternich und Versetzung desselben in Anklagestand wegen Hochverraths an Volk und Kaiser vor. Dieß fand Anklang; im Triumph ward der Redner davongetragen und Alles schrie: „nach dem Palais Metternichs!" Dort hielt er Reden an die im Salon versammelten Hof- und Staatsbeamten, sowie an das Volk. Die Stände wurden indeß gezwungen, sich zum Kaiser zu verfügen und außer Anerkennung der aufgestellten Reformen auf Absetzung Metternichs anzutragen. Aber statt der Antwort erschienen bedeutende Militärmassen, besetzten die Burg und alle Zugänge und umgaben auch Metternich's Palais. Von Bürgermilitär war noch nichts zu sehen. Dieß vermehrte die Aufregung; zwei Grenadiercompagnieen wurden in der engen Herrengasse dicht zusammengedrängt und genöthigt, die Bajonette abzunehmen; man strömte zum bürgerlichen Zeughause, vermochte aber nicht dessen Thore zu öffnen. Als aber auf der Freiung durch die Unüberlegtheit eines jungen Officiers Feuer commandirt worden und Einige getödtet oder verwundet worden waren, steigerte sich der Unwille zur Wuth.

Das Volk, mit Latten, Aexten, Knüppeln versehen, wehrte sich und der Kampf dauerte bis zur Dunkelheit fort. An einzelnen öffentlichen Gebäuden wurden die Fenster zertrümmert. Am Judenplatze und auf dem Glacis bei den kaiserlichen Stallungen wurden durch einen Angriff der italienischen Cavallerie Einige aus dem Volke getödtet

oder verwundet. Die Thore waren ſchon um Mittag geſchloſſen worden und Kartätſchen ſollten an denſelben das Volk aus den Vorſtädten vom Eindringen in die innere abhalten. Dennoch drängte ſich unzähliges Volk durch die kleineren Pforten und durch das Schottenthor, welches eingeſprengt worden war; ein Theil der Burg wurde erſtürmt und die Reitſchule verwüſtet, ja ſelbſt Verſuche gemacht, Feuer anzulegen. Vor dem Burgthore und um die Vorſtadt Mariahilf hatten ſich die dichteſten Haufen geſammelt; bald waren alle Laternen zertrümmert, die eiſernen Kandelaber der Gasbeleuchtung umgeſtürzt und als Mauerbrecher benutzt, um mit denſelben das Burgthor zu ſprengen. Auf die wiederholten Salven des Militärs, welches hier viele Männer aus dem Volke niederſchoß, antwortete dieſes mit einem unbeſchreiblichen Geheul und Gebrülle und drang immer wieder vor. Zahlreiche Volkshaufen waren ſchon früher vor dem bürgerlichen Zeughauſe erſchienen und hatten deſſen Eröffnung und Vertheilung der Waffen verlangt; die Aufforderung der Studirenden an die Bürger, ſie aus demſelben ſich bewaffnen zu laſſen, hatte wegen der Unentſchloſſenheit der Bürgerſchaft keinen Erfolg. Auch zwei an den Kaiſer abgeſchickte Deputationen kehrten mit ungenügenden Antworten nach der Aula zurück und der Ruf: Waffen! Waffen! erſcholl in jeder Gaſſe. Als ſich endlich die Kunde verbreitete, in der Vorſtadt breche das Volk die Schienen der Nordbahn auf, um ſich mit denſelben zu bewaffnen, und aus dem Polizeigebäude ſei auf eine Bürgerpatrouille geſchoſſen worden — da zogen der Rector und der Decan der mediciniſchen Facultät an der Spitze der Studentenſchaft vor das Zeughaus, erlangten deſſen Eröffnung, und in einer Stunde waren 4000 Studenten bewaffnet und durchzogen im Vereine mit den Bürgerſoldaten, die ſchon am Nachmittag bei ihrem erſten Erſcheinen freudig begrüßt worden waren, die beleuchteten Straßen. Dennoch dauerte das Stürmen des Burg-

thors, das Schießen der Soldaten und das Verwüſten der kaiſerlichen Gebäude fort, als um 9 Uhr Bürgerofficiere die Straßen durcheilten und ausriefen: der Kaiſer habe in Alles eingewilligt, Metternich ſei entlaſſen und es werde noch am Abend eine Proclamation erſcheinen. Eine Deputation von Bürgern und Studenten (dieſe unter Anführung des Decans der mediciniſchen Facultät Dr. Lerch) war bis in die kaiſerlichen Gemächer gedrungen und hatte Erfüllung der Volkswünſche und namentlich Entlaſſung Metternichs verlangt, und dieſem hatte Erzherzog Johann, als er ſich weigerte abzutreten, erklärt: „und er (Metternich) trete doch ab.“

Auf dieſe Kunde gewann die Stadt ein ruhigeres Anſehen, ein Theil der Soldaten zog ab, Studenten und Bürgerſoldaten bildeten Patrouillen und zogen nach den Vorſtädten. Hier hatte das wüthende Volk die Acciſe- und Mauthgebäude an der Mariahilfer Linie in Brand geſteckt und wollte auch Niemanden zum Löſchen zulaſſen. Auch in der Vorſtadt Neubau fielen arge Arbeiterexceſſe vor. Es gelang in etwas die Ruhe herzuſtellen; aber das Schießen am Burgthore dauerte noch bis nach Mitternacht fort, mit dem tobenden Rufe: Brod! Brod! wurden in den Vorſtädten Bäckerladen geſtürmt, und gegen die Zollbeamten und Schildwachen mit Grauſamkeit verfahren.

Nach 10 Uhr erſchien eine Proclamation, welche aber nur von dem niederöſterreichiſchen Regierungspräſidenten Talaczko, nicht vom Kaiſer unterzeichnet war und darum zerriſſen und mit Füßen getreten wurde; man hörte die Rufe: Wir warten nur bis morgen!

Am 14ten berichtete die Wiener Zeitung officiell die Enthebung Metternichs von ſeiner Stelle und verhieß Reformen, welche aber nicht deutlicher bezeichnet waren; ein Comité aus Ständiſchen und Mitgliedern aus dem Bürgerſtande zur Erwägung des Zeitgemäßen ſei niedergeſetzt. Auch Erzherzog Albrecht, der den Befehl zum Feuern auf

das Volk gegeben hatte, war von seinem Commando entsetzt worden und hatte die Stadt verlassen. Die neugebildete Nationalgarde, der sich Männer aus den gebildetsten Klassen anschlossen, nahm rasch zu, vornehme Damen theilten auf den Straßen rothweiße (nicht schwarzgelbe) Kokarden aus. Die Studenten durchzogen mit der Bürgergarde die Straßen und wurden überall mit Hochs empfangen. In den Vorstädten wurden von ihnen gegen 1000 Plünderer gefangen genommen. Große Freude verbreitete um halb 11 Uhr die Nachricht, daß das Militär abziehen werde und sämmtliche Posten von der Bürgergarde und den Studenten besetzt werden sollten: auch zogen dieselben unter dem Jubel des Volks um 11 Uhr in die kaiserliche Hofburg. In der Mittagsstunde bewilligte der Kaiser die Errichtung einer Nationalgarde unter dem Commando des Ständemitglieds Graf Hoyos und ernannte den Fürsten Windischgrätz*) an der Stelle seines Oheims, Erzh. Albrecht, zum General- und Stadtcommandanten von Wien, den Grafen Montecuculi an der Stelle Metternich's zum Präsidenten des Staatsraths, Graf Colloredo sollte ihm beigegeben werden und dieser oder der (weniger beliebte) Graf Ficquelmont das Ministerium des Auswärtigen erhalten. An die Stelle des verhaßten Chefs der Policei, Sedlnitzky, sollte der freisinnige Baron Pillersdorf, an die des Oberbürgermeisters von Wien, Czapka, der Kaufmann von Arthaber treten. Aber noch immer vermißte man die erwartete Preßfreiheit; der politische Leseverein zog mit einer Fahne, welche die Aufschrift „Preßfreiheit" trug, durch die Straßen zum Josephsplatz und gab sie dort dem ehernen

*) Doch entsprach dessen Wahl nicht den Wünschen des Volks; schon am folgenden Tage wurde er durch den allgemein beliebten Fürsten Liechtenstein ersetzt.

Standbilde des Kaiſers in die Hand. Nach 4 Uhr wurde endlich bekannt gemacht, daß der Kaiſer auch Aufhebung der Cenſur und ein Preßgeſetz bewilligt habe, und eine dichtbedrängte Volksmenge, Bürgergarden und Studenten jubelten auf dem Platze vor der Hofburg.

Noch aber war das Volk nicht vollſtändig befriedigt, es verlangte verantwortliche Miniſter, und in den Vorſtädten dauerten die Exceſſe noch fort; ganze Haufen entlaſſener Fabrikarbeiter zerſtörten die Zollhäuſer, äſcherten Fabrikgebäude ein oder plünderten ſie.

Auch unter dem Volke der innern Stadt herrſchte wegen der Faſſung des Erlaſſes über die Preſſe Mißvergnügen, indem Viele unter dem verheißenen „Preßgeſetz" eben auch nur Beſtimmungen über die Cenſur verſtanden; zur Beſeitigung dieſes Mißverſtändniſſes erklärten mehrere Schriftſteller (darunter Caſtelli, Bauernfeld, Joſeph Rank, Berger) in einem „Manifeſte der Schriftſteller Wiens" vom 15ten: „ſie ergriffen hiermit von dem ihnen durch den Monarchen gewährten Rechte der freien Preſſe förmlich Beſitz und forderten alle Intelligenzen der Monarchie auf, mit ihnen die Preßfreiheit, dieſe feſteſte Grundlage alles politiſchen Fortſchritts zum Wohle des Vaterlands und zur Beruhigung der Gemüther durch thätige Betheiligung zu verwirklichen."

Am Morgen des 15ten verkündete ein Erlaß den Beſchluß des Kaiſers, er wolle die Stände der öſterreichiſch-deutſchen und ſlaviſchen Reiche, ſowie die Centralcongregationen des lombardiſch-venetianiſchen Königsreichs am 3ten Juli in der Abſicht um den Thron verſammeln, um ſich in legislativen und adminiſtrativen Fragen ihres Beiraths zu verſichern. Der Kaiſer durchfuhr mit ſeinem Bruder Franz Karl und deſſen älteſtem Sohne ohne Begleitung die Straßen, und da mittlerweile die Gemüther durch die Wahl eines den Magiſtrat verſtärkenden Bürgerausſchuſſes aus den freiſinnigſten Männern aller Stände und

Claſſen der Bevölkerung*) und durch die raſch vor ſich gehende Organiſation der Nationalgarde beruhigt worden waren, ſo wurde der Kaiſer mit lautem Jubel begrüßt. Dennoch genügte weder jene auf einen ſo entfernten Zeitpunct hinausgerückte Berufung ſtändiſcher Ausſchüſſe den Wünſchen des Volks, noch weniger aber billigte man die mit Drohungen verbundene Erklärung Talaczko's am Morgen dieſes Tages, „der Kaiſer habe geſtern (am 13ten) einige vorgetragene Bitten im Vertrauen auf die ihm von den Ständen, den Bürgern und dem akademiſchen Senate gegebene Verſicherung gewährt, daß dadurch die Ruhe und Ordnung ohne weitere Anwendung der Waffengewalt werde hergeſtellt werden. Heute würden abermals Bitten geſtellt und die nämlichen Zuſicherungen wiederholt, obgleich die Dinge ſich noch beunruhigender geſtalteten als geſtern. Die Feſtigkeit des Thrones wäre erſchüttert, wollte ſich der Kaiſer abermals täuſchenden Hoffnungen hingeben. Die zeitgemäßen Einrichtungen könnten während des Zuſtandes der Aufregung nicht berathen werden, noch weniger in's Leben treten; es liege daher im Intereſſe der Bittenden ſelbſt, ſich ruhig zu verhalten und den Zeitpunct möglicher Gewährung herbeizuführen. Feſt entſchloſſen, die Würde ſeines Thrones nicht zu gefährden, habe der Kaiſer dem Fürſten Alfred Windiſchgrätz die Wiederherſtellung und Erhaltung der Ruhe und Ordnung übertragen, ihm alle Civil- und Militärbehörden untergeordnet und erwarte von der ſtets bewährten Treue und Anhänglichkeit der geſammten Bürgerſchaft, daß ſie,

---

*) Den Ständemitgliedern von Doblhoff und von Stifft, den Profeſſoren v. Weil und Hye, den Großhändlern Meyer und L. Robert, den Buchhändlern Gerold, Beck und Artaria, den Doctoren Lerch und Schilling, den Advocaten Seiller und Bach, dem Fabrikanten Hornboſtl u. A.

vereint mit ſeinen tapfern Truppen, die Beſtrebungen zur Wiederherſtellung der öffentlichen Ruhe mit allen ihren Kräften unterſtützen würden. Auch der Fürſt Windiſchgrätz ſelbſt forderte die Bürger auf, „ſich allen Maßregeln, welche die Herſtellung und Aufrechthaltung der Ruhe und Sicherheit fordere, in Gehorſam zu fügen und dieſelben mit Muth und thätiger Mitwirkung zu unterſtützen; er rechne darauf, daß ſie im Gefühle ihres eigenen Wohls mit der zu allen Zeiten bewährten Rechtlichkeit, Anhänglichkeit und Treue mit ihm gemeinſame Sache machen würden. Er fügte die ernſte Warnung bei, jede Beleidigung der Truppen alles Ernſtes zu meiden.“ Dagegen wurde mit großer Freude die Kundmachung der niederöſterreichiſchen Stände aufgenommen, daß ſie einen proviſoriſchen Ausſchuß zu bilden beſchloſſen hätten, welcher dasjenige vorzukehren habe, was in dieſem wichtigen Augenblicke zur Beſorgung der ihnen zukommenden Geſchäfte erforderlich ſei; in denſelben ſollten 12 Mitglieder aus ihrer Mitte treten und 12 Bürger Wiens durch das heute gebildete Bürgercomité ſogleich gewählt werden.

Am Nachmittag des 15ten erſcholl die Kunde, daß Erzherzog Stephan und bald nach ihm die Deputation des ungariſchen Reichstags, den talentvollen Koſſuth an der Spitze, von Preßburg gekommen ſei, um dem Kaiſer die am 3ten beantragte Petition des Reichstags zu übergeben, in welcher ſie ihn um Ertheilung einer Conſtitution und um Ernennung verantwortlicher Miniſter am Sitze des Reichstags baten. Durch die dichtgedrängten Straßen zog ſie von tauſendſtimmigem Jubel begleitet und noch größer wurde derſelbe unter den Bewohnern Wiens, als bald darauf die lang erſehnte Gewährung einer Conſtitution bekannt wurde. Der hierauf bezügliche Erlaß, vom Kaiſer ſelbſt unterzeichnet, verkündete, „die Preßfreiheit ſei durch den Erlaß wegen Aufhebung der Cenſur in derſelben Weiſe gewährt, wie in allen

Staaten, wo sie bestehe; eine Nationalgarde, errichtet auf den Grundlagen des Besitzes und der Intelligenz, leiste bereits die ersprießlichsten Dienste; wegen Einberufung von Abgeordneten aller Provinzialstände und der lombardisch-venetianischen Centralcongregationen in der möglichst kürzesten Frist mit verstärkter Vertretung des Bürgerstandes und unter Berücksichtigung der bestehenden Provinzialverfassungen zum Behufe der beschlossenen Constitution des Vaterlandes sei das Nöthige verfügt. Der Kaiser erwarte daher, daß die Gemüther sich beruhigen, die Studien wieder ihren geregelten Fortgang nehmen, die Gewerbe und der friedliche Verkehr sich wieder beleben würden und vertraue dieser Hoffnung um so mehr, da er sich heute in der Mitte der Bürger überzeugt habe, daß die alte seit Jahrhunden seinem Hause bewiesene Treue und Anhänglichkeit sie noch jetzt wie von jeher beseele. Die nächste Wirkung dieses Erlasses war große Freude und endloser Jubel der Bevölkerung, welche in dichten Massen der Hofburg zuwogte, um dem Kaiser den Dank dafür darzubringen; der Magistrat und der Bürgerausschuß richteten eine Dankadresse an den „constitutionellen Kaiser"; bald öffneten sich wieder alle Gewölbe und Läden in Folge einer Aufforderung der städtischen Behörde und der gewöhnliche Geschäftsverkehr fand wieder Statt. Am Abend zog ein großer Fackelzug von zahlreichen Nationalgardisten geleitet von der Universität über den Stephansplatz, Graben, Kohlmarkt, Michaelsplatz, Josephsplatz, die Kärnthnerstraße entlang und über den Stephansplatz zurück nach dem Locale des juridisch-politischen Lesevereins.

Am nächsten Tage (den 16ten) veröffentlichte Graf Hoyos die nöthigen Verordnungen über die Organisation und den Dienst der Nationalgarde und erließ an dieselbe einen Tagsbefehl, in welchem er ihren bisherigen Diensteifer und ihre Begeisterung lobte, sie zur Aufrechthaltun der Ordnung in würdiger Ruhe, zur wohlverstandenen Geduld

zum aufrichtigſten Vertrauen gegen ihn aufforderte und die Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten der Compagnie-Commandanten bezeichnete. Zugleich mahnte er ſie, am Nachmittage des 17ten ohne Rachegefühl als treue Freunde den Särgen der gefallenen Brüder zu folgen und in ihrem Geiſte zu handeln, da dieſe ja doch im Leben ſchon das aufopferndſten Seelenadels fähig geweſen ſeien.

Auch an dieſem und den folgenden Tagen wirkte die Nationalgarde im Vereine mit der ſchon von früherher beſtehenden uniformirten Bürgergarde, welche Windiſchgrätz gleichfalls unter das Commando des Grafen Hoyos geſtellt hatte, zur Herſtellung der geſetzlichen Ordnung und für Sicherheit der Perſon und des Eigenthums in den Vorſtädten, aus denen ſie fortwährend Uebelthäter einbrachten.

Am Nachmittag des 17ten geleitete ein unüberſehbarer Zug von Bürgern und Nationalgarden, dem ſich ein großer Theil der übrigen Bevölkerung Wiens angeſchloſſen hatte, die 28 Leichen der am 13ten Gefallenen *) bei der zerſtörten Mariahilfer Linie vorbei nach dem Schmelzer Friedhofe. Den ſieben Leichenwagen voran zog die Geiſtlichkeit und Vertreter der Nation aus allen Ständen; am Grabe hielten die Profeſſoren Füſter und Joſeph Neumann und der israelitiſche Prediger Manheimer ergreifende Reden (da zwei Israeliten unter den Gefallenen waren) und während des Geſangs eines Pſalms und zweier Chöre des Männergeſangvereins wurden die 17 Särge in das gemeinſchaftliche Grab geſenkt.

---

*) Sieben ſind ſpäter im Spital an ihren Wunden geſtorben. Am Jahrestage des Kampfes 1849 hatte die Rohheit der Militärbehörden in der ſeit 5 Monaten im Belagerungszuſtande gehaltenen Stadt die Hügel der Gefallenen der Erde gleich gemacht und ſchwarz gekleidete Studenten, welche einer Todtenmeſſe beiwohnen wollten, wurden verhaftet!

Schon am 16ten war das Vertrauen der Börsenmänner wieder hergestellt und alle Papiere waren gestiegen, die 5procentigen Metalliques auf 90¼, die Actien der Ferdinands-Nordbahn sogar bis auf 100, höher als sie in den letzten Tagen vor der Bewegung gestanden hatten. Metternich, Czapka, Sedlnitzky, welche die Rache des Volks fürchteten, waren verschwunden! Auch die Ligorianer, denen man am 14ten einen unfreundlichen Besuch abstattete, verließen am 15ten ihren Convent.

Am 18ten berichtete die Wiener Zeitung schon, daß am 17ten ein verantwortlicher Ministerrath für die Vollziehung und Durchführung der im Patente vom 15ten ausgesprochenen Grundsätze gebildet worden sei, bestehend aus dem Minister des Auswärtigen und des Hauses, dem des Innern, der Justiz, der Finanzen und dem Minister des Kriegs. Ein vom Kaiser zu bestimmender Ministerpräsident solle den Vorsitz führen. In den Personen, die zu den einzelnen Posten ernannt wurden, fand in der ersten Zeit noch großes Schwanken Statt; am 19ten bezeichnete man, nachdem der Staatsminister Graf Kollowrat allen seinen Stellen entsagt hatte, wurde Graf Colloredo-Walsee, der früher Gesandter in Petersburg gewesen war, als Präsident bezeichnet, Minister des Aeußeren Graf Ficquelmont, des Innern der Hofkanzler Freiherr von Pillersdorf, der Finanzen Frh. von Kübeck, der Justiz Frh. v. Sommaruga; der des Kriegs war noch nicht ernannt. Am 21sten verkündete die Wiener Zeitung diese Ernennungen *), nachdem schon Tags vorher durch ein Handbillet des Kaisers für alle politischen Vergehen (namentlich den Theilnehmern an dem galizischen Aufstande 1846 und an den früheren Erhebungen in der Lombardei) Amnestie

*) Doch erhielt Taaffe das Justizministerium und v. Sommaruga das neugebildete Ministerium des Cultus.

bewilligt und Niederſchlagung der noch im Gange befindlichen Unterſuchungen angeordnet worden war. Am 27ſten erhielt Graf Münch-Bellinghauſen ſeine Entlaſſung als Präſidialgeſandter beim Bundestage, und wurde durch Graf Colloredo-Walſee erſetzt. Auch der Oberſtburggraf von Böhmen, Graf Rud. Stadion, reichte ſeine Entlaſſung ein.

Die ungariſche Deputation, welche am 15ten angekommen war, und von der Bevölkerung vielfache Beweiſe der begeiſtertſten Theilnahme und der wärmſten Zuneigung erhalten hatte, begab ſich am folgenden Tage zum Kaiſer, der ihnen in den huldvollſten Ausdrücken die Gewährung aller ihrer Wünſche zuſagte und den Führer der Reichstagsoppoſition, Graf L. Bathyany, mit Bildung eines ungariſchen Miniſterium beauftragte. Der bisherige altariſtokratiſche Kanzler von Ungarn, Graf Appony, war ſchon zwei Tage vorher abgetreten. Der Palatinus Erzherzog Stephan, der ſich für Ungarns Wünſche nachdrücklich verwandt hatte, wurde zum außerordentlichen und bevollmächtigten Commiſſär für Ungarn ernannt, mit welchem ſich Graf Bathyany in Einvernehmen ſetzen ſollte. Man bezeichnete die Grafen Szechenyi und Teleki, Baron Eötvös, Koſſuth und Déak als diejenigen, welche in das Miniſterium eintreten würden. Am 17ten kehrte die Deputation nach ihrer Heimath zurück, wo inzwiſchen in Folge von Reibungen zwiſchen den Anhängern der alten Conſtitution und der Partei Koſſuth's große Aufregung entſtanden war; in mehreren Städten (Tyrnau, Preßburg, ſpäter auch in Peſth) fanden bedauerliche Exceſſe gegen die Juden Statt. In der Hauptſtadt Peſth, wo man mit der von der Ständetafel angenommenen Adreſſe ſehr unzufrieden war, weil in derſelben Preßfreiheit, Gleichheit vor dem Geſetze und andere wichtige Puncte nicht berührt ſeien, war am 14ten in einer vom Oppoſitionsclub veranſtalteten Verſammlung von Bürgern und

jüngeren Leuten eine Petition um 12 Puncte beantragt worden: 1) ein verantwortliches Miniſterium; 2) allgemeine Beſteuerung; 3) Preßfreiheit; 4) Regelung der Urbarialverhältniſſe; 5) Volksrepräſentation; 6) Gleichheit vor den Geſetzen, auch in religiöſer Hinſicht; 7) Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens; 8) Volksbewaffnung; 9) Vereidigung der Armee auf die Conſtitution; 10) keine Verwendung der ungariſchen Armee außer den Grenzen des Reichs; 11) keine Berufung fremder Truppen in das Reich; 12) Union. Doch wurde auf den Antrag Klauzál's, welcher ſich, ſowie der Reichstagsabgeordnete Nyari, gegen die extemporirte Adreſſe erklärte, beſchloſſen, erſt den Grafen Bathyany zur Ausſchreibung einer allgemeinen Sitzung des Clubs aufzufordern und von dieſer Sitzung aus Aufrufe an die Comitate und Städte zur Unterſtützung einer ſolchen Petition ergehen zu laſſen. Noch an demſelben Tage gelangte die erſte Kunde von den Auftritten in Wien nach Peſth und erregte die größte Freude.

Aber ſchon am folgenden Tage (den 15ten) nahm die Reformbewegung zu; ein großer Volkshaufe zog vor das Rathhaus, wo Magiſtrat und Bürgerausſchuß verſammelt waren, und nöthigte ſie, die Petition zu unterzeichnen; zunächſt verſprachen ſie, ihre Sitzungen öffentlich zu halten, was ſchon am 16ten geſchah. Von da wollte der Haufe nach Ofen, um die Adreſſe der Statthalterei zu übergeben, als der Vicepräſident Almaſy erſchien und berichtete, der Reichstag habe die Beſchlüſſe der Ständetafel, Preßfreiheit, verantwortliches Miniſterium u. ſ. w. angenommen, was große Freude erregte. Dennoch zog der Haufe nach Ofen, erlangte von den Commandanten Lederer die Befreiung des wegen Preßvergehens ſeit zwei Jahren verhafteten Advocaten Stanſcits und führte ihn im Triumphe in einem von Menſchen gezogenen Wagen nach Peſth ins Nationaltheater. Am Abend verſahen die Bürger die Wachen und patrouillirten durch die Stadt

am 16ten forderte ein Sicherheitsausschuß (den zweiten Bürgermeister an der Spitze) alle Patrioten zur Betheiligung an der Bürgergarde auf, welche sich rasch um 1500 Mann verstärkte. An demselben Tage erschienen schon die Zeitungen ohne Censur, nachdem Tags zuvor alle Censoren ihre Entlassung gegeben hatten.

In großer Schnelligkeit folgten auf dem Preßburger Reichstage die freisinnigsten Beschlüsse; so hatte derselbe schon vor der Abreise der Deputation die gleichmäßige Vertheilung aller Steuern und öffentlichen Lasten ohne Unterschied des Standes, die Aufhebung der Urbariallasten und bäuerlichen Giebigkeiten mit Entschädigung der Grundbesitzer auf Staatskosten, die Ertheilung einer verhältnißmäßigen Vertretung an die Städte noch auf diesem Landtage, und die Erklärung der Abgeordneten nicht für Repräsentanten der Comitate, sondern für Vertreter des ganzen Volkes beschlossen. In den folgenden Sitzungen nach der Rückkehr der Deputation von Wien nahm der Reichstag mit großer Raschheit eine Anzahl Beschlüsse von gleicher Wichtigkeit an, um bis zu seinem Schlusse am 1sten April noch allen vom Geiste der Zeit geforderten Reformen Gesetzeskraft ertheilen zu können.

Aber auch in den andern Provinzen der Monarchie begann es sich zu regen. In Prag, wo sich längst der Geist der Opposition als specifisches Slaventhum geregt und auf Wiederbelebung der czechischen Nationalität hingearbeitet hatte, wo selbst deutsch redende und aus deutschen Familien stammende Sonderlinge sich als eifrige Czechen geberdeten, hatten in denselben Tagen, wie in Wien, unruhige Auftritte Statt gefunden; die Bewilligungen aus Wien riefen zwar große Freude hervor und es fehlte nicht an Bestrebungen Vernünftiger (z. B. der Schriftsteller Prags in einer Erklärung in der Prager Zeitung vom 24sten März), welche sich für Gleichberechtigung der deutschen und der czechischen Bevölkerung aussprachen und von Störung der Ein-

tracht abmahnten; aber schon in den nächsten Wochen stieg der Uebermuth der czechischen Partei, welche auch ein verantwortliches Ministerium in Prag verlangte und endlich gar eine Absonderung Böhmens von Deutschland*) und engere Verbindung mit der slavischen Bevölkerung der übrigen Provinzen zu einem slavischen Gesammtstaate beanspruchte! Dieß führte zuletzt im Junius zur Berufung einer Versammlung von Slaven aus den verschiedenen Theilen der Monarchie, welche sich freilich unter einander nicht verstanden und daher die deutsche Sprache zum gemeinsamen Verständigungsmittel anwenden mußten; aber noch vor dem Schlusse des Congresses trat in Folge der durch sie vermehrten Aufregung der Aufstand am 12ten Junius ein, der nur durch die Energie des Fürsten Windischgrätz bezwungen werden konnte.

In Lemberg, der Hauptstadt Galiziens, hatten die Bewilligungen aus Wien ebenfalls große Freude verursacht; am 20sten war die ganze Stadt illuminirt und viele Transparents trugen die Aufschrift: Es lebe Polen! Es lebe der constitutionelle König von Polen! Am 22sten Nachmittags versammelten sich die Studenten und die Schüler der Gewerbschule vor dem Palaste des Gouverneurs, Graf Stadion, der ihnen und den Bürgern Schußwaffen auszuliefern verhieß, wenn sie einen Revers unterschrieben, „daß sie den Kaiser von Oesterreich als König von Polen anerkennten, daß sie sich der Waffen nur gegen die Feinde des Vaterlandes bedienen wollten, daß sie die Deutschen und Israeliten als gleichberechtigte Brüder ansähen u. s. w.“ Die nach Ankunft des Jaroslawer Waffendepots bewaffneten Bürger

*) Daher sie auch, selbst in Prag, die deutsche Bevölkerung durch Einschüchterung von der Vornahme von Wahlen zur deutschen Nationalversammlung abhielt, und hinterdrein, nachdem sie sich gefügt hatten, ein großes Verbrüderungsfest mit den Deutschen beging!

und Studenten, welche dieſer Bedingung Genüge geleiſtet hatten, durchzogen die Stadt; Tücher und Fahnen wehten, Blumenkränze wurden ihnen herabgeworfen, und das Volk rief: Es lebe die Nationalgarde! Es lebe die Jugend Polens! Es lebe der König von Polen!

Auch die Slaven in den ſüdlichen Provinzen des Königreichs Ungarn, in Dalmatien, Kroatien und Slavonien regten ſich und verlangten eine ſelbſtſtändige Stellung; am 29ſten kam eine Deputation dieſer drei bisher auf dem ungariſchen Reichstage nur ungenügend vertretenen und durch Einführung der magyariſchen Sprache ſeit 1844 ſchwer gekränkten Königreiche in Wien an, welche als „Forderung der Nation" 30 Puncte erledigt haben wollte, darunter: nationale Unabhängigkeit der Königreiche (Trennung von Ungarn), ein eigenes, ihrem Landtage verantwortliches Miniſterium, Einführung ihrer Nationalſprache in der Verwaltung, Errichtung einer Univerſität in der Hauptſtadt Kroatiens Agram, Preß-, Glaubens-, Lehr- und Redefreiheit, Vertretung des Volks auf Grundlage der Gleichheit ohne Unterſchied des Standes, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Rechtsverfahrens, gleichmäßige Vertheilung der Laſten, Verbleiben der Nationaltruppen im Lande in Friedenszeiten, Ernennung der Landesſöhne zu Officieren deſſelben und Commando in der Landesſprache, Entfernung des fremden Militärs, Vereins-, Verſammlungs- und Petitionsrecht, Aufhebung des Cölibats und Einführung der Landesſprache in die Kirche.

Und während die huldreichen Antworten, welche man der Agramer Deputation ertheilte, Verheißungen enthielten, deren Erfüllung eine Verletzung der Verfaſſung des Königreichs Ungarn und darum eine Auflehnung der ſtolzen und jetzt faſt für ſelbſtſtändig erklärten Nation herbeiführen mußte — hatte gerade die Nachricht von den Wiener Er-

eigniſſen und von den kaiſerlichen Bewilligungen in Mailand am 18ten und bald nachher in den benachbarten Städten der Lombardei eine Erhebung des Volkes herbeigeführt, welche im Bunde mit den die Grenze überſchreitenden Truppen König Karl Alberts von Sardinien dem Kaiſerſtaate ſeine reichſte, einſt mit ſchwerem Kampfe und großen Opfern*) erkaufte Provinz jenſeits der Alpen zu entreißen drohte! Hier war ſchon im vergangenen Jahre die Unzufriedenheit gegen den Druck Oeſterreichs fortwährend geſtiegen, beſonders ſeit den freiſinnigen Reformen Papſt Pius' IX.; die Aufregung hatte zugenommen nach dem heldenmüthigen Kampfe der Sicilianer ſeit dem 12ten Januar 1848, deren ſchönſte Städte Palermo und Meſſina von ihren Citadellen aus beſchoſſen und zum Theil eingeäſchert worden waren; ſowie ſeit der Ertheilung einer freiſinnigen Conſtitution für Sicilien am 27ſten Januar**), für Sardinien am 8ten, für Toscana und das Königreich Neapel am 11ten Februar. Immer mehr hatte in Mailand ſeit den erſten Tagen des neuen Jahrs die Erbitterung zwiſchen den öſterreichiſchen Soldaten und den Italienern zugenommen, welche letzteren, um die Einkünfte der Regierung zu ſchmälern, ſich nicht nur des Rauchens von Cigarren enthielten (weil die Regierung das Monopol des Tabakhandels hat), ſondern auch anderen dieß auf der Straße verwehren wollten, ja ſelbſt den vom Feldmarſchall Radetzky abſichtlich mit Cigarren beſchenkten Grenadieren, was natürlich häufige Rau-

*) Oeſterreich hatte dafür im erſten Pariſer Frieden 1814 ſeine Anſprüche auf die niederländiſchen Provinzen, das jetzige Königreich Belgien, welche es ſeit dem Utrechter Frieden 1713 beſeſſen hatte, aufgegeben.

**) Die indeß nicht angenommen wurde, vielmehr erklärten die Sicilianer den König von Neapel am 13. April des Thrones für verluſtig und wählten am 10. Jul. den Herzog von Genua, den zweiten Sohn des Königs von Sardinien.

fereien und Conflicte herbeiführen mußte. In der letzten Hälfte des Februar (am 22ſten) hatte endlich auf nachdrückliches Anſuchen des Commandirenden Radetzky die Regierung das Standrecht in Mailand verkündigen laſſen. Dennoch trat nicht ſofort ein, was man als Folge der Kunde von den Pariſer Ereigniſſen hätte erwarten können; vielmehr ſchien es, als wenn die italieniſchen Adeligen, von denen hauptſächlich die Bewegung geſchürt wurde (denn das Volk befand ſich materiell ſehr wohl), durch den Charakter der Pariſer Bewegung und durch die dort zur Herrſchaft gelangten ſocialiſtiſchen Elemente erſchreckt von einer Schilderhebung für ſich ähnliche Folgen gefürchtet hätten, wie ſie zwei Jahre vorher der polniſche Adel in Galizien ſich zugezogen hatte: eine von den öſterreichiſchen Beamten begünſtigte, wenn nicht gar hervorgerufene Gegenrevolution der Bauern gegen ihre Herrn. Darum näherten ſie ſich wieder etwas dem Vicekönige Erzherzog Rainer. Aber die Anſteckung von den Nachbarſtaaten Toscana und Savoyen (wo Livorno und Genua die Heerde der Bewegung waren) und die Ausſicht auf die Unterſtützung Karl Alberts (der einſt (1821) als Prinz von Carignan mit den Carbonaris geliebäugelt und ſie dann an die Fürſten verrathen hatte, jetzt wieder mit den mittelitalieniſchen Staaten einen Zollverein ſtiften wollte und die Obergewalt Oeſterreichs in Italien brechen zu können hoffte) überwog ihre Bedenklichkeit; und als die Verhaftungen und ſelbſt einzelne Hinrichtungen*) in Mailand fortdauerten, begann der Kampf am 18ten in der Stadt bald nach der erſten Bekanntmachung der telegraphiſchen Nachricht aus Wien.

*) So wurden am 12ten zwei der Theilnahme an einer Verſchwörung angeklagten Grenadiere des italieniſchen Regiments verhaftet, welches deßhalb auch am 13ten die Stadt verlaſſen mußte, weil man eine Empörung deſſelben zu Gunſten ſeiner Kameraden fürchtete.

Vielleicht mochten gerade die Nobili fürchten, daß die verheißenen Freiheiten die Mehrzahl der Bevölkerung zufrieden ſtellen, alſo die öſterreichiſche Herrſchaft wieder befeſtigen und ſo die von ihnen erſehnte Vereinigung Italiens in die Ferne rücken möchten; auch mochte wohl Radetzky, deſſen Freude über die vom Volke erzwungene Nachgiebigkeit ſeines Kaiſers nur gering ſein konnte, es verſäumt haben, Alles mitzutheilen, was Vertrauen auf die Dauer der Freiheit erwecken konnte (namentlich ſcheint er den Sturz des verhaßten Metternich verſchwiegen zu haben). Um 1 Uhr war es noch ziemlich ruhig, doch zeigten ſich ſchon zahlreiche Volkshaufen auf den Straßen; um 2 Uhr begann man mit einem Male auf verſchiedenen Thürmen Sturm zu läuten, worauf die Truppen ſich concentrirten und nach dem vor den Thoren der Stadt gelegenen Caſtelle zurückzogen. Ein großer Volkshaufe, mit Gewehren bewaffnet, drang in das Gubernialgebäude, in welchem die vom Vicepräſidenten Grafen O'Donnell berufene lombardiſche Centralcongregation verſammelt war, und richtete dort viele Verheerungen an. Einige von dem Grafen ausgehende gedruckte Kundmachungen waren nicht im Stande, das Volk zu beruhigen — als mit einem Male ein Anſchlag ohne geſetzliche Form erſchien, welcher die Niederſetzung einer proviſoriſchen Regierung und die Aufhebung der Polizeibehörde erklärte. Da verließen die Truppen das Caſtell, rückten gegen die theilweiſe ſchon in den Straßen errichteten Barrikaden vor und zerſtörten dieſelben durch Kanonenſchüſſe. Die Anforderung des Podeſtà von Mailand, man ſolle die Beſchützung der Stadt einer Guardia civica (Bürgergarde, wie ſie in anderen italieniſchen Staaten ſchon ſeit längerer Zeit beſtand) anvertrauen, wurde nicht beachtet. Am Abend dieſes Tages gelang es den Truppen, das Municipalgebäude einzunehmen und die Mitglieder des neugebildeten Comité zu zerſtreuen; um 10 Uhr waren die Straßen vom Volke geleert.

Aber in den folgenden Tagen wurde der Kampf hartnäckig fortgesetzt und Radetzky zog es vor, nach heftigem Kampfe die Truppen aus der Stadt zu ziehen und dieselbe einzuschließen und zu beschießen. Da inzwischen auch in andern Städten, namentlich in Bergamo, Como und Pavia, die Bevölkerung sich erhoben und die Truppen aus der Stadt gedrängt hatte (aus Bergamo waren sogar mehrere Tausende den Mailändern zu Hülfe gekommen und hatten die österreichischen Belagerungslinien durchbrochen) und da auch die Annäherung des piemontesischen Heers von der Grenze her erwartet werden mußte, so verließ Radetzky nach fünftägigem Kampfe in der Nacht vom 22. zum 23. das Castell und zog sich auf der Straße nach Lodi zurück, um Pizzighetone und Mantua zu erreichen und seine Truppen zu concentriren, bis er hinreichende Verstärkung an sich gezogen hätte. Auch überschritt am 23sten das piemontesische Heer die Grenze und eine Proclamation des Königs Karl Albert (der nun das „Schwert Italiens" genannt ward) in der piemontesischen Zeitung vom 24sten an die Völker der Lombardei und Venedigs verkündete seine Bereitwilligkeit, „aus Stammesliebe, aus Verständniß der Zeiten mit seinen Truppen ihre Bestrebungen zu unterstützen, da die Geschicke Italiens reiften." Als äußeres Zeichen seiner Gesinnung verordnete er, daß seine Truppen bei dem Betreten des lombardisch-venetianischen Gebiets das Wappenschild Sardiniens auf der dreifarbigen (grünrothweißen) Fahne Italiens führen sollten.

Denn auch in Venedig — wo am 18ten die Verkündigung der Constitution einem im Entstehen begriffenen Kampfe zwischen dem Volke und den Soldaten ein rasches Ende gemacht und die größte Freude erregt hatte, als der wohlwollende und nicht unbeliebte Gouverneur Graf Palffy die Nachricht im Theater verkündigte — war die Aufregung benutzt worden, und am anderen Tage zwei seit dem 20. Jan.

verhaftete Patrioten, Manin und Tommaseo *), aus dem Gefängnisse befreit worden, indem man das Portal desselben mit Gewalt zertrümmerte, worauf jene Beiden von ihren Kerkermeistern selbst herausgeführt, vom Volke im Triumph auf den Marcusplatz getragen wurden und einige begeisternde Worte an dasselbe richteten. Nach zwei Tagen, während welcher die Behörden die Constitution nicht proclamirten, zog das Volk unter die Fenster des Gouverneurs; einige Abgeordnete des Volks und mehrere Mitglieder des Stadtraths gingen zu ihm hinauf, um die versprochene Constitution und die Bürgerwehr zu erbitten. Einige un-

*) Ersterer, ein durch Talent und Beredtsamkeit ausgezeichneter Advocat, hatte sich schon früher durch sein muthiges Auftreten für das durch Intriguen bedrohte Interesse der Actionäre der Venedig-Mailänder Eisenbahn bekannt gemacht und Achtung erworben; Letzterer, ein in Dalmatien geborner patriotischer Schriftsteller, hatte schon der italienischen Gelehrtenversammlung in Venedig im Herbst 1847 einen Antrag auf Beistimmung zu einer Petition für unverkürzte Ausübung des freisinnigen Josephinischen Censurgesetzes gemacht, und als dieser keine Unterstützung fand, dieselbe von einer Versammlung von Venetianern im Athenäum am 23. Dec. 1847 unterzeichnen lassen, was diese mit Eifer und Begeisterung thaten. Später gingen Manin und Tommaseo weiter, und erinnerten im Bunde mit einer Anzahl junger Schriftsteller die österreichische Regierung an die 1815 gegebenen Versprechungen und die zwischen den verbündeten Mächten damals abgeschlossenen Verträge in Betreff der Unabhängigkeit Italiens; und nach einem Kampfe zwischen dem Volke und den Soldaten in Treviso erließ Tommaseo ein Umlaufsschreiben an die Bischöfe der venetianischen Staaten, in welchem er sie um Vermittelung zwischen dem Volke und der öffentlichen Gewalt ersuchte. Gleich darauf wurden er und Manin verhaftet. Ihre Freunde organisirten nun ein Centralcomité, welches über die Gleichgesinnten in den verschiedenen Stadttheilen eine geheime, aber mächtige Herrschaft übte.

bestimmte Worte, welche Graf Palffy herausstotterte, wurden dem Volk als Bewilligung ausgelegt und Hochs auf beide Errungenschaften ausgebracht. Da rief, was die Führer der Bewegung weder beabsichtigt, noch geahnt haben mochten, eine Stimme aus dem Volke: „Nieder mit der Regierung!" und diese fand tausendstimmigen Widerhall. Zahlreiche Schaaren hatten die den Palast umgebenden Straßen besetzt und Einzelne erkletterten selbst das Gebäude. Da stellten sich Croaten am Eingange des Palastes auf und schossen, als mehrmalige Aufforderungen, sich zurückzuziehen, keinen Erfolg hatten, auf das Volk, welches durch den geringen Schaden (nur ein Mann und drei Kinder waren von den Schüssen gefallen) muthig gemacht, die Soldaten mit Steinen angriff und in das Innere des Gebäudes zurückdrängte.

Am folgenden Morgen sammelten sich (gehorsam den Befehlen ihrer Führer, welche am Abend vorher die Verabredung getroffen hatten) dichte Haufen vor dem großen Arsenale, welches für sich eine kleine schwer einnehmbare Stadt bildet. Auf den Ruf: „Nieder mit der Regierung!" wurden ihnen von den günstig gestimmten Arbeitern im Innern die Thore geöffnet; und das Volk benutzte diesen leichten Sieg, um den herrischen, am meisten gehaßten Oberbefehlshaber der Marine, Oberst Marinovich, aufzusuchen, und an ihm Rache zu üben. Auf der Flucht durch die Gänge des großen Gebäudes erkannte ihn ein Arbeiter, verwundete ihn mit einem Schlosserwerkzeuge tödtlich — und als ihn zwei Officiere hinweg auf einen hohen Thurm geschleppt hatten, folgte ein durch das Geschrei jenes Arbeiters herbeigezogener Haufe Wüthender der Blutspur, riß ihn aus den Händen seiner Freunde und schleifte ihn die Treppe hinab über den Hof; doch bemerkten sie bald, daß sie eine Leiche in den Armen hielten. Da erschien Manin im Arsenal und rief durch zürnende Worte den Haufen

zum Ernst und zur Mäßigung zurück. Aber ein Ruf ertönt: „Es lebe die Republik!" und auch dieser findet zahlreichen Wiederhall durch die ganze Stadt. Eine Anzahl junger Leute rudern nach den Forts und erzwingen nach kurzem Gefechte deren Uebergabe. Das Volk strömt vor das Haus des Gouverneurs, den der Stadtrath und andere einflußreiche Männer, ja selbst seine fromme Gemahlin, mit Bitten bestürmen, die Stadt zu verlassen. Nach langem Bedenken erwiedert er: Ich habe nicht das Recht zu thun, was Sie von mir erbitten, aber ich lege, wie mir gestattet ist, meine ganze Amtsgewalt in die Hände des Militärcommandanten, des Grafen Zichy, nieder. Zu diesem begiebt sich nun der Haufe — einem Manne, der zwanzig Jahre in Italien gelebt und einst eine schöne Mailänderin aus bürgerlichen Stande geheirathet hatte — und trägt ihm dieselben Bitten vor. Nach schwerem innerem Kampfe erwiedert er bleich und mit erstickter Stimme: „Ich könnte Ihre Straßen mit Blut überschwemmen; ich werde es nicht thun. Sie verlangen, ich soll Italien verlassen; vielleicht unterzeichne ich mein Todesurtheil*). Es sei. Ita-

*) Diese Erwartung ging nicht in Erfüllung. Er wurde vor ein Kriegsgericht gestellt, zu 8 Jahren Festung verurtheilt und vor wenig Monaten verlautete, daß er — wahrscheinlich aus Rücksicht für den ihm nahe verwandten Fürsten Windischgrätz, der für Hochadelige ein anderes Strafmaß kennt, als für Bürgerliche — begnadigt und in Ruhestand versetzt worden sei. Später verlautete indeß, er sei 1849 zum Verlust seiner Stellen und Orden und zehn Jahren Festungsarrest verurtheilt worden. In dem Vertrage, welchen die provisorische Regierung von Venedig mit dem Militärcommandanten abschloß, war ausbedungen, daß die deutschen und kroatischen Truppen nach Triest eingeschifft werden, Munition und Cassen aber zurückbleiben sollten. Die provisorische Regierung sollte allen kaiserlichen Beamten ihren Gehalt auf drei Monate zahlen, für Einschiffung derselben, Schutz ihrer Familien, ihres Eigenthums u. s. w

lien erinnere ſich ſtets daran, daß ich ihm meine Schuld der Dankbarkeit bezahlt habe; und häuft es ſeine Verwünſchungen über den Häuptern der Soldaten Oeſterreichs, ſo nehme es meinen Namen davon aus". Gleich darauf unterzeichnete er den Befehl, daß die Truppen Venedig verlaſſen ſollten; 1500 italieniſche Soldaten, die von ihren Führern vor dem Abzuge verabſchiedet worden waren, blieben in der Stadt zurück, in welcher nun die Republik von Sanct Marcus ausgerufen wurde; Manin wurde Präſident, Tommaſeo Miniſter des öffentlichen Unterrichts, Camerata der Finanzen, Pincherle des Handels, Solera des Kriegs, Paolucci des Innern und Paleocarpa der öffentlichen Arbeiten. Statt der von Tommaſeo vorgeſchlagenen Berufung von Abgeordneten der freiwillig beigetretenen Provinzen zu einer geſetzgebenden und conſtituirenden Verſammlung, von welcher Manin in einer dringende Thätigkeit und raſches Vorſchreiten fordernden Zeit Hemmung und Unſicherheit fürchtete, vereinigten ſie ſich zur Bildung eines Staatsraths aus drei Abgeordneten aus Venedig und ebenſo vielen aus jeder Provinz, welche am 1ſten April berufen, am 10ten zuſammentreten ſollten. Aber die Proclamirung der Republik war — gegenüber der Zurückhaltung der Lombarden in Betreff der Verfaſſung, welche ſie ihrem Staate geben wollten, und noch mehr gegenüber den gegen Oeſterreich jetzt auch feindlich auftretenden königlichen Regierungen, namentlich dem Könige von Sardinien, dem Einzigen, der ein tüchtiges Heer hatte, um die neue Freiheit gegen die disciplinirten Truppen Oeſterreichs zu beſchützen und, der ein Königreich Oberitalien bilden zu können hoffte — ein großer Fehler zu nennen, der auch der neuen Regierung die Sympathieen der Nachbarſtaa-

---

ſorgen und der Graf Zichy zurückbleiben, bis der ganze Tractat vollzogen wäre, dann aber auf einem Dampfboot eingeſchifft werden.

ten verkümmerte und viele Verlegenheiten bereitete. Für Oesterreich freilich war der unerwartete Verlust der wichtigen und schwer einnehmbaren Stadt schon darum ein schwerer Verlust, weil er dem Staate den größeren Theil seiner Seemacht — 4 Corvetten, 6 Briggs und 2 Goeletten — und fast alles Kriegsmaterial für dieselbe kostete*). —

Das ganze Land nördlich vom Po zwischen dem Flusse Ticino, den die Piemontesen eben überschritten hatten, und dem adriatischen Meere schien sich erhoben zu haben und die Armee Radetzky's auf ihrem Zuge nach dem festen Mantua aufreiben oder zersprengen zu wol-

) Unter diesen Umständen wäre der Abfall von Triest, dessen Bevölkerung viele italienische Elemente enthält, doppelt schmerzlich gewesen. Ein Glück war es, daß der Gouverneur, wie auch der Militärcommandant Graf Giulay und der Polizeidirector Ritter von Schickh, sich stets beliebt gemacht hatten; als daher die erste Kunde von den Ereignissen in Venedig nach Triest gelangte, wurde der vom Gouverneur dieser Stadt erlassene Aufruf sehr günstig aufgenommen; zahlreiche Menschenmassen versammelten sich, um dem Kaiser, der Verfassung und jenen Männern ein Hoch zu bringen. Eine unruhige Bewegung, von einigen Fanatikern mit dreifarbigen Hüten hervorgerufen, wurde rasch durch die Nationalgarde unterdrückt und das Vertrauen kehrte bald wieder. Die im Hafen liegenden Wachtschiffe, welche, wie man argwöhnte, nach Venedig abgehen wollten, wurden entwaffnet und ihre Mannschaft ebenfalls. Auch die Triest zunächst gegen Osten gelegene Istrische Halbinsel blieb der österreichischen Regierung treu; die Kriegsschiffe in Pola wurden entwaffnet. — Daß die kleinen Tyrannen, welche nur durch den Schutz Oesterreichs sich hatten halten können, der Herzog von Modena (dem Metternich noch zu liberal gewesen war) und der Herzog von Parma nun aus ihren Residenzen) vertrieben wurden, war eine natürliche Folge jener Ereignisse; schon am 25sten kamen sie mit ihrem Gefolge durch Botzen.

*) In Modena waren einige Tausend Bolognesen angekommen.

len, ehe ſie das feſte Bollwerk erreichte; ja die Lombarden verbreiteten ſchon Gerüchte, als ſei ſelbſt Mantua in Beſitz ſeiner italieniſchen Bevölkerung, als ſei Radetzky auf dem Marſche gefangen worden und auf dem Wege nach Mailand; ſie hofften ſelbſt die Reſte der öſterreichiſchen Armee durch eine Erhebung des italieniſchen Theils von Tyrol bis zum Gipfel der Alpen, der künftig die Grenze Italiens ſein ſollte (!), von den Provinzen abſchneiden zu können. All dieß beſtätigte ſich nicht; am 26ſten kam Radetzky in Cremona an. An demſelben Tage erſchien aber auch König Karl Albert in Mailand und ſchloß mit der proviſoriſchen Regierung, an deren Spitze Caſati ſtand, ein Schutz- und Trutzbündniß ab.

Darum klagte die Wiener Zeitung in den letzten Tagen des März über die Schmach, daß Oeſterreich ohne Erſatz ein Land aufgeben ſolle, welches es mit ſchweren Opfern erkauft habe; während in Ungarn republikaniſche Tendenzen laut würden, und die letzten Beſchlüſſe des Reichstags alle nationalen, ſocialen und ökonomiſchen Verhältniſſe des Landes durchwühlten; während in Galizien mit einem Male die Robot (Frohnarbeit) abgeſchafft und dadurch eine finanzielle Revolution herbeigeführt worden ſei, deren Folgen gefahrdrohend werden könnten; während endlich in allen übrigen Provinzen des Kaiſerſtaats ſich die unvermeidlichen Kriſen des plötzlichen Uebergangs vom ſtarren Bevormundungsſyſtem zur vollen Freiheit zeigten. Die ganze Monarchie ſtehe auf dem Spiele, wenn das Miniſterium nicht kühn und entſchloſſen vorſchreite; man bedürfe eines einigen, populären, energiſchen Miniſteriums und freier ungehinderter Thätigkeit deſſelben ohne Einmiſchung von irgend einer Seite.

Aber auch abgeſehen von den augenblicklichen Verlegenheiten und Bedrängniſſen in Italien und den anderen Provinzen war die Aufgabe für die Lenker der morſch gewordenen Staatsmaſchine eine ungeheure,

und den Wienern konnte man auch nach Metternich's Entfernung zurufen: „Den Böſen ſeid Ihr los, die Böſen ſind geblieben!" Das ganze durch das Metternich'ſche Polizeiſyſtem großgezogene Beamtenthum mit der Erblichkeit und Verkäuflichkeit der Stellen, mit ſeinem Eigendünkel und ſeiner Beſchränktheit, ſeiner Gefräßigkeit und Beſtechlichkeit, welches das Volk bisher als ſeine Beute angeſehen hatte, mußte gründlich umgeſtaltet werden. Ein aus ſo unzuſammenhängenden, zum Theil ſo widerſtrebenden Elementen zuſammengeſetzter Staat hätte nur durch fortdauernde Anſtrengung, durch die unabläſſigſte Hinwegräumung aller Schmarotzergewächſe, durch die ſorgfältigſte Aufmerkſamkeit auf alle Zweige der Verwaltung und des Heers erhalten werden ſollen, und Oeſterreich galt im Gegentheil als das Muſterbild aller Stockung der geſunden Säfte und der friſchen Bewegung. Die Macht und die Hülfsquellen Oeſterreichs galten faſt als unerſchöpflich; aber die Unzahl der Beamten und die Vervielfältigung der Verwaltungsformen zehrte wie ein nagender Krebs an dem Lebensmarke des Volks und ein Hauptgegenſtand oder vielmehr ein Hauptgrund des Streits mit Ungarn war die Entſchloſſenheit, mit welcher die Magyaren ſich der Einführung eines ähnlichen Beamtennetzes widerſetzten; eine gewöhnliche Erſcheinung bei ſolchen Kämpfen iſt, daß man ſich lieber die Unbequemlichkeiten des eigenen Zuſtandes (ſo in Ungarn die Comitatsverwaltung) gefallen laſſen, als ſich in das Syſtem der öſterreichiſchen Bureaukratie fügen wollte. — Ebenſo bedurften auch alle Zweige der Geſetzgebung, wie der Beſteuerung, einer gründlichen Reform. Denn der ganze Abſolutismus, die Willkür und die Verdummungspolitik, welche bisher auf dem Volke ſo ſchwer gelaſtet, welche es erdrückt und ausgeſogen hatten, ſtanden in ſo vollſtändigem Gegenſatze zu dem neuen conſtitutionellen Bürgerthume und Staatsleben, daß der Staat faſt von Grund aus aufgebaut werden mußte. Daß die

geſtürzte Partei der Finſterniß, welche ſeit Jahrhunderten (mit kurzer Unterbrechung unter Kaiſer Joſeph) im Beſitz der Macht, der Ehren und im faſt alleinigen Genuſſe der von ihr verſchleuderten Staatseinkünfte geweſen war, für den Augenblick eingeſchüchtert war, war natürlich; daß ſie aber bald den Anforderungen der Neuzeit Widerſtand leiſten und den alten Zuſtand herbeizuführen ſuchen würde, war vorauszuſehen und darum konnte man nicht wachſam genug ſeyn; daher erklärt ſich auch die faſt fieberhafte Reizbarkeit des jüngeren Theils der Bevölkerung, welcher die Errungenſchaften der Märzrevolution geſchützt wiſſen wollte und ſein Argwohn gegen jede Maßregel der Regierung, in welcher faſt nur Pillersdorf ſein Vertrauen beſaß. Daß man Leute, wie Jarcke, in den Miniſterien fortarbeiten ließ, wie bisher, war jedenfalls ein großer Mißgriff zu nennen.

Am 28ſten verfügte ſich der geſammte Miniſterrath in die Aula und verkündete dort feierlich die Ertheilung der Lehr- und Lernfreiheit und die Umgeſtaltung des Univerſitätsdirectoriums, welches außer dem Rector, den vier Decanen und ihren Notaren, welche es bisher gebildet hatten, noch aus ſelbſtgewählten Abgeordneten der Doctoren (auf je 50 Einen) und der Studierenden beſtehen ſollte.

Nicht minder bethätigte das Miniſterium ſeinen guten Willen durch Entfernung des größeren Theils der Truppen aus der Hauptſtadt, in welcher ferner nur etwa 6000 Mann bleiben ſollten und durch Organiſirung und Bewaffnung der Nationalgarde, welche ſchon 1000 Mann Reiterei zählte und nun drei Batterieen erhalten ſollte.

Am meiſten Anerkennung verdiente die Aufhebung der ſo verhaßt gewordenen Polizeihofſtelle am 28ſten und die Uebertragung aller Anſtalten für Ruhe, Ordnung und öffentliche Sicherheit an das Miniſterium des Innern; und ein Decret des Miniſters von Pillersdorf an alle Polizeidirectoren der Monarchie, welches von dem klaren Rechts-

begriffe dieſes Mannes Zeugniß ablegte und dem alten Syſtem Sedlnitzky's ein Ende machte.

Daneben wurde der Hauptanſtoß, den das Publikum noch an dem Verbleiben des Erzherzogs Ludwig im Staatsrathe nahm (während der viel beliebtere Erzherzog Johann noch fern gehalten wurde, wie ſchon unter Metternich geſchehen war), durch den Austritt deſſelben und ſeine Entfernung von Wien gehoben. Auch Koſſuth hatte dieſe Entfernung in einer entſchiedenen Rede verlangt, welche er während der aufgeregteſten Stimmung in Preßburg gehalten hatte, als die Beſchlüſſe des ungariſchen Reichstags über Freigebung der Robot ohne alle Entſchädigung und die vollſte Unabhängigkeit der ungariſchen Miniſterien des Kriegs und der Finanzen von der Regierung in Wien verworfen worden waren. Auch der Miniſterpräſident Batthyany hatte in der Reichstagsſitzung erklärt, dieſe Reſolutionen (vom 27ſten) ſtänden in directem Widerſpruche mit dem kaiſerlichen Handſchreiben vom 16ten März, und er und ſeine Freunde könnten unter ſolchen Umſtänden die Verwaltung nicht übernehmen; der Erzherzog Palatinus hatte ſein Fürſtenwort verpfändet, Alles aufzuwenden, um das gewünſchte Ziel zu erreichen; er war ſogleich abgereiſt und brachte ſchon am 31ſten die vom Kaiſer erlangte Gewährung beider Forderungen nach Preßburg zurück, wo er ſchon am Ufer vom ganzen Reichstage empfangen wurde und in der Abendſitzung durch ſeine Mittheilungen die größte Freude erregte. — An demſelben Tage wurde in Wien das neue Preßgeſetz in 88 Paragraphen veröffentlicht, welches als höchſte Caution für periodiſche politiſche Zeitſchriften 2000 Fl. feſtſetzte und für Aburtheilung von Preßvergehen öffentliches und mündliches Verfahren feſtſetzte; doch erregten viele Beſtimmungen deſſelben Unzufriedenheit, namentlich wurde in den Studentenverſammlungen auf der Aula lebhaft darüber debattirt. Eine Deputation un-

ter Anführung der Schriftsteller Kuranda und Schuselka machte dem Minister von Pillersdorf Gegenvorstellungen und erhielt von demselben die Versicherung, daß er bereit sei, gegründete Einwürfe gegen das provisorische Preßgesetz zu beachten und Aenderungen vorzunehmen. Fast gleichzeitig mit dem Austritte des Erzherzogs Ludwig wurde der Staatsrath selbst, der ferner nur die Wirksamkeit der constitutionellen Minister lähmen oder hemmen konnte, ganz aufgelöst; an die Stelle des Grafen Kolowrat trat Graf Ficquelmont als Ministerpräsident; an die des hochverdienten Finanzministers Kübek (dessen Gesundheit allzu geschwächt war) der Freiherr von Krauß; die Leitung des Kriegsdepartements übernahm der Feldmarschalllieutenant Peter Zanini. Thätig wurden die Rüstungen gegen die Lombarden und gegen den treulosen Carl Albert betrieben*); zahlreiche Freiwillige meldeten sich zum Dienste und wurden zum Herre gesandt. Aber auch friedliche Unterhandlungen wurden versucht; am 4ten April verließ Graf Hartig Wien, um den Lombarden eine ehrenvolle Ausgleichung anzubieten. Die Gesammtmonarchie war in großer Gefahr.

---

*) Am Tage, wo die Kunde von seiner Kriegserklärung nach Wien gelangte, mußte sein Gesandter abreisen.

Eine Aufführung der italienischen Oper wurde ausgesetzt und diese selbst aufgelöst, nachdem schon am Morgen von Volkshaufen die Ankündigungszettel abgerissen worden waren.

Die Bewegungen in Berlin.

Wenige Tage später, als es in Wien geschehen war, ertheilte auch Friedrich Wilhelm IV. die lang ersehnten und lang begehrten Freiheiten nach längerem Zaudern und nachdem mehrere geringere Zugeständnisse die steigende Aufregung nicht hatten beschwichtigen können.

Am 3ten Februar 1847 hatte er die ständischen Gesetze erlassen, denen zufolge die Mitglieder sämmtlicher Provinziallandtage zu einem Vereinigten Landtage mit berathender Stimme zusammentreten sollten. Derselbe war am 11ten April 1847 eröffnet worden, und hatte in mehrmonatlichen Sitzungen trotz der Bemühungen seiner gewandtesten und begabtesten Sprecher aus den Rheinprovinzen, wie aus Ostpreußen (Hansemann, Camphausen, von Beckerath, von Vincke, von Auerswald u. A.) weder Steuerbewilligungsrecht, noch die Verheißung einer regelmäßigen Wiederberufung erlangen können. Jetzt waren die von ihm gewählten ständischen Ausschüsse seit dem 17ten Januar versammelt, um ein Strafgesetzbuch zu berathen; jedoch hatten schon früher und auch bei der Eröffnung viele gewichtige Stimmen sich gegen die Berechtigung derselben, über ein zu erlassendes Gesetz gültig zu beschließen, entschieden verwahrt, weil dieß nur der gesammten Vertretung des Landes zustehe; und in gleichem Sinne sprach sich eine Adresse der Cölner vom 3ten März an ihren Abgeordneten Camphausen aus. Daß die Umwälzung in Paris eine lebhafte Theilnahm

an den politiſchen Ereigniſſen in Berlin erregte, wie es auch in anderen deutſchen Hauptſtädten geſchehen war, konnte nicht befremden; an öffentlichen Orten las man die Berichte der Zeitungen einer zahlreichen und aufmerkſamen Zuhörerſchaft vor. Am 6ten ſchloß der König die Sitzungen des ſtändiſchen Ausſchuſſes und gewährte Periodicität des Landtags, ohne deſſen baldige Berufung, welche allgemein gewünſcht wurde, in Ausſicht zu ſtellen. Am 7ten März veranſtalteten junge Leute eine Verſammlung unter den Zelten im Thiergarten (am Ufer der Spree gelegen), welche eine Adreſſe mit neun Forderungen an den König annahm und von zehn-durch Zuruf erwählten Männern an den König bringen laſſen wollte. Da erſchien der Polizeipräſident Minutoli, widerrieth dem Ausſchuſſe, der gerade über die Art der Abſendung berieth, die perſönliche Ueberreichung der Adreſſe als ungeſetzlich und erfolglos, da der König keine Abordnung annehmen werde und rieth dafür Abſendung der Adreſſe durch die Stadtpoſt. Als er indeß der Berufung einer zweiten Verſammlung kein Hinderniß in den Weg legen zu wollen erklärte, wurde dieſe auf den 9ten unter die Zelte berufen und in derſelben beſchloſſen, die Stadtverordneten um Uebergabe der Adreſſe zu erſuchen, welche ebenfalls eine Commiſſion zur Berathung zweier Adreſſen niedergeſetzt hatten. Eine Cabinetsordre vom 8ten, welche die (im Erlaſſe des Bundestags vom 3ten März den einzelnen Regierungen freigeſtellte) Aufhebung der Cenſur erſt von der Vereinbarung mit den übrigen deutſchen Regierungen abhängig machte, konnte nicht befriedigen. Die Stadtverordneten lehnten am 11ten die Uebergabe der Adreſſe der Zeltenverſammlung ab, nahmen jedoch ſelbſt eine in unterthänigen Ausdrücken abgefaßte Adreſſe an den König an, welcher am 12ten auch der Magiſtrat von Berlin beitrat. Die gemeinſchaftliche Deputation beider wurde am 13ten vom Könige nicht angenommen, wohl aber am 14ten, wobei er erklärte, die er-

betene Berufung des vereinigten Landtags ſei ſchon für den 27ſten April verfügt, die übrigen Bitten könnten nur durch den Landtag ihre Löſung erhalten; doch ſprach er ſich auch dieß Mal für Beibehaltung der ſtändiſchen Vertretung und für allmählige Entwicklung der Verfaſſung aus. Eine ſolche Antwort war wenig geeignet, die durch in den Straßen aufgeſtellte Truppenmaſſen ohnehin geſteigerte Aufregung zu beſchwichtigen; noch weniger befriedigte die am 15ten mitgetheilte Kunde von der beabſichtigten Eröffnung eines Fürſtencongreſſes in Dresden. Daher fanden, wie am 13ten, ſo auch an den folgenden Tagen Zuſammenrottungen Statt; ja es fehlte nicht an Verſuchen, kleine Barrikaden gegen das Vordringen der Reiterei zu errichten. In den vorhergehenden Tagen hatte die Stimmung des Volks geſchwankt; bald war ſie aufgeregt, bald wieder erſchlafft; und umgekehrt war unter den höheren Staatsbeamten bald Muth- und Rathloſigkeit, bald wieder Zuverſicht eingetreten. Am 12ten war die Einberufung der Kriegsreſerven verfügt und beſchloſſen worden, daß der Prinz von Preußen nach dem Rheine gehen ſollte. An demſelben Tage hatte der erſte Crawall in der Hauptſtadt in der Nähe der Jungfernbrücke Statt; am folgenden erregte die Kunde von dem Einſchreiten des Militärs Erbitterung gegen daſſelbe, und die Beſetzung des Schloſſes durch ſtärkere Truppenabtheilungen vermehrte die Mißſtimmung gegen den König; die Miniſter, welche immer noch durch Waffengewalt der Bewegung Meiſter zu bleiben vermeinten, triumphirten. Am Abend des 14ten war der erſte blutige Zuſammenſtoß, indem die Gardecüraſſiere auf Straßenjungen einhieben, welche eine Barrikade zu bauen verſuchten und auch einige Bürger verwundeten, die ſich nicht ſchnell genug in die (auf polizeiliche Anordnung verſchloſſenen) Häuſer flüchten konnten. Noch am folgenden Tage ſtanden Hunderte von Menſchen vor der Blutlache, welche ſich an der Stelle jenes Ka

gebildet hatte und der Anblick nährte die Erbitterung. Es half wenig, daß verheißen wurde, eine Untersuchungscommission sollte niedergesetzt werden; die schon aufgeregte Stimmung wurde durch die an diesem Tage eintreffenden ersten Nachrichten von den Ereignissen in Wien und von Metternich's Abdankung noch gereizter; besonders gegen den Prinzen von Preußen, den man beschuldigte, er dringe auf strenge Maßregeln und gewaltsame Niederhaltung. Kein Wunder, daß am Abend dieses Tags die Zusammenrottungen stärker waren und daß der Zusammenstoß mit dem Militär neue Opfer verlangte; es wurden schon Barrikaden in der breiten und in der Leipziger Straße errichtet. Ebendieß wiederholte sich am 16ten und erst am 17ten trug die Nachricht vom Eintreffen einer Deputation aus Cöln (wo ein Städtetag von Abgeordneten der rheinischen Städte abgehalten worden) dazu bei, daß man beschloß, sich ruhig zu verhalten und die Entscheidung des Königs abzuwarten; für den 18ten bereitete man einen großen Zug in Masse zum Schlosse vor, falls auch den rheinischen Abgeordneten keine befriedigende Antwort ertheilt werden sollte.

Am Morgen des 18ten fand eine Versammlung im Saale der lutherischen Gemeinde in der Friedrichsstraße Statt, in welchem zuerst auch die Forderung der Entlassung der bisherigen Minister laut wurde; man zog nach dem kölnischen Rathhause und erwartete die Rückkehr einer Deputation der Stadtverordneten, welche sich mit entschiedenen Forderungen zum Könige begeben hatte.

In den Straßen Berlins, so berichtet ein Augenzeuge, waren an diesem Morgen die Garderegimenter an verschiedenen wichtigen Puncten vertheilt: die Gardecürassiere auf dem Gensdarmenmarkte, die Dragoner an dem (gegen Norden gelegenen) Oranienburger Thore, von wo sie Patrouillen in die Umgegend und nach der großen Friedrichsstraße entsandten. Das Infanterieregiment Kaiser Alexander hatte

die Königsstadt inne (die östliche Vorstadt jenseits des Stadtgrabens am Ende der Königsstraße), das Kaiser Franzregiment das (westliche) Potsdamer Thor und die Wilhelmsstraße; die Gardeschützen (Neufchateller) bewachten die öffentlichen Gebäude, die Bank, die Seehandlung u. a.; Abtheilungen von Uhlanen durcheilten verschiedene Theile der Stadt, um zu recognosciren und Berichte zu erstatten.

Eine dumpfe unheimliche Schwüle lagerte auf der ganzen Bevölkerung. Der Ministerrath war auf dem Schlosse versammelt, die Prinzen des königlichen Hauses, die obersten Befehlshaber des Heeres umgaben den König. Da entschloß sich dieser endlich, das von vielen Tausenden Ersehnte zu bewilligen, und die Deputation der Stadtverordneten kehrte mit den befriedigendsten Zusicherungen (Preßfreiheit, Berufung des Landtags, Constitution) um 1 Uhr nach dem Cölnischen Rathhause zurück, wo ihre Mittheilungen die größte Freude erregten. Um 2 Uhr erschien das königliche Patent. Eine dichtgedrängte Menschenmasse hatte sich um diese Zeit auf dem Schloßplatze auf der Seite nach der langen Brücke (auf der die Reiterstatue des großen Kurfürsten steht) zusammengedrängt; immer dichtere Schaaren wogten heran; einzelne Reiter wurden bemerkt; Manche, von den Umstehenden auf die Schultern gehoben, hielten aufregende Reden zu denselben; der Anblick von Bajonetten in den Portalen des Schlosses war nicht geeignet, Vertrauen zu erwecken. Vielen war die günstige Entscheidung noch nicht bekannt; einzelne Stadtverordneten verlasen das königliche Patent.

Da trat der König auf den Balkon des Schlosses und das dumpfe Getöse in der Menge machte einem erwartungsvollen Schweigen Platz. Er sprach mit bewegter Stimme und in sichtbarer Aufregung. Als er geendet, schallte ein endloser Jubelruf ihm entgegen; Tücher und Hüte wurden geschwenkt. Die entfernter standen,

hatten nicht vernehmen können, was er ſprach, Manche wußten noch kaum, ob etwas und wieviel bewilligt worden war: ſie vernahmen nur das Geſchrei, gleich darauf zwei verhängnißvolle Schüſſe — ſie ſahen die Reiterabtheilung, welche von der Schloßfreiheit her heranritt, und ein Bataillon des Kaiſer Franzregimentes aus dem mittleren Portale des Schloſſes herauskommen, um den Platz zu ſäubern.

Woher die Schüſſe gekommen, darüber waltet ein geheimnißvolles Dunkel. Der Berichterſtatter, dem wir einen Theil dieſer Beſchreibung entnommen, behauptet, der König und ſeine Umgebung habe bemerkt, daß ſie von der Gegend der Brücke her aus einer kleinen Gruppe nach dem Balkon gerichtet worden; aber in ſeiner Anſprache vom 19ten erklärte der König, es ſeien unverſehens zwei Gewehre der aus dem Schloßportale herausziehenden Soldaten losgegangen; in den Säulen am Balkon fand man die Spuren der Kugeln. Gleich nachdem ſie gefallen waren, zog ſich der König hinter ſeine Umgebung und in das Innere zurück; aus der Menge aber erſcholl ein ohrzerreißendes Geheul; man hörte den Ruf: Auf! vertheidigt euch! man mordet uns! Verrath! Bald war der Platz durch die Truppen geräumt, indem ſich Alles in dichten Strömen nach den Seitenſtraßen ſtürzte.

Im Schloſſe war nicht geringere Verwirrung; die Königin fiel in Ohnmacht; in allen Gängen des Schloſſes drängten ſich Officiere und Beamten, deren Geſichter den Ausdruck des Schreckens trugen. Eine Zahl achtungswerther und bekannter Männer drangen ins Schloß und baten dringend um Zurückziehung der Truppen, indem ſie ſich mit ihrem Leben und ihrer Ehre für die Aufrechthaltung der Ruhe verbürgten; die Miniſter verſchloſſen ihre Ohren und ließen ſie nicht einmal zum König; man erklärte, es ſei ſchimpflich

für die Truppen, wenn man dieſe jetzt zurückzöge. Schnell rüſtete man ſich in den Straßen der Stadt zum Widerſtande; mit Hülfe von umgeworfenen Droſchken, Fäſſern, Wollſäcken u. dergl. wurden Barrikaden in verſchiedenen Stadttheilen, namentlich in der dem Schloſſe zunächſt gelegenen Breiten Straße, am kölniſchen Rathhauſe und der demſelben naheliegenden d'Heureuſe'ſchen Conditorei (wo Kanonen aufgeführt wurden), in der Königsſtraße und in der Taubenſtraße errichtet und mit Hartnäckigkeit vertheidigt. Waffenläden wurden geplündert.

Der erwähnte Berichterſtatter über die Vorgänge im Schloß erzählt, daß während das Musketenfeuer und der Donner der Kanonen in verſchiedenen Straßen vernommen wurde, bei einbrechender Nacht der König mit dem Prinzen von Preußen, deſſen Gemahlin und dem Miniſter von Arnim in einem Zimmer ſich einſchloſſen. Ein alter Kammerherr lauſchte an der Thür und vernahm, wie von der einen Seite dem Könige zugeredet ward, nicht nachzugeben, den Aufſtand im Keime zu erſticken, nicht zu dulden, daß man ſo zu ihm ſpreche; wie man ihm rieth, die Truppen ſich bis zum letzten Blutstropfen ſchlagen zu laſſen, da man gegen Meuterer und Geſindel keine Schonung üben dürfe. Auf das Zureden einer leiſen und ſichtlich bewegten Stimme, welche der Lauſcher nicht vernehmen konnte, hörte man mehrmals den König mit wilden leidenſchaftlichen Ausrufen erwiedern.

Mehrere Ordonnanzen, Generale einzelner Truppenabtheilungen und zahlreiche Deputationen begehrten in Eile den König zu ſprechen; aber die Thür des Kabinets blieb geſchloſſen. Endlich trat der König heraus und gewährte den verſchiedenen Deputationen kurzes Gehör (an der Spitze der einen war der Biſchof Neander). Doch verlangte er vor Allem Niederreißen der Barrikaden, ehe er Befehl zum Abzuge des Militärs ertheilen wolle; aber dafür fanden ſie kein Gehör beim Volk

welches durch die Kunde, General von Pfuel ſei, weil er ſich gegen das Einſchreiten der Truppen erklärt habe, durch von Prittwitz erſetzt worden, noch mehr erbittert wurde.

Um 7 Uhr war die Königsſtraße genommen und ſtarrte von Bajonetten; in andern wurde noch gekämpft; um 8 Uhr ließ das Kartätſchenfeuer nach, begann indeß bald darauf wieder und dauerte in verſchiedenen Theilen der Stadt die ganze Nacht durch. Gegen 5 Uhr (am 19ten) trat etwas Ruhe ein, um 7 Uhr erſchien eine Anſprache des Königs „an meine lieben Berliner", welche wenig Eindruck machte, da ſie das Vorrücken der Kavallerie „mit eingeſteckter Waffe" (?) aus einem Angriffe des Volks auf das Schloß erklärte. Am Vormittag nahm eine Schützenabtheilung an der neuen Königsſtraße den General von Möllendorf gefangen, welcher Friedensvorſchläge machte; bald nachher bewilligte der König, geiſtig und körperlich erſchöpft, neuen Deputationen den Abzug der bisher zwar ſiegreichen, aber durch das lange Wachen erſchöpften Truppen und Bewaffnung der Bürger aus dem Zeughauſe, welche nun das Schloß und alle andern wichtigen Puncte beſetzten; am Abend fand eine Beleuchtung Statt. Noch an demſelben Tage war der Rücktritt der bisherigen Miniſter bekannt gemacht worden; Graf Arnim und der vom vereinigten Landtage her als freiſinnig bekannte Graf Schwerin ſollten ein neues bilden. Von allen Kampfplätzen her brachte das Volk die Leichen der erſchlagenen Barrikadenkämpfer, führte ſie auf Wagen am Schloſſe vorüber und nöthigte den „Landesvater" mit ſeiner Gemahlin auf dem Balcon zu erſcheinen und vor ſeinen „Kindern" die Mütze abzuziehen. Die Verwundeten wurden theilweiſe im Schloſſe untergebracht und von der Königin und ihren Hofdamen gepflegt. Reiche Sammlungen wurden für die Verwundeten und für die Hinterbliebenen der Barrikadenkämpfer veranſtaltet, in den Theatern zum Beßten derſelben Vorſtellungen gegeben.

Am Morgen des 20sten — an welchem der König allen wegen politischer oder durch die Presse verübter Vergehen und Verbrechen Angeklagten und Verurtheilten Vergebung verkündete und der Justizminister Uhden Freilassung Aller anordnete, so fern sie nicht zugleich wegen anderer Vergehen oder Verbrechen sich in Haft befänden — entstand neue Unruhe durch die steigende Erbitterung gegen den Prinzen von Preußen, den man als den Urheber der gewaltsamen Maßregeln ansah; ein tobender Haufe zog heran und sprach von Demolirung seines an die Bibliothek stoßenden Palais, weßhalb dieses von Bürgerwachen besetzt wurde und an seinen Wänden die Aufschriften „Nationaleigenthum", „Volksgut", „Eigenthum der gesammten Nation" erhielt.

Noch am Abend des 19ten hatten die in Berlin anwesenden Polen dem Grafen Arnim eine Petition um Freilassung ihrer verurtheilten Landsleute übergeben und die Versicherung erhalten, daß er sich beim König dafür verwenden wolle. Am 20sten wurden dieselben Nachmittag um 1 Uhr aus dem Staatsgefängnisse in Moabit entlassen und im Triumph durch die Straßen geführt; die Wagen, auf deren einem Mieroslavsky mit einer schwarzrothgoldnen Fahne stand, zogen Menschenhände bis zum Schloßplatze, wo der König auf dem Balcon erschien, worauf sie nach Posen abreisten, wo schon an diesem Tage große Aufregung geherrscht hatte und einer Deputation der im Bazar versammelten Polen das Tragen der polnischen Kokarden und die Bildung eines Nationalcomité's zur Aufrechthaltung der Ordnung bewilligt worden war.

Noch wurde an demselben Tage die Entlassung der Minister von Savigny, Uhden und des Grafen Stolberg und die Ernennung Bornemann's zum Justizminister, sowie die Berufung Camphausens bekannt; am folgenden Tage die Anstellung des Gesandten von A

als Miniſter des Auswärtigen, während Graf Arnim Vorſitzender des Staatsminiſteriums bleiben ſollte. In der folgenden Nacht erregte das Gerücht, der Prinz von Preußen rücke mit den Garden gegen die Stadt und 20,000 Ruſſen ſtänden ſchon in Stettin, eine furchtbare Aufregung; man rief zu den Waffen, errichtete Barrikaden und nur die Verſicherung des Königs, daß dieß nicht wahr ſei und daß er ſich ganz dem Schutze der Bürger Berlins anvertraut habe, beruhigte die Gemüther; bald wurde auch bekannt, daß der Prinz von Preußen nach England gereiſt ſei. — Am 21ſten verkündete eine Proclamation, der König wolle für die Tage der Deutſchland bedrohenden Gefahr ſeine Rettung und die Leitung der deutſchen Angelegenheiten übernehmen; Preußen ſollte fortan in Deutſchland aufgehen; eine deutſche Ständeverſammlung, aus Organen des am 2ten April zuſammentretenden vereinigten Landtags und Vertretern der übrigen deutſchen Fürſten und Stände beſtehend, ſolle Beſchlüſſe über Aufſtellung eines allgemeinen volksthümlichen Bundesheers*) und eine bewaffnete Neutralitätserklärung faſſen; ſodann über die Wiedergeburt eines neuen einigen Deutſchlands berathen. Um 10 Uhr verkündete dieß der Miniſter Graf Schwerin den in der Aula verſammelten Studenten und forderte ſie auf, an dem beabſichtigten Zuge Theil zu nehmen. Hierauf ritt der König, umgeben von den Prinzen, den Miniſtern und Generalen, die, wie er, mit den deutſchen Farben geſchmückt waren, unter den Jubelrufen des Volks durch die Straßen, indem er betheuerte, es ſei keine Uſurpation, er wolle keinen Fürſten vom Throne ſtoßen; er wolle nur Deutſchlands Freiheit und Einheit, er wolle Ord-

*) Das Kriegsminiſterium erhielt Befehl, anzuordnen, daß alle preußiſchen Soldaten neben der ſchwarzweißen die ſchwarzrothgoldne Kokarde trügen.

nung; auch den Ruf: „es lebe Deutſchlands Kaiſer" lehnte er unwillig ab. Die Bürgerwehrmänner auf der Königswache, die Studenten, an welche der König Reden hielt, und die Volkshaufen brachen in endloſen Jubel aus; das nationale Bewußtſeyn entflammte alle Gemüther. In Süddeutſchland erregte indeß dieſe Kundgebung den größten Unwillen und Widerſpruch, von der officiellen Wiener Zeitung, welche von Oeſterreichs altem Rechte und minder blutiger Umgeſtaltung ſprach, bis zu den Volksparteien in München und Stuttgart, welche nach einer den König Friedrich Wilhelm vorſtellenden Strohpuppe Scheibenſchießen hielten und ſie dann öffentlich verbrannten.

Am 22ſten fand die feierliche Beerdigung der am 18ten und 19ten gefallenen Bürger auf dem Friedrichshain Statt; der unabſehbare Zug, an dem die verſchiedenen Behörden Theil nahmen, ging in größter Ruhe vor ſich, worüber der König, der daran nicht ſelbſt Theil genommen hatte, dem Volke am folgenden Tage ſeine Anerkennung ausſprach. Am 24ſten wurden die gefallenen Soldaten unter Begleitung der Bürgerwehr beerdigt, welche über dem großen Grabe, das ſie alle aufgenommen, eine Salve gab, worauf General von Natzmer im Namen ſeiner Kameraden den Dank ausſprach.

Es konnte nicht fehlen, daß die große Nachgiebigkeit des Königs, über welche die altpreußiſch Geſinnten innerlich ergrimmt waren, die extremſte Richtung der Gegenpartei, als deren Organ die von Dr. Julius redigirte Zeitungshalle wirkte, zu übertriebenen Hoffnungen hinriß und bald den Wahn erzeugte, ſie brauchten in ihren ungeſtümen Forderungen auf die Sympathieen und Vorurtheile einer ſo zahlreich vertretenen Partei, welche bisher allein die Macht in den Händen gehabt hatte, gar nicht Rückſicht zu nehmen. So verlangten ſchon jetzt Volksverſammlungen und Petitionen, ſelbſt aus andern Theilen des Landes, der vereinigte Landtag ſolle gar nicht erſt berufen werden,

weil man zu ihm kein Vertrauen haben könne; der König ſolle ſogleich eine Wahlgeſetz auf breiteſter Grundlage erlaſſen, nach welchem die Vertreter des Landes gewählt werden ſollten. Doch ließen ſich auch entgegengeſetzte Stimmen vernehmen und der Landtag trat am 2ten April zuſammen, nachdem ſchon 29ſten Graf Arnim, der wenig Vertrauen einflößen könnte, und General von Rohr zurückgetreten und v. Reyher zum Kriegsminiſter, Hanſemann zum Finanzminiſter ernannt worden waren, während Camphauſen an die Spitze des Miniſteriums trat.

Das vom Miniſterium nach dem Muſter des neuen franzöſiſchen entworfene Wahlgeſetz, welches allen Preußen über 21 Jahren ohne Rückſicht auf ihre ſelbſtſtändige oder abhängige Stellung als Staatsbürger das Recht, Wahlmänner zu wählen und in die Landesvertretung gewählt zu werden, ertheilte, wurde vom 8. April vom Landtage angenommen, am 9ten dem Miniſterium die Ermächtigung zur Aufbringung von 15 Million Thalern ertheilt und der Landtag am 10ten geſchloſſen, worauf während des April und Anfang Mai die Urwahlen zur Landesverſammlung, wie zum Frankfurter Parlament mannichfache Aufregung erzeugten und die bisher noch einigen Gegner des geſtürzten Syſtems in Parteien ſpaltete. Manche kleinere Cravalle, beſonders der durch ihre Führer nach dem Pariſer Muſter aufgeregten Arbeiter, wurden durch die Bürgerwehr beſchwichtigt; den Barrikadenbau in Trier vom 4ten Mai ließ die Mäßigung des Anführers der Truppen, der ſogleich mit denſelben die Stadt verließ, als Comödie erſcheinen, da Niemand die von keinem Feinde angegriffenen Barrikaden beſetzte und vertheidigte; nach wenig Tagen kehrten die Truppen ohne Widerſpruch in die Stadt zurück. Größere Aufregung erzeugte in Berlin am 12ten Mai der auf Antrag der Miniſter erlaſſene (und unkluger Weiſe öffentlich bekannt

gemachte) Befehl des Königs an den Prinzen von Preußen, aus London zurückzukehren, wogegen nicht nur aus den Hauptstädten der Provinzen entschiedene Gegenerklärungen einliefen, sondern auch in Berlin Volksversammlungen unter den Zelten am 13ten, 14ten und 15ten hervorgerufen wurden, durch deren Erklärungen die Minister zu entschiedenen Verwahrungen gegen den Verdacht reactionärer Gesinnungen gedrängt und starke Aufgebote der Bürgerwehr zur Herstellung der Ruhe nöthig gemacht wurden. Größere Truppenaufgebote machte die Unterstützung des Kampfes in Schleswig-Holstein und die blutigen Kämpfe in der Provinz Posen nothwendig.

Denn hier waren die Wunden des unglücklichen Revolutionsversuchs im Februar 1846 nicht geheilt, der Proceß Mieroslavsky's und der posenschen Edelleute erst vor wenigen Monaten beendet worden und 82 Betheiligte saßen noch im Berliner Staatsgefängniß, als der Aufstand, an dem so manche ihrer Verwandten und Stammgenossen sich betheiligt haben mochten, auch diesen politischen Verbrechern die Freiheit verschaffte, wie schon berichtet ward. In der Universität wurden im Freiheitsrausche schöne Reden von einem Bruderbunde zwischen Polen und Deutschen gegen den gemeinschaftlichen Feind im Osten*) gehalten und rasch wieder vergessen; selbst die Erklärung der preußischen Regierung, daß sie das Großherzogthum Posen als ein Land betrachte, welches sie mit der Zeit einem wiederauflebenden Polen zurückgeben werde, ihre am 25sten März ertheilte Verheißung einer nationalen Reorganisation Posens, wurde von den Exaltirten zum grimmigen Anfall auf die deutschen Bewohner des Landes und auf die preußische Regierung benutzt. Mit Recht

*) Mieroslavsky sagte, die Polen seien nur die Schilder Deutschlands gegen den Osten.

durfte darum ſpäter in einer am 3ten Mai zu London gehaltenen Verſammlung der Polenfreunde Lord Beaumont ſagen: „Hätten die Polen das Anerbieten der preußiſchen Regierung benutzt und zur Regeneration ihres Vaterlands in der angetragenen Weiſe mitgewirkt, ſo hätten ſie dadurch eine feſte Stütze gewonnen, wo ſie den Hebel anſetzen und ſpäter ganz Polen zur Unabhängigkeit wieder erheben konnten. Durch den verblendeten Starrſinn, den ſie bewieſen, liefen ſie Gefahr, einerſeits die Sympathieen Deutſchlands gänzlich einzubüßen, andererſeits den Ruſſen als Werkzeug zu ihren Entwürfen der Weltknechtung in die Hände zu fallen." Vielleicht noch in Folge des Haſſes, der ſich ſeit dem Mißlingen ihrer Erhebung 1846 gegen Oeſterreich und Preußen gebildet und und ſo manchen Polen ſchon den Ruſſen geneigter gemacht hatte, ſicher auch durch ruſſiſche Einflüſterungen geſteigert worden war, fielen ſie jetzt in Poſen und einem Theile Weſtpreußens*) über die Deutſchen her und nöthigten dieſe, ſich kräftig zur Wehr zu ſetzen und von der Regierung durch Deputationen ernſtlich Schutz zu fordern. Denn das in Poſen gebildete Nationalcomité forderte ſchon am 21ſten März zur Maſſenerklärung gegen die Einverleibung Poſens in Deutſchland auf, organiſirte offen bewaffnete [redacted]ren und ließ dieſe in den Straßen der Stadt exerciren. Die Bauern wurden durch die Geiſtlichkeit gegen die ketzeriſchen Deutſchen und gegen die Juden fanatiſirt und mit umgeſchmiedeten Senſen verſehen. Der Kampf war blutig und voller Greuel. Die Stadt Poſen wurde ſchon am 3ten April durch General Colomb in Belagerungsſtand erklärt, während auf dem Lande Exceſſe gegen die Deutſchen

*) Denn auch dieſes, ja ſelbſt Theile des öſtlichen Schleſiens ſollten, wie ſie einſt zum polniſchen Reiche gehört hatten, wieder zu den neu erſtehenden Polen geſchlagen werden, und dieſes bis zur Oſtſee reichen!

begangen wurden, bei denen die Truppen bisher unthätig zugeschaut hatten; am 4ten wurde in Czarnikau schon die polnische Republik proclamirt; in Trzemeszno, 2 Meilen von Gnesen, bei Schroda, Pleschen und Xionsz polnische Heerhaufen organisirt, zusammen wohl gegen 20,000 Mann. Als diese auf die Aufforderung des Gen. Colomb und des Oberpräs. Beurmann nicht aus einander gingen und ebenso wenig auf die keine Partei befriedigende Proclamation des Gen. Willisen, der am 7ten in Posen angekommen war, um die nationale Reorganisation durchzuführen, hören wollten, kam es am 10ten bei Trzemeszno und Pleschen zum Kampf, in Folge dessen die Bauern sich bald zerstreuten. Der stärksten Abtheilung bei Schroda gewährte Willisen am 11ten noch günstige Bedingungen, doch vermehrte dieß den Zorn der Deutschen gegen ihn, so daß er am 16ten den König um Enthebung von seinem Auftrage bat. Inzwischen fuhren die preußischen mobilen Colonnen fort, die Schaaren zu entwaffnen: sie zogen am 15ten in Wreschen ein, siegten am 18ten bei Gostyn, die Lager der Polen lösten sich auf, aber Banden durchzogen das Land, zahlreiche Ankömmlinge aus Paris und Brüssel verstärkten die Schaar Mieroslawsky's. Am 26sten April siegten die Preußen bei Raszchow über 1200 regelmäßig Bewaffnete und 300 Sensenmänner; am 28sten trieben sie eine andere Abtheilung aus der Stadt Gratz, nachdem sie dieselbe zwei Stunden lang beschossen hatten, am 29sten brachten sie dem Hauptcorps bei Xionsz eine bedeutende Niederlage bei, die Stadt wurde erstürmt und niedergebrannt. Am 30sten mußten indeß die Preußen bei Miloslav weichen, weil aus gebornen Polen bestehende Truppentheile sich weigerten zu kämpfen; und hierdurch ermuthigt riefen Mieroslawsky und die katholische Geistlichkeit die ganze Bevölkerung zu den Waffen. Die Polen stürzten sich am 2ten Mai mit Todesverachtung bei Wreschen auf die preußischen Kanonen des Gene-

rals von Hirſchfeld und nöthigten ihn zum Rückzuge; ſelbſt ganz nahe bei Poſen in Gorozyn wurde gekämpft; in Buk entwaffneten am 4ten die Bewohner ihre preußiſchen Gäſte im Schlafe und hieben einen Theil derſelben nieder, doch gelang es dem Reſte, ſich zu ſammeln, die gefangenen Officiere zu befreien und aus der Stadt zu ziehen; einem der Soldaten waren freilich die Augen ausgeſtochen worden. Nun aber wurde das Martialgeſetz proclamirt, die Einwohner in den Städten entwaffnet und ſchon am 8ten gelang es, Mieroslavsky, den von drei Seiten Truppenabtheilungen an die ruſſiſche Grenze gedrängt hatten, zur Uebergabe auf Gnade und Ungnade zu nöthigen; an demſelben Tage wurde auch das Corps des Parteiführers Krauthofer (genannt Krotovsky) bei Rogalin angegriffen und zerſprengt.

So endete der Kampf blutig, aber glücklich und es hatte ſich gezeigt, daß viele Landleute der Bewegung abgeneigt waren, ja, daß ſelbſt manche Edelleute nur gezwungen Theil genommen hatten; auch hatte der größte Theil der Landwehrmänner bei ihrer Einberufung ſich geſtellt.

Zu leugnen iſt freilich auch nicht, daß theils früherer Druck der Beamten Erbitterung hervorgerufen haben mochte, theils die erſten vom Miniſterium angewendeten Maßregeln wegen ihrer Halbheit und des Schwankens Mißtrauen erregen mußten; daß der von ihm mit der nationalen Reorganiſation beauftragte General Williſen kein Staatsmann war, nicht im Einverſtändniß mit den andern (namentlich den militäriſchen) Behörden handelte, ſo daß deren Erlaſſe mit den ſeinigen oft in Widerſpruch waren; und daß er ſich endlich im allzugroßen Vertrauen auf die Polen von dem polniſchen Comité zu Schritten hinreißen ließ, welche einen Sturm der deutſchen Bewohner gegen ihn erregten und von ihm zurückgenommen werden mußten. Ein großer Uebelſtand war nun auch die Anhäufung vieler aus Frankreich

zurückgekehrter und rheinabwärts gebrachter Polen, welche hier schon den Anfang eines selbstständigen Polens zu finden und zum Beginn eines Kriegs gegen Rußland zu kommen gehofft hatten; Leute, die man sonst ängstlich vom polnischen Boden fern zu halten bemüht gewesen war und gegen die bei der Zaghaftigkeit der Policei und fast aller Verwaltungsbehörden nicht so streng verfahren werden konnte.

Daß aber die 500,000 Deutschen in Posen für alle Zukunft vor der Gefahr der Einverleibung in ein polnisches Reich bewahrt sein wollten, war begreiflich und daher faßte der König am 14ten April den Gedanken einer Scheidung Posens nach den Nationalitäten, soweit es die Mischung der Bevölkerung zuließ; es wurde durch General von Pfuel eine Demarcationslinie gezogen, welche freilich auch die Hauptstadt der Provinz wegen der mit großen Kosten erbauten Citadelle zur deutschen Seite schlug. Wenn auch die Stadtverordneten Posens selbst am 19ten April sich mit 17 gegen 5 für Anschluß an Deutschland erklärt hatten, so hätte doch die Maßregel von Anfang an an verfügt werden sollen, weil nun den Polen Grund zur Beschwerde gegeben ward, man halte ihnen nicht Wort.

Die [illegible]ng Schleswig-Holsteins. Die deutsche Verfassungsfrage.

Der letzte Act der deutschen Bewegung, der ihr auch eine gemeinsame Richtung gegen das Ausland geben sollte, war die Erhebung in den Herzogthümern Schleswig und Holstein; beide, zufolge alter, von ihren auf Dänemarks Königsthronen sitzenden Herzögen beschworener Verträge eng vereint und selbstständig, hatten schon unter dem vorigen Könige Christian VIII. dem Königreiche einverleibt werden sollen. Wegen des Sturms, den der „offene Brief an die Stände" im Jahre 1846 in ganz Deutschland erregte, hatte man damals Bedenken getragen, weiter vorzuschreiten; dagegen verhieß der neue König Friedrich VII., der am 20. Jan. 1848 den Thron bestieg, schon am 28sten eine gemeinsame Constitution für Dänemark und die Herzogthümer, welche diese ablehnten, weil darin den Dänen ein allzu großes Uebergewicht über ihre Vertreter gegeben worden wäre, und sich gegen den dänischen Gesammtstaat erklärten. Nach dem Ausbruche der deutschen Bewegung wurde am 18. März auch zu Kiel eine Versammlung von Ständemitgliedern und Bezirksabgeordneten gehalten, welche die Abgg. Beseler, Graf Reventlow-Preetz und Bargum in einen Ausschuß wählte, der nöthigenfalls selbst die Stände sollte einberufen können, und eine Deputation nach Copenhagen sandte, welche gemeinschaftliche Constitution für beide Herzogthümer, Eintritt Schleswigs in den deutschen Bund, freie Presse, Associationsrecht, Schwur-

gericht, Volksbewaffnung und Theilnahme am deutschen Parlament verlangen sollte. Am 21sten brach aber auch in Copenhagen die Bewegung aus, welche die entschiedenen Eiderdänen Orla Lehmann und Tscherning in das Ministerium (das Casinoministerium) brachte und selbst den Grafen Moltke aus der schleswig-holsteinischen Canzlei verdrängte, indem nun Schleswig dem Königreiche einverleibt werden, Holstein aber als deutsches Bundesland eine abgesonderte Verfassung erhalten sollte. So konnte die Deputation, welche kaum vor den Mißhandlungen des Copenhagener Pöbels geschützt werden konnte, nichts ausrichten. Auch hatte in Kiel auf die erste Kunde von diesem Ereigniß am 23sten eine provisorische Regierung sich gebildet (Beseler, welcher schon am 22sten nach dem Rücktritt von Scheel's die Regierung in Schleswig übernommen hatte, Prinz Friedrich von Holstein, Graf Reventlow-Preetz, J. Bremer und Schmidt), welche, von den Landestruppen anerkannt, die rasch gewonnene Festung Rendsburg zu ihrem Sitze wählte, im Namen des König-Herzogs, der als nicht frei handelnd anzusehen sei, zu regieren erklärte und sogleich den König von Preußen um militärische Hülfe anging. Sie ward am 3ten April von der einberufenen Ständeversammlung, am 4ten vom Bundestage anerkannt, welcher letztere dem König von Preußen seine Anerkennung für die schon ergriffenen Maßregeln aussprach und ihn aufforderte, im Auftrage des Bundes die Herbeiführung einer gütlichen Einigung zu vermitteln und im Verein mit dem 10ten Armeecorps den Status quo ante herzustellen. In einem Briefe des Königs an den Herzog von Holstein-Sonderburg war das Recht der Herzogthümer auf Union und Erbfolge im Mannsstamme anerkannt worden. Am 5ten, 6ten und 7ten April rückten die ersten 4000 Preußen ein, überschritten jedoch nicht die Schleswigsche Grenze; auch verzögerte der Anmarsch der Hannoveraner, so daß die Dänen mit einer üb

genen, theils aus Jütland eingebrochenen, theils am 7ten bei Holniß und Flensburg gelandeten und durch ihre Kriegsſchiffe und Kanonenböte begünſtigten Armee das neue ungeübte Landesheer, das ſich Anfang April 8000 Mann ſtark in Nordſchleswig aufgeſtellt hatte, nach einem Vorpoſtengefecht bei Gaſtrup am 6ten, am 9ten bei Bau und Kruſau an der Flensburger Küſte angreifen konnten, einen Theil, namentlich die Kieler Studenten ſprengten und faſt aufrieben, den Reſt aber durch Flensburg zurückdrängten, wo däniſchgeſinnte Einwohner den Flüchtlingen bedeutenden Schaden zufügten. Auch in der Stadt Schleswig konnten die ſchlecht geführten Truppen ſich nicht halten, und mußten ſich, von den Dänen verfolgt, über die Eider nach Holſtein zurückziehen. Am 10ten beſetzten die Dänen Schleswig, am 13ten Eckernförde und ſchleppten viele deutſchgeſinnte Einwohner mit fort. Endlich erhielten die Preußen Befehl vorzurücken, und überſchritten, nachdem ein Adjutant des Oberſten Bonin im däniſchen Lager vom Könige ſelbſt die Räumung Schleswigs vergeblich verlangt hatte, am 12ten die Grenze. Am 22ſten drangen die preußiſchen Truppen unter dem vom Bundestag ernannten General von Wrangel vor, ſiegten bei Altenhof am Eckernförder Meerbuſen, erſtürmten am 23ſten die alte Schanze Dannewirke vor Schleswig, beſetzten die Stadt und das Schloß Gottorp, ohne nur die nachrückenden Hannoveraner abzuwarten, mit deren Beiſtand die Dänen hätten aufgerieben werden können, während dieſe nun Zeit gewannen, in wilder Flucht nach Flensburg zu eilen und zu Schiffe zu entkommen. Am 25ſten ſiegten auch die Hannoveraner unter Halkett bei Overſen; die Dänen, von denen ein Theil ſich am 27en gegen Nordweſten nach Tondern und Ripen zurückgezogen hatten, mußten endlich ganz Schleswig räumen, und die Preußen, welche am 25ſten in Flensburg, am 30ſten in Hadersleben eingerückt waren, überſchritten Anfang April die Grenze Jütlands und beſetzten

am 3ten ſchon die Kleine, wegen der Ueberfahrt nach Fühnen wichtige Feſtung Friedericia.

Aber während die Dänen, durch ihre Flotte begünſtigt, zahlreiche deutſche Handelsſchiffe aufbrachten und durch Blokirung der Oſtſeehäfen, ja bald ſelbſt der Elbe-, Jahde- und Weſermündungen, den deutſchen Handel lähmten, erhielt Wrangel, der zur Entſchädigung für dieſe Verluſte den Jütländern eine Contribution von 2 Mill. Thlrn. auferlegt hatte, den Befehl, Jütland und ſelbſt den nördlichſten Theil von Schleswig zu räumen, da nicht nur Schweden den Dänen Hülfstruppen zum Schutze ihrer Inſeln geſendet, ſondern auch Rußland (und vielleicht auch England und Frankreich) gegen die Beſetzung des däniſchen Gebiets entſchieden proteſtirt hatte. Knirſchend gehorchte er; höhnend zogen die Dänen ihm nach, ſchleppten aufs Neue Deutſchgeſinnte aus Hadersleben und Apenrade unter Mißhandlungen fort, wurden jedoch, da Wrangel aufs Neue Erlaubniß zum Vorrücken erhielt, bald wieder über die Königsau zurückgedrängt. Und nun begann der Krieg „zwiſchen dem Fiſch und dem Hund", wie ein deutſcher Fürſt es genannt haben ſoll, fortdauernde Neckereien und Angriffe der Dänen von der Inſel Alſen auf die Hannoveraner und andern Reichstruppen, welche auf der gegenüberliegenden Halbinſel Sundewitt bis zu den Düppeler Höhen ſtanden. Deutſchlands Handel blieb — aus Mangel an einer Flotte — gelähmt und ein Volk von 40 Millionen wurde das Geſpött einer Handvoll Seeräuber. — —

Inzwiſchen waren die Männer, welche in den ſüddeutſchen Staaten an die Spitze der Verwaltung gekommen waren, bedacht geweſen, zur raſchen Förderung des von Allen geforderten Einigungswerkes mitzuwirken. Während Max von Gagern mit den Abgeordneten der übrigen ſüddeutſchen Regierungen nach Dresden (am 25ſten März) und Berlin gereiſt war, um das Zuſammentreten des Dresdner Fürſten-

congreſſes zu hintertreiben und die Regierungen zu gemeinſchaftlichem Vorſchreiten zu beſtimmen (ſchon damals boten ſie dem Könige von Preußen die Vorſtandſchaft über das übrige Deutſchland an) — lud die von der Heidelberger Verſammlung am 5ten gewählte Siebenercommiſſion am 12ten deutſche Ständemitglieder und Männer des Volksvertrauens zu einer Verſammlung nach Frankfurt auf den 31ſten März ein und mahnte vom Zuzuge Bewaffneter ab, was Landfriedensbruch ſein würde. Es erſchienen außer zahlreichen Mitgliedern von ſüddeutſchen und ſächſiſchen Ständeverſammlungen auch viele von Vereinen und Volksverſammlungen gewählte Männer des allgemeinen Vertrauens, zuſammen über 500, unter denen Oeſterreich nur durch einen, den bisher verbannten Wiesner, Preußen meiſt nur durch Rheinländer und Oſtpreußen von der entſchiedenſten Oppoſitionspartei vertreten war. Unter den Ankömmlingen wurden beſonders die Märtyrer der Freiheit (Jordan, Eiſenmann) und die jahrelang Verbannten (Venedey) am 28ſten und 29ſten freudig empfangen. Sie erwählten am 31ſten in einer Vorverſammlung auf dem Römer durch Zuruf Mittermayer zum Präſidenten, Dahlmann, von Itzſtein, Jordan und Rob. Blum zu Vicepräſidenten, und zogen dann unter dem Geläute der Glocken und dem Donner der Kanonen in die Paulskirche.

Obgleich der Bundestag ſchon am 30ſten, in Uebereinſtimmung mit den 17 von den Regierungen ihm beigegebenen Vertrauensmännern, durch einen Erlaß die Berufung von Abgeordneten aller deutſchen Staaten (je einen auf 70,000 Einwohner) durch ganz Deutſchland angeordnet hatte, beſchloß man doch, nach Beſeitigung des von Struve, Zitz u. A. eingebrachten Antrags auf Einſetzung einer proviſoriſchen Regierung u. a. zur Republik führender Einrichtungen, auf Eiſenmann's Antrag nur über die Art der Volksvertretung bei dem zu berufendenden Parlament zu berathen. Nach ſtürmiſchen Auftritten,

welche den Schluß der Frühversammlung nöthig machten, entschied man am Nachmittag sich für Aufnahme Schleswigs und Ost- und Westpreußens in den Bund; die Frage über Posen sollte offen gehalten werden; auf je 50,000 und in jedem kleineren Bundeslande sollte ein Abgeordneter gewählt werden; welche Aenderung auch der Bundestag annahm. Am 1sten April beschloß man, sich grundsätzlich für unmittelbare Wahlen auszusprechen, doch die Ausführung den einzelnen Staaten anheim zu stellen; jeder volljährige Deutsche sollte Wähler und wählbar sein; binnen vier Wochen sollte die constituirende Versammlung in Frankfurt zusammentreten oder das Vorparlament wieder einberufen werden. Nachdem Hecker's Antrag auf Permanenz der gegenwärtigen Versammlung bis zum Zusammentritt des Parlaments verworfen und dafür auf Heinrich von Gagern's Antrag beschlossen worden war, einen Ausschuß von 50 Männern zu wählen, der dem Bundestag bei Wahrung der Rechte der Nation berathend zur Seite stehen sollte, beantragten Blum, Zitz von Mainz und Andere, in der Sitzung vom 2ten, zu erklären: „Bevor die Bundesversammlung die Angelegenheit der Begründung einer constituirenden Versammlung in die Hand nehmen könne, müsse sich dieselbe von den verfassungswidrigen Ausnahmebeschlüssen lossagen und die Männer aus ihrem Schooße entfernen, die zur Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben." Als der Antrag Bassermann's, „indem" statt „bevor" zu setzen, mit überwiegender Stimmenmehrheit angenommen worden war, verließ ein Theil der Minderheit (Hecker, Struve, Zitz u. A.) den Saal; dagegen erklärten Raveaux, Blum, Vogt, Jacobi u. A. sich der Mehrheit unterwerfen zu wollen. Am 3ten verkündete Mittermayer nach einer persönlichen Mittheilung des Präsidenten der Bundesversammlung, Grafen Colloredo-Walsee, jene Ausnahmsgesetze und Beschlüsse

ſeien als aufgehoben und beſeitigt zu betrachten und diejenigen Mitglieder der Verſammlung, denen ihr Gefühl ſage, daß ihre Wirkſamkeit von der Billigung und dem Vertrauen der Nation nicht getragen ſei, hätten ihre Entlaſſung bereits gegeben oder würden ſie unverzüglich geben. Bald darauf, während die Wahlen zum Funfzigerausſchuß, dem noch 6 aus Oeſterreich einzuladende Vertrauensmänner beigeſellt werden ſollten, vorgenommen und Soiron's Antrag angenommen wurde, „vom Programm der Siebenercommiſſion Umgang zu nehmen, dem Ausſchuſſe nichts Bindendes in Betreff des Verfaſſungswerks zu hinterlaſſen, ſondern dieſes einzig und allein der conſtituirenden Verſammlung zu überlaſſen"; kehrte auf Itzſtein's Einladung die ausgetretene Minorität in die Verſammlung zurück und wurde freudig begrüßt; worauf das Vorparlament durch den Präſidenten für geſchloſſen erklärt ward.

Schon am 4ten April begann der Fünfzigerausſchuß ſeine Sitzungen und wählte den badiſchen Deputirten von Soiron zu ſeinem Präſidenten. Zwar war er von dem Vorparlament als Wächter über die Schritte des Bundestags und der Regierungen hingeſetzt; aber da die meiſten ſeiner Mitglieder Geſinnungsgenoſſen der neuen Miniſter in den ſüddeutſchen Staaten, ſowie der neugewählten Bundestagsglieder (Welcker, Jordan u. A.) und der 17 Vertrauensmänner waren, welche den Entwurf einer Verfaſſung für Deutſchland auszuarbeiten begonnen hatten, ſo bediente ſich der Bundestag ſeiner, um ſeinen Verfügungen eine moraliſche Stütze und Popularität zu verſchaffen und zeigte ſich dafür auch willfährig, den Anforderungen des Ausſchuſſes in einzelnen Stücken nachzukommen. Das Letztere fand Statt in der Angelegenheit der preußiſchen Wahlen, als die Miniſter zufolge des Bundestagsbeſchluſſes Vertreter für das deutſche Parlament im Verhältniß von 1:70,000 durch den Vereinigten Landtag (!) hatten wäh-

len laſſen; welcher zwar das Mißliche dieſes Schrittes einſah, aber um dem Miniſterium keine Verlegenheiten zu bereiten, doch darauf einging, und neben einzelnen das Vertrauen des Landes genießenden Männern auch Vertreter des alten Syſtems, wie Stahl und v. Gerlach wählte. Dieß rief einen allgemeinen Sturm in Berlin und andern Städten hervor; der Fünfzigerausſchuß nahm ſich der Sache an und beſtimmte den Bundestag, die preußiſche Regierung zur Vornahme neuer Wahlen in der vom Vorparlamente beſchloſſenen Weiſe aufzufordern, und das Miniſterium Camphauſen, deſſen Aufforderung der vereinigte Landtag erſt nur ungern nachgekommen war, erklärte nun deſſen Wahlen für ungültig und verſetzte ſo dieſem Landtag am Tage des Schluſſes ſeiner Sitzungen, den 10. April, den letzten Stoß in der öffentlichen Meinung.

Dagegen diente der Fünfzigerausſchuß dem Bundestage willfährig in dem Sturme, den die republikaniſche Partei erregt hatte, deren Treiben ſeit Mitte März beobachtet werden muß.

Am 19ten März hatte eine Volksverſammlung in Ofenburg in Baden (ſüdöſtlich von Kehl) Statt gefunden, in welcher ſich noch „Vater Itzſtein", ja ſelbſt Hecker und Struve für Feſthalten an der gegenwärtigen Regierung des Landes ausſprachen, von der ein Rückweichen jetzt nicht zu fürchten ſei; ſie mißbilligten die (zum Theil durch Fickler veranlaßten) republikaniſchen Kundgebungen im badiſchen Seekreiſe, als der jetzt vor Allem anzuſtrebenden Einheit des deutſchen Vaterlandes Gefahr drohend, und Hecker eiferte ſelbſt entſchieden gegen die anzuſtrebende Unterſtützung Frankreichs, „da ein Volk, das fremder Hülfe zur Erringung ſeiner Freiheit bedürfe, derſelben nicht werth ſei." Als Forderungen des Volks wurden von der Verſammlung angenommen: Entfernung des Kriegsminiſters, des Markgrafen Wilhelm und anderer Perſönlichkeiten von den Geſchäften, Reviſion t

Verfassung und Einkammersystem, Rücktritt der reactionären Deputirten, Bildung und Organisation von Volksvereinen für Bewaffnung und Volksbildung durch das ganze Land, Verschmelzung der Bürgerwehr und des stehenden Heers, Verminderung der Ausgaben, Einführung einer Einkommensteuer, Abschaffung der Vorrechte, Trennung der Schule von der Kirche.

Entschiedener trat die republikanische Partei schon acht Tage später in den Volksversammlungen zu Heidelberg und Freiburg auf. Aber während in Freiburg eine stürmische Versammlung auf Struve's Antrag sich mit großer Mehrheit für eine deutsche Gesammtrepublik erklärte und die entgegenstehende Ansicht nicht einmal zu Worte kommen ließ — weßhalb ein Freiburger Universitätslehrer eine Protestation gegen die Art und Weise der Verhandlung und gegen den Beschluß selbst abfaßte und unterzeichnen ließ — mißglückte in der zahlreich besuchten Heidelberger Versammlung am 26sten, wo die bedeutendern Führer fehlten, ein ähnlicher Versuch, in die der Frankfurter Versammlung zu überreichende Petition die Erklärung mit aufnehmen zu lassen: das deutsche Volk sei in seiner größern Mehrheit für Föderativrepublik gestimmt. Dagegen erhob sich ein ungeheurer Sturm und sie mußten sich zuletzt begnügen, dafür die Bitte aufzunehmen, das Parlament möge bei der Constituirung Deutschlands die nordamerikanische Föderativverfassung berücksichtigen.

Als nun die Wahlen in den Fünfzigerausschuß während des Austritts der Minderheit aus dem Vorparlament Statt fanden, kamen natürlich nur wenige derselben in den Ausschuß, weßhalb Hecker, Struve und Graf Reichenbach ein republikanisches Centralcomité bildeten, um die Wahlen zum Parlamente in ihrem Sinne zu leiten.

Auch verlautete schon in den letzten Wochen des März von dem Unternehmen der brodlos gewordenen deutschen Arbeiter aus Paris,

unter Leitung des demokratischen Comité's G. Herwegh, Börnstein und Bornstedt, verstärkt durch einzelne Franzosen und Polen und insgeheim von der provisorischen Regierung Frankreichs (mit Ausnahme Lamartine's, der den bayrischen Gesandten von ihrem Vorhaben in Kenntniß setzte*)) unterstützt, in Baden und Rheinbayern einzubrechen und die Republik einführen zu helfen. Die übertriebensten Gerüchte von ihrer Anzahl (10, ja 20,000 sollten es seyn) und ihrer Lust zu rauben und zu sengen, hatten sich schon in den letzten Tagen des März in Baden und Würtemberg verbreitet; in Constanz und dem ganzen Seekreis hatte der Advocat Fickler und Gleichgesinnte für denselben Zweck gewirkt und gegen das Vorrücken fremder (!) Truppen zum Schutz der Grenze des Bundesgebiets protestirt — da ließ der bisherige Deputirte Mathy am 8ten April auf dem Carlsruher Bahnhofe durch einen Policeibeamten Ficklern als Landesverräther verhaften, worauf Hecker und Struve sich eiligst nach Constanz begaben, dort am 12ten zum Kampfe für die deutsche Republik aufforderten, ohne viel Anhänger zu finden, am 15ten eine Volksversammlung in Stockach hielten, am 17ten den Regierungsdirector Peter in Constanz zum Statthalter ernannten und am 18ten auch in Ofenburg die Republik proclamirten. Aber schon am 15ten waren von dem aufgebo-

*) Am 27sten März erschien auch der Minister H. von Gagern in der zweiten Kammer zu Darmstadt und theilte aus den Depeschen seines Gesandten in Paris mit, daß die erste Colonne der deutschen Republikaner, 500 Mann stark, Paris bereits verlassen habe und nach dem Rheine marschiere. Lamartine habe die Zustimmung dazu verweigern wollen, sei aber von seinen Kollegen überstimmt worden. Die Kammer ertheilte ihm das erbetene Vertrauensvotum zur Anordnung aller ihm geeignet scheinenden Maßregeln.

ten 8ten Armeecorps würtembergiſche Truppen in Donaueſchingen erſchienen; von Norden her zogen Naſſauer und Badener gegen die theilweiſe mit Gewalt zuſammengebrachte Schaar, und am 20ſten kam es zum Gefecht bei Kandern, vor deſſen Beginn der General Friedrich von Gagern, der die republikaniſchen Heerhaufen umgehen ließ, als er noch einmal vor die Front ritt, um ſie zum Niederlegen der Waffen zu bewegen, durch einen Schuß aus den feindlichen Reihen getödtet ward. Wüthend warfen ſich nun die Truppen auf die Schaar Hecker's, um den Tod ihres Führers zu rächen und trieben ſie in die Flucht. Am 21ſten wurde Struve bei Säckingen gefangen und dem Bürgermeiſter des Orts zur Bewachung übergeben, der ihn indeß einer Schaar der Republikaner, welche mit Einäſcherung der Stadt drohten, wieder herausgab. Bald waren die noch zuſammenhaltenden Abtheilungen zerſprengt und flüchteten über den Rhein in die Schweiz. Zwei Tage lang behaupteten ſich in Folge einer bewaffneten Volksverſammlung am 22ſten Freiſchaaren unter Langsdorf in Freiburg, welche die ſchon von Truppen umgebene Stadt terroriſirten; am 23ſten kam es zum Gefecht zwiſchen den Truppen und den von Günthersthal heranziehenden Freiſchaaren bei einem Wäldchen in der Nähe der Stadt; am Morgen des 24ſten endlich zog Gen. Hoffmann vor die verbarrikadirte Stadt, beſchoß ſie ſelbſt mit Kanonen und drängte endlich die Freiſchaaren heraus. An demſelben Tage ſcheiterte ein Verſuch, die Republik in Heidelberg auszurufen, an der Feſtigkeit der Bürgerwehr und der Studenten, welche 3—400 bewaffnet eingezogene Bauern vor dem Rathhauſe umzingelten und zur Niederlegung der Waffen und zum Abzuge nöthigten. Die Schaar aus Frankreich, welche kaum 800 Mann ſtark unter Führung des tactloſen und unfähigen Börnſtein, der für nur 2000 Patronen geſorgt hatte und den ehemaligen preußiſchen

Officier Corvin, den Chef des Generalstabs, nicht unterstützte, sondern hemmte, und des eitlen und unwissenden Löwenfels von Straßburg*) am 22sten auf der Eisenbahn bis Banzenheim abgefahren war, setzte in der Nacht zum 24sten bei den Dörfern Niffers und Großkembs über den Rhein (650 Mann), und zog über Tannenkirchen, Kandern durch das Münsterthal nach dem Dorfe Mutten, in dessen Nähe sie (bei Todtenau) die Schaar Siegels zu finden hofften; doch war diese Tags vorher durch Struve's Uebereilung den Truppen bei Freiburg entgegengeführt und, weil sie zum größern Theil aus Sensenmännern bestand, zersprengt worden. Nun zogen sie nach der Schweizer Grenze, wurden am 27sten bei Dossenbach von dem würtembergischen Hauptmann Lipp angegriffen, nach 1½stündigem Gefechte, in welchem sie sich bald verschossen hatten und Reinhard Schimmelpfennig fiel, in die Flucht getrieben und entkamen zum Theil über das Dorf Karsau nach Rheinfelden. Herwegh, auf dessen Kopf ein Preis gesetzt war, hatte mit seiner muthigen Frau bei dem Schmidt ein Versteck gefunden und beide gelangten in den Kleidern seiner Dienstleute hinter seinem Wagen hergehend über die Rheinbrücke; Bornstedt und mehrere Hunderte seiner Gefährten wurden gefangen.

So war der Kampf rasch beendet, an welchem Viele nur gezwungen Theil genommen hatten; außerdem nicht wenige Schmuggler und Wildschützen, welche sich noch am beßten schlugen; die Uebrigen waren junge, durch Hecker's Beredtsamkeit hingerissene Leute, Studenten, Handwerker, Schullehrergehülfen, welche an Disciplin nicht

*) Vergebens erschienen Spatz und Venedey als Abgeordnete des Fünfzigerausschusses, welche sie vom Zuge abmahnten, ihnen Amnestie und Durchzug nach Schleswig-Holstein versprachen, wenn sie dort für die deutsche Sache kämpfen wollten.

gewöhnt waren. Das Betrübendſte war die Feigheit und Schlaffheit der Bürger, wie einzelner Beamten, welche keinen Widerſtand zu leiſten wagten, ſelbſt gegen eine kleine Schaar von Republikanern.

Die natürliche Folge der unbeſonnenen Schilderhebungen war, daß ein größerer Theil der Wahlen zur deutſchen Nationalverſammlung im Sinne der gemäßigten Partei ausfiel, als dieß ſonſt vielleicht der Fall geweſen wäre. An dem Tage, an welchem Hecker den Kampf begann, ſollte er als Erſatzmann in den Fünfzigerausſchuß eintreten. Daneben wurde ſchon damals von unbefangenen Beobachtern getadelt, daß das preußiſche Miniſterium nicht Vertreter in denſelben geſchickt hatte, wie das öſterreichiſche (Schuſelka, Curanda, v. Mühlfeld, v. Andrian, Prof. Endlicher), da die vom Vorparlamente in den Ausſchuß gewählten Preußen, meiſt hart verfolgte Opfer des frühern Syſtems, bei jeder Gelegenheit vielmehr Preußen feindlich ſich ausſprachen, während alle andern Deputirten bei aller Bethätigung ihrer deutſchen Geſinnung doch auch ihr Heimathsland gegen ungerechte Angriffe vertraten. Die badiſchen Conſervativen billigten beiſtimmend oder wenigſtens ſtillſchweigend jeden Angriff auf Preußen, während ſie ihre Regierung entſchieden vertraten und unterſtützten. So hatte Soiron, der Präſident des Ausſchuſſes, mit andern Mitgliedern nach dem badiſchen Oberlande geſendet, auf der Rückkehr auch in der Carlsruher Ständeverſammlung für das Miniſterium ein Vertrauensvotum in der Verfolgung der Aufſtändiſchen durchgeſetzt; in Frankfurt unterſtützten ſie lebhaft die vom Kanzler Wächter beantragte Verſtärkung der Bundescentralgewalt durch Ernennung von drei Männern (Prinzen), welche eine Art Dictatur in den innern Angelegenheiten Deutſchlands ausüben ſollten; ein Antrag, den die linke Seite heftig bekämpfte, weil ſie darin eine Gefahr für die Entwickelung der Freiheit erkannte und der Anfangs verworfen, dann aber vom Bundestag und

auch in einer öffentlichen Sitzung des Ausschusses angenommen wurde. Die übrigen Schritte desselben waren von geringem Erfolg, da er durch die heftigen Parteikämpfe in seinem Schoße, sowie durch Uebergriffe gegen Außen bald an moralischem Gewicht verlor. In Böhmen, wo man die Wahlen entschieden verweigerte, ja hinderte, verunglückte die Sendung von Wächter, Curanda und Schilling gänzlich. Einen Sturm erregte noch das Promemoria des hessischen Bundestagsgesandten von Lepel am 4ten Mai, welcher darauf angetragen hatte, gegenüber der bald zusammentretenden Versammlung der Volksvertreter ein gemeinsames Organ der durch außerordentliche Bevollmächtigte zu vertretenden Regierungen zu bilden; hiervon hatte sich Rob. Blum eine Abschrift zu verschaffen gewußt und dem Ausschusse mitgetheilt, in welchem dieß als Verrath gegen das deutsche Volk bezeichnet und sogar auf Berufung des Vorparlaments angetragen wurde. Der Ministerpräsident H. v. Gagern berief indeß Lepel von seinem Posten ab. Der Zusammentritt der ersten gewählten Vertreter fand schon am 1sten Mai Statt; da indeß die Wahlen in Preußen und Oesterreich noch nicht vollendet waren, fand (nach einem Beschlusse des Bundestags) die feierliche Eröffnung erst am 18ten Mai Statt. —

Die constituirende Nationalversammlung, welche am 19ten Mai mit 305 unter 397 Stimmen Heinrich von Gagern für die nächsten 4 Wochen zum Präsidenten, von Soiron und von Andrian zu Vicepräsidenten wählte, und die von Mohl, Murschel und Schwarzenberg entworfene Geschäftsordnung annahm, schied sich schon in den nächsten Wochen in verschiedene Parteien und Clubs: äußerste Linke: Zitz, Ruge; Linke: Blum, Wesendonk, Vogt, Schüler von Jena; linkes Centrum: Raveaux, Eisenmann, Venedey, Giskra; rechtes Centrum (Erbkaiserliche): Dahlmann, v. Beckerath, Rießer u. A.; Rechte: Lichnowsky, von Radowitz, v. Vincke, der Name des dur-

löcherten Rechtsbodens; äußerſte Rechte: Laſſaulx, Philipps. Die erſten Schritte waren Abſendung einer Commiſſion nach Mainz, wo ein Streit der Bürger mit preußiſchen Soldaten einen erbitterten Kampf und den Belagerungszuſtand herbeigeführt hatte; man ging nach dem Berichte derſelben zur motivirten Tagesordnung über und überließ der Bundesbehörde die weiteren Maßnahmen. Hierauf regte Raveaux am 22ten die Frage wegen des Verhältniſſes der Verſammlung zu den gleichzeitig tagenden conſtituirenden Einzelverſammlungen an, worüber am 27ſten entſchieden ward, daß alle Beſtimmungen der Einzelverfaſſungen nur nach Maßgabe der in Frankfurt feſtzuſetzenden allgemeinen deutſchen Verfaſſung gültig ſein ſollten. Die Verſammlung empfing am 25ſten eine ungariſche Deputation, welche ein Bündniß Ungarns mit Deutſchland anbot, erklärte am 9ten Junius den Krieg in Schleswig-Holſtein für eine Angelegenheit des deutſchen Volks, bewilligte 6 Millionen Thaler für die deutſche Flotte, für welche in allen Theilen Deutſchlands eifrig geſammelt wurde (ein Marinecongreß von Bevollmächtigten und Sachverſtändigen tagte ſeit dem 1ſten in Hamburg, wo am 2ten auch ein Congreß deutſcher Gewerbtreibender zuſammengekommen war) und nahm nach lebhaften Debatten vom 19ten bis 27ſten das Geſetz über Errichtung einer proviſoriſchen Centralgewalt an, an deren Spitze durch Gagern's „kühnen Griff" als unverantwortlicher Reichsverweſer (mit verantwortlichem Miniſterium) am 29ſten der Erzherzog Johann gewählt und ſogleich vom Bundestage begrüßt wurde; ja, als er von einer Deputation des Parlaments in Wien zur Annahme aufgefordert und am 10ten Jul. feſtlich eingeholt worden war, übertrug ihm der Bundestag am 12ten im Namen der deutſchen Regierungen ſeine Befugniſſe. Von einem großen Theile der Bevölkerung Deutſchlands wurde dieſe Einſetzung einer ſtarken Centralbehörde freudig begrüßt, zumal da auch

in dieſer Zeit die demokratiſche Partei entſchiedener aufgetreten war, in einem von Deputirten ihrer Vereine beſchickten Congreſſe zu Frankfurt am 15ten und 16ten Jun. ſich für die demokratiſch-ſociale Republik erklärt und ein Centralcomité erwählt hatte, das ſeinen Sitz in Berlin nehmen ſollte. Hier, wie in Wien, waren noch ſtürmiſche und Gefahr drohende Bewegungen eingetreten, während in Paris ſchon die Partei der Ordnung und des Beſitzes in den Junitagen einen entſchiedenen Sieg über die Anarchiſten davon getragen hatte. — —

Die Mai- und Juni-Ereigniſſe in Wien, Berlin und Paris.

In Wien zeigten ſich ſchon bald die Uebelſtände und Gefahren der gegenwärtigen Lage, die ihren Hauptgrund in dem Mangel einer die neue Richtung mit Entſchiedenheit und Conſequenz verfolgenden und ſtützenden bedeutenden Perſönlichkeit hatten, wie ſie Metternich für das geſtürzte Syſtem geweſen war. Von den Miniſtern hatte der Baron von Pillersdorf durch offene freiſinnige Erklärungen über den gegenwärtigen Staatszuſtand und durch einzelne Erlaſſe die meiſte Popularität gewonnen, aber durch das engherzige Preßgeſetz zum Theil wieder eingebüßt, zumal da dieß trotz ſeiner Zuſage von Abänderungen von den übrigen Miniſtern (ſo vom Juſtizminiſter Taaffe*)) als in Kraft beſtehend angeſehen wurde.

*) Dieſer zog ſich überhaupt vielfaches Mißtrauen zu; namentlich wurde er durch Dr. Kern angeklagt, die Freilaſſung der politiſch Amneſtirten nicht in ganzem Umfange ausgeführt zu haben.

Die neu erscheinenden periodischen Blätter legten auch kein günstiges Zeugniß für die Bildung und Fähigkeit ihrer Herausgeber ab und erlangten dadurch eben auch keinen Einfluß auf die Regierung, die sich lieber durch Furcht vor der von überspannten Agitatoren beherrschten Volksmasse und der Aula leiten und fortreißen ließ, deren Mitglieder (worunter auch junge Künstler und Techniker) von der Mehrheit der Bevölkerung allgemein gefeiert wurden. Es war auch ein wachsames Element so nothwendig, um die werdende Freiheit vor denen zu schützen, denen sie von Anfang verhaßt gewesen, der Hofpartei und dem Adel, der Bureaukratie, und vor denen, denen sie schon lästig zu werden anfing, weil die Stockung des Verkehrs nicht aufhörte: den „gutgesinnten", d. h. nach Ruhe verlangenden Bürgern, welche in der Nationalgarde am zahlreichsten vertreten waren. An Symptomen des Rückschritts fehlte es bald nicht. In den letzten Tagen des April wurde Dr. Schütte in Wien auf die Policei beschieden und in einem Wagen von Policeibeamten begleitet über die Grenze gebracht; gleichzeitig verlautete von Bildung eines Sicherheitscomité's, dessen Mitglieder (alle Nationalgarden und „gute Bürger") mit der Unverletzlichkeit von obrigkeitlichen Personen gegen Störer der gesetzlichen Ordnung und Alle, die gegen die Regierung aufreizten, einschreiten könnten. Viele der ehemaligen Liberalen, Bureaukraten, Advocaten und Gewerbsmänner, deren Mittelpunct der juridische Leseverein war, stellten sich nun der muthigen Jugend entgegen, da sie das Privilegium der Intelligenz gepachtet zu haben meinten. Anstatt die Bewegung leiten zu helfen, überließen sie dieß überspannten Führern und pflanzten dafür in der deutschen Frage die Fahne des „Staatenbundes" auf, worunter sie ein Gemisch sämmtlicher Nationalitäten verstanden, welches das übrige kleine Deutschland ins Schlepptau nehmen sollte. Als Wahlcandidaten empfahlen sie gut österreichisch, d. h.

der deutſchen Sache feindlich geſinnte Männer; und der Erklärung ihrer Regierung, daß ſie den Beſchlüſſen des Frankfurter Parlaments nur in ſoweit ſich unterwerfen werde, als ſie denſelben ihre Sanction ertheilt habe, klatſchen ſie Beifall.

Die neue Verfaſſung, welche am 25ſten April (das proviſoriſche Wahlgeſetz am 9. Mai) veröffentlicht wurde und, mit Ausnahme weniger vom Reichstage zu berathender Beſtimmungen, ſogleich in Kraft treten ſollte, erregte faſt allgemeine Unzufriedenheit wegen der vorzugsweiſe ariſtokratiſchen Zuſammenſetzung der erſten Kammer, in welche überdieß der Kaiſer ein Viertheil der Mitglieder wählen ſollte. Die Studenten machten in einer Petition an den Miniſter des Innern Vorſtellungen und das Nationalgardencomité ſchloß ſich denſelben an; der Miniſter ſagte auch die erbetene Errichtung eines Arbeiterminiſteriums zu, und verſprach, die Beſchränkung der Wahlen durch einen Cenſus aufheben zu wollen, nahm jedoch in einem ſpäteren oberflächlichen Erlaß ſein Verſprechen zurück und erklärte, nur dem Reichstage ſtehe eine freiſinnigere Geſtaltung der Verfaſſung zu. Wiederholte Straßentumulte und Katzenmuſiken, welche in den erſten Tagen des Mai die Nationalgarde viel beunruhigten, führten endlich die Abdankung des Miniſterpräſidenten Ficquelmont herbei; ja, als auch dem Erzbiſchof eine Katzenmuſik gebracht worden war (der päpſtliche Nuntius verließ am 7ten Mai Wien), erfolgte am 8ten die Aufhebung der Jeſuiten-, Liguorianer- und Redemptoriſten-Orden in der ganzen Monarchie! In das Liguorianer-Kloſter verlegten die Studenten ihren Rede- und und Leſeverein. Während man ſo energiſchen Kundgebungen raſch und ſchwächlich nachgab, bewies andererſeits die Beſchießung von Krakau, die Schließung des Nationalcomité's in Lemberg und die Auflöſung der Kreisvereine und Nationalgarden in allen Kreiſen Galiziens — alles am 26ſten April — die Aufſtachelung des

Haſſes der Bauern gegen ihre Gutsherren, und die Aufwiegelung der Kroaten durch Jellachich und Gay gegen das ungariſche Miniſterium, daß die Hofpartei und Bureaukratie ſich beeiferten, ihre alte Herrſchaft wieder zu erlangen und durch ihr altes Mittel, Entzweiung der Nationalitäten, zu befeſtigen.

Die durch ſolches Treiben geſteigerte Gährung kam in Folge eines Erlaſſes des Grafen Hoyos vom 14ten, welcher den Compagnieen der Nationalgarden befahl, ihren Deputirten im politiſchen Centralcomité die Vollmachten abzunehmen, am 15ten zum Ausbruch; daſſelbe hatte nämlich bei den bevorſtehenden Wahlen in den Gemeindeausſchuß, wobei nur Steuerpflichtige über 20 fl. wählen ſollten, ſeinen Einfluß aufbieten wollen, um den Ausfall der Wahlen im überwiegend conſervativen Sinne zu hindern. Um 12 Uhr wurde, was in den letzten Tagen oft geſchehen war, die Nationalgarde zuſammengetrommelt; die Studenten bewaffneten ſich gleichfalls, während die Arbeiter, durch unbeſtimmte Gerüchte beunruhigt, in den Vorſtädten, namentlich in der Brigittenau ſich ſammelten, um trotz der Kanonen am Burgthor in die Stadt zu dringen und die Studenten, gegen die etwas im Werke ſein ſollte, zu beſchützen. Mit Mühe wurden ſie durch Fiſchhof und Montecuculi beruhigt und zurückgehalten. Eine Deputation der Aula forderte von den Miniſtern Beſtätigung des Centralausſchuſſes, Beſetzung der Thor- und Burgwachen bloß durch Studenten und Nationalgarden und Ausrücken des Militärs nur auf Verlangen der Letztern; eine ſpäter abgeſandte trug das unter den Verſammelten inzwiſchen angeregte Verlangen eines conſtituirenden Reichstags vor, welches Pillersdorf endlich um 11 Uhr gewährte, nachdem Studenten und Nationalgardiſten nach der Burg gezogen waren. Aber auch dieß genügte nicht; „eine Kammer, kein Cenſus" rief man und neue Deputationen erlangten endlich auch dieß Zugeſtändniß von

Pillersdorf um Mitternacht. Die nächſten Folgen waren die Abdankung der Miniſter am 17ten und die hinter ihrem Rücken von der Hofpartei, namentlich dem Grafen Bombelles, betriebene Fortführung des Kaiſers in Mitte ſeiner Familie nach Insbruck, von welchem Schritte die Rückſchrittspartei eine gänzliche Verzichtleiſtung der erſchreckten Bürgerſchaft auf die Bewilligungen des 15ten hoffte. Dieß bewies der bald nachher nach Wien geſendete Erlaß, welcher die Nationalgarde vom Dienſte in der Hofburg enthob, das kaiſerliche von keinem Miniſter mitunterzeichnete Manifeſt vom 20ſten, welches die Wiener hart tadelte und zu verſtehen gab, daß man ſich durch jene Bewilligungen nicht gebunden erachte, und die Ungeduld, mit welcher man die zu ihrer Auflöſung und Verſchmelzung mit der Nationalgarde ſchon geneigte Aula dazu drängte. Zwar hatte das Miniſterium am 18ten wieder die Zügel ergriffen, ſich gegen die inconſtitutionelle Abreiſe des Kaiſers ausgeſprochen, ſich von aller Mitſchuld gereinigt und aus ſeiner Mitte Doblhof dem Kaiſer nachgeſchickt (wie das ungariſche Miniſterium den Fürſten Paul Eſterhazy); auch hatte ſich die Nationalgarde und die Legion dem commandirenden General untergeordnet, das Centralcomité war aufgelöſt und vom Magiſtrat ein Sicherheitsausſchuß eingeſetzt worden; das Verbot gegen Zuſammenrottungen und die Ermächtigung zur Verkündigung des Standrechts am 19ten hatten keinen Widerſpruch erregt. Aber um ſo größere Erbitterung erregten nun jene am 24ſten aus Insbruck anlangenden Erlaſſe; und die perfide Art, mit der Montecuculi am Morgen des 26ſten die Auflöſung der Aula befahl und das Gebäude mit Soldaten umſtellen ließ, ohne nur die vom Grafen Colloredo gegebene 24ſtündige Bedenkzeit einzuhalten, brachte es zum Ausbruch. Die Studenten verweigerten ihre Auflöſung und verſchanzten ſich in der Aula; die Nationalgarde, wie die Arbeiter, welche man durch Emiſſäre von den

Aula hatte abwendig machen wollen, ergriffen für ſie Partei, zahlreiche Barrikaden wurden errichtet, die Soldaten zeigten ſich nicht geneigt, gegen Volk und Studenten zu kämpfen: ſo mußte der Befehl zur Auflöſung der Aula vom Miniſterium zurückgenommen und die Truppen zurückgezogen werden. Graf Montecuculi flüchtete in der Nacht aus der Stadt und mehrere angeſehene Männer, die man für Urheber jenes Beſchluſſes gegen die Aula hielt, wurden verhaftet und in Anklageſtand verſetzt!

Am 10ten Juni erließ der Kaiſer endlich von Insbruck aus ein Friedensmanifeſt an die Wiener, worin er an den Bewilligungen des März und des 15ten Mai zu halten und bald nach Wien zurückzukehren verhieß; ſein Unwohlſeyn verzögerte indeß die Reiſe, vielleicht auch glaubte die Hofpartei, durch den gleich darauf gemeldeten Sieg über die Panſlaviſten in Prag und durch Jellachich's loyale Verheißungen ermuthigt, ferner weder gegen das deutſchgeſinnte Wien, noch gegen die ſlavenfeindlichen Ungarn ſchonend auftreten zu müſſen.

In Prag hatte die czechiſche Partei ſchon unter dem vorigen Syſtem ihrem Haſſe gegen daſſelbe in giftigen Ausfällen gegen das Deutſchthum überhaupt Luft gemacht; die Märztage erweckten auch das Verlangen nach ſelbſtſtändiger Verwaltung aller der Krone Böhmen nicht unterworfenen Länder durch ein verantwortliches Miniſterium (gerade wie bei den von den Böhmen ſpäter ſo geſchmähten Ungarn), was ihnen auch am 8ten April bewilligt wurde. Nun aber führte die centraliſirende Beſtrebung der Frankfurter Redner und der Haß gegen die deutſche Partei in Wien bald einen geheimen Bund zwiſchen den Czechomanen und der Hofpartei (vielleicht auch einzelnen Miniſtern) herbei, wie die Verbreitung des trotzigen Abſagebriefs von Palaczky auf die Einladung des Fünfzigerausſchuſſes zur Theilnahme an ſeinen Sitzungen und die Berufung dieſes Deutſchenfreſſers als Cul-

tusminiſter nach Wien bewies (was er indeß ablehnte). Nun wurden die Czechen übermüthiger gegen die 66,000 zaghaften Deutſchen in Prag, beſchimpften die deutſchen Farben, erklärten ſich am 26ſten April gegen Beſchickung des Parlaments in Frankfurt — als „aufregend, unnütz und gefährlich für Böhmen, für Oeſterreich, ja für die Dynaſtie", was ſie auch durch eine Deputation in Wien erklären ließen — und feierten, nachdem die eingeſchüchterten Deutſchen ebenfalls ſich der Wahlen enthalten hatten, mit dieſen wie zum Hohne ein Verbrüderungsfeſt, wobei ihnen indeß gerathen ward, zur Verhütung von Reibungen ihre deutſchen Farben nicht zu tragen! In ihren hirnloſen Träumen von einem Kaiſerreiche Weſtſlavien mit der Hauptſtadt Prag (an welches ſich auch außeröſterreichiſche Slaven anſchließen ſollten), und aus Nachäffung des Frankfurter Parlaments beriefen ſie einen Slavencongreß nach Prag: zur Wahrung der Unabhängigkeit und Nationalität der mit Oeſterreich verbundenen, durch die deutſchen Einheitsbeſtrebungen gefährdeten (!) Slaven. Nach den Wiener Maiereigniſſen erklärten ſie durch ihren Oberſtburggrafen Leo Thun, das Miniſterium in Wien ſei nicht frei, und ſetzten einen mit dem Kaiſer direct verkehrenden Regentſchaftsrath in Prag ein. Am 4ten Jun. wurde der Congreß in drei Abtheilungen (deren keine die Sprache der andern verſtand) eröffnet, proteſtirte gegen die Theilung Polens, und entwarf eine Bundesacte zur Verwirklichung eines allgemeinen Slavenbundes, zunächſt auf friedlichem Wege. Während deſſen überſtürzten ſich aber die radicalen Führer durch Aufhetzung der Studenten, welche während der Ferien dableiben, der Arbeiter, welche ihre Arbeiten in den Fabriken einſtellen ſollten, übten ſie im Exercieren und verlangten endlich von dem commandirenden General Fürſt Alfred Windiſchgrätz Waffen und Munition, ſelbſt Kanonen, was dieſer natürlich nicht bewilligen konnte. Als ſeine Truppenaufſtellungen die Kampfesluſt der

Czechen nicht verminderten, kam es am 12ten nach einer im Freien gehaltenen Meſſe zum Kampfe vor der Generalcommandantur, bei deſſen Beginn die Fürſtin Windiſchgrätz aus dem Fenſter eines benachbarten Gaſthofs erſchoſſen und dem Sohne des Fürſten durch eine Kugel das Bein zerſchmettert wurde. Als die Barrikaden auf ſeine Drohung nicht weggeräumt wurden, ließ er die Thore ſperren und Kanonen aufführen; noch am Abend des 12ten hatte das czechiſche Militär, das ſich tapfer gegen die Inſurgenten ſchlug, die Hauptſtraßen und die Plätze in den beſſern Stadttheilen wieder genommen und die Verbindung mit der Kleinſeite wieder hergeſtellt; die Czechen hielten ſich im Carolinenthal und in der innern Stadt. Vom Lande ſtrömte nur einiges Geſindel herein; es hatten ja auch in einigen ganz czechiſchen Bezirken die Wahlen nach Frankfurt ohne Widerrede Statt gefunden.

In den nächſten Tagen wurde der Kampf von den erbitterten Czechen heftig fortgeführt und furchtbare Greuel an Soldaten und Deutſchen verübt; da forderte Windiſchgrätz am 16ten zum Abzuge aus der Stadt auf, da er die Stadt von den umliegenden Höhen (dem Wiſchehrad und dem Lorenzberge) beſchießen würde. Am Nachmittage begann das Feuer, mehrere Häuſer wurden in Brand geſchoſſen; aber erſt am 18ten capitulirten die Aufrührer und ſtellten 14 Geißeln. Eine Commiſſion zur Unterſuchung ward von Windiſchgrätz niedergeſetzt, jedoch nach viermonatlichen Arbeiten nichts veröffentlicht, weil man die inzwiſchen in den Reichstag gewählten Slavenführer, welche auf der Rechten ſaßen und gegen die Deutſchgeſinnten für Einheit der Monarchie ſtimmten, zu ſchonen für klug hielt. Die nächſten Folgen des Siegs waren aber Vertagung des auf den 18ten Jun. berufenen czechiſchen Parlaments, Anordnung der Wahlen für Frankfurt und Auflöſung des ſlaviſchen Nationalcongreſſes, deſſen Mitglieder die Weiſung erhielten, ſchleunigſt Böhmen zu verlaſſen. —

Den entſcheidendſten Einfluß hatte aber dieſer Sieg des kaiſerlichen Militärs über die demokratiſchen Elemente des Slaventhums und die Demüthigung ihrer Sonderbündelei auf die Stellung der Hofpartei, welche ſchon durch den am 4ten Jun. ernannten Miniſter des Auswärtigen, Weſſenberg, um ihren Einfluß gebracht ſchien, gegen die deutſchgeſinnte Partei in Wien und die mit derſelben ſympathiſirenden Ungarn. Schon war das Abſetzungsdecret des Banus von Croatien, Jellachich, wegen ſeiner Widerſetzlichkeit gegen das ungariſche Miniſterium vom Kaiſer am 10ten Jun. unterzeichnet und er ſelbſt in Insbruck nicht auf das freundlichſte empfangen worden; die Abgeordneten der croatiſchen Landescongregation hatte man nicht einmal vorgelaſſen und den ſerbiſchen Patriarchen Rajacic an das ungariſche Miniſterium verwieſen — da eröffnete der Sieg in Prag und das ſchlaue Verhalten des Banus die Ausſicht auf Rettung der Einheit der Monarchie (vielleicht auch der Pfaffenherrſchaft) und auf Bekämpfung jener Feinde des alten Syſtems durch engen Anſchluß an die Slaven. Jellachich fand bei den Gliedern der kaiſerlichen Familie die beſte Aufnahme, führte trotz der Abſetzung Titel und Würde fort, und wurde von da an heimlich durch die Camarilla und ſpäter (im September) ſelbſt durch den Kriegsminiſter Latour unterſtützt. Eine friedliche Ausgleichung mit Batthyany kam nicht zu Stande, da dieſer die nationale Selbſtſtändigkeit der Croaten und die fernere Abhängigkeit der Militärgrenze von der Centralregierung in Wien nicht zugeſtehen konnte; und ſo begannen im Juli die Raubzüge der Serben gegen die dort zerſtreut wohnenden Ungarn und Deutſchen an der Militärgrenze und in Syrmien. Das fortdauernd heuchleriſche perfide Verfahren der Camarilla gegen Ungarn mußte endlich die loyalſten, ja die Conſervativen und Ariſtokraten unter den Magyaren auf Koſſuths Seite bringen.

Auch von dem Kriegsſchauplatze in Oberitalien — wo Radetzky am 1ſten Mai bei Goito einen Verluſt erlitten und ſich ſelbſt nach ſeiner Vereinigung mit Nugent am 11ten Mai, zwiſchen den Feſtungen Verona und Mantua nur vertheidigungsweiſe hatte halten können, zumal da die Uebergabe der ausgehungerten Feſtung Peſchiera am Gardaſee am 29ſten Mai an Carl Albert die Unterbrechung der Verbindungen mit den deutſchen Erblanden herbeizuführen drohte — geſtaltete ſich allmählich im Laufe des Junius die Lage der Dinge günſtiger für die Oeſterreicher. Denn bald fielen die zum Gebiete von Venedig gehörenden und von dieſer Stadt nicht unterſtützten Städte Vicenza am 12ten, Padua (durch d'Aſpre) und Treviſo (durch Welden) am 14ten, Palmanuova am 24ſten in ihre Hände; ſodaß nun ſelbſt die am 3ten Juli zuſammentretende Generalverſammlung der geängſtigten Republik Venedig, dem Beiſpiele der Mailänder folgend, ſich an Sardinien anſchloß und ſomit ihre Exiſtenz als Freiſtaat in Frage ſtellte. Ihre mit der ſardiniſchen und neapolitaniſchen Flotte vereinigten Schiffe hoben Ende Junius die ſeit dem 23ſten April ausgeſprochene Blokade von Trieſt auf, nachdem ſchon früher die neapolitaniſchen Schiffe (in Folge des Siegs der Truppen und der Lazzaroni in Neapel über die Liberalen am 15ten Mai) abberufen worden waren, und der Bundestag am 16ten, das deutſche Parlament am 20ſten Jun. jeden Angriff auf Trieſt für einen feindlichen Act gegen Deutſchland erklärt hatten.

Während der Abweſenheit des Kaiſers wurde in der letzten Hälfte des Junius Erzherzog Johann zu ſeinem Stellvertreter in Wien ernannt, welches er jedoch ſchon in den erſten Tagen des Julius verließ, um nach Frankfurt zu gehen und ſpäter nur auf kurze Zeit wieder betrat, um den Reichstag am 22ſten Julius zu eröffnen.

In **Berlin** war, ähnlich wie in Wien, bald eine heftige Spaltung zwiſchen der eifrigen Policeidienſt übenden Bürger-

wehr*) und der in ihr vorzugsweise vertretenen Partei der Fanatiker der Ruhe und der Wohlhabenden einerseits und den Wortführern der Massen andererseits hervorgetreten, welche offen von einem Kampfe der Besitzlosen gegen die Besitzenden sprachen und auf die feige Bourgeoisie schimpften, „die in den Tagen der Revolution sich versteckt hätte, aber sie nun zu Gunsten der Hofjuweliere, Hofschuster und Hofschneider ausbeuten wolle." Gegen die Uebertreibungen der radicalen Partei, deren Mittelpunct der politische Club im Hotel de Russie, später im Mielentz'schen Saale war, traten die gemäßigten Freisinnigen auf Anregung des Polenvertheidigers Crelinger in einen constitutionellen Club zusammen, der die errungenen Freiheiten gleichzeitig auch gegen jeden Reactionsversuch der gestürzten Partei wahren zu wollen erklärte und eine feste Organisation und zahlreiche Mitglieder gewann, auch eine (von Dr. Prutz ziemlich freisinnig redigirte) Constitutionelle Club-Zeitung herausgab.

Das Ministerium Camphausen, das zwischen die Parteien gestellt war, beging gleich in den ersten Wochen seines Bestehens nicht wenige Fehler durch seine Halbheit, Unentschiedenheit und peinliche Gewissenhaftigkeit, als streng-constitutionelles Ministerium handeln und selbst das, worüber schnell ein Entschluß gefaßt werden mußte, den verfassungsmäßigen Gewalten anheimstellen zu wollen. Darüber verlief so manche kostbare Woche und statt mit der Bewegung gleichen Schritt zu halten, überließ man der radicalen Partei die Initiative und ließ sich von derselben bald vorwärts drängen, bald einschüchtern und zur Zurücknahme eines schon gethanen Schrittes nöthigen, wodurch wenigstens das moralische Ansehen der Regierung

*) Im Anfange Aprils ging einmal die Meldung im Schlosse ein: „In der Stadt ist Alles ruhig, bis auf die Bürgerwehr!"

bedeutend erſchüttert werden mußte. Die Gemäßigten vermieden es, ihm entſchieden entgegen zu treten, weil ſie es für das einzig mögliche Miniſterium hielten und von ſeinem Sturze das Hereinbrechen der Anarchie fürchteten.

Am 22ſten Mai wurde vom Könige die Verſammlung zur Vereinbarung der Verfaſſung eröffnet, deren Zuſammenſetzung indeß wenig Bürgſchaft für eine gedeihliche Wirkſamkeit bieten konnte. Von den bedeutenden Rednern des vereinigten Landtags war kaum Einer hineingewählt worden; die beſten Talente waren in das Frankfurter Parlament gekommen. In der Berliner Verſammlung fehlte es aber nicht an Mitgliedern, welche weder leſen noch ſchreiben konnten und mit den Führern der äußerſten Linken, Graf Reichenbach, Behrends u. A. ſtimmten, deren Bundesgenoſſen außerhalb der Verſammlung, die Redner Held und ähnliche, die Volkshaufen bald gegen diejenigen Mitglieder zu hetzen anfingen, welche im gemäßigten Sinne ſtimmten. So geſchah es am 8ten Jun., als der am 4ten von Behrends geſtellte Antrag, zu erklären: daß die Barrikadenkämpfer am 18ten und 19ten März ſich um das Vaterland verdient gemacht hätten, verworfen worden war, mehrere Tage hinter einander, daß die vor der Singacademie (dem Locale der Verſammlung) aufgeſtellten Volkshaufen die herausgehenden Mitglieder der gemäßigten Partei inſultirten und mißhandelten; und dieſe fortdauernden Zuſammenrottungen führten endlich am 14ten Jun. die ſchmachvolle Erſtürmung des Zeughauſes herbei, welches anfangs von Abtheilungen der Bürgerwehr umſtellt und vertheidigt, endlich aber, als eine derſelben auf das andringende Volk geſchoſſen, mehrere verwundet und große Erbitterung hervorgerufen hatte, von den meiſten verlaſſen und den andringenden Haufen Preis gegeben wurde. Als nun auch der Befehlshaber der im Innern aufgeſtellten Truppenabtheilung, von Natzmer, durch falſche Gerüchte

getäuſcht, auf Zureden ſeines Adjutanten von Techow abzog, brachen gegen 2000 Arbeiter und junge Burſchen ein, riſſen die Fahnen herab, die Gewehre aus den Kiſten und ſchleppten Waffen aller Art, Hellebarden wie Zündnadelgewehre von neuer Erfindung (die bisher noch ein Geheimniß geweſen war) mit fort, welche ſie am Eingange zum Theil für ein Spottgeld wieder verkauften. Zwei Stunden dauerte der Unfug; endlich kam das 24ſte Regiment und vertrieb die Plünderer, deren einige von den Fenſtern herabſprangen. Am andern Morgen ſuchte die Policei die geſtohlenen Waffen in den Häuſern wieder zuſammen; die Verſammlung in der Singacademie beſchloß aber auf Uhlich's Antrag, ſich nicht mehr durch die Bürgerwehr bewachen zu laſſen, ſondern ſich dem Schutz aller Bewohner anzuvertrauen. In derſelben Sitzung nahm ſie aber trotz der Gegenbemühungen der Miniſter auch den Antrag des Abg. Wachsmuth an, einen Verfaſſungsausſchuß niederzuſetzen, dem es überlaſſen ſein ſollte, den Regierungsentwurf (welcher wegen mehrerer engherzigen Beſtimmungen keine günſtige Aufnahme gefunden hatte) ſeinen Berathungen zu Grunde zu legen oder einen neuen zu bearbeiten. In Folge dieſer erſten Niederlage des Miniſteriums (welches bei Anfang der Sitzungen den Sieg über die eine Adreſſe beantragende Linke, wie am 8ten über den Behrends'ſchen Antrag davon getragen hatte) traten Schwerin, v. Arnim und v. Canitz aus dem Miniſterium, und auch Camphauſen, als er ſich außer Stand ſah, ſein Miniſterium zu vervollſtändigen, trat am 20ſten zurück, als Opfer der Zuſammenſetzung des bisherigen aus Männern der verſchiedenſten Farben, die ſich gegenſeitig gehemmt hatten, und des unglücklichen Verſuchs, mit den Mitteln des alten Syſtems fortzuregieren und durch Ausbeſſerung und Zuſetzung ein Flickwerk von Juſtemilieu zu Stande zu bringen; wodurch natürlich weder die Partei des Fortſchritts befriedigt, noch die Anhänger des geſtürzten Syſtems

ganz geſchont oder gar begütigt werden konnten. Denn daß dieſe letzteren ebenſo an Camphauſens Sturze gearbeitet haben, als die radicale Partei, iſt außer Zweifel. Der bisherige Finanzminiſter, Hanſemann, bildete ein neues Miniſterium aus den verſchiedenſten Fractionen unter dem Vorſitze von Auerswalds, in welches Schreckenſtein für den Krieg, Rodbertus (der indeß bald wieder austrat) für Cultus, Märker für Juſtiz, Milde (der bisherige Präſident der conſtituirenden Verſammlung) für den Handel, Kühlwetter für Inneres, Gierke für Landwirthſchaft eintraten und Hanſemann die Finanzen behielt. Der König, der ſich meiſt in Potsdam aufgehalten hatte, dem Vereinigungspuncte aller mißvergnügten Anhänger des alten Syſtems, kehrte auf den Wunſch der Miniſter zurück. Zwar dauerten trotz des von Kühlwetter eingerichteten Inſtituts der Schutzmänner (Conſtabler) oder vielleicht gerade in Folge deſſelben, wie der polizeilichen Confiscationen der Schmutzblätter die unerquicklichen Agitationen durch die Volksredner, wie Held, Beta, Lindenmüller, und die Conflicte mit der Bürgergarde fort. Aber dieſer Unfug *), namentlich der Unwille über den Zeughausſturm, endlich auch die Erhebung eines öſterreichiſchen Prinzen an die Spitze von Deutſchland trugen allmählich zur Erſtarkung des ſpecifiſch preußiſchen Bewußtſeins auch unter ei-

*) Die „Grenzboten" ſagten im Anfange des Julius: „Keine Stadt bietet in den Zeiten der Prüfung ein ſo widerwärtiges Bild ſittlicher Unreife und politiſcher Impotenz (wie Berlin). — Die eine Partei iſt nicht beſſer als die andere. Ueberall Reflexion und Kritik zum Uebermaß, überall vornehmes Beſſerwiſſen und blaſirtes über Alles Hinausſein, nirgend Productivität, nirgend auch nur eine Spur von jener erhebenden Gluth des Enthuſiasmus, die das Sonderintereſſe ebenſo mit ſich fortreißt, wie den kalt reflectirenden Verſtand."

nem Theile der früheren Gegner des alten Systems mächtig bei. Placate von „Buddelmeier" erinnerten daran, daß Preußen der Kopf von Deutschland sei und schlossen mit der Drohung: „Preußen oben an, oder wir haben man nur gespaßt!" —

In Paris hatte schon in den ersten Wochen nach der Februarrevolution die Entfernung fast aller Fremden, das starke Sinken der unter Louis Philipp zu einer unnatürlichen Höhe hinaufgetriebenen Papiere, am meisten aber die durch Louis Blanc's und Albert's hohles Geschwätz in der Arbeitercommission gesteigerten Anforderungen der Arbeiter an ihre Arbeitgeber, endlich der Uebermuth der bewaffneten Banden Sobrier's, Blanqui's und Barbès' und der Arbeiter in den Nationalwerkstätten große Verlegenheiten bereitet und die von jenen Wortführern angefeindete Bourgeoisie geängstigt. Eine Demonstration der alten Nationalgarde (der Bärenmützen), welche der Verschmelzung ihrer Compagnieen mit den neu hinzugetretenen Arbeitern entgehen und lieber wie bisher zusammenbleiben wollte und daher am 16ten März in Masse vor dem Stadthause erschien, wo sie von Lamartine beruhigende Zusicherungen erhielt, verunglückte durch Ledru Rollin's und der Clubshäupter Aufgebot einer dreimal größern Masse von Arbeitern, welche am 17ten eben dort erschienen, Verschiebung der Wahlen der Nationalgardeofficiere, sowie der Zusammenberufung der Nationalversammlung und Entfernung aller Truppen aus der Stadt erzwangen und durch diesen Sieg und das Bewußtsein ihres Uebergewichts über die Bourgeoisie noch übermüthiger wurden. Als indeß am 6ten April die Wahlen der Officiere größtentheils im gemäßigten Sinne ausfielen, beschlossen die Communistenführer, denen noch immer nicht von Seiten der provisorischen Regierung genug geschehen war, am 16ten April einen Schlag gegen die gemäßigte Seite derselben zu füh-

ren; doch ließ die Regierung, noch zeitig genug benachrichtigt, daß gegen 15,000 Arbeiter vom Marsfelde heranzögen, Generalmarsch ſchlagen. Sogleich kamen 100,000 Nationalgardiſten, darunter viele Arbeiter, zuſammen; uud bethätigten durch den Ruf: „Nieder mit den Communiſten! nieder mit Cabet, nieder mit Blanqui" ihre Anhänglichkeit an Lamartine und ſeine Sache. So wurde der Zweck dieſer Kundgebung der Rothen nicht erreicht, jedoch ohne daß dieſe ihre Pläne für die Zukunft aufgaben.

Die nächſten Wochen brachten die Wahlbewegungen, für welche Ledru Rollin ſeinen Commiſſären in den Provinzen entſchiedene Inſtructionen gegeben hatte, republikaniſch Geſinnte wählen zu laſſen; in Rouen kam es darüber zu heftigen Kämpfen zwiſchen der Nationalgarde und den Arbeitern, welche zwei Tage lang die Barrikaden vertheidigten, aber endlich weichen mußten. In andern Städten, in Limoges, Elboeuf, ſiegten die Arbeiter im Kampfe und bei den Wahlen; im Ganzen gehörte indeß die große Mehrheit der Gewählten der gemäßigten, die Deputirten des Südens ſogar meiſt der legitimiſtiſchen Partei an. Am 4ten Mai wurde die Nationalverſammlung eröffnet und proclamirte, ohne vorhergehende Debatte, der vor dem Sitzungsſaale harrenden Menge die republikaniſche Verfaſſungsform; ſie wählte den gemäßigten Buchez zum Präſidenten (ſtatt des Candidaten der Rothen Trelat), genehmigte nach Lamartine's Rechenſchaftablegung die bisherigen Maßregeln der Regierung und erwählte am 10ten Mai eine Executivcommiſſion von fünf Mitgliedern: Arago, Garnier Pagès, Marie, Lamartine, Ledru Rollin. Louis Blanc wurde bei Ablegung ſeines Berichts über die Thätigkeit der Arbeitercommiſſion im Luxemburg verhöhnt, und der Antrag auf Bildung eines Arbeiterminiſteriums verworfen. Da rüſteten ſich die Häupter der communiſtiſchen Clubs Raſpail, Barbès, Blanqui zu einem Attentat auf die

Verſammlung, indem ſie die gleichzeitig durch die Nachrichten aus Poſen entſtandene Aufregung benutzend, das Volk zu einer Kundgebung für die polniſche Sache aufforderten. Das republikaniſche Feſt, zu welchem ſchon zahlreiche Deputirte aus den Provinzen erſchienen waren, wurde von Sonntag dem 14. auf den 21. verlegt, vielleicht weil die Regierung ſchon Kunde hatte und vorausſah, daß es zu einem Putſche benutzt werden ſollte. Am folgenden Tage, den 15ten, in der Mittagsſtunde zog eine große Maſſe Menſchen die Quais entlang über die Eintrachtsbrücke nach dem Sitzungsſaale der Nationalverſammlung und geleitete die Deputation, welche die Petition für Befreiung Polens überreichen ſollte. Der Andrang um den Palaſt mehrte ſich, und als General Courtais zur Beruhigung des Haufens ſeinen Compagnieen befahl, die Bajonette abzunehmen, ſahen die Ruheſtörrr dieß als Ermuthigung an und drangen über die Treppengeländer und durch die Fenſter des Erdgeſchoſſes in den Palaſt und in den Sitzungsſaal, wo bald eine furchtbare Verwirrung losbrach, ſodaß der Präſident endlich ſich bedeckte und die Sitzung ſchloß. Barbès verlangte die Erklärung, das Volk von Paris habe ſich um das Vaterland verdient gemacht und die Ausſchreibung der Steuer von einer Milliarde auf die Reichen. „Nein Barbès", rief eine Stimme aus dem Haufen, „nur zwei Stunden Plünderung!" Eine neue ausgerufene proviſoriſche Regierung zog nach dem Stadthauſe und nahm unterwegs Louis Blanc mit; aber bald ritten Lamartine und Ledru Rollin an der Spitze der Nationalgarde nach dem Stadthauſe und machten jener Regierung ein Ende, während andere Abtheilungen die Nationalverſammlung von dem Reſte der Eindringlinge befreiten. Schon am Abend waren die Führer verhaftet (nur Blanqui's bemächtigte man ſich erſt am 27ſten); die Verſetzung von Louis Blanc und Cauſſidière in Anklagezuſtand, zu welcher der Generalprocurator Pourtalès die Zuſtimmung der Na-

tionalverſammlung verlangte, wurde am 3ten Juni nicht genehmigt, wobei die Mitglieder der Regierung und ſelbſt der Juſtizminiſter Crémieux gegen den Antrag ſtimmten; weßhalb Pourtalès ſeine Entlaſſung nahm und Crémieux ſelbſt in Folge von Interpellationen abdanken mußte. Cauſſidière hatte ſchon am 16ten ſeine Stelle als Chef der Policei niedergelegt.

Die Executivcommiſſion ernannte nun am 17ten den General Cavaignac (ſeit der letzten Revolution Gouverneur von Algier) zum Kriegsminiſter und beauftragte ihn ſchon am 20ſten, größere Truppenmaſſen nach Paris und in deſſen nächſte Nähe zu ziehen; denn obgleich die Nationalverſammlung am 8ten Jun. ein ſtrenges Geſetz über die Beſtrafung von Zuſammenrottungen, namentlich Bewaffneter, angenommen hatte, drohte Gefahr von den Nationalwerkſtätten, für welche am 15ten 3 Mill. Francs als letzter Poſten von der Verſammlung bewilligt worden war. Wenige Tage vorher hatte dieſelbe, trotz der Erklärung Lamartine's, die Regierung wolle das Verbannungsgeſetz von 1832 auf Louis Napoleon anwenden, dennoch am 13ten deſſen Wahl beſtätigt. Als die Executivcommiſſion ſich deßhalb zurückziehen wollte, drangen am 14ten die Miniſter, der Präſident der Nationalverſammlung, der Policeipräfect und der Maire von Paris in ſie, zu bleiben; namentlich beſtand Cavaignac darauf als auf einer Pflicht der Ehre. Auch ſchrieb Louis Napoleon, daß er, um keinen Anlaß zu Ruheſtörungen zu geben, auf die Wahl verzichtete; ebenſo ſchrieb er am 24ſten Jul., als er am 3ten aufs Neue in Corſica gewählt worden war. Am 20ſten Jun. wurde beſtimmt, ein Theil der Arbeiter ſolle nach entfernten Eiſenbahnſtrecken im Departement der Sologne, zwiſchen Tours und Nantes u. a. Gegenden verſetzt werden. Dieß brachte große Aufregung hervor und es fanden ſchon am 21ſten Unterhandlungen zwiſchen den Brigadiers der Nationalwerkſtätten

und den Parteiführern in den Vorſtädten Statt; am 22ſten durchzogen 56 Abgeordnete der erſteren die Straßen und hetzten das Volk auf; der Befehl der Regierung, ſie und den Anführer eines vor dem Luxemburg erſchienenen Haufens, Pujol, zu verhaften, wurde nicht ausgeführt. Da hielten ſie am Abend eine Verſammlung auf dem Platze des Pantheon und am Morgen des 23ſten um 6 Uhr eine zweite, bei welcher ſchon die Feindſeligkeiten offen ausbrachen. Gleichzeitig begann der Kampf und Barrikadenbau auf der Nordſeite der Stadt, in den Vorſtädten du Temple, St. Denis, St. Martin und Poiſſonnière; Lamoricière erſtürmte die Barrikaden von St. Denis, Lamartine und Cavaignac die in der Vorſtadt du Temple, ſo daß am Abend des 23ſten die Inſurgenten faſt nur auf die Vorſtadt St. Antoine und jenſeits der Seine auf St. Jacques beſchränkt ſchienen. Aber hier und in den nördlichen Vorſtädten war der Kampf am 24ſten noch hartnäckig und von der Straße St. Antoine her wurde ſelbſt das Stadthaus bedroht — da erklärte die Nationalverſammlung auf Duprat's Vorſchlag Paris in Belagerungszuſtand uud ernannte Cavaignac zum Chef der Executivgewalt mit außerordentlicher Vollmacht, welcher nun mit Energie angriff, das Pantheon eroberte nnd das linke Seineufer frei machte. In der innern Stadt wurde die Barrikade bei St. Mery in der Straße St. Martin genommen, aber erſt am 25ſten, an welchem zahlreiche Nationalgarden aus den Nachbarſtädten, ja ſelbſt aus Rouen und Amiens, zu Hülfe kamen, das Clos St. Lazare und die Vorſtadt du Temple ganz erkämpft. Erſt am Morgen des 26ſten wurde auch die Vorſtadt St. Antoine von den Generalen Lamoricière, du Vivien und Perrot angegriffen und ſchon um 11 Uhr zur Uebergabe auf Gnade und Ungnade gezwungen; nachdem kurz vorher der Erzbiſchof von Paris, welcher zum Frieden mahnen wollte, auf den Barrikaden erſchienen war und durch einen Schuß eine Wunde erhalten, an welcher er am 28ſten ſtarb.

Aber auch in den Reihen der Streiter hatte dieſer Vernichtungskampf zahlreiche Opfer gekoſtet: drei Generale, Brea, Renaud und Negrier waren geblieben, neun waren verwundet, außerdem mehr Stabsofficiere, als je die blutigſte Schlacht gekoſtet hatte; nur den tapferſten Anſtrengungen nicht bloß der Linie und der Nationalgarden, ſondern ſelbſt der aus der Februarrevolution hervorgegangenen mobilen und der republikaniſchen Garden war die Bezwingung der erbitterten und nach einem trefflichen ſtrategiſchen Plane gegen den Mittelpunct der Stadt operirenden Aufrührer gelungen. Waren auch von beiden Seiten Viele gemordet worden, ſo beſtätigten ſich doch die Erzählungen vom Verkauf vergifteten Branntweins an die Soldaten u. a. nicht. Die nächſten Folgen des Siegs waren Schließung der Clubs, Unterdrückung der Zeitungen der Rothen, ſelbſt legitimiſtiſcher und der „Preſſe" (deren Redacteur Girardin wegen des Verdachts eines Einverſtändniſſes mit Louis Napoleon verhaftet wurde); ferner erfolgte die Abdankung der Executivcommiſſion und Ernennung Cavaignac's zum Conſeilpräſidenten mit freier Wahl der Miniſter, was durch Bonjean am 28ſten beantragt wurde, als Cavaignac am 28ſten ſeine dictatoriſche Gewalt in die Hände der Nationalverſammlung zurückgab. Außer dem Kriegsminiſter Gen. Lamoricière erhielten auch die Generale Bedeau und Changarnier in der neuen Verwaltung einflußreiche Poſten und ſomit war das Uebergewicht der Militärs entſchieden. Die Mehrzahl der mit den Waffen in der Hand gefangenen Inſurgenten beſchloß man zu deportiren, worin am 6ten Aug. mit 600 der Anfang gemacht ward. Am 1ſten Jul. wurden die Nationalwerkſtätten geſchloſſen, am 28ſten ein ſtrenges Geſetz gegen die politiſchen Clubs angenommen, drei Tage darauf Proudhon's Antrag auf hohe Beſteuerung aller Miethen von Grundbeſitz nach Thiers' glänzender Gegenrede verworfen. Am 3ten Aug. erſtattete Gen. Baraguay

d'Hilliers im Namen der zur Unterſuchung der letzten Schilderhebungen niedergeſetzten Commiſſion Bericht über den inneren Zuſammenhang derſelben ſeit dem 16ten März, wobei die offene Nachweiſung der Betheiligung Louis Blanc's und Cauſſidière's an dem Attentat vom 15ten Mai viel böſes Blut machte; endlich verſtanden ſich aber Ledru Rollin (der ſelbſt arg compromittirt war, jedoch geſchont werden ſollte) und die blauen Republikaner (Cavaignac und der Präſident der Verſammlung Marraſt) dazu, jene beiden Preis zu geben, welche nach dem ſo gefaßten Beſchluſſe der Verſammlung am 25ſten über Belgien nach England flüchteten. Im Grunde war aber jener Bericht gegen die republikaniſche Bewegung im Februar gerichtet, wie denn überhaupt der Club der Straße Poitiers immer offener ſeine Antipathie gegen die Republik an den Tag legte und die nicht ſocialiſtiſchen Republikaner in der Straße Taitbout, denen es an Verwaltungstalenten fehlte, in den Hintergrund zu drängen ſich bemühte. Gegen Ende Septembers, als die Rothen in den Provinzialſtädten Arras, Bourges, Toulouſe (da in der Hauptſtadt der Belagerungszuſtand bis zum 19. October fortdauerte) communiſtiſche Bankette, ſelbſt unter Betheiligung der Beamten, anſtellten und Ledru Rollin ſelbſt albern genug war, dort wüthende Reden zu halten, worüber Denjoie am 30ſten Sept. eine Interpellation an das Miniſterium richtete: rieth Marraſt ſelbſt dem Conſeilpräſidenten, ſich mehr an jenen Club anzuſchließen, damit derſelbe nicht die Candidatur des in fünf Wahlbezirken gewählten Louis Napoleon zum Präſidenten der Republik unterſtützte. Der Präſident nahm zwar am 14ten October Dufaure und Vivien ins Miniſterium, verſäumte es aber zu ſeinem Schaden, an des Finanzminiſters Goudchaux Stelle am 24ſten ein drittes Mitglied jenes Clubs (Achille Fould) aufzunehmen. Denn nachdem am 4ten Nov. die Verfaſſung von conſtituirenden Verſammlung angenommen und am 12ten

auf dem Eintrachtsplatze ohne beſonders lebendige Theilnahme der Bevölkerung verkündigt worden war, wornach die Wahl des Präſidenten durch ſämmtlicher am 10ten Dec. Statt finden ſollte, trat auch Louis Napoleon am 27ſten Nov. als Candidat dafür auf. Obgleich die Regierungsbeamten in ziemlich auffallender Weiſe für Cavaignac warben; obgleich dieſer am 15ten ſich durch eine glänzende Rede von der Anklage Baraguay d'Hilliers' reinigte, als habe er am 23ſten Jun. die Nationalgarde nicht zeitig genug unterſtützt und abſichtlich den Sturz der proviſoriſchen Regierung herbeigeführt — obgleich er dem Papſte, der nach der Ermordung ſeines Miniſters Roſſi am 15ten und dem Angriffe des Volks auf den Quirinal am 17ten Nov. acht Tage ſpäter nach Gaeta geflüchtet war, einige 1000 Mann ſchickte und am 1ſten Dec. ein Aſyl in Frankreich anbot, worauf jedoch am 10ten eine ablehnende Antwort ertheilt ward — ſiegten dennoch die napoleoniſchen Sympathieen des Landvolks, die Verſprechungen der Agenten Louis Napoleons, er werde bei ſeinem großen Reichthum die Steuern erlaſſen; ſiegte endlich die Abneigung der großen Mehrheit des franzöſiſchen Volks gegen die bisherigen Machthaber und die republikaniſche Verfaſſungsform überhaupt, ſodaß Louis Napoleon mit 5,424,226 Stimmen zum Präſidenten gewählt ward, während Cavaignac nur 1½ Mill., Lamartine und Ledru Rollin nur eine ganz unbedeutende Zahl Stimmen erhielten. Am 20ſten Dec. legte Cavaignac ſeine Würde nieder; Louis Napoleon leiſtete den verfaſſungsmäßigen Eid und bildete ſein Miniſterium unter dem Vorſitze von Odilon Barrot, in welches ſogar der ultramontane Fallour als Unterrichtsminiſter eintrat. So endete die Bewegung in Frankreich mit der Erhebung eines Prätendenten, der vielleicht ſeitdem ſchon längſt einen Staatsſtreich verſucht und ſich mit Hülfe der alten Militärs zum Kaiſer oder wenigſtens zum lebenslänglichen Präſidenten hätte ausrufen laſſen, wenn ihm nicht die or-

leaniſtiſche und die legitimiſtiſche Partei zu mächtig und gefährlich erſchienen — die Republik dankt ſchon jetzt ihre Erhaltung nur noch der Eiferſucht dieſer drei monarchiſtiſchen Elemente, die ſich gegenſeitig das Gleichgewicht halten! —

Die Ereigniſſe in Deutſchland in der zweiten Hälfte des Jahres 1848.

Wie in Frankreich, ſo trug auch in Deutſchland der Sieg über die Pariſer Anarchiſten zu einer Ermuthigung der ihnen entgegenarbeitenden Partei bei, welche vorzugsweiſe die geſetzliche genannt ſein wollte; und die maßloſen Uebertreibungen der ſogenannten für Republik und Socialismus eifernden „Wühler", welche einen immer größern Terrorismus gegen die Gemäßigten auszuüben begannen, trieben einen nicht geringen Theil der frühern Vorkämpfer der Freiheit den Regierungen in die Arme; ſtatt der Einigkeit, wie ſie im März beſtanden und den Sieg ſo raſch herbeigeführt hatte, ſtanden ſich zwei erbitterte Parteien gegenüber, die beide durch ihr blindes Geſchrei von Reaction und Revolution die böſen Geiſter heraufbeſchworen und darüber die Hauptſache, die Wahrung der gewonnenen Freiheiten und die Behauptung des im März erkämpften neuen Rechtsbodens aus den Augen verloren. Die ſogenannten Republikaner vergaßen, daß mit dem bloßen Geſchrei: keinen Fürſten mehr! die Republik noch nicht erkämpft wäre; daß die Barrikadenkämpfe kleiner Schaaren nur dann einen leichten und dauernden Sieg erringen könnten, wenn die Stimmung der ganzen Bevölkerung hin

ihnen stände, wie in den Märztagen der Fall gewesen war; und daß auch durch einen augenblicklichen Sieg nicht eine lebensfähige Republik hergestellt sein würde, wenn sie nicht erst ein Volk von Republikanern gebildet hätten. Sie bedachten aber auch nicht, daß die von ihnen fortdauernd erhaltene Aufregung der Massen endlich doch einer Erschlaffung und Abspannung Platz machen müßte, ja einer entschiedenen Abweisung des nutzlosen und erfolglosen Feuerschreiens. Auch die Frankfurter Versammlung versäumte, statt bald an das Verfassungswerk zu gehen, viel Zeit durch die ausführliche Berathung der Grundrechte, welche am 4ten Julius begann und statt nur ein deutsches Staatsbürgerrecht zu begründen und in einer Habeascorpusacte die persönliche Freiheit jedes Einzelnen sicher zu stellen, in alle Lebens-, Verkehrs- und Eigenthumsverhältnisse tief eingriff, sodaß später (im Januar 1849) ihre Einführung in den größeren deutschen Staaten erschwert und die Zähigkeit der königlichen Regierungen selbst von einem nicht geringen Theile der Spieß- und Speckbürger gutgeheißen ward. Gleich in der ersten Hälfte des Julius erregte die Erklärung des Königs von Hannover vom 8ten Julius, in welcher er die Selbstständigkeit seiner Krone der Centralgewalt gegenüber wahren zu müssen glaubte, einen großen Sturm und zahlreiche Adressen (selbst aus hannöverschen Städten) bekundeten den Unwillen der Deutschen über diese Weigerung, sich den Beschlüsschlüssen der Nationalversammlung zu unterwerfen; ja in dieser selbst wurden Stimmen laut, welche den König einen Rebellen nannten und Einziehung Hannovers und Verwaltung als eines reichsunmittelbaren Gebiets verlangten. Die Nationalversammlung beschloß am 14ten auf v. Wydenbrugk's Antrag, die Centralgewalt möge von der hannöverischen Regierung ihre unumwundene Anerkennung verlangen, worauf diese am 21sten August aussprach, Hannover erkenne

das Gesetz vom 28sten Juni unbedingt an. Dagegen benutzte die der Centralisation abgeneigte Partei für ihre Zwecke den Erlaß des Reichskriegsministers von Peucker vom 16ten Julius, daß der Reichsverweser die Oberleitung der deutschen Kriegsmacht übernommen habe und daher alle Garnisonen am 6ten Aug. in Waffenschmuck ausrücken und durch ein dreimaliges Hoch ihm huldigen sollten. In Preußen erregte dieß natürlich bei dem Militär großen Widerspruch und wurde von den Gleichgesinnten, namentlich von den Preußenvereinen „für König und Vaterland", zur Weckung des specifischen Preußenthums ausgebeutet, während die demokratische Partei in Berlin diesen Anlaß zu einer Festfeier benutzte; doch verhütete ein Armeebefehl des Königs und eine Erklärung von Peucker's eine tiefere Spaltung und beseitigte die Mißverständnisse. Auch anderwärts ward der Befehl gar nicht oder nur unvollständig ausgeführt. Willkommener wurde die Verzichtleistung des Reichsverwesers auf die Civilliste und die Aufforderung an die Regierungen, Bevollmächtigte bei der Centralgewalt zu ernennen, aufgenommen; auch schien die Anwesenheit des Reichsverwesers und vieler Mitglieder des Parlaments bei dem Dombaufeste in Cöln am 13ten August zu einem guten Vernehmen mit dem anwesenden König von Preußen in erwünschter Weise beitragen zu sollen. Denn wenige Tage vorher (am 7ten) hatte die Wahl Hecker's zum Reichstagsabgeordneten im badischen Bezirk Thiengen (welche am 10ten verworfen wurde) zu einer taktlosen Aeußerung Brentano's über den Prinzen von Preußen, „dem das Volk ja auch Amnestie ertheilt habe" und zu heftigem Auftreten preußischer Deputirten von der Rechten gegen den Redner Veranlassung gegeben, ja diese vergaßen sich so weit, ihn zum Zweikampf zu fordern. — Die von der Centralgewalt am 13ten Aug. abgeordneten Gesandten an auswärtige Höfe (von Raumer nach Paris, von Andrian nach Lon-

machten wenig Glück; Andrian wurde erſt am 4ten Sept. und nur als Ueberbringer eines Schreibens des Erzherzogs Johann empfangen! Max von Gagern wurde nach Schleswig abgeſandt, um dort an den Unterhandlungen mit Dänemark unter Englands und Schwedens Vermittelung Theil zu nehmen (nachdem der erſte Waffenſtillſtand Ende Julius von Wrangel verworfen und neue Truppen von verſchiedenen deutſchen Staaten abgeſendet worden waren), wurde aber von Preußen in empfindlicher Weiſe zurückgeſetzt. Auch wurde ſchon am 26ſten zu Malmö der Waffenſtillſtand mit Dänemark auf 7 Monate abgeſchloſſen unter für die ſtets ſiegreichen deutſchen Waffen keineswegs günſtigen Bedingungen, welche nicht nur in den Herzogthümern ſelbſt die größte Unzufriedenheit erregten, ſondern auch in Frankfurt zuerſt am 5ten Sept. den von Dahlmann veranlaßten Beſchluß des Parlaments (mit 244 gegen 230 Stimmen) die Ausführung der Waffenſtillſtandsbedingungen zu ſiſtiren und in Folge deſſen den Rücktritt des Reichsminiſterpräſidenten Fürſten Leiningen und ſämmtlicher Miniſter herbeiführten. Der Reichsverweſer beauftragte nun Dahlmann mit der Bildung eines Miniſteriums, und als dieſer, von ſeinen bisherigen Clubgenoſſen im Stich gelaſſen, ſich dazu außer Stand ſah, den bayriſchen Miniſterialrath Hermann, welcher nur eine Waffenruhe eintreten zu laſſen vorſchlug. Aber auch ihm gelang es nicht, und ſo fehlte es an einem Organ, dem Beſchluſſe Nachdruck und Erfolg zu verſchaffen; der Rückmarſch der Truppen dauerte fort. Als nun aber der Verſammlung die Actenſtücke über die Friedensunterhandlungen vorgelegt waren, welche die Berechtigung Preußens zu ſeinem Verfahren nachweiſen ſollten und auch eine Erklärung der däniſchen Regierung einging, daß ſie zu nachträglichen Zugeſtändniſſen geneigt ſei, kam nach mehrtägigen lebhaften Debatten am 16ten mit 257 gegen 236 Stimmen der Beſchluß zu Stande, den Waffenſtillſtand anzuer-

kennen, aber die Centralgewalt zu Bewirkung eines Einverständnisses mit der dänischen Regierung und zur Einleitung von Friedensunterhandlungen zu veranlassen. Dieß brachte große Aufregung unter der Bevölkerung Frankfurts hervor; noch an demselben Abend wurde der englische Hof, sowie das Café Westendhall, die Wohnung des Reichsministers Heckscher, welcher noch glücklich entkam, und die einiger besonders verhaßten Mitglieder der Versammlung demolirt. Auch erschienen Deputationen fast aller politischen Vereine Frankfurts im Würtemberger Hof, wo die Fractionen der Linken und des linken Centrums, welche gegen den Waffenstillstand gestimmt hatten, gemeinsame Berathung hielten; sie forderten diese, indem sie sich und die Frankfurter junge Mannschaft zur Disposition stellten, auf, sich zu Vertretern der gesammten deutschen Nation zu erklären und die Mitglieder der Rechten auszustoßen. Aber dieß wurde von der großen Mehrzahl der Volksvertreter zurückgewiesen; und Venedey ließ jene Abgesandten mit harten Worten an, sie hätten den Mitgliedern des Parlaments nicht vorzuschreiben, was sie zu thun hätten. Am Sonntag Nachmittag war eine zahlreich besuchte Volksversammlung auf der Pfingstwiese, in welcher einige exaltirte Redner zu offnem Widerstande und zum Barrikadenbau aufforderten. Am Montag den 18ten fand, nachdem in der Nacht Oesterreicher und Preußen von Mainz herbeigeholt worden waren, eine bewegte Sitzung in der Paulskirche Statt, in welcher mehrere Anträge der Linken zurückgewiesen wurden. Die Anwesenheit des Militärs steigerte die Erbitterung der Volkshaufen, welche selbst an der Thüre der Paulskirche tobten. In den Nachmittagsstunden begann, nachdem zahlreiche Zuzüge aus Mainz, Hanau u. a. Orten gekommen waren, der Barrikadenbau, der Anfangs wenig gehindert ward; auch erschien, als Generalmarsch geschlagen wurde, nur ein kleiner Theil der Frankfurter Bürgergarde. Endlich

begann der Angriff der durch heſſendarmſtädtiſche Artillerie verſtärkten Truppen auf die Barrikaden, der nur durch einen kurzen gegen Einbruch der Dämmerung bewilligten Waffenſtillſtand auf ½ Stunde unterbrochen wurde, und dauerte die ganze Nacht fort; gegen 6 Uhr war das Heer überall Sieger. In der Frühſitzung des 19ten zeigte der Präſident von Gagern mit ergreifenden Worten die Ermordung des Gen. v. Auerswald und des Fürſten Lichnovsky an, welche Nachmittag gegen 4 Uhr auf einem Ritt in der Vorſtadt von einem Turnerhaufen abgeſchnitten und, erſterer in einem Gartenhauſe, letzterer auf dem Wege nach Bornheim, als er ſich zur Wehre ſetzte, auf gräßliche Weiſe getödtet worden waren. Die Verſammlung ertheilte mit überwiegender Mehrheit dem Miniſterium (Schmerling, Peucker, Mohl und Duckwitz) ihre Zuſtimmung zu allen von ihm ergriffenen Maßregeln und ihren Dank dem Militär für ſeine Hingebung und Mäßigung. Die Miniſter (mit Ausnahme des Fürſten von Leiningen und Heckſcher's, der nach Neapel geſendet wurde) übernahmen wieder ihre Poſten. Die Stadt Frankfurt wurde in Belagerungszuſtand erklärt, welcher bis zum 20ſten October fortdauerte, und größere Truppenmaſſen in der Nähe der Stadt concentrirt, um allen von der republikaniſchen Partei noch zu verſuchenden Bewegungen entgegen treten zu können.

Denn auch in Heidelberg und Mannheim hatten am 18ten Ruheſtörungen Statt gefunden und wenige Tage darauf, am 21ſten, während Hecker nach Amerika abreiſte, weil er mit den Anarchiſten Heinzen und Struve längſt zerfallen war, überſchritt der Letztere die badiſche Grenze bei Lörrach, nahm die Zollkaſſen in Beſchlag und proclamirte zum zweiten Male die deutſche Republik, deren Präſident er ſein wollte, und erließ Bekanntmachungen mit dem Motto: Wohlſtand, Bildung, Freiheit!

Aber schon am 23sten nahm der Kriegsminister Hoffmann Stauffen mit Sturm; Struve selbst wurde nebst seiner Frau am 25sten zu Wehr verhaftet und konnte auf Wege nach Freiburg nur mit Mühe vor den Mißhandlungen der Bevölkerung geschützt werden. Gleichzeitig hatten in Cöln die Communisten am 25sten eine Erhebung versucht und die Arbeiter zum Bau von Barrikaden aufgefordert, welche indeß, da das auf dem Markte aufgestellte Militär sich mit größter Mäßigung benahm und sie gar nicht angriff, ohne Vertheiger blieben und am andern Tage wieder ohne Widerstand eingerissen wurden.

So stellte es sich immer mehr heraus, daß die Anhänger der socialen Republik einen gemeinsamen Schlag gegen die Fürstenhäuser führen und ihren Sieg zur Durchführung ihrer weltbeglückenden Theorieen benutzen wollten, wobei sie sich indeß zu glänzende Vorstellungen von der Kampfeslust des größeren Theils selbst ihrer gläubigen Zuhörer gemacht haben mochten. Auch bei den Versuchen, die Soldaten zu bearbeiten, daß sie in solchem Kampfe nicht auf das Volk schössen, sondern sich auf seine Seite schlügen, hatten sie nur einzelne scheinbare und vorübergehende Erfolge; wenn es aber zum Ernst kam, blieben die Soldaten dem Gebote ihrer Führer gehorsam; ja oft zeigten sich gerade diejenigen unter ihnen, welche das Heckerlied mitgesungen und mit den Republikanern Brüderschaft getrunken hatten, späterhin bei Wirthshausraufereien am meisten als „verthierte Söldlinge" und „brutale Soldateska". Seit dem Ende Septembers begann auf Verfügung der Centralgewalt in verschiedenen Theilen Deutschlands, namentlich auch in den thüringischen Ländern (wohin außerdem sächsische, bayrische und selbst hannöversche Truppen kamen) die Verlegung der Landestruppen in andere Staatsgebiete, unter deren Schutze die Führer der republikanischen Partei verhaftet wurden und die bisher machtlosen Behörden ihrer Autorität und dem Gesetze wieder Achtung v

ſchaffen konnten. Jetzt zeigte die gute Aufnahme, welche die Soldaten an vielen Orten fanden, wo ſie Trotz und Widerſtand zu finden erwartet hatten, wie die Erſchlaffung ſchon an ſo vielen Orten eingetreten war, wie wenig Boden die Anarchiſten im Volke gehabt haben konnten und wie wenig ſie auch im Stande geweſen ſein würden, nur kurze Zeit geordneten und eingeübten Kriegsheeren Widerſtand zu leiſten. Jene Wortführer hatten die Mitglieder der linken Seite des Parlaments in Adreſſen aufgefordert, auszutreten und ſich als Convent zu conſtituiren; welche nachhaltige Unterſtützung würden ſie ihnen gewährt haben?

Die Stimmung, welche die Soldaten in den meiſten Städten vorfanden, zeigte aber auch, daß die Zahl der Bürger nicht gering war, welche — bei allem Feſthalten an den Bewilligungen des März und bei aller Abneigung gegen die immer mehr hervortretende Perfidie des Reichsminiſters Schmerling (der ja auch ſpäter in Wien ausſprach, er habe auch als Reichsminiſter immer als Oeſterreicher gedacht und gehandelt!) und gegen die denſelben noch ſtützende Mehrheit des Parlaments — keinen gewaltſamen Umſturz wollten, ſondern jenen Thorheiten der Socialiſten abgeneigt waren und ihrer weltbeglückenden Fähigkeit mißtrauten. Es ſtellte ſich dabei auch heraus, daß die Zaghaftigkeit der „Gutgeſinnten" übertrieben geweſen war. Es wäre vielleicht ſchneller zu einer Beruhigung der Gemüther gekommen, wenn nicht die Octobereigniſſe in Wien und die Novembereigniſſe in Berlin und die vom Parlament und der Centralgewalt dabei beobachtete Haltung jenes Mißtrauen gerechtfertigt und die Beſorgniſſe vor einer Zurückführung des vormärzlichen Syſtems mächtig geſteigert hätten.

In Wien war der Kaiſer endlich am 12ten Auguſt von Insbruck wieder eingetroffen, ohne indeſſen willkommene Aufnahme zu finden, wie eine Revue der Truppen und Nationalgarden am 19ten bewies. Schon am 22ſten Julius hatte Erzherzog Johann den Reichstag er-

öffnet, ein buntes Gemiſch von Nationalitäten und vielfach unreifen Anſichten, in welchem die Czechen (aus Oppoſitionsgeiſt gegen die deutſchgeſinnte Partei) mit den Schwarzgelben unter den deutſchen Abgeordneten und den galiziſchen Bauern (die zwar zum Theil nicht einmal Deutſch verſtanden, aber gewiſſenhaft mit ihrem Gouverneur, Graf Stadion, dem Erfinder ihrer ruthenischen Nationalität, aufſtanden oder ſitzen blieben) der rechten Seite angehörten. Es fehlte nicht an Interpellationen an das neue Miniſterium, welches am 8ten Julius an Pillersdorf's Stelle getreten war; und außerhalb der Verſammlung erhielten die Führer der Aula und andere von der Ferne hergekommene Schreier die Aufregung, welche durch einzelne Maßregeln der Regierung, wie die Verhaftung der Herausgeber des Studentencouriers, Falke und Buchheim, am 16ten, durch Herabſetzung des Taglohns der arbeitenden Frauen auf 15, für Kinder unter 10 Jahren auf 10 Kreuzer, am 21ſten Auguſt noch geſteigert wurde. Der Letzteren nahmen ſich die männlichen Arbeiter an und es kam am 23ſten zu heftigem Kampfe mit dem Militär und der Nationalgarde, in welchem 10 Arbeiter blieben und 70 verwundet wurden. Am 3ten September fand zu ihrem Gedächtniß ein feierlicher Trauerzug der Aula und der Arbeiter Statt.

Etwas Muth ſchöpften die Schwarzgelben (welche ein ungetheiltes centraliſirtes Fortbeſtehen der Monarchie unter dem Hauſe Habsburg und Trennung von dem übrigen Deutſchland wollten) aus den raſchen Siegen in Italien. Nachdem Radetzky ſeine Verbindung mit Trieſt wieder hergeſtellt hatte, wendete er ſich gegen Weſten und überſchritt den Mincio, über welchen er jedoch wieder zurückkehrte, da die Piemonteſen ihm von Süden her in die Flanke kommen wollten, ſie am 25ſten Jul. bei Cuſtozza gänzlich ſchlug, über den Mincio zurückwarf und von da in Einem Siegeszuge vor ſich her trieb, ſodaß Carl

Albert schon am 28sten eine kurze Waffenruhe um den Preis der Rückgabe von Peschiera sich erkämpfen mußte. Am 3ten Aug. stand Radetzky schon in Lodi und am 6ten zog er in Mailand ein, nachdem in der vorhergehenden Nacht Carl Albert, der durch eine Convention Leben und Eigenthum der Bewohner sicher gestellt hatte, zum größten Unwillen Aller die Stadt verlassen hatte, die er vereint mit ihnen verheißen hatte vertheidigen zu wollen. Am 8ten erzwangen die Oesterreicher sogar den Einmarsch in Bologna, welches sie indeß bald wieder verließen, nachdem sie die kleineren Fürsten in Modena und Parma wieder eingesetzt hatten.

Nach dem Falle der zur Terra firma von Venedig gehörenden Städte in der letzten Hälfte des Junius hatten die von Manin berufenen Abgeordneten der Republik von San Marco endlich sich am 2ten Jul. bestimmen lassen, den gänzlichen Anschluß an Sardinien auszusprechen. Diese Langsamkeit und Engherzigkeit, wie die gegenseitige Eifersucht der größeren Städte Italiens überhaupt, welche sogar von geheimen Agenten der französischen Regierung*) genährt worden war, ihr Mangel an Zusammenwirken, vor Allen aber die geringe Unterstützung, welche die Häupter der Regierung in Mailand dem Könige Carl Albert angedeihen ließen — sodaß Piemont fast allein die Lasten und Kosten des Kriegs tragen mußte — hatten hauptsächlich zu den schnellen Fortschritten Radetzky's beigetragen, nachdem der greise Feldherr endlich hinreichende Verstärkungen an sich gezogen und seinen Rücken frei gemacht hatte. Jetzt zeigte sich, wie sehr die Häupter in Mailand sich selbst über ihre Kräfte und ihre Hülfsmittel ge-

*) Man erzählt sich sogar, der franz[illegible]e Minister des Auswärtigen, Bastide, habe den Abgesandten [illegible] gerathen, sie möchten sich nicht den Anhängern Ca[illegible]

täuſcht hatten, als ſie während der erſten Monate des Kampfs fortwährend ſich gegen die franzöſiſche Hülfe ausgeſprochen hatten (ihr Wahlſpruch war: l'Italia fara da se, Italien wird es für ſich allein durchſetzen); jetzt zeigte ſich, wie thöricht Caſati gehandelt hatte, als er im Junius das Anerbieten Oeſterreichs, die Unabhängkeit der lombardiſchen Provinzen gegen Uebernahme eines Theils der Staatsſchuld und einige Handelsvortheile anerkennen zu wollen, zurückwies und auf der Unabhängkeit des ganzen lombardiſch-venetianiſchen Königreichs beſtand.

Am Ticino, dem Grenzfluſſe Piemonts, blieb Radetzky ſtehen; denn von jetzt an hemmten die Anerbietungen der Vermittelung von Seiten Englands und Frankreichs, welches letztere bedeutende Streitkräfte an den Alpen aufgeſtellt hatte, die Fortſchritte der öſterreichiſchen Waffen und führten am 19ten eine Verlängerung des am 9ten abgeſchloſſenen Waffenſtillſtands von Salaſco auf ſechs Monate herbei, wozu auch die Turiner Abgeordnetenverſammlung, trotz der ſtattlichen Reden der kriegsluſtigen Advocatenpartei, endlich mit 122 gegen 13 Stimmen ihre Zuſtimmung gab, als der Kriegsminiſter, General da Bormida, die geringen Hülfsmittel des Landes und den traurigen Zuſtand der Armee offen darlegte und die Unmöglichkeit nachwies, dem ſiegreichen Heere Radetzky's Widerſtand zu leiſten. Dennoch zeigte ſich der König noch immer ziemlich zweideutig gegen Oeſterreich, indem er ſeine Flotte unter Albini vor Venedig ließ, obgleich hier Manin am 11ten Aug. die Republik aufs Neue proclamirt hatte; und erſt am 9ten September verließ Albini die Gewäſſer von Venedig. Den Lombarden verſprach ein kaiſerliches Manifeſt vom 20ſten September eine Verfaſſung; doch iſt bis jetzt nichts davon ausgeführt worden.

Die Volkspartei in Wien mochte fühlen, die gefahr

des alten Haudegens ihrem Treiben werden könnten; denn sie bezeugte keine sonderliche Freude über dieselben. Der Reichstag lehnte sogar den Antrag einer Dankadresse an die italienische Armee ab. Neue Bewegungen veranlaßte am 11ten September die Privatwechselbank von Swoboda, welche zahlreiche Actien mit Geldwerth ausgegeben hatte, um mit dem dafür erhaltenen Gelde Bedürftigen kleine Vorschüsse zu machen, ohne daß, wie das Volk irrig glaubte, das Bestehen der Bank und die Rückzahlung durch die Regierung gewährleistet worden war. Als nun die Actien rasch im Werthe sanken und nicht leicht um baare Münze umgetauscht werden konnten, geriethen Viele der kleinen Leute dadurch in Verlegenheit und zogen vor Doblhofs Haus, auf welchen Swoboda die Schuld gewälzt hatte. Anfangs begütigt, kamen sie am 12ten wieder und verwüsteten es, weil die Regierung nicht die Bürgschaft übernehmen wollte. Nun verwilligte der Reichstag ½ Mill. Fl. zur Einlösung der Actien und 2 Mill. zur Unterstützung hülfsbesürftiger Gewerbsleute und die Mäßigung der Nationalgarde machte dem Treiben ein unschädliches Ende. Aber die Frankfurter Ereignisse, noch mehr jedoch der fortdauernde nur zu gegründete Argwohn gegen die freiheitsfeindlichen Anschläge der Hofpartei gaben den Exaltirten Tausenau, Schütte, Jellinek, Becher und Willner, stets neue Gelegenheit zu wüthenden Ansprachen an das Volk, so am 24sten September bei einem Fackelzug, den sie unter zahlreicher Betheiligung des durch Kudlich's Antrag von den Frohndiensten befreiten Landvolks diesem Abgeordneten brachten. Am meisten Nahrung fand jedoch jener Argwohn in dem Verfahren gegen Ungarn.

Zwei Monate hindurch, Julius und August, hatten die Raubzüge der Serben im Banat und in Syrmien gedauert, und Jellachich hatte die von Slaven bewohnten Gebiete durchzogen, um zum Kampfe

für das Kaiſerhaus aufzurufen, wofür er am 4ten September wieder in ſeine Würde eingeſetzt wurde. Aber noch war er nicht über die Drave, den Grenzfluß Croatiens, geſchritten. Endlich als er ſich ſchon dazu anſchickte, verſuchte der ungariſche Reichstag den letzten Schritt: am 10ten September begab ſich eine Deputation von 160 ſeiner Mitglieder nach Wien zum Kaiſer; ihr Führer, Pazmandy, beſchwerte ſich in einer ergreifenden Rede über den offenen Aufſtand gegen die verfaſſungsmäßige Regierung Ungarns, deſſen Führer es offen ausſprächen, daß ſie im Intereſſe und im Namen des Kaiſers handelten. „Die bewegende Kraft des Aufſtandes, der in den untern Gegenden Ungarns die friedlichen Dörfer in Aſche legte, unſchuldige Frauen und Kinder auf eine mehr als barbariſche Art niedermetzelte, ſowie jenes Aufſtandes, welcher von Croatien her feindlichen Einfall drohe, könne keine andere ſein, als das reactionäre Beſtreben, die geſetzliche Selbſtſtändigkeit Ungarns und die Freiheit des Volks zu vernichten und die durch die Ahnen des Kaiſers und dieſen ſelbſt beſchwornen Geſetze zu zerreißen." Die Deputation erhielt eine ausweichende Antwort und zog ſchweigend ab; mit rothen Federn und einer rothen Fahne auf das Dampfſchiff kehrte ſie heim; am 12ten überſchritt der Banus die Drau. Er zog mit kaum 8—10,000 Mann ordentlicher Truppen (das Uebrige war Landſturm) an der Südſeite des Plattenſee's aufwärts; beſetzte, nachdem ſeine Vereinigung mit General Roth, der bei Fünfkirchen ſtand, mißlungen war*), Stuhlweißenburg, von wo aus indeß ſein Vordringen durch zahlreiche Honvedſchaaren (ungariſchen Landſturm) gehindert wurde. Nur in geringer Entfernung von

*) Dieſer traf erſt Anfang Octobers mit 6—7000 Mann ein und mußte, durch Hunger und Erſchöpfung genöthigt, vor den überlegenen Streitkräften der Magyaren das Gewehr ſtrecken.

Ofen bei Scelencze wurde zwei Tage lang, am 29ſten und 30ſten, unentſchieden gekämpft und darauf, weil auch die Ungarn noch mehr Truppen an ſich ziehen wollten, ein Waffenſtillſtand auf drei Tage geſchloſſen. Dieſen benutzte der Banus raſch und unvermerkt zu einem Flankenmarſch quer durch den Bakonyer Wald auf Raab und Wieſelburg.

Noch einmal erſchien eine Deputation des ungariſchen Reichstags in Wien, um dem dortigen Reichstage die Bitte um Vermittelung vorzutragen; aber die czechiſche Mehrheit ließ ſie nicht ein, weil die Geſchäftsordnung die Zulaſſung von Deputationen in den Sitzungsſaal verböte. Der Erzherzog Stephan verließ das ungariſche Lager bei Veſzprim und erſchien am 25ſten in Wien, um ſeine Würde in die Hände des Kaiſers niederzulegen; auch Graf Batthyany, der frühere Miniſterpräſident, mit der Bildung eines neuen Miniſteriums beauftragt, überzeugte ſich von der Unmöglichkeit und legte am 2ten Octbr. ſeinen Miniſterpoſten und ſein Mandat als Reichstagsmitglied nieder. Der Kaiſer aber forderte nun in einem Manifeſt vom 25ſten Einſtellung aller Feindſeligkeiten in Ungarn und ernannte den Feldmarſchall Graf Lamberg zum Befehlshaber aller Truppen in Ungarn. Der Reichstag indeß erklärte die Ernennung für verfaſſungswidrig und ungültig; und als Lamberg am 28ſten in Ofen erſchien, ſuchte ihn ein aufgeregter Volkshaufe im Hauſe des Feſtungscommandanten Hrabowsky auf, welches er indeß ſchon verlaſſen hatte, fand ihn auf der Brücke nach Peſth und ermordete ihn, den ein Wiener Akademiker Holſtein und ein Ungar Dakacs erkannt hatten, auf gräßliche Weiſe. Der Reichstag erwählte hierauf einen Sicherheitsausſchuß unter Koſſuths Vorſitz zur energiſchen Kriegsführung gegen die plündernden Kroaten; viele Kaiſerlichgeſinnte flohen aus Peſth.

In Wien ſtieg die Beſorgniß vor einem Belagerungszuſtand; die

von den Ungarn aufgefangenen Briefe Jellachich's an den Kriegsminister Latour, welche die demſelben gewährte (von Latour oft geleugnete) Unterſtützung augenfällig bewieſen, ſteigerten die Empörung über das falſche Spiel der Hofpartei; noch mehr aber reizte die Kunde von Jellachichs Einmarſch in Raab am 3ten (in der Richtung auf Wien zu), ſowie das kaiſerliche Manifeſt vom 3ten, welches von dem neuernannten Miniſterpräſidenten Recſey in Wien unterzeichnet und am 5ten veröffentlicht, Auflöſung des ungariſchen Reichstags, Ungültigkeit ſeiner Beſchlüſſe, Beſtrafung der Mörder Lamberg's ausſprach und Jellachich zum Oberbefehlshaber aller Truppen und zum bevollmächtigten kaiſerlichen Commiſſarius in Ungarn ernannte! Den Ausbruch führte die Weigerung des Grenadierbataillons Richter herbei, welches am Morgen des 6ten October's auf der Nordbahn nach Ungarn ihm zu Hülfe geſchickt werden ſollte. Die Bewohner der Vorſtädte ſtanden ihm gegen die dem Befehlshaber zur Unterſtützung geſandten Küraſſiere und die Galizier des Regiments Naſſau bei, tödteten den Gen. Breda und nahmen Gen. Frank gefangen, während die Akademiker den Bahnhof beſetzt hielten und Arbeiter die Schienen aufriſſen. Gegen Mittag zogen ſie mit erbeuteten Kanonen nach der Stadt, wo es um 1 Uhr zwiſchen der ſchwarzgelben Nationalgarde des Kärthnerviertels und dem Wiedener Bataillon auf dem Stephansplatze zum Kampfe gekommen und ſelbſt in der Stephanskirche Blut vergoſſen worden war. Hierauf wurde das von Pionieren beſetzte Zeughaus 12 Stunden lang belagert, mit Kanonen beſchoſſen und der hintere Theil deſſelben in Brand geſteckt; endlich nach dem Abzuge der Truppen geplündert. Gegen Abend war Graf Latour aus dem Gebäude des Hofkriegsraths, welches die Wache nicht hinreichend vertheidigte, herausgeriſſen und trotz der Abmahnungen einiger Reichstagsmitglieder von einigen Wüthenden gemordet und an einen nahe-

ſtehenden Laternenpfahl aufgehängt! Die treugebliebenen Truppen führte Graf Auersperg aus der Stadt nach dem Schwarzenbergſchen Garten, von wo ſie am 13ten nach Enzersdorf abzogen, um ſich mit Jellachich zu vereinigen. Der Reichstag, den zu berufen der Präſident Strobach ſich geweigert und bald darauf mit 36 czechiſchen Collegen die Stadt verlaſſen hatte, erklärte ſich für permanent und erwählte den Polen Smolka zu ſeinem Präſidenten, Schuſelka zum Vorſitzenden eines Sicherheitsausſchuſſes, der mit Ausübung der vollziehenden Gewalt beauftragt und hierin von dem Ausſchuß der Aula und dem neuerwählten Gemeinderathe unterſtützt werden ſollte. Einer Deputation, welche, Pillersdorf an der Spitze, in Schönbrunn Ernennung eines volksthümlichen Miniſteriums, Zurücknahme des Manifeſts vom 5ten und Amneſtie erbat, ertheilte der Kaiſer unbeſtimmte Zuſicherungen, floh aber am 7ten 7 Uhr Morgens in Weſſenberg's Begleitung von Schönbrunn über St. Pölten, Schloß Perſenbeug nach Olmütz, ungeachtet neue, rückſichtslos behandelte Deputationen des Reichstags ihn verſicherten, daß in Wien gar keine Anarchie herrſche. Auch Jellachich, den ein Schreiben der Miniſter und der Abgeordnete Prato von weiterem Vorrücken über Bruck hinaus abhalten ſollten, gab die zweideutige Antwort: „als Staatsdiener ſei er verpflichtet, der Anarchie nach Kräften zu ſteuern, als Militär gebe ihm der Donner des Geſchützes die Direction"; dabei entwaffnete er die Nationalgarden in den Dörfern und ſchrieb an die ſlaviſche Geſellſchaft in Prag, er kämpfe für die ſlaviſche Nationalität gegen die ſlavenfeindlichen Wiener! In der Stadt war am 12ten Meſſenhauſer zum Obercommandanten der Nationalgarden und der neu angeworbenen Mobilgarden gewählt worden, ein Mann von großem Eifer für die gute Sache, den er auch durch pomphafte Proclamationen bekundete, aber ohne Feldherrntalent und Entſchiedenheit im Augenblicke der Gefahr;

der polniſche General Bem commandirte die Artillerie. Am 17ten erſchienen, von der Frankfurter Linken abgeſandt, Robert Blum, Fröbel, Hartmann und Trampuſch, in Wien, um den Wienern ihre lebhafte Theilnahme auszuſprechen und trugen dazu bei, den Blick der bedrängten Bewohner auf Frankfurt zu richten; während die von der Centralgewalt abgeſandten Commiſſarien Welcker und Mosle, von flüchtigen Schwarzgelben mit argen Vorſtellungen über die Anarchie in Wien erfüllt, nur in Olmütz und bei den Generalen eine klägliche Rolle ſpielten, aber nicht einmal mit dem Reichstag und den Miniſtern Kraus und Bach in Wien verhandelten, ſondern ſich begnügten, eine nichtsſagende Proclamation am 21ſten anſchlagen zu laſſen. Aber ſchon am 20ſten hatte der zum Befehlshaber aller Truppen außerhalb Italiens ernannte Fürſt Windiſchgrätz die Zufuhr abgeſchnitten und in einem Manifeſt vom 20ſten Wien in Belagerungszuſtand erklärt; im Widerſpruch mit dem kaiſerlichen Manifeſt vom 19ten, das Aufrechterhaltung der verliehenen Freiheiten und freie Berathung des Reichstags verheißen hatte! Darum erklärte auch der Reichstag am 22ſten das Manifeſt des Fürſten für ungeſetzlich. Die von demſelben am 24ſten geſtellten Bedingungen, allgemeine Entwaffnung, Auslieferung von 12 Studenten als Geiſeln und „einiger beſonderen Individuen" zur Beſtrafung, konnten mit Ehren nicht erfüllt werden; da begann am 25ſten der Kampf an der Taborbrücke, am 26ſten der Angriff auf die Vorſtädte, am 28ſten eroberten die Croaten die Leopoldſtadt, die Jägerzeil und Landſtraße, verübten an Wehrloſen und Unſchuldigen arge Greuel und brannten ohne Urſache nieder. Am 29ſten wurde eine kurze Waffenruhe bewilligt, am 30ſten aus Mangel an Munition die Uebergabe der nicht länger zu haltenden Stadt beſchloſſen und die Entwaffnung beſchloſſen — da ertönte um Mittag aufs Neue die Allarmtrommel, weil die lange erwarteten Ungarn endlich be

heranzogen, jedoch von Jellachich zurückgeſchlagen wurden. Endlich am 31ſten Nachmittag forderten Placate mit der Unterſchrift Meſſenhauſers und des ihm an die Seite geſtellten Fenner von Fenneberg zur Niederlegung der Waffen auf; ein Theil der Burg und die Auguſtinerkirche, welche brannten, wurden von Nationalgarden geſchützt und gerettet; Truppen zogen ein und hieben den Candelaber am Hofe um, an welchem Latour's Leiche gehangen hatte. Der Reichstag wurde am 1ſten Nov. vertagt und ſollte ferner in dem mähriſchen Städtchen Kremſier tagen, wogegen er vergeblich Vorſtellungen machte; das Standgericht ward niedergeſetzt und ſein erſtes Opfer ward am 9ten Robert Blum, während Fröbel von Windiſchgrätz begnadigt und von einem Policeibeamten über die Grenze gebracht ward. Groß war in ganz Deutſchland, ſelbſt bei den Edeldenkenden unter Blum's politiſchen Gegnern, der Unwille über dieſen Hohn gegen das Parlament, deſſen Mitglieder nach einem Reichsgeſetze vom 30ſten Sept. nur mit Zuſtimmung der Mehrheit vor Gericht geſtellt werden durften. Aber während in Sachſen übertriebene Kundgebungen ſeiner Anhänger den Unwillen der Gemäßigten hervorriefen, faßte die Mehrheit des Parlaments nur den unnützen Beſchluß, durch die Centralgewalt die Acten einfordern und Beſtrafung der Urheber jener Hinrichtung verlangen zu laſſen. Jenem erſten Opfer folgten aber noch viele Führer der Bewegung, ſelbſt Meſſenhauſer, welche zum Strange verurtheilt und „zu Pulver und Blei begnadigt" wurden, minder Schuldige wohl auch zu zwölfjähriger Arbeit in Eiſen. Aber mit dieſer Unterdrückung der deutſchgeſinnten Partei, mit dieſer Zerreißung faſt aller Bande, welche Oeſterreich an das ſich neu geſtaltende Deutſchland gefeſſelt hatten, mit der jetzt beabſichtigten Unterdrückung Ungarns und ſeiner alten Verfaſſung — welche man ſo leicht und raſch herbeiführen zu können meinte, daß Windiſchgrätz erklärte, mit Rebellen unterhandle er nicht —

waren noch nicht alle Hinderniſſe einer Einigung in dem Sinne beſeitigt, wie ſie die Schwarzgelben haben wollten, wie ſelbſt das Programm des am 22ſten Nov. gebildeten Miniſteriums Schwarzenberg-Stadion es ahnen ließ, wenn es auch „gleiche Berechtigung und unbehinderte Entwickelung aller Nationalitäten als Ziel darſtellte, getragen von der freien Gemeinde und der freieren Geſtaltung der Ländertheile in allen innern Angelegenheiten, umſchlungen von dem gemeinſamen Bande einer kräftigen Centralgewalt." In Bezug auf Ungarn erklärte es: „Gegen eine Partei, deren letztes Ziel der Umſturz und die Losſagung von Oeſterreich iſt, erhoben ſich dort die in ihren unveräußerlichen Rechten gekränkten Völker: Aufrechthaltung der Geſammtmonarchie, ein engerer Verband mit uns, Anerkennung und Gewährleiſtung ihrer Nationalität, ſind der Gegenſtand ihrer Beſtrebungen. Das Miniſterium wird ſie unterſtützen mit allen ihm zu Gebot ſtehenden Mitteln." So verriethen die Miniſter offenbar ihre Abſicht, die einzelnen vorzugsweiſe von Slaven oder Deutſchen bewohnten Landestheile von Ungarn abzureißen und dieſelbe unmittelbar von dem Centrum der Geſammtmonarchie abhängen zu laſſen; wobei es ſich noch ſehr fragte, ob dieſelben nicht ihre Nationalität und ihre Freiheiten durch Provinziallandtage und Abordnung von Vertretern zum ungariſchen Reichstage beſſer gewahrt glaubten, als durch Vertretung am öſterreichiſchen, und ob ſie nicht ein gerechtes Mißtrauen gegen die Einflüſſe der öſterreichiſchen Bureaukratie haben und darum eine größere Centraliſation zurückweiſen würden*). Auch

*) In dieſem Sinne hat ſich wirklich im Jul. 1849 der croatiſche Banalrath in Agram für das Verbleiben bei der Krone Ungarn ausgeſprochen, und Jellachich hat Mühe gehabt, von demſelben die Bekanntmachung der von Schwarzenberg octroyirten centraliſirenden Verfaſſung des Kaiſerſtaats vom 4ten März 1849 zu erlangen.

ſprachen ſich ſchon jetzt die Slaven, nachdem das ihnen verhaßte und gefährliche deutſche Element unterdrückt worden, entſchiedener für Feſthalten an den gewährten Freiheiten aus; die Czechen, deren Deputirte gegen das Bündniß zwiſchen den Deutſchen und Ungarn durch ihren Austritt proteſtirt hatten (ohne jedoch den Reichstag dadurch ſprengen und einen abgeſonderten zu Stande bringen zu können), näherten ſich wieder mehr den Deutſchböhmen — und ein Agramer Blatt erklärte ſchon, wenn Oeſterreich das alte Spiel forttreiben und jetzt die Deutſchen und Magyaren, dann die Slaven begünſtigen wolle, um einen durch den andern in Schach zu halten und beide als Werkzeug ſeiner dynaſtiſchen Intereſſen zu benutzen, ſo werde kein Slave ſich mehr für daſſelbe bewaffnen. — —

In **Berlin** hatte das Auerswald-Hanſemann'ſche Miniſterium der That, wie es ſich nannte (vom Volke das Conſtablerminiſterium genannt), bei ſeinem Antritte zwar die von Camphauſen verweigerte Anerkennung der Märzrevolution ausgeſprochen, aber durch ſein unſeliges Schwanken in einer mittleren Stellung zwiſchen dem Hofe und der Bewegungspartei von vorn herein das Vertrauen verſcherzt, indem es ſich faſt jedes freiſinnige Zugeſtändniß, wie die Habeascorpusacte, von der letzteren abzwingen ließ. Zwar nahm auch allmählich die Aufregung der Gemüther ab und es wäre vielleicht den Wortführern immer ſchwerer geworden, ihre Haufen zu einem Putſche aufzuſtacheln, wenn nicht die Schutzmänner und der wachſende Trotz der durch das wahnſinnige Treiben der Volksführer in ihren Gefühlen verletzten und erbitterten Preußenvereine „für König und Vaterland", beſonders in Potsdam und Charlottenburg, dem ſouveränen Volke mannichfachen Anlaß zu Angriffen und Beſchwerden gegeben hätten. Denn ſelbſt in den nächſten Ortſchaften um Berlin lief, wer ſich mit einer ſchwarzrothgoldnen Cocarde ſehen ließ, ſchon Gefahr, Schläge zu bekommen,

und in Charlottenburg fanden mehrmals Mißhandlungen der Demokraten Statt, die schlimmsten am 20sten August, wo selbst der Buchladen der Gebrüder Bauer geplündert wurde. In Berlin, wo gerade der demokratische Congreß der Mark Brandenburg unter Agathon Benary's Vorsitz versammelt war, rief die Kunde davon große Aufregung hervor. Obgleich der Minister Kühlwetter auf Ansuchen einer Deputation Commissarien zur Untersuchung nach Charlottenburg geschickt hatte, wurden mehrere Gebäude der Ministerien angegriffen, und am 21sten drang sogar eine zahlreiche Volksmasse, von dem deutschkatholischen Prediger Dowiat und andern geführt, vor die Wohnung des Ministerpräsidenten Auerswald, in welcher eine zahlreiche Gesellschaft versammelt war, warf die Fenster ein und versuchte selbst hineinzudringen, was indessen Schutzmänner verhinderten. Nicht geringere Unzufriedenheit erregte die von der Polizei vorgenommene Haussuchung im Local des Handwerkervereins nach verbotenen Waffen, welche im Widerspruch mit der von der Nationalversammlung soeben berathenen Habeascorpusacte stand. Während auch von der anderen Seite der Verein der Gutsbesitzer, welcher mit den Finanzmaßregeln Hansemann's unzufrieden war, gegen das Ministerium agitirte, bereitete diesem der Stein'sche Antrag den Sturz, welcher schon einmal, am 9ten Aug., von der Versammlung angenommen, vom Kriegsminister aber nicht ausgeführt, deßhalb aufs Neue eingebracht und am 7ten September mit einer Mehrheit von 77 Stimmen angenommen wurde; hiernach sollte es den reactionär gesinnten Officieren zur Ehrenpflicht gemacht werden, aus dem Heere zu treten. Obgleich der König in einer veröffentlichten Erklärung den Ministern beistimmte, daß hierin eine Einmischung der gesetzgebenden Gewalt in den Bereich der Verwaltung liege, nahm er doch ihre Entlassung an und verhandelte zuerst mit dem Reichsfinanzminister von Beckerath und Mevissen

niſchen Liberalen vom vereinigten Landtag her) über
euen Miniſteriums. Vielleicht mochte er aber ſelbſt
, einen dritten Verſuch mit Männern dieſer Richtung
ernannte am 21ſten den bejahrten, aber ehrenwerthen
fuel zum Kriegsminiſter und Präſidenten, Eichmann
s Innern, Graf Dönhof für das Aeußere, v. Bonin
, Kisker für Juſtiz; deren am 23ſten an die General-
ne Erklärung den Stein'ſchen Antrag im Weſent-
ausführ auch gaben ſie am 22ſten in der Nationalverſamm-
lung beruhigende Erklärungen über die Ernennung des Gen. v. Wrangel zum Oberbefehlshaber aller Truppen in den Marken und deſſen vom Volke viel beſpöttelte Anſprache bei ſeinem Einzuge am 15ten, in welcher er den Berliner Bürgern, auf deren Straßen Gras wachſe, Ruhe und Ordnung zu bringen verhieß; die Schwerter ſeien geſchliffen, die Kugeln im Gewehr! Die Verſammlung, welche ſeit dem 19ten im Schauſpielhauſe tagte, aber auch hier dem Unfug der Volkshaufen vor dem Eingange ausgeſetzt blieb, ſprach am 22ſten September mit 238 gegen 77 Stimmen ihre Mißbilligung der Frankfurter Vorfälle aus; ſie nahm bald nachher den Rodbertus'ſchen Antrag auf Unterwerfung unter das Reichsgeſetz vom 28ſten Jun. mit 275 gegen 17 Stimmen an, am 4ten October das vielfach getadelte und beſpöttelte Bürgerwehrgeſetz (welches ein Volkshaufe am 5ten auf einem Eſel durch die Straßen tragen ließ und dann verbrannte), am 12ten das bei den großen Gutsbeſitzern vielfachen Anſtoß erregende Jagdgeſetz, und begann endlich am 11ten Oct. die Berathung über die Verfaſſung; wobei ſchon die erſten Beſchlüſſe über Abſchaffung des „von Gottes Gnaden", Aufhebung des Adels, der Orden u. a. gewiß weſentlich beitrugen, den Widerwillen der Hofpartei und der Königlichgeſinnten im Volke gegen die Verſammlung aufzuſtacheln und ſo mittel-

bar ihren Fall herbeizuführen. Die durch die Nachrichten aus Wien geſteigerte Aufregung führte am 16ten zu einem Kampfe der Bürgerwehr und der am Kanalbau im Köpeniker Felde beſchäftigten Arbeiter, von denen ſieben getödtet und am 20ſten feierlich beerdigt wurden. Seitdem belagerte das Volk jeden Abend den Sitzungsſaal und zeigte den Mitgliedern der Rechten beim Herausgehen die Stricke und die Beile, durch welche ſie ihren Tod finden ſollten. Am ärgſten trieben ſie es am 30ſten, an welchem die Verſammlung über den Antrag einer Zeltenverſammlung berieth, zum Schutze der in Wien gefährdeten Volksfreiten alle dem Staate zu Gebote ſtehenden Mittel aufzubieten. Denn als man dafür nur den Rodbertus-Berg'ſchen Antrag annahm, die Regierung zu nachdrücklichen Schritten bei der Reichsgewalt aufzufordern, im Intereſſe der gefährdeten Volksfreiten in Wien und des Beſtandes des Reichstags, tobte das Volk und vernagelte ſogar die Thüren des Schauſpielhauſes, ſodaß die Verſammlung gegen 12 Uhr von der Bürgerwehr befreit werden mußte. Am 2ten Nov. trat das Miniſterium Pfuel zurück und der bisherige Commandirende des Schleſiſchen (6ten) Armeecorps Gen. Graf Brandenburg ſchrieb dem Präſidenten der Verſammlung, daß er ein neues Miniſterium zu bilden beauftragt ſei, weßhalb er die Sitzungen ſo lange auszuſetzen bitte. Die Verſammlung nahm jedoch hierauf keine Rückſicht, ſondern ordnete eine Deputation an den König nach Potsdam ab, um ihm zu erklären, daß Brandenburg das Vertrauen des Landes nicht beſitze; worauf dieſer jedoch eine unbeſtimmte Antwort ertheilte und die Deputation raſch entließ; bei dieſer Gelegenheit rief ihm der oſtpreußiſche Abg. Jacoby die Worte nach, „das ſei eben das Unglück der Könige, daß ſie die Wahrheit nicht hören wollten." Am 8ten wurde das Miniſterium unter Brandenburgs Vorſitze gebildet, in welches der Miniſterialdirector von Manteuffel für das Innere, Gen. v. Stro-

tha für den Krirg, der bisherige Miniſterverweſer von Ladenberg für den Cultus eintraten. Sie erſchienen am 9ten in der Verſammlung und ſprachen deren Vertagung bis zum 27ſten aus, worauf ſie in Brandenburg wieder zuſammenkommen ſollte; was einen großen Sturm hervorrief, indem man dem Miniſterium das Recht hierzu beſtritt. Während nun die Mitglieder der Rechten ſich mit den Miniſtern aus dem Saale entfernten; blieb die große Mehrzahl (252) unter dem Präſidenten von Unruh zurück und tagte fort; und als am 10ten Wrangel mit 15,000 Mann in die Stadt einzog und die Bürgerwehr unter Rimpler, welche ſich geweigert hatte, die Zurückgebliebenen zu zerſtreuen, zum Abzuge vom Gendarmenmarkte nöthigte, verließ das Rumpfparlament den Sitzungsſaal und verſammelte ſich im Hotel de Ruſſie, ſpäter im Schützenſaal, am 14ten im Cölniſchen Rathhauſe, und als ſie auch von hier durch Soldaten vertrieben wurden, hielten ſie die letzte Verſammlung am 15ten im Mielentz'ſchen Saale, wo ſie, noch während des Eindringens einer Truppenabtheilung, den Beſchluß faßten, das Miniſterium Brandenburg ſei nicht befugt, die Steuern einzutreiben, bis dieſer Beſchluß von der Verſammlung wieder aufgehoben ſei. Dieſer Schritt, den noch am Vormittag eine Adreſſe der Berliner Stadtverordneten widerrathen hatte, entzog der Verſammlung — die bisher für ihre, der ehemaligen Maßloſigkeit ganz unähnliche würdige Haltung viel Zuſtimmungsadreſſen, namentlich aus den Hauptſtädten der Provinzen erhalten hatte — einen großen Theil der Sympathieen, zumal da er die exaltirte, ſich auf das Proletariat ſtützende Partei in verſchiedenen Theilen der Monarchie zu argen Exceſſen hinriß, wie in Erfurt am 24ſten Nov., in Rathenow u. a. Orten. — Die Regierung, durch zahlreiche Ergebenheitsadreſſen an den König zum Fortſchreiten auf der betretenen Bahn ermuthigt, ſtellte mit Hülfe der einberufenen Landwehr die Ruhe überall wieder her. In

Berlin war am 12ten der Belagerungszuſtand verkündet, die Bürgerwehr aufgelöſt und in den folgenden Tagen entwaffnet worden; Wrangel hatte ſchon am 13ten 8 Zeitungen unterdrückt und für Unternehmungen gegen die bewaffnete Macht das Standrecht verkündet. Die Verſammlung trat am 27ſten in Brandenburg wieder zuſammen, wurde jedoch erſt am 1ſten Dec. vollzählig, nachdem auch die Mitglieder des linken Centrums, zum Theil auf Zureden der aus Frankfurt anweſenden Abgeordneten H. von Gagern, Simſon, von Boddien u. A. eingetreten waren. Doch war dieſe erſte vollzählige Sitzung auch die letzte; denn nachdem der Antrag der neuen Ankömmlinge auf Vertagung bis zum Eintreffen des Präſidenten von Unruh verworfen worden war, verließen dieſelben den Saal und machten die Verſammlung beſchlußunfähig, worauf dieſe beſchloß, ſich bis zum 7ten zu vertagen. Aber ſchon am 5ten erſchien eine königliche Verordnung, welche gänzliche Auflöſung der Nationalverſammlung ausſprach; und gleichzeitig ward die octroyirte Verfaſſung verkündigt, welche Zweikammerſyſtem mit freier Wahl (in der zweiten durch alle Staatsbürger, in der erſten durch alle, die ein Vermögen von 2000 Thlr. an Werth oder wenigſtens 400 Thlr. Einkünfte beſäßen) anordnete und durch eine hiernach gewählte, am 22ſten Februar zuſammentretende Repräſentation revidirt werden ſollte. Die freiſinnigen Beſtimmungen dieſer Verfaſſung, in welcher nur § 105 dem Miniſterium die fortdauernde Berechtigung zu ähnlichen Staatsſtreichen, wie die ſoeben durchgeführten, ließ, ſöhnten viele gemäßigte Freunde der Freiheit mit dem bisherigen Verfahren der Miniſter aus; zumal da anzunehmen war, daß die frühere Nationalverſammlung, welche nach 6monatlichem Zuſammenſein nur wenige Paragraphen der Verfaſſung zu Stande gebracht hatte, gewiß noch ſehr lange zur Vollendung ihrer Aufgabe gebraucht haben würde.

Weniger erfreulich waren die zahlreichen anhängig gemachten Proceſſe gegen Mitglieder der Linken, wie die Disciplinarunterſuchungen gegen freiſinnige Staatsbeamte und Lehrer, die Verfolgungen der Preſſe, die zahlreich erlaſſenen proviſoriſchen Geſetze und der wieder hervortretende Geiſt der Bureaukratie, während der Belagerungszuſtand mit vielfachen Quälereien gehandhabt wurde, ſelbſt noch zur Zeit der Wahlen zur zweiten Kammer im Januar 1849. Die von den conſtitutionell Geſinnten gehegte Hoffnung, das Miniſterium würde nach ſeiner „rettenden That" ſeinen Verdienſten die Krone dadurch aufſetzen, daß es einem freiſinnigeren Platz machte, ging nicht in Erfüllung; Manteuffel, der geiſtige Mittelpunct deſſelben, blieb nicht nur bis zum Zuſammentritt der Kammern (welche gleich von Anfang, trotz des Widerſpruchs der Linken, die Verfaſſung für rechtsgültig erklärten), ſondern löſte auch die zweite Kammer im Mai auf, nachdem ſie ſich für Annahme der Reichsverfaſſung und gegen den Belagerungszuſtand ausgeſprochen hatte, und octroyirte ſelbſt ein neues Wahlgeſetz für dieſelbe; ein Verfahren, gegen welches ſelbſt der Mann des Rechtsbodens, Vincke, ſich erklärte und ein Mandat für die neu gewählte Kammer nicht annahm.

Die Mehrheit der Frankfurter Nationalverſammlung hatte nach den Berliner Ereigniſſen bis zum 15ten Nov. den Steuerverweigerungsbeſchluß für ungültig erklärt, aber den König von Preußen aufgefordert, ein volksthümlicheres Miniſterium zu ernennen. Die Centralgewalt hatte Anfangs den Unterſtaatsſecretär Baſſermann hingeſchickt, deſſen Bericht über die mit dem Belagerungszuſtande verſchwundenen „Geſtalten in den Straßen Berlins" ihn lächerlich genug gemacht hat; über 200 zurückgebliebene Mitglieder der Berliner Verſammlung haben ihn überdieß mehrfacher Entſtellungen und befangener Auffaſſung in ſeinem Berichte geziehen. Später wurden Simſon

und Herchenhahn abgesendet, denen Graf Brandenburg und Manteuffel versprachen, keine Verfassung octroyiren zu wollen; als sie in den Gasthof zurückkehrten, lasen sie in der eben ausgegebenen Staatszeitung die neue Verfassung. Eben so wenig richteten der Präsident des Parlaments von Gagern und seine Begleiter aus, welche am 25sten nach Berlin abreisten; der Erstere soll bei dieser Gelegenheit mit dem Könige auch über die Annahme der Erbkaiserwürde verhandelt und von ihm die Antwort erhalten haben: „Das Parlament meint doch nicht, mir eine Krone anbieten zu können?" Seitdem das Ministerium Schwarzenberg in seinem Programm eine engere Verbindung mit Deutschland erst dann in Aussicht gestellt hatte, wenn beide, Oesterreich und Deutschland, jedes für sich, ihre Verfassung geordnet haben würden: begannen unter den Parteien des Frankfurter Parlaments die preußisch Erbkaiserlichen und die bayrisch-österreichisch Großdeutschen (welche ein Directorium an die Spitze der Verfassung stellen wollten) sich feindlich gegenüber zu treten. Während sie bisher einmüthig die Linke bekämpft hatten, suchte jetzt jede von beiden Parteien diese, durch welche sie die Mehrheit bekommen hätte, auf ihre Seite zu ziehen. Die nächste Folge der österreichischen ministeriellen Erklärung war das Ausscheiden der Oesterreicher aus dem Dienste der Centralgewalt am 15ten December: Schmerlings, der von Vincke heftig angegriffen worden war, des Unterstaatssecretärs von Würth und des Gesandten v. Andrian. Zum Präsidenten des Reichsministeriums wurde H. von Gagern berufen, welcher sogleich der Nationalversammlung in seinem Programm Bildung eines engeren Bundesstaats ohne Oesterreich, aber inniges Schutz- und Trutzbündniß beider mit einander als Ziel aufstellte; worin die Mehrheit ihm beistimmte und ihn zu diplomatischen Verhandlungen mit der österreichischen Regierung ermächtigte. Aber diese,

die ſich wieder ſtark fühlte und aus den ſchnellen Fortſchritten ihrer Waffen in Ungarn (wenigſtens im weſtlichen Theile deſſelben bis Peſth) auf eine baldige Bezwingung auch dieſer Feinde hoffte, erwiederte nicht nur nichts auf die Noten Gagerns, ſondern erklärte an ihren Bevollmächtigten bei der Centralgewalt, ſie ſei keineswegs geſonnen, ihre Stellung in Deutſchland als erſte Europäiſche Großmacht aufzugeben; ja ſie ließ ſogar in den Bezirken, welche noch keinen Vertreter zum Parlament geſchickt hatten, Wahlen ausſchreiben! Dennoch ſprach ſie ſich, auch in ihren ſpäteren Noten, nie ganz deutlich über die künftige Verfaſſung Deutſchlands, wie ſie „ihr vorſchwebe", aus; nur ſo viel ließ ſie ahnen, daß ſie ihre ſämmtlichen Provinzen mit in den Bund eintreten laſſen und demſelben keine Volksvertretung, ſondern nur ein Staatenhaus zugeſtehen wollte. So begannen jetzt (ſeit Jan. 1849) die Noten auch von Preußen und andern Staaten nach Frankfurt gerichtet zu werden; und man ſchenkte ihnen mehr Aufmerkſamkeit, als den Beſchlüſſen der Nationalverſammlung, welche zu Ende des J. 1848 einen Theil der Grundrechte veröffentlichte, die jedoch, außer in den kleineren Staaten, nur in Würtemberg und Sachſen Geſetzeskraft erhielten. Mit dem neuen Jahre wurde die Berathung über die Verfaſſung fortgeſetzt und bei der erſten Leſung des Abſchnitts vom Reichsoberhaupt kam gar kein Beſchluß über die Regierungsdauer des hierzu zu wählenden deutſchen Fürſten zu Stande. Die weiter ſich fortſpinnenden Verhandlungen, die endlich durchgeſetzte Kaiſerwahl am 29ſten März und die Haltung der Großſtaaten gegen die deutſche Verfaſſungsfrage iſt uns noch in friſcher, ſchmerzlicher Erinnerung!

Rückblick auf die außerdeutschen Staaten (mit Ausnahme Frankreichs).

In den übrigen europäischen Staaten war der Anstoß, der durch die Februarrevolution gegeben worden war, nicht ohne alle Wirkung geblieben, jedoch ohne in denselben (Italien ausgenommen, wo die Bewegung ja schon viel früher begonnen hatte) so große Umgestaltungen und Stürme herbeizuführen, wie dieß in den deutschen Staaten der Fall gewesen war.

Am meisten könnte die ruhige Haltung **Spaniens** befremden, wenn nicht eben die Jahrelangen vorhergegangenen Stürme und Umwälzungen, welche dieses Land, wie das angrenzende Portugal erschüttert hatten, den Erklärungsgrund abgäben, warum dort Alles erschlafft und der Ruhe bedürftig war, sodaß selbst die Progressisten, die Gegner der jetzt das Ruder führenden Moderado's, keine oder nur vereinzelte Versuche machten, wieder zur Herrschaft zu gelangen. Schon am 4. März hatte der Ministerpräsident Narvaez von den gerade versammelten Kammern die Ermächtigung zu Ausnahmsmaßregeln im Falle von Ruhestörungen verlangt, und nachdem sie ihm dieß Vertrauensvotum ertheilt hatten, am 22sten ihre Sitzungen geschlossen; erst am 15ten December wurden dieselben wieder eröffnet. Als sich im April einige Gährung zeigte, und der englische Gesandte Bulwer Argwohn erregte, als begünstige er die Gegenpartei, fühlte sich Narvaez stark genug, ihn am 5ten Mai aus Madrid fortzuweisen. Auch der Einfall Cabrera's von der französischen Grenze her am 24sten Junius hatte wenig Erfolg. —

Am meisten Vortheile hatte **Englands** äußere Politik aus dem

Sturze Louis Philipp's und Guizot's gewonnen; da dieſe beiden bisher, beſonders ſeit ihrer durch die ſpaniſchen Heirathen hervorgerufenen Spannung mit Lord Palmerſton, ſich immer enger an Metternich und ſeine nordiſchen Verbündeten angeſchloſſen und ſo auf eine Continentalpolitik hingearbeitet hatten, welche England nicht minder gefährlich zu werden drohte als die Napoleoniſche. Daher hatte es ſchon in der letzten Hälfte des Jahres 1847 die Fortſchrittspartei und den Papſt in Italien gegen die Intriguen Metternich's und Guizot's unterſtützt und ſogar nach Rom gegen altes Herkommen einen Beauftragten, Lord Minto, geſandt; darum hatte es die freiſinnige Mehrheit der Schweizer Cantone heimlich unterſtützt und die gemeinſchaftlichen Schritte der übrigen Großmächte zu Gunſten des Sonderbunds durch ſeine Zurückhaltung verzögern helfen, bis es zu ſpät war. Der Umſturz in Frankreich beſeitigte jede Gefahr eines ferneren Anſchluſſes ſeiner Regierung an die öſterreichiſche Politik und einer fortdauernden iſolirten Stellung Englands. Vielmehr trat es nun gemeinſchaftlich mit der franzöſiſchen Regierung vermittelnd in Italien, mit der ſchwediſchen und ruſſiſchen Regierung im däniſch-deutſchen Kriege auf. Ohne Ungeſetzlichkeiten verlief die Bewegung der Chartiſten, welche im März zahlreiche Verſammlungen, in London und Glasgow am 6ten, in Birmingham am 14ten, hielten und am 10ten April in einem ungeheuren Zuge, angeführt von Smith O'Brien, eine Rieſenpetition an das Parlament brachten, in welcher allgemeines Stimmrecht aller engliſchen Bürger, jährliche Parlamente, Abſtimmen mit Kugelung, Bezahlung der Parlamentsglieder und Wahldiſtricte von gleicher Größe verlangt wurden. Auch der Aufſtand in Irland, wo am 1ſten Juni Mitchell zur Deportation verurtheilt worden und am 17ten Jul. zu Dublin die Iriſche League zuſammengetreten war, wurde gleich nach ſeinem Beginn am 26ſten Jul. bewältigt, Smith O'Brien am 5ten

Aug. verhaftet und ſchon am 9. Sept. von den Aſſiſen verurtheilt. Durch die Beſorgniſſe vor einer Anſteckung des engliſchen Proletariats durch die franzöſiſchen und deutſchen Socialiſten ließen ſich die conſervativen Zeitungen zu gemeiner Herabwürdigung der deutſchen Bewegung hinreißen. — Verlegenheiten anderer Art bereitete der Regierung das Andringen der Freihandelspartei (Cobden), die früher von Peel gegebenen Verheißungen in Betreff der gänzlichen Aufhebung der Getreidezölle und der Schifffahrtsacte zu erfüllen, was endlich trotz der Einſprüche der Protectioniſten (Lord Bentink, deren eifrigſter Wortführer, war am 26ſten Septbr. geſtorben) im Anfange des J. 1849 geſchah. —

Rußland, deſſen Kaiſer auf die erſte Kunde von den Pariſer Ereigniſſen an Rüſtungen dachte und Ende März ein grimmiges Manifeſt an ſeine gläubigen Unterthanen gegen die „Heiden im Weſten" erließ (angeblich eine irrige Ueberſetzung des kirchlichen Ausdrucks für „Völker") — Rußland, deſſen ſchwer auf Deutſchland laſtender Einfluß durch die Märzereigniſſe in Wien und Berlin beſeitigt ſchien, häufte große Truppenmaſſen an der polniſchen Grenze an, die jede Anſteckung innerhalb derſelben verhüten, erforderlichen Falles auch die Revolution jenſeit der Grenze bekämpfen ſollten. Denn die Adelspartei in Wien, in München und anderswo ſchaute ſehnſüchtig nach Oſten, von wo ſie Wiederherſtellung ihrer gebrochenen Macht hoffte; und klug wartete Rußland die Zeit ab, wo das Revolutionsfieber etwas nachgelaſſen und die Tollheit der radicalen Führer auch die ehemals ſo ruſſenfeindlich geſinnten vormärzlichen Liberalen, namentlich die Männer des großen Beſitzes, bekehrt haben würde. Nur den däniſchen Uebermuth gegen Deutſchland ſtützte es durch Geldunterſtützung und durch die Drohung, mit 200,000 M. in Preußen einzufallen, wenn Jütland nicht geräumt würde. Dagegen benutzte es eifrig die Gelegenheit, in

den unter ſeinem Schutze (!) ſtehenden Donaufürſtenthümern gegen die Freiheitsgelüſte der in Frankreich angeſteckten jungen Bojaren einzuſchreiten. In Folge der Erſchütterung von Weſten her hatten dieſe gehofft, des ruſſiſchen Drucks und der Willkührherrſchaft der Hoſpodaren ſich entledigen zu können. In einer Verſammlung zu Jaſſy am 8ten April entwarfen ſie eine die Beſchwerdepuncte enthaltende Bittſchrift, welche ſogar von einigen Miniſtern unterzeichnet wurde, und übe[illegible] dem Hoſpodaren, Michael Stourdza, welcher am 10ten [illegible] mit Ausnahme der Nationalgarde und der Auflöſung [illegible] Aber wenige Tage darauf ließ dieſer die jungen Boja[illegible] n. Söldner fort und auf türkiſches Gebiet ſchleppen; auch [illegible]jaren, welche früher über ihn in Petersburg oder Con[illegible] geführt hatten, aus der Stadt weiſen. Ein ruſſi[illegible]ſch[illegible] die Hoſpodaren beider Fürſtenthümer für Aufrechthaltung der Ruhe verantwortlich und verhieß Bekämpfung des revolutionären Geiſtes in ihren Ländern. Der Hoſpodar der Moldau war fortan ein gänzlich von Rußland abhängiges Werkzeug, welches ihn fallen laſſen konnte, ſobald es ihm beliebte, und auch der Fürſt der Walachei, Bibesko, verbot im Mai, aus Argwohn gegen die walachiſche literariſch-politiſche Bewegung in Siebenbürgen, alle daſelbſt erſcheinenden walachiſchen Zeitungen und den von ſeinem Großkammerherrn Eliade herausgegebenen Kurier Romaneſk; ebenſo verweigerte er zwei Profeſſoren die Erlaubniß zur Theilnahme an der ſiebenbürgiſchen Verſammlung zu Blaſendorf. Große ruſſiſche Truppenmaſſen wurden an den Grenzen der Moldau aufgeſtellt; dennoch ſchlug die Nationalpartei raſch los, vielleicht im Vertrauen auf das bisherige rechtliche Verfahren der Pforte, welche ſtets für die Freiheit der Fürſtenthümer entſchieden hatte.

Dennoch ſetzten, nachdem am 22ſten Jun. die Revolution in Bu-

charest begonnen, am 25sten der russische Consul seine Protestation eingereicht, da Hospodar Bibesko abgedankt hatte und durch eine provisorische Regierung am 26sten ersetzt worden war, schon am 6ten und 7ten Julius russische Heermassen über den Pruth und rückten am 10ten in Jassy ein. Die provisorische Regierung der Walachei floh erschreckt aus der Walachei, kehrte aber wieder zurück, als die Russen in der Moldau blieben und auch türkische Truppen in derselben erschienen. Ende Juli erkannte sogar die Pforte im Einverständniß mit dem englischen Gesandten die walachische Constitution an; aber nachdem die Unterhandlungen mit dem russischen Gesandten und die Truppenanhäufungen in Bessarabien fortgedauert hatten, erschien am 31sten Jul. Soliman Pascha in Bucharest, löste die provisorische Regierung auf und setzte eine Kaimakamie ein, bestehend aus den vom Volke gewählten Eliade, Golesku und Tell, welche ebendarum von den Russen nicht anerkannt wurde. Als Soliman gar von dem russischen Generalconsul Duhamel Zurückziehung seiner Truppen selbst aus der Moldau verlangte, erhielt er nicht nur keine Antwort, sondern wurde auch (sicher auf dringendes Verlangen der Russen) zurückgerufen und durch Fuad Effendi ersetzt, der nun türkische Truppen in Bucharest einmarschieren ließ, welchen russische nachfolgten, und die rumanische Bewegung mit Gewalt unterdrücken halfen, auch gegen Ende des Jahres den von Gen. Bem bedrängten Sachsenstädten in Siebenbürgen, Hermannstadt und Kronstadt vorübergehende Hülfe leisteten. Mit anzuerkennender Freigebigkeit verhieß die russische Regierung den Fürstenthümern 300,000 Rubel für den Unterhalt ihrer Truppen, die zum Besten der Fürstenthümer anwesend wären, zu borgen!

Wohl war Rußland auch im Stillen bemüht (namentlich durch Bearbeitung der Flüchtlinge in Paris), den in Posen und Galizien durch die

verunglückten Versuche gegen die deutschen Herrscher neu angefachten Deutschen-Haß der Polen zu seinen Gunsten auszubeuten; denn bedeutungslos war es gewiß nicht, daß, während die Herrscher Preußens und Oesterreichs ihren polnischen Unterthanen eine nationale Reorganisation zusagten, von Warschau eine Deputation nach Petersburg ging, um den Kaiser um Vereinigung aller ehemals polnischen Provinzen unter seinem Scepter zu bitten! Es wurde schon früher gedach[illegible]n strengen Maßregeln in Galizien Ende April die [illegible]reicher zurückgekehrter Auswanderer in Krakau und die [illegible]es Nationalcomités in Lemberg Anlaß gaben. Später [illegible]volk die von den polnischen Gutsbesitzern angebotene Robot ab, weil ihm von der Regierung ein Gesetz dari[illegible]n ward, welches auch am 18ten Mai erschien. Um endl[illegible]utsbesitzer im Schach zu halten, erinnerte der Gouverneur Graf Stadion die Landbewohner in den 12 östlichen Kreisen an ihre ruthenische Abstammung und verhieß auch ihnen Anerkennung ihrer Nationalität, wofür sie ihm am 30sten Jun. ihren Dank für den ihrer (neu erfundenen) Nationalität geleisteten Schutz aussprachen. Ja auch nach seinem Abgang zum Reichstage und seiner Ersetzung durch von Zalesky erschien am 8ten Oct. ein Erlaß, welcher eine künftige Scheidung der polnischen und ruthenischen Theile Galiziens verhieß; bis dahin und bis zu einer höheren Ausbildung der ruthenischen Sprache solle der Unterricht in den Gymnasien und auf der Universität Lemberg in polnischer Sprache ertheilt werden. Der Schrekken und die Erbitterung der Polen hierüber führte zu offenem Aufstande in Lemberg am 31sten und zu mehrtägiger Beschießung der Stadt durch Feldmarschalllieutenant Hammerstein, welcher am 2ten Nov. Auflösung des Nationalraths, Ablegung des polnischen Adlers

und Entwaffnung der polnischen Legion erzwang und den Belagerungszustand über Lemberg verhängte. Obgleich nun die Ruthenen sofortige Theilung verlangten, beeilte man sich doch nicht damit; auch war bei dem niedrigen geistigen Standpuncte derselben und bei dem Zustande ihrer Sprache kaum daran zu denken. — —

Auch in den scandinavischen Reichen regte sich das Verlangen nach Verfassungsreform. In Dänemark hatte der neue König schon bei seiner Thronbesteigung an der Stelle des seit 1660 geltenden Königsgesetzes eine Verfassung verheißen und der am 26sten Oct. zusammengetretene Reichstag berieth, auch nachdem das Casinoministerium am 15ten Nov. einem weniger radicalen hatte weichen müssen, eine sehr freisinnige Constitution, welcher der König in der Mitte des Jahres 1849 seine Genehmigung ertheilte. In Schweden dagegen, wo der verstorbene König Karl Johann bis zu seinem Tode sich der Reform hartnäckig widersetzt hatte, und wo die Regierung auch jetzt noch aus Schwäche von der ultraconservativen Partei allzu abhängig blieb, fand der von ihr im Mai 1848 eingebrachte Entwurf zur Verfassungsrevision wegen der vorwiegenden Berechtigung der Hochbesteuerten vielfachen Tadel und Widerspruch; und es wurde gegen Ende des Jahres die Forderung eines außerordentlichen Reichstags zur Revision der Verfassung immer ungestümer ausgesprochen. Von der anderen Seite führte der hartnäckige Widerstand der Adelspartei gegen die Vorlagen zur Vereinfachung der Steuerverfassung eine heftige Erbitterung des von den übrigen Ständen im Stich gelassenen Bauernstandes herbei. —

Nicht weniger machte sich in Holland das Bedürfniß einer Umgestaltung der veralteten Generalstaaten fühlbar, welche nicht nur bisher nicht aufgelöst werden konnten, sondern auch nur beschränkte Be-

fugniſſe, namentlich bei der Verwilligung des Budgets, hatten. Den am 7ten März eröffneten Generalſtaaten wurden Geſetzentwürfe hierüber vorgelegt, welche indeß wegen ihrer Erbärmlichkeit einen heftigen Sturm erregten und von den öffentlichen Blättern geradezu als nichtswürdig bezeichnet wurden, ſodaß die Miniſter ihre Entlaſſung nehmen mußten. Die neu eintretenden aus den Reihen der Oppoſition, Luzac, Dirk, Dunker, Curtius und Lightenveld (nur Graf Schimmelpennink fand kein Vertrauen und mußte nach der Wiedereröffnung der Generalſtaaten am 9ten Mai zurücktreten) ſetzten eine Commiſſion zur Unterſuchung der Fragen über grundgeſetzliche Aenderungen nieder. Die Ende Junius gemachten Vorlagen erregten abermals Unzufriedenheit, beſonders wegen des allzu hohen Steuercenſus für die wählbaren Mitglieder der zweiten und erſten Kammer. Gegen Ende des Jahres ward die öffentliche directe Wahl zu beiden Kammern durchgeſetzt. — In der auswärtigen Politik Hollands führte die Klage der zum deutſchen Bunde geſchlagenen Limburger (denen ihre Behörden nicht einmal das Aufſtecken deutſcher Farben erlaubten) über die doppelten ihnen aufgebürdeten Laſten einen entſchiedenen Beſchluß des Frankfurter Parlaments herbei, welcher die weiteren Verhandlungen mit der holländiſchen Regierung der Centralgewalt überließ. Der unglückliche Ausgang indeß, den das Parlament nahm, veranlaßte den Abgeordneten Limburgs im Mai 1849 zur Erklärung ſeines Austritts aus demſelben.

Am friedlichſten verlief die Entwickelung in Belgien, deſſen König durch ſein ehrliches Beharren in der Beobachtung der von ihm beſchworenen Verfaſſung den Beweis lieferte, daß da, wo dieſe Ehrlichkeit waltet, ein hoher Grad politiſcher Freiheit mit dem monarchiſchen Princip vereinbar iſt. Gleich nach der Februarrevolution hatten die Kammern dem Miniſterium Rogier 12 Mill. zu außerordentlichen

Bedürfniſſen bewilligt und ſeine Vorlage über Herabſetzung des Wahlcenſus auf 20 Frcs. Steuer angenommen; bei den neuen Wahlen fielen ſowohl die Candidaten der republikaniſirenden Partei der Alliance, als die der früher ſo einflußreichen Geiſtlichkeit durch. —

Ein Blick möge noch auf die Schweiz verſtattet ſein, deren Kämpfe im November und December 1847 die mittelbare Urſache zum Sturze Louis Philipp's und Guizot's geweſen waren und bei welchen ſchon die Schwäche und Erfolgloſigkeit der Metternichſchen Politik im Kampfe mit England ſich gezeigt hatte. Nachdem die Städte Freiburg und Luzern durch Gen. Dufour's geſchickte Operationen faſt ohne Blutvergießen erobert worden waren, die übrigen Bundesglieder capitulirt und die Häupter des Sonderbunds Siegwart Müller, Salis Soglio u. A. mit den Jeſuiten ſich nach der Lombardei geflüchtet hatten, kamen die Noten der Geſandten Frankreichs und Oeſterreichs zu Gunſten der Letzteren zu ſpät an, und auch eine Note der drei nordiſchen Mächte vom 19ten Jan., welche die von der öffentlichen Meinung dringend geforderte Reviſion der Bundesverfaſſung von der Zuſtimmung der Großmächte abhängig gemacht wiſſen wollte (weil dieſe die Neutralität der Schweiz 1815 nur unter den beſtehenden Verhältniſſen anerkannt hätten) fand wenig Beachtung. Bald lenkten die Februar- und Märzereigniſſe die Aufmerkſamkeit von der Schweiz ab, in welcher nun ſchon im März der Verfaſſungsentwurf ausgearbeitet, von der am 3ten Jul. in Bern zuſammentretenden Tagſatzung berathen und trotz der Erklärung des ſonderbündleriſchen Cantons Zug vom 22ſten Aug. und der übrigen Mitglieder des ehemaligen Sonderbunds, ſich der neuen Verfaſſung nicht unterwerfen zu wollen, am 12ten Septbr. angenommen und ohne Widerſtand eingeführt wurde, worauf am 6ten Nov. der neu gewählte Nationalrath (die Volksvertretung) und der

Ständerath (aus je zwei Abgeordneten jedes Cantons) in Bern zusammentraten und am 16ten die gemeinschaftliche oberste Regierungsbehörde, den Bundesrath, wählten. An die Spitze desselben traten der Züricher Furrer als Präsident und der Berner Ochsenbein (einst Oberanführer der Freischaaren gegen Luzern) als Vicepräsident. — Die Stimmung in der Schweiz gegen die neue Gestaltung der Dinge in Deutschland war schon in der Mitte des Jahres 1848 eine unfreundliche geworden, weil die Schweizer Radicalen es den Deutschen nicht verziehen, daß sie vor den Thronen stehen geblieben waren und die republikanische Erhebung in Baden im April nicht besser unterstützt hatten. Die in die Schweiz entkommenen Flüchtlinge fanden die beste Aufnahme und trafen offen Vorbereitungen zu einem neuen Einfalle unter günstigeren Umständen, weßhalb eine Note des badischen Ministerresidenten von Marschall vom 30. Jun. und des Bundestags vom 5ten Jul. über die Nachsicht der Behörden in den Grenzcantonen Beschwerde führte. Allein die radicale Mehrheit der Tagsatzung erklärte den Antrag auf bessere Ueberwachung der Flüchtlinge für unbegründet und belobte die Grenzcantone wegen ihrer musterhaften Handhabung der Policei. Man duldete die militärische Organisation der Handwerkervereine und veranlaßte durch offene Versorgung der Lombarden mit Kriegsvorräthen auch Radetzky zu strengen Maßregeln gegen den Canton Tessin. Am 12ten September fand Raveaux als Gesandter der Centralgewalt in Bern gute Aufnahme, aber in Folge des gleich darauf erfolgten Einfalls Struve's in Baden mußte er eine heftige Note vom 4ten Oct. übergeben, in welcher nur die dem kleinen Lande gegenüber geführte herrische Sprache Mißbilligung fand, weil man sie gegen einen andern mächtigern Nachbar nicht geführt haben würde. Auch wurde durch sie eine leidenschaftliche Entgegnung der Tagsatzung und

hierdurch wiederum eine Grenzſperre hervorgerufen; und erſt die ſtrengere Handhabung der Grenzpolicei von Seiten der inzwiſchen ans Ruder gekommenen gemäßigteren Bundeshäupter trug zur Herſtellung eines beſſeren Einvernehmens bei. Denn gegen Ende des Jahres und im Laufe des J. 1849 trat auch in der allgemeinen Stimmung der Schweizer ein Rückſchlag gegen die Uebertreibungen der radicalen Partei ein, welche in den Cantonen des ehemaligen Sonderbunds vielfache Härten und Verfolgungen gegen die Anhänger der geſtürzten Partei, in Waadt ſogar Bedrückungen gegen die reformirten Geiſtlichen ſicher erlaubt hatte.

Schlußwort.

Vor 13 Monaten wurden, im friſchen Eindrucke der Wiener Octobertage und der Berliner Novemberereigniſſe die erſten Blätter dieſer Schrift niedergeſchrieben. Die trübe Stimmung, von welcher ſie Kunde geben, iſt durch das, was ſeitdem geſchehen iſt, hinreichend gerechtfertigt worden. Aber daß es ſo weit kommen würde, daß das ganze Werk des Frankfurter Parlaments mißlingen, daß dieſes ſelbſt durch Abrufungsbefehle der einzelnen größeren Regierungen (deren Ungeſetzlichkeit ſelbſt die Gemäßigten anerkannten) und durch die Zaghaftigkeit einzelner Clubs zu einem kleinen entſchiedenen Häuflein zuſammenſchwinden würde, welches nach der verfehlten Verlegung nach Stuttgart und der Ernennung einer machtloſen Reichsregentſchaft endlich durch Bajonette und Säbelhiebe aus einander geſprengt wurde — wer hätte das ahnen ſollen?

Schwere Schuld an dem Mißlingen des Einigungswerks tragen die Regierungen der kleineren deutſchen Königreiche (mit Ausnahme Würtembergs, deſſen Miniſter Römer, ſelbſt der Linken des Parlaments angehörig, noch am 25ſten April im einmüthigen Zuſammenwirken mit Kammern und Volk den König zur unbedingten Anerkennung der Reichsverfaſſung drängte), weil ſie ihre Souveränetätsgelüſte nicht aufgeben mochten; die ſchwerſte **Bayern**, das ja zu allen Zeiten dem Reichsfeinde ſich in die Arme geworfen hat, um bei der allgemeinen Noth des Vaterlands einen Lappen Landes erſchnappen zu können. So forderte eine königliche Verordnung im April die Staatsbürger auf, bei der Wahl zum Parlament vor Allem zu bedenken, daß ſie Bayern ſein und Bayern bleiben wollten; und gegen Ende des Jahres 1848 erklärte der Geſandte von Cetto in London, Bayern werde ſich für den Fall der Errichtung eines preußiſchen Erbkaiſerthums nicht unterwerfen! In ſolchem Geiſte hat auch von der Pfordten, der ſchon als ſächſiſcher Miniſter Oppoſition gegen die Centralgewalt gemacht hatte, ſeit dem April 1849 als bayriſcher Miniſter des Auswärtigen das deutſche Einigungswerk beharrlich hintertrieben. Auch die Huldigung am 6ten Aug. 1848 war durch das damalige Miniſterium verkümmert worden, welches am 12ten eine ſtrenge Verordnung gegen die demokratiſchen Vereine erließ und am 27ſten Sept. die Führer der Demokraten in München (obgleich ſich dieſe ganz auf dem geſetzlichen Boden gehalten hatten) auf eine alberne Angeberei eines leichtgläubigen Haſenfußes verhaftete, aber nach wenig Tagen freigeben mußte. Deſto nachſichtiger und fahrläſſiger zeigten ſich die Behörden bei einem Bierkrawall am 16ten Oct., wo unter den Augen der Soldaten und der Landwehr mehrere reiche Brauer geplündert und ihr Eigenthum zer-

ſtört wurde; man hätte gar zu gern eine Urſache gehabt, den Belagerungszuſtand zu proclamiren! Darum auch zeigte man ſich ungemein nachſichtig bei jeder Brutalität der Soldaten gegen das Volk, wie ſie im J. 1849 noch häufiger vorkamen.

Mit ähnlicher Hartnäckigkeit und gleichen Abſonderungsgelüſten zeigte ſich der einſt ſo gefeierte Stüve in **Hannover** im Einverſtändniß mit ſeinem ihm früher ſo feindlich geſinnten Könige. Der Erklärung gegen die Unterordnung unter die Centralgewalt wurde ſchon oben gedacht; die Huldigung am 6ten Aug. wurde auch nicht ausgeführt, und nur am 12ten befohlen, daß die hannöverſchen Soldaten auch die deutſche Cocarde tragen ſollten. Doch leiſtete Hannover ſeine Beiträge zur Flotte und entſendete auf Anordnung der Centralgewalt im October 5000 Mann, welche in Altenburg und Gera lange einquartirt blieben, endlich am Ende des Jahres nach der Unterelbe abzogen, um im Frühjahr abermals in Schleswig-Holſtein mitzukämpfen.

In **Sachſen**, wo die in Gegenſatz zu den deutſchen (conſtitutionellen) Vereinen getretenen demokratiſchen Vaterlandsvereine, im Miniſterrathe durch Oberländer vertreten, bald durch ihre Thätigkeit und Regſamkeit ein großes Uebergewicht erlangt hatten, ging gerade von dieſen ſeit der Haltung der „Centralpoliceigewalt" in Frankfurt im September und der ſie ſtützenden Mehrheit im Parlamente die Oppoſition gegen Frankfurt aus, wie ſich dieß in ähnlicher Weiſe auch in der Berliner Nationalverſammlung kundgegeben hatte. So kam die gegenſeitige Eiferſucht der Volks- und Landesvertretungen, wie in Oeſterreich die der Nationalitäten, den der deutſchen Sache und der freien Entwickelung weniger freundlich geſinnten Regierungen zu Statten, welche ſeit den Siegen der Heere in Wien und Berlin ſich

wieder fester und stärker fühlten. Für Deutschland war der
liche Moment, zur Einheit zu kommen, durch die Fehler de
denen Parteien vorüber gelassen worden und die Zerre
Nord- und Süddeutschland scheint jetzt unvermeidlich.
es nicht mehr: „Kein Preußen, kein Oesterreich, sor
Deutschland!" sondern „Ein Preußen, Ein Oester
schen beide getheiltes Deutschland!"

---

innern Boulevards
Ludwig XIII.,
wurde die Stadtmauer
Theil der damals sogenann-
der Districte (quartiers)
sodaß auch auf der
Umfangsmauer fast so weit reichte,
2, 3, 4, 5) läuft, vom Thore
Honoré (zwischen 28 und 29),
viele Häuser gebaut, daß die
le Roule (innerhalb der Barrière
von dem Palast Elisée-Bourbon (B)
XIV. und XV. viele neue Straßen
fanden waren, ließ Ludwig XVI., unter
den innern Boulevards des rechten
und Säulengängen verziert wurden, 1788
Vorstädte mit einer Umfangsmauer umgeben, zu
schönen Zollhäusern (für die städtische Einnahme,
äußere Boulevards). Die Mauer selbst hat
Meile) oder 24,100 Metres (74,308 Fuß);
Stadt in der Richtung des Flusses von dem Triumph-
(A) bis zur Barrière von Picpus (163) beträgt 8,400
(25,900 Fuß); die größte Breite der Stadt quer über den Fluß
Barrière von la Villette (148) bis zur Barrière d'Enfer (175) be-
18,500 F.). Die ganze Stadt mit Einschluß der

12 Bezirke oder Arrondissements getheilt, deren Nummern ...it römischen Zahlen bezeichnet sind; jedes derselben zer... ...rtiers) und hat einen Maire (Bürgermeister oder ...e; den gemeinsamen Mittelpunct aber bildet ...(e), am Grèveplatze (23), in welchem die ...epartements sich befinden. Dieses liegt ...der Stadt, von welchem die Straße St. ...platze, und die Straße der Vorstadt St. An... ...Tröne (25) gegen Osten ausgeht; in entge... ...t die Straße St. Honoré (29) an dem Platze des ... und die Straße der gleichnamigen Vorstadt (28) ... Roule (136), ihr parallel die Rivolistraße (33) an ...uilerienschlosses und seines Gartens (D) hin nach den Ely... Von Norden her laufen fast parallel die Straßen St. De... ...t. Martin (59) [mit den gleichnamigen Vorstadtstraßen (54 ... zu den Barrièren St. Denis (146) und des Vertus (147)] nach ...en Pont au Change *(h)* und P. Notre Dame *(i)*; über die letztere ... man auf die Ile du Palais und zwar in die Straße der Altstadt, ...de la cité (79), am Hôtel Dieu (i) vorbei über die kleine Brücke, petit ...nt *(q)*, in die Straße St. Jacques (91), welche bis zur Barrière von Armeuil (174) reicht; in derselben kommt man rechts an der Sorbonne (dem alten Universitätsgebäude w) vorbei, weiterhin sieht man links den nur durch eine schmale Querstraße getrennten Platz des Pantheon (27) vor der Kirche Geneviève (z), hinter welcher die polytechnische Schule liegt. In derselben Straße liegt links das Val de grace (y) und nahe dem Ende der Straße zur Rechten die Sternwarte, Observatoire (x); hinter dieser giebt der Mont Parnasse einem Theile der Boulevards (16) und einer Barrière (176) den Namen. Nahe dabei ist der Palast Luxembourg (s) mit seinem großen Garten, in welchem früher die Kammer der Pairs, nach der Februarrevolution die Arbeitercommission Louis Blanc's ihre Sitzungen hielt. Auf demselben Ufer steht die Militärschule (k) am Ende des Marsfelds und das Hotel der Invaliden (l), in welches sich die Herzogin von Orleans am 24. Februar von der Deputirtenkammer (n) aus flüchtete;

Kirche St. Geneviève (x) mit einschloß, bis zum Thurm de Nesle (dem Louvre gegenüber) reichte. Eine weitere Ausdehnung gewann Paris unter Karl V. dem Weisen in der letzten Hälfte des 14ten Jahrhunderts, welcher seine Residenz auf der Insel (Cité) dem Parlament einräumte und den Palast des Tournelles, auf der Stelle der heutigen Place Royale (21), bezog, in dessen Nähe er die Bastille (11) erbaute. Seine Mauer ging im westlichen Theile der Stadt von der Seine durch den Garten des nachmaligen Palais Royal (F) nach dem Thore St. Denis (R) und folgte von da nach Westen und Süden der Linie der innern Boulevards (6, 7, 8, 9, 10) bis zum Arsenal (f). Unter Ludwig XIII., welcher 1629 den Bau des Palais Royal beginnen ließ, wurde die Stadtmauer auf der Nordwestseite erweitert, indem ein Theil der damals sogenannten Vorstädte St. Honoré, Montmartre und der Districte (quartiers) Feydeau und St. Roch mit aufgenommen wurde, sodaß auch auf der westlichen Seite des rechten Ufers die Umfangsmauer fast so weit reichte, als die Linie der innern Boulevards (1, 2, 3, 4, 5) läuft, vom Thore St. Denis (R) bis zum Thore St. Honoré (zwischen 28 und 29), und auch vor diesem letzteren Thore wurden so viele Häuser gebaut, daß die neue Vorstadt bis zu den Dörfern le Roule (innerhalb der Barrière gl. N. 136) und Ville l'Evêque (westlich von dem Palast Elisée-Bourbon (B) reichte. Nachdem endlich unter Ludwig XIV. und XV. viele neue Straßen auch außerhalb dieser Mauer entstanden waren, ließ Ludwig XVI., unter dessen Regierung die Häuserreihen an den innern Boulevards des rechten Ufers mit schönen Façaden und Säulengängen verziert wurden, 1788 auch die neugebildeten Vorstädte mit einer Umfangsmauer umgeben, zu welcher 38 Barrièren mit schönen Zollhäusern (für die städtische Einnahme, Octroi) den Zugang bewachen (äußere Boulevards). Die Mauer selbst hat eine Länge von 6 Lieues ($3^1/_2$ Meile) oder 24,100 Metres (74,308 Fuß); die größte Länge der Stadt in der Richtung des Flusses von dem Triumphbogen der Etoile (A) bis zur Barrière von Picpus (163) beträgt 8,400 Metres (25,900 Fuß); die größte Breite der Stadt quer über den Fluß von der Barrière von la Villette (148) bis zur Barrière d'Enfer (175) beträgt 6000 Metres (18,500 F.). Die ganze Stadt mit Einschluß der

Vorstädte ist in 12 Bezirke oder Arrondissements getheilt, deren Nummern auf dem Plane mit römischen Zahlen bezeichnet sind; jedes derselben zerfällt in 4 Viertel (quartiers) und hat einen Maire (Bürgermeister oder Schultheiß) an seiner Spitze; den gemeinsamen Mittelpunct aber bildet das Stadthaus, Hôtel de ville (e), am Grèveplatze (23), in welchem die Bureaus des Präfecten des Seinedepartements sich befinden. Dieses liegt ziemlich nahe dem Mittelpuncte der Stadt, von welchem die Straße St. Antoine (73) bis zum Bastillenplatze, und die Straße der Vorstadt St. Antoine (74) bis zum Platze du Trône (25) gegen Osten ausgeht; in entgegengesetzter Richtung läuft die Straße St. Honoré (29) an dem Platze des Palais Royal (21) vorbei und die Straße der gleichnamigen Vorstadt (28) nach der Barrière du Roule (136), ihr parallel die Rivolistraße (33) an der Nordseite des Tuilerienschlosses und seines Gartens (D) hin nach den Elyseischen Feldern. Von Norden her laufen fast parallel die Straßen St. Denis (53) und St. Martin (59) [mit den gleichnamigen Vorstadtstraßen (54 und 55) bis zu den Barrièren St. Denis (146) und des Vertus (147)] nach den Brücken Pont au Change *(h)* und P. Notre Dame *(i)*; über die letztere gelangt man auf die Ile du Palais und zwar in die Straße der Altstadt, Rue de la cité (79), am Hôtel Dieu (i) vorbei über die kleine Brücke, petit Pont *(q)*, in die Straße St. Jacques (91), welche bis zur Barrière von Armeuil (174) reicht; in derselben kommt man rechts an der Sorbonne (dem alten Universitätsgebäude w) vorbei, weiterhin sieht man links den nur durch eine schmale Querstraße getrennten Platz des Pantheon (27) vor der Kirche Geneviève (z), hinter welcher die polytechnische Schule liegt. In derselben Straße liegt links das Val de grace (y) und nahe dem Ende der Straße zur Rechten die Sternwarte, Observatoire (x); hinter dieser giebt der Mont Parnasse einem Theile der Boulevards (16) und einer Barrière (176) den Namen. Nahe dabei ist der Palast Luxembourg (s) mit seinem großen Garten, in welchem früher die Kammer der Pairs, nach der Februarrevolution die Arbeitercommission Louis Blanc's ihre Sitzungen hielt. Auf demselben Ufer steht die Militärschule (k) am Ende des Marsfelds und das Hotel der Invaliden (l), in welches sich die Herzogin von Orleans am 24. Februar von der Deputirtenkammer (n) aus flüchtete;

diese hängt mit dem Palast Bourbon*) (m) zusammen. Von dem Platze vor derselben gelangt man über die Eintrachtsbrücke (c) auf den Eintrachtsplatz, Place de la Concorde (18), in dessen Mitte der Obelisk von Luxor steht; hier und in den nahe liegenden Boulevards de la Madeleine (1) an der gleichnamigen Kirche (C), sowie an dem Boulevard des Capucines (2), wo am Eingange der Straße gl. N. (186) das Hotel Guizot's steht, fanden die ersten Aufläufe Statt. Auf dem rechten Ufer sind außerdem noch wichtige Puncte im I. Bezirk die Tuilerieen (D), welche durch ein Gitter vor dem Carrouselplatze (20) getrennt sind und längs der Seine durch eine von zwei Pavillons (darunter der de l'Horloge) unterbrochene Galerie mit dem Louvre (P, im IV. Bez.) zusammenhängen; diesem zunächst steht die jetzt geschlossene Kirche St. Germain l'Auxerrais (Q); nördlich von den Tuilerieen ist das Palais Royal, dessen Eingang gegenüber (21) das Wachhaus Chateau d'Eau am 24sten der Zielpunct heftiger Angriffe war. Andere Schauplätze waren der Markt St. Honoré (42) westlich vom Palais Royal, das Quartier der Verkaufshallen (22) östlich von demselben, und die engern Straßen bei dem Markte St. Martin und nahe dem nördlichen Theile der Straße St. Martin (59) siehe den Plan 52, 53, 60, 61.

Bedeutende Gebäude

I. (im ersten Bezirk.)

A Triumphbogen der Etoile.
B Palast Elisée Bourbon.
C Kirche Madeleine.
D Palast der Tuilerieen.

II.

F Palais Royal.
G Bibliothek.
H Kirche Notre Dame des Victoires.

---

*) Wohl zu unterscheiden vom Palaste Elisée-Bourbon (B) an der Straße der Vorstadt St. Honoré im I. Bezirk, in welchem jetzt der Präsident der Republik Louis Napoleon wohnt.

I Börse.
K Opera.
L Hôtel des Menus Plaisirs.
M Kirche St. Vincent de Paul.

III.

N Kirche St. Eustache (in der innern Stadt).
O Gefängniß St. Lazare (Arbeitshaus für Frauen).

IV.

P Palast des Louvre.
Q Kirche St. Germain l'Auxerrais.

V.

R Porte St. Denis.
S Porte St. Martin.
T Hospital St. Louis.

VI.

U Palast des Temple (zwischen diesem und dem Bastillenplatze (11) ist das Viertel des Marais).

VII.

V Kloster St. Méry.
W Mont de Piété zunächst der Zahl VII. rechts unten.

VIII.

X Markt Popincourt.
Y Gefängniß de la Roquette.
Z — Bicêtre.
a Hospital des Quinze-Vingts.
b — des Orphelins (Waisen).
c — St. Antoine.
d — militaire.

IX.

e Hôtel de ville (Stadthaus).
f Arsenal.
g Kirche St. Louis en l'île auf der Ile St. Louis.
h — Notre Dame auf der Ile du Palais.
i Hôtel Dieu auf derselben.

X.

k Militärschule.
l Hotel der Invaliden.
m Palast Bourbon. } zunächst der Concorde-Brücke (c).
n Deputirtenkammer. }

o Hoſpital der Charité.
p Palaſt des Institut de France am Pont des Arts (*f*).
q Hôtel des Monnaies am Pont neuf (*g*).

XI.

r Kirche St. Sulpice.
s Palaſt des Luxembourg (Pairskammer).
t Juſtizpalaſt im weſtlichen Theile der Ile du Palais.
u Ecole de médecine.
w Sorbonne.

XII.

x Observatoire (Sternwarte), zunächſt der ſüdlichſten Barrière 173.
y Val de Grace (jetzt Militärhoſpital).
z Panthéon (vor 1790 und von 1815—1830 Kirche St. Geneviève).
aa Halle aux vins.
bb Jardin des Plantes (zoologiſcher Garten).
cc Hoſpital der Salpetrière.

Boulevards.

1—12 Boulevards du Nord (auf dem rechten Seinenfer, von Weſten nach Oſten zu).

1 Boulevard Madeleine.
2 — des Capucines.
3 — des Italiens.
4 — Montmartre.
5 — Poissonnière.
6 — St. Denis.
7 — St. Martin.
8 — du Temple.
9 — des Frères du Calvaire.
10 — St. Antoine.
11 Platz der Baſtille.
12 Boulev. Bourbon.

13—17 Boulevards du Midi (auf dem linken Ufer von Oſten nach Weſten).

13 Boulevard de l'Hôpital.
14 — des Gobelins.
15 — St. Jacques.
16 — d'Enfer.
17 — du Mont Parnasse.
— — des Invalides.

Oeffentliche Plätze (von Westen her).

18 Place de la Concorde (jetzt Place de la Revolution), in deren Mitte der Obelisk von Luxor.
19 Place Vendôme (mit der Säule Napoleon's).
(42 Marché St. Honoré.)
20 Place du Carrousel.
21 — du Palais Royal.
(42 — des Victoires.)
22 Carreau de la Halle.
23 Place de l'Hôtel de Ville (Grèveplatz).
24 — Royale (nahe dem Bastillenplatze) mit der Bildsäule Ludwigs XIII.
(11 Platz der Bastille.)
25 Place du Trône, in der Vorstadt St. Antoine.
26 — Dauphine im westlichen Theile der Ile du Palais.
27 — du Panthéon.

Brücken

(Stromaufwärts von Westen nach Osten).

a Pont de Jena.
b — des Invalides.
c — de la Concorde (jetzt de la Revolution).
d — Royal.
e — du Carrousel.
f — des Arts.
g — Neuf (mit der Reiterstatue Heinrich's IV.).
h — au Change.
i — Notre Dame.
k — d'Arcole.
kk — Louis-Philippe.
l — Marie.
m — de la Tournelle.
n — d'Austerlitz.
o — de Bercy.
p — St. Michel.
q — Petit Pont.
r — Pont au Double.
s — de l'Archevêché.

Straßen.

I. Bezirk.

28 Rue du Faubourg St. Honoré.
29 — St. Honoré.
30 — de la Pepinière.
31 — St. Lazare.
32 Avenue des veuves.
33 Rue Rivoli.
34 — Chartres.
35 Cours de la Reine.

II.

36 Rue Clichy.
37 — de la Chaussée d'Antin.
38 — —— Paix (nördl. vom Place Vendôme).
39 — Richelieu (nach dem Boulev. 4 zu).
40 — neuve des petits Champs.
41 Place des Victoires.
42 Marché St. Honoré.
43 Rue Bergère.
44 — de Provence, deren weſtl. Fortſetzung die Rue St. Nicolas, die öſtliche die R. Richer iſt.

III.

45 Rue Montmartre.
46 — du Faubourg Montmartre.
47 — Montorgueuil.
48 — Poissonnière.
49 — du Faubourg Poissonnière.
50 — Hauteville.
51 — Lafayette.

IV.

52 — du Chevalier du Guet, nördlich von der Brücke A.
53 — St. Denis.

V.

54 — du Faubourg St. Denis.
55 — — — St. Martin.
56 Canal St. Martin.
57 Rue neuve St. Nicolas.
58 — des Marais.

VIII.

59 Rue St. Martin.
60 — Aumaire.
61 — Phelipeaux.
62 — Beaubourg.
63 — Transnonain, die nördliche Fortsetzung von 62.
64 — du Temple, der südwestliche Theil derselben heißt R. St. Avoye.
65 — vieille du Temple.
66 — du Faubourg du Temple.
67 — de Ménilmontant.
68 — St. Maur.
69 — de Popincourt.
70 — de St. Louis in der innern Stadt nahe dem Boulev. 9.
71 — de la Roquette.
72 — de Charonne.
73 — St. Antoine.
74 — du Faubourg St. Antoine.
75 — de Charenton.
76 — de Bercy.

IX.

77 — des Prêtres.
78 — de l'Hôtel de ville.
79 — de la Cité.
80 — d'Arcole.

X.

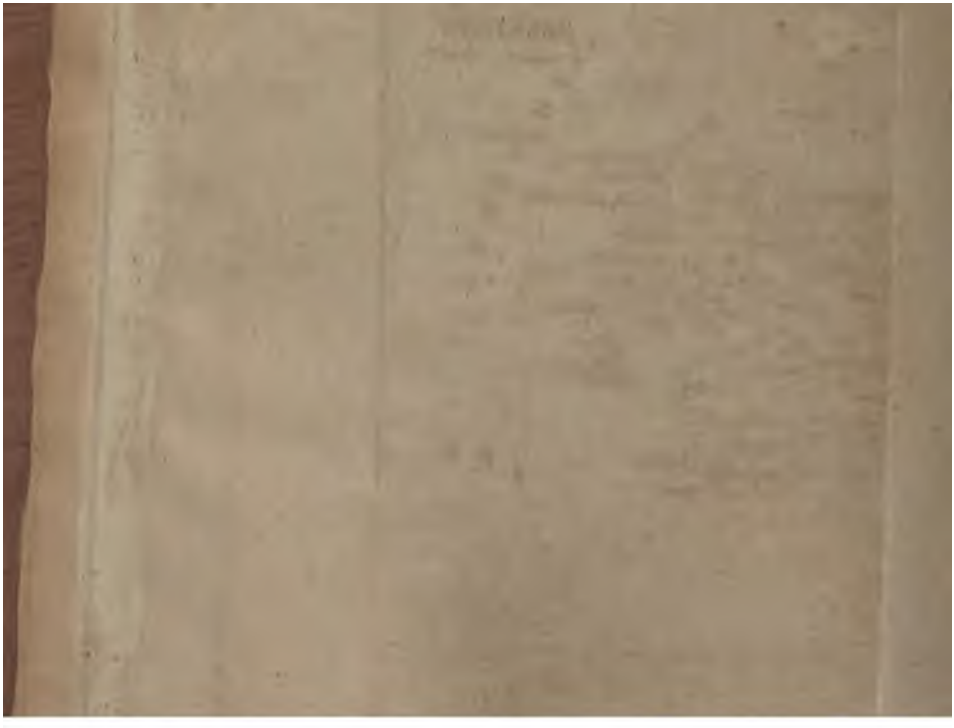
81 — de l'Université.
82 — Dominique.
83 — de Grenelle.
84 — de Sèvres.
85 — de Lille.
(186) Rue de Poitiers.

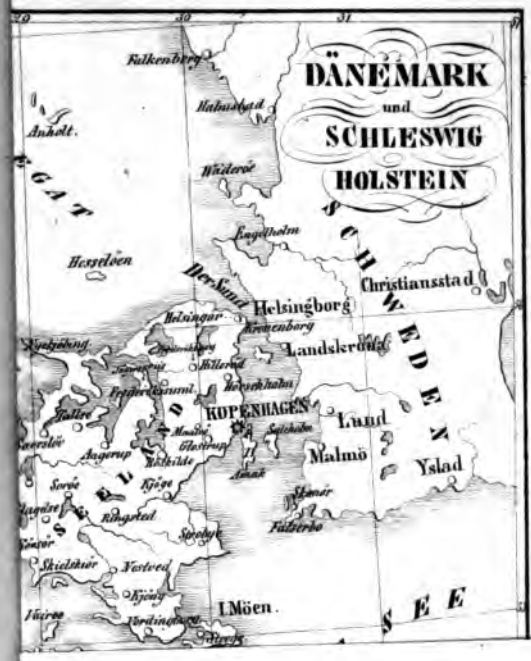
XI.

86 Rue de Seine.
87 — Vaugirard.
88 — Notre Dame des Champs.
89 — de l'Ouest.
90 — de l'Est.

XII.

91 — St. Jacques.
92 — du Faubourg St. Jacques.




DÄNEMARK
und
SCHLESWIG
HOLSTEIN
Falkenberg
Halmstad
Anholt.
Wäderöe
Engelholm
Hesselöen
Der Sund
Christiansstad
Helsingborg
Helsingör
Kronenborg
Landskrona
Hillerod
Hörsekholm
KOPENHAGEN
Lund
Malmö
Yslad
Aagerup
Kjöge
Ringsted
Skanör
Falsterbo
Skielskiör
Vestved
Kjöng
I. Möen.
SCHWEDEN
SEE

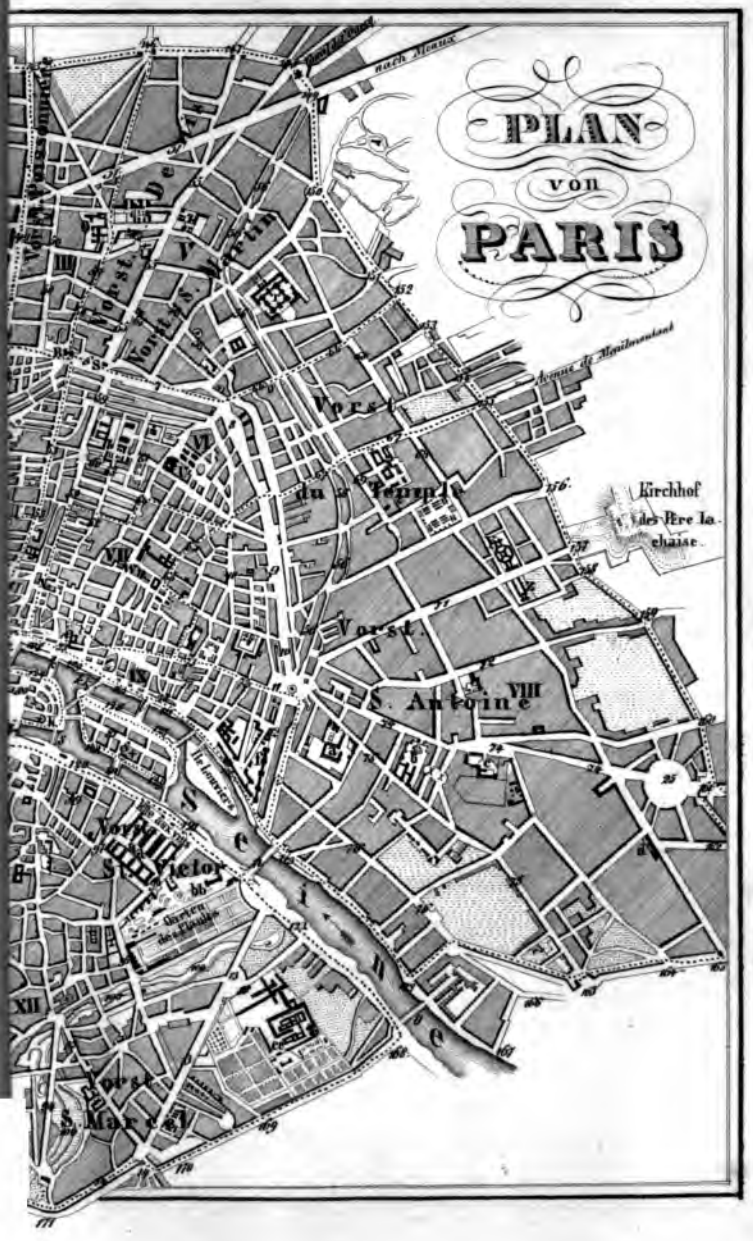
157 Barrière d'Aunay.
158 — des Rats.
159 — de Fontarabie.
160 — — Montreuil.
161 — du Trône.
162 — de St. Mandé.
163 — — Picpus.
164 — — Reuilly.
165 — — Charenton.
166 — — Bercy.
167 — — la Rapée.

Auf dem linken Ufer (von Osten nach Westen):

168 Barrière de la Garre.
169 — d'Ivry.
170 — d'Italie.
171 — de Croulebarbe.
172 — — l'Oursine.
173 — — la Santé.
174 — d'Armeuil.
175 — d'Enfer.
176 — du Mont Parnasse.
177 — du Maine.
178 — des Fourneaux.
179 — de Vaugirard.
180 — — Sèvres.
181 — des Paillassons.
182 — de l'Ecole Militaire.
183 — de la Motte Piquet.
184 — de Grenelle.
185 — — la Cunette.

Nachtrag.

186 Rue Poitiers (X. östlich von dem Palast Bourbon).
187 — Taitbout (II. Vorstadt).
188 — des Capucines (nahe dem Boulevard gl. N. 2).


PLAN
von
PARIS
Kirchhof
des Père la-
chaise
S. Antoine
S. Victor
S. Marcel
Jardin des Plantes
Barrière de Fontainebleau
Barrière de Montmartre
Barrière de Clichy
Barrière de Monceaux
Barrière de Ménilmontant
Barrière de Charonne
Barrière de Reuilly
Barrière de la Gare
Barrière d'Italie
Barrière de Fontainebleau
Barrière d'Enfer
Barrière de Vaugirard
Barrière de Grenelle
Barrière de la Conférence
Barrière de Passy
Barrière de Chaillot
Barrière de l'Etoile
Barrière de Courcelles
Barrière de Monceaux
Barrière de Clichy
Barrière de Montmartre
Barrière de la Chapelle
Barrière de la Villette
Barrière de Pantin
Barrière de Romainville
Barrière de Bagnolet

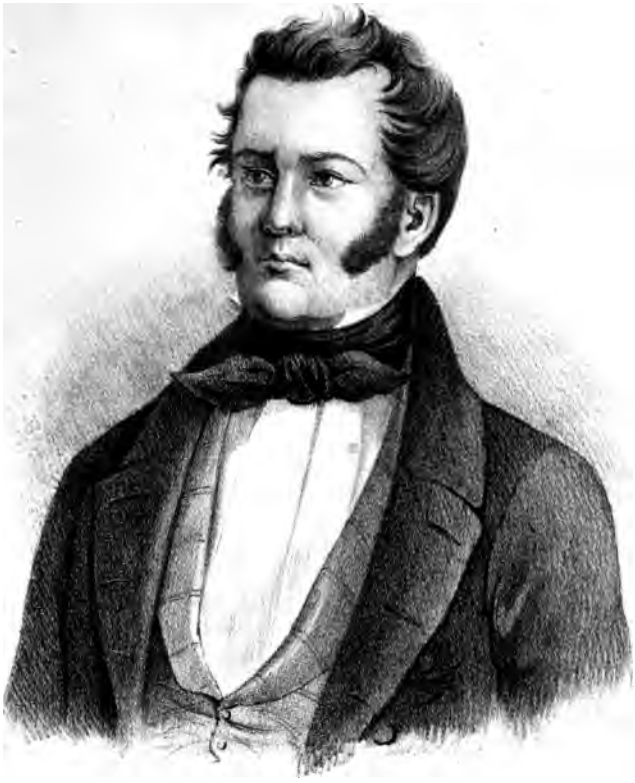
Fürst zu Windischgrätz,

k. k. österreichischer Feldmarschall.

Jellachich.

Ban von Croatien.

Gedr. b. F. Walther, s. Wr.



W. H. Besseler

Mitglied der provisor. Regierung zu Schleswig Holstein.

Steindr. v. E. Walther jun. Weimar.

Pius IX.

Dr. v. F. Walther, s. Weim.

General v. Auerswald.

Mitglied der const. Nationalversammlung

† d. 18. Sept. 1848.

Felix Fürst Lichnowsky.

Mitglied der const. Nationalversammlung

† d. 18. Sept. 1848.

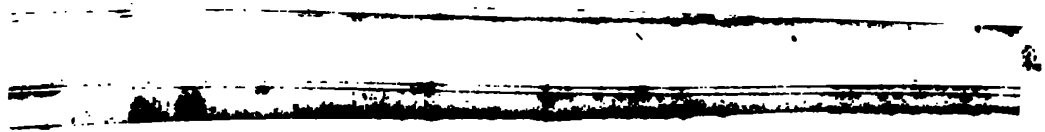
Franz Raveaux,

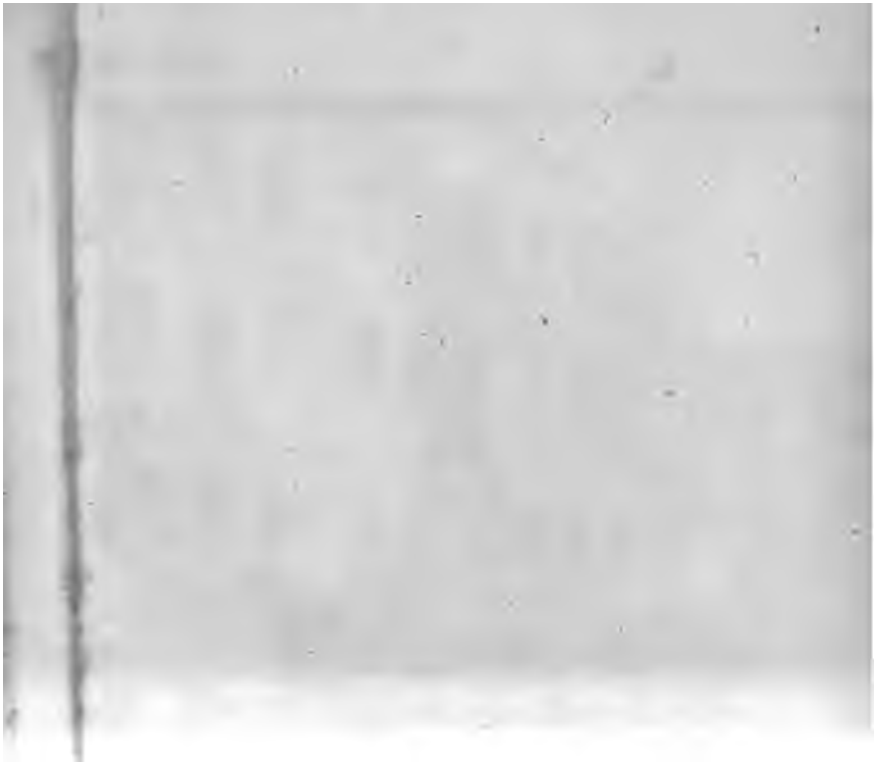
Mitglied der const. Nationalversammlung.

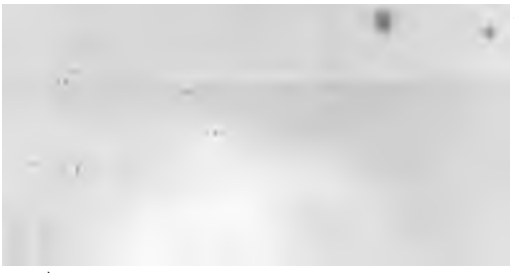
Heinrich Simon,

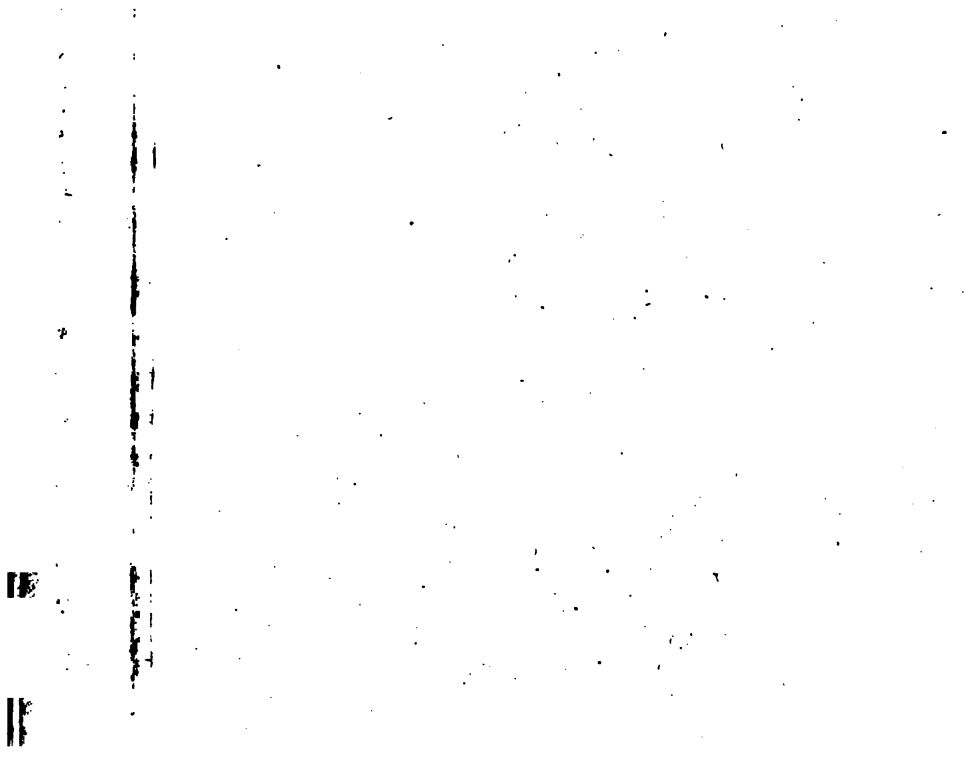
Mitglied d. const. Nationalversammlung.

Stich: F. Mauthner, d. Wr.

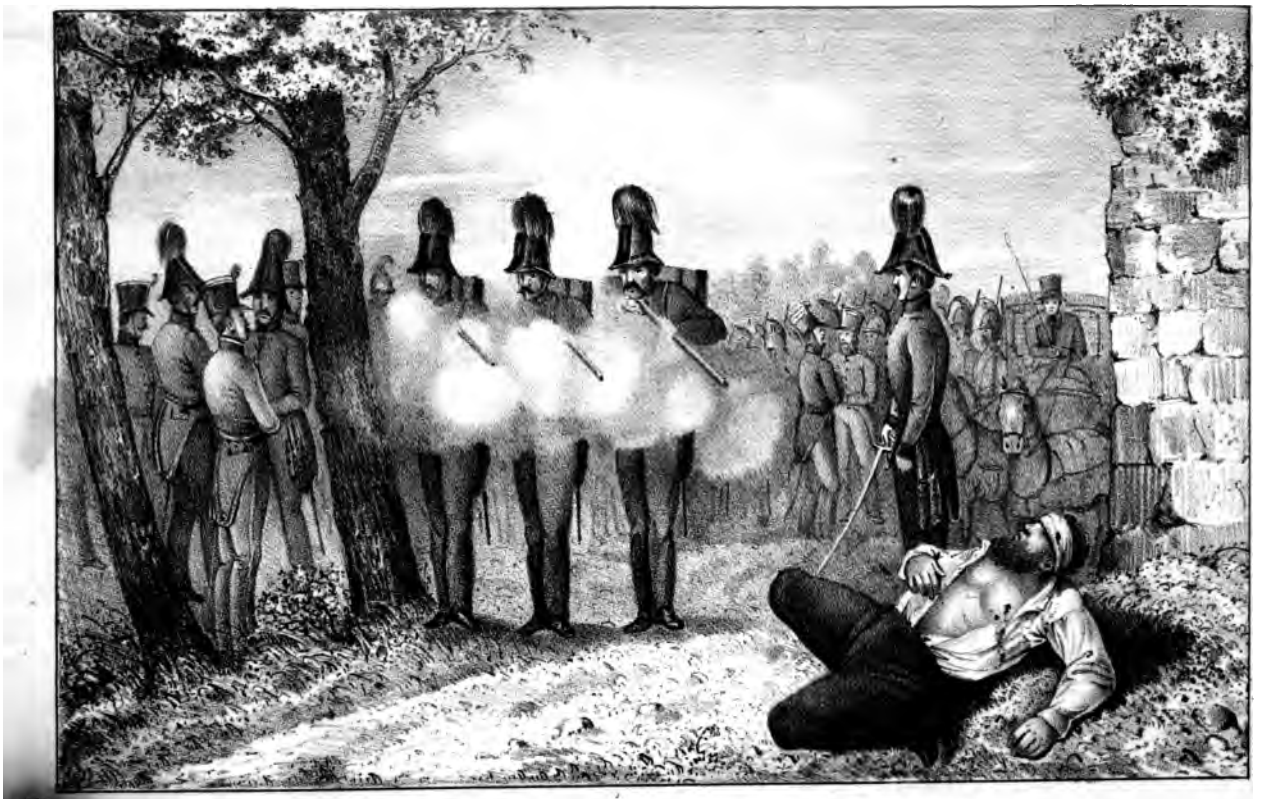




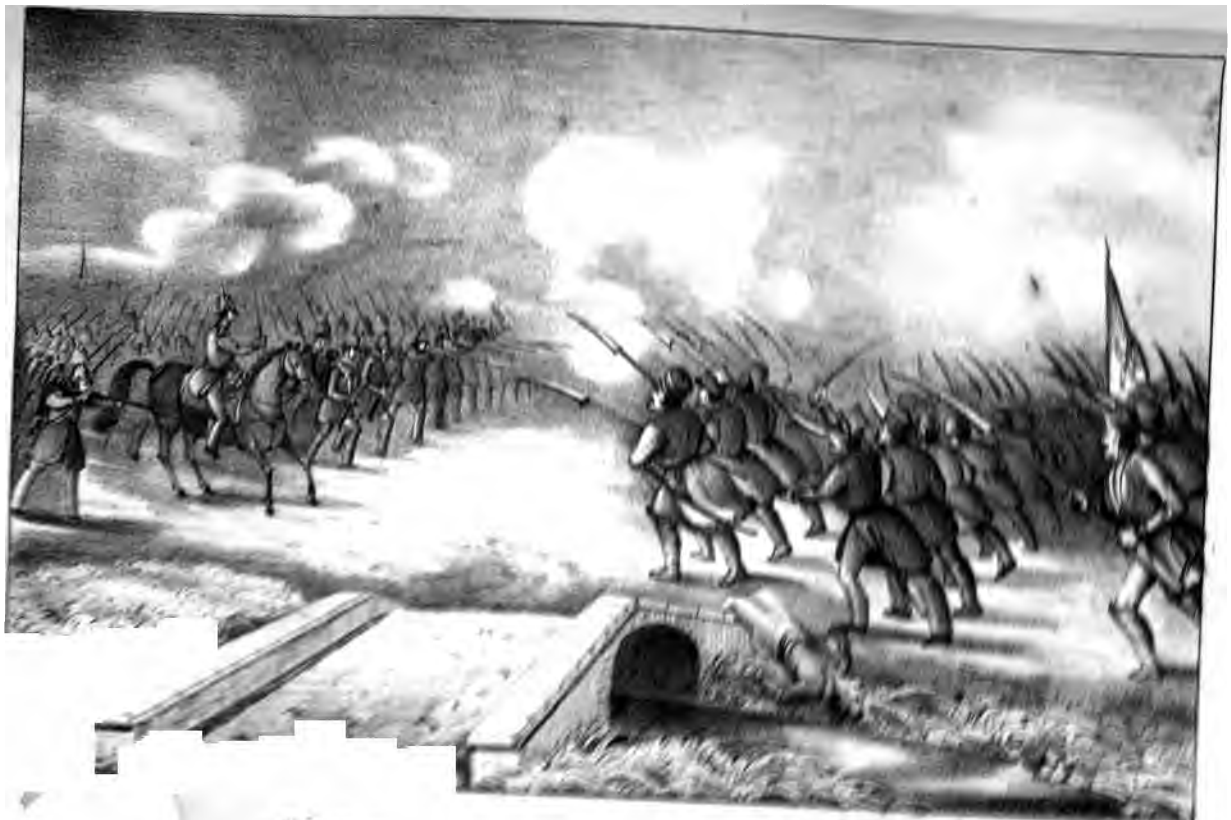




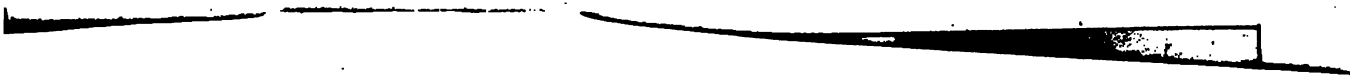
Barricade am Stephansplatz den 26 Mai 1848.

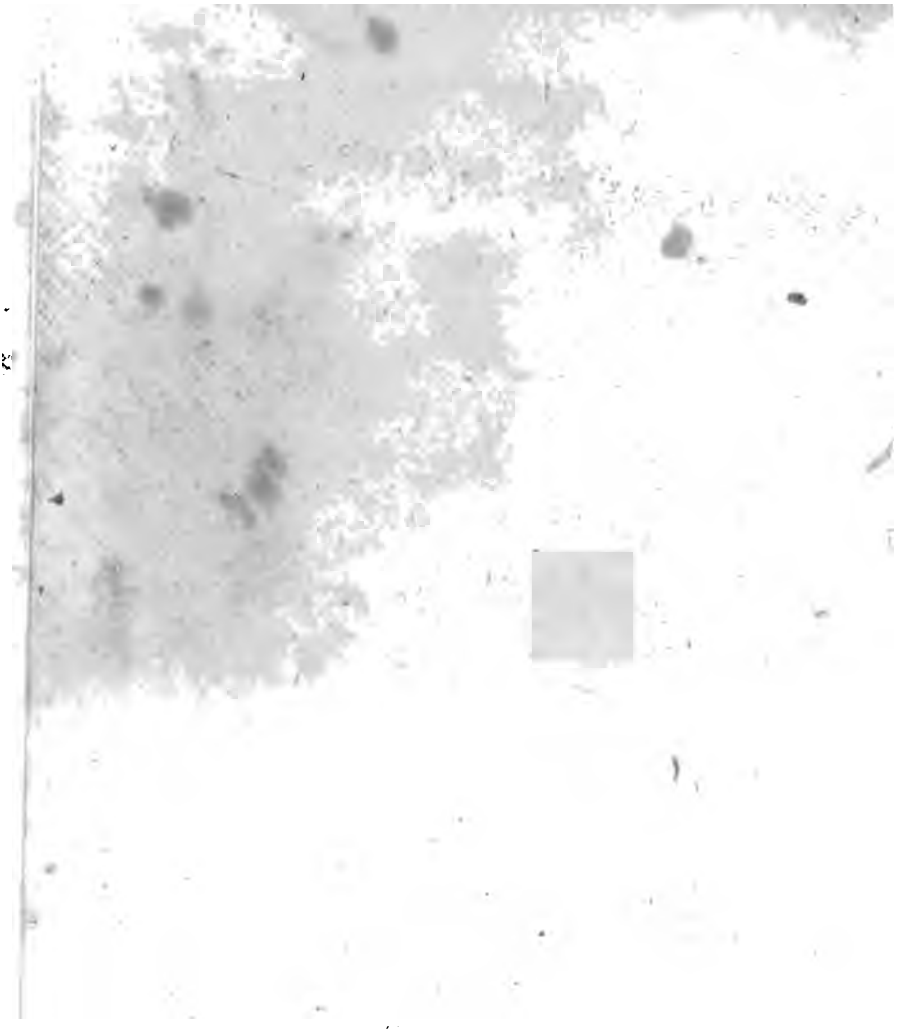


Robert Blums Tod in der Brigittenau den 9. Novb. 1848.



[illegible] den Preussen und Polen [illegible] den [illegible] Mai 19[illegible]





584/32 3302

DATE DUE			

STANFORD UNIVERSITY LIBRARIES
STANFORD, CALIFORNIA 94305-6004

D 387 .E75 1[illegible] C.1
E Ergänzung des Jahres 1848